



KAPITEL 2

Phänomene der politisch motivierten Kriminalität

INHALT

- Rechtspopulismus und Rechtsextremismus
- Salafismus, Islamismus und islamistischer Terrorismus
- Linksextremismus
- Transnationaler Extremismus in Deutschland
- *Exkurs*
Extremistische Sinnformeln





KAPITEL 2.1

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Uwe Backes, Michael Nattke

Prof. Dr. Uwe Backes

Stellvertretender Direktor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und apl. Prof. am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden. Mit-herausgeber des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie (Nomos, Baden-Baden).

Michael Nattke

Fachreferent im Kulturbüro Sachsen. Seit 2002 beschäftigt er sich wissenschaftlich und in ehrenamtlichen Initiativen mit rechtsextremen Strukturen und rechtsextremen Einstellungen in Sachsen. Von 2012 bis 2014 leitete Michael Nattke eine bundesweite Fachkommission der Heinrich-Böll-Stiftung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und den Schlussfolgerungen aus dem NSU-Komplex.

Dieser Beitrag vermittelt einen Überblick zum organisierten Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Die beiden Begriffe sind nicht deckungsgleich. Dem Rechtsextremismus werden nur solche Akteure zugeordnet, die zentrale Werte und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates missachten, insbesondere die Idee der Menschenrechte, das Prinzip der Freiheitssicherung im Rahmen einer gewaltkontrollierenden Institutionenordnung und den Grundsatz des politischen Pluralismus, also einer legitimen Vielfalt von Interessen, Anschauungen und Meinungen. Mit dem Begriff Rechtspopulismus bezeichnet die Forschung meist Parteien und deren Inhalte, die den Anspruch erheben, die „wahren Interessen“ des Volkes gegen eine angeblich korrupte und dekadente politische Elite zu verteidigen. Dabei werden „Volk“ und „Elite“ als homogene Einheiten gefasst. Der populistische Führer will dem „gesunden Menschenverstand“ des „Mannes auf der Straße“ gegen die „abgehobene politische Klasse“ Ausdruck verleihen. Vor allem durch seine antipluralistische Tendenz weist Rechtspopulismus eine Schnittmenge mit dem Rechtsextremismus auf. Rechtsextreme Akteure können, müssen aber nicht populistisch in diesem Sinne sein. Sie verstehen sich nicht selten auch als Vertretung einer Elite, die dem Volk einen Weg weist, den es selbst nicht zu erkennen vermag.

Der Beitrag ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil vermittelt einen Überblick zu den wichtigsten Akteuren, ihrer politischen Bedeutung und ihrem Erscheinungsbild, wie es in Symbolen und Losungen zum Ausdruck kommt. Der zweite Teil behandelt Ideologie und Programmatik, der dritte Teil das organisierte Auftreten und strategische Vorgehen nach innen wie nach außen.

Akteure, Symbole, Inhalte



Logo der NPD



Logo der NSDAP



Bild der Parteizeitung „Deutsche Stimme“

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist die älteste der rechtsextremistischen Parteien und dominierte eine Zeit lang das Kräftefeld am rechten Flügel des politischen Spektrums. Das Parteologo erinnert in der Verwendung der Farben weiß und rot entfernt an die Symbolik der NSDAP. Seit ihrer Gründung 1964 hat sich die NPD mehrfach tiefgreifend gewandelt und dabei erfolgreichere und weniger erfolgreiche Perioden durchlaufen. Nach der deutschen Wiedervereinigung radikalisierte sich die Partei weiter und konzentrierte sich strategisch auf die östlichen Bundesländer, wo sie zu Recht besonders günstige Entfaltungsbedingungen vermutete. Wegen ihrer ideologischen Nähe zum historischen Nationalsozialismus und der Verbindungen zu gewaltgeneigten Szenen wurde gegen die Partei zweimal ein Verbotverfahren beim Bundesverfassungsgericht eingeleitet. Die Karlsruher

Richter sprachen im Januar 2017 kein Verbot aus, weil die Partei zwar die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und deren Ersetzung durch eine autoritäre ethnische „Volksgemeinschaft“ anstrebe (und somit die Menschenrechte missachte), es aber an „konkreten Anhaltspunkten von Gewicht“ fehle, „die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt“.¹ Die Partei verfügte

¹ Bundesverfassungsgericht.

2018 über keine Vertretungen in Landesparlamenten mehr und erzielte bei der Bundestagswahl 2017 0,4 % (2013: 1,3 %) der Zweitstimmen.

Die NPD hielt im November 2016 noch über 338 Mandate in kommunalen Vertretungskörperschaften (von ca. 200.000 Mandaten insgesamt), davon 264 im östlichen und 74 im westlichen Deutschland.²

Darüber hinaus trat sie auf kommunaler Ebene als Anmelderin von Demonstrationen (vor allem im Zusammenhang mit Anti-Asyl-Protesten) in Erscheinung. Dabei nutzte sie oft das Label einer Bürgerinitiative. Mit der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ (KPV) verfügt sie über eine eigene Interessenorganisation für Mandatsträger. Ihr wichtigstes Werbemittel ist die Parteizeitung „Deutsche Stimme“, die in einer Druckausgabe vom parteieigenen Verlag im sächsischen Riesa vertrieben wird, zugleich aber in Auszügen auf der Internetseite der Partei erscheint. Die Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) (gegründet 1969) hat ihren Sitz in Lübtheen (Mecklenburg-Vorpommern) und gibt die Zeitschrift „Der Aktivist“ heraus. Seit 2006 ist außerdem der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) mit Sitz in Berlin aktiv („als Frauen tragen wir die Pflicht, unser Volks nicht aussterben zu lassen“).³ NPD-nah ist die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO, vormalis: „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“), die den jährlichen „Trauermarsch“ anlässlich der Bombardierung Dresdens mitorganisiert. Zu ihren Kernforderungen gehört die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937.

Während des zweiten NPD-Verbotsverfahrens konnte die gemäßigtere „Alternative für Deutschland“ (AfD) spektakuläre Wahlerfolge erzielen und der NPD den Rang ablaufen. Die 2013 vor dem Hintergrund der Eurokrise neugegründete Partei erzielte bei der Europawahl 2014 aus dem Stand 7,1 % der Stimmen (NPD: 1,0 %). War sie bei der Bundestagswahl vom September 2013 noch knapp (4,7 %) an der Fünfprozenthürde gescheitert, zog sie in der Folgezeit in zahlreiche Länderparlamente ein und errang bei der Bundestagswahl vom September 2017 12,6 % der Zweitstimmen (NPD: 0,4 %). Bei der Europawahl vom Mai 2019 blieb sie zwar hinter diesem Ergebnis zurück, verbesserte ihren Stimmenanteil gegenüber der vorhergehenden Wahl jedoch beträchtlich (11,0 %; NPD: 0,3 %).

Die innerparteilich heterogene Protestformation war – anders als die NPD – nicht als Produkt der rechtsextremen Szene entstanden, hatte aber nach der Europawahl 2014



Logo der JN



Cover der Zeitschrift „Der Aktivist“



Logo des RNF



Logo der JLO



Landkarte des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937

² Frankfurter Allgemeine Zeitung.

³ Zit. nach: Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz.

und unter dem Eindruck der „Flüchtlingskrise“ einen Wandlungsprozess durchlaufen. Die zeitweilig gesunkenen Zustimmungswerte stiegen wieder rapide an. Dabei spaltete sich der wirtschaftsliberale Flügel um den Ökonomen Bernd Lucke und den früheren Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Hans-Olaf Henkel ab, während sich der Rest der Partei in Teilen dem Profil der europäischen „populistischen radikalen Rechten“ (nach dem Muster der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ Heinz-Christian Straches, des „Front National“ um Marine Le Pen in Frankreich oder der „Partij voor de Vrijheid“ von Geert Wilders in den Niederlanden) annäherte, dabei deutliche Distanz zur NPD wahren.



JUNGE ALTERNATIVE

Junge Alternative

Überlappungen zum NPD-Milieu gibt es am rechten Flügel der AfD um den thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke und den brandenburgischen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Kalbitz, die beide mehrfach öffentlich durch rassistische Äußerungen Aufsehen erregten. Teile der AfD wie die Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA; Logo wie das der Mutterpartei in blau-rot) stehen ihnen nahe. Die Beobachtung von Substrukturen wie auch des „Flügel“ beschäftigte die Gremien der AfD.



Die dem rechten AfD-Flügel nahestehende Zeitschrift „Sezession“ des Instituts für Staatspolitik in Schnellroda/Sachsen-Anhalt hält Distanz zum historischen Nationalsozialismus, zeigt aber eine Vorliebe für Autoren der antiliberalen Rechten der Weimarer Zeit, die zum Aufstieg des Nationalsozialismus beitrugen (wie Arthur Moeller van den Bruck, Edgar Julius Jung, Ernst Niekisch, Carl Schmitt, Oswald Spengler).⁴ Ein kritisches Verhältnis zum NS-Regime kommt in der Berufung auf den national-konservativen militärischen Widerstand des Grafen Stauffenberg zum Ausdruck. Dazu passt die Wirmer-Flagge (schwarz-gelbes Kreuz auf rotem Grund, die Josef Wirmer, einer der Attentäter des 20. Juli, für das künftige Deutschland entworfen hatte), wie sie auf Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) häufiger zu sehen war. Mehrfach trat Götz Kubitschek,

Mitbegründer des Instituts für Staatspolitik, Redakteur der Zeitschrift „Sezession“ und Geschäftsführer des Kleinverlages Antaios, als Gastredner bei Pegida auf. Mit der Initiative „Ein Prozent“ (eine seit 2016 aktive „Widerstandsplattform für deutsche Interessen“) rief er im Dezember 2016 zu einer von der AfD organisierten Mahnwache vor dem Kanzleramt auf, die einen direkten Zusammenhang zwischen dem Attentat auf den Weihnachtsmarkt eine Woche zuvor an der Berliner Gedächtniskirche und der nach seiner Lesart von Kanzlerin Merkel zu verantwortenden „illegalen Massenmigration“ herstellte.⁵



Logo Pegida



Wirmer Flagge

Zum engen Kreis um Kubitschek zählt auch der Wiener Burschenschafter Martin Sellner, der Gründer der „Identitären Bewegung“ (IB), die in ihren deutschen Gliederungen von 2016 bis Juli 2019 als „Verdachtsfall“ vom Verfassungsschutz beobachtet wurde und seither als erwiesenermaßen rechtsextremistische Vereinigung gilt. Mit der Kampagne „Der große Austausch“ habe die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) ab Sommer

4 Vgl. Backes 2018; Weiss 2017, 148-154.

5 Vgl. Kamann in: Die Welt vom 21.12.2016.

2015 die „unkontrollierte Masseneinwanderung“ als gezieltes politisches Unternehmen zur Förderung der multikulturellen Gesellschaft und zur Benachteiligung der angestammten Bevölkerung dargestellt. Das Symbol der „Identitären“, der griechische Buchstabe Lambda in Gelb auf schwarzem Grund, steht für die Lakedaimonier (Spartaner), die sich 480 v. Chr. der persischen Übermacht an den Thermopylen heldenhaft entgegenstellten, um (nach dieser Deutung) „die Identität des Abendlandes“ zu retten. Die Radikalisierung der Gruppierungen kommt nach Einschätzung der Verfassungsschutzämter in der Rekrutierung von Aktivisten aus rechtsextremistischen Organisationen zum Ausdruck.⁷ Ehemalige Funktionäre der „Jungen Nationaldemokraten“ (NPD Jugendorganisation) sind inzwischen bei den „Identitären“ aktiv.



„EIN PROZENT“⁶

EINPROZENT

ist ein Netzwerk, welches rechte aktivistische Gruppierungen, wie beispielsweise die „Identitäre Bewegung“ mit finanziellen Mitteln über Crowdfunding Kampagnen unterstützt. „Ein Prozent“ betitelt sich selbst als Bürgerinitiative, die sich als Widerstandsplattform für sogenannte deutsche Interessen betrachtet.

Dennoch ist die Kluft zwischen NPD- und AfD-Milieu nicht zu übersehen. Analysen zur Dresdener Pegida zeigten dies deutlich. Im Januar 2016 erklärten 53,3 % der befragten Pegida-Anhänger ihre Wahlbereitschaft für die AfD, aber nur 8,7 % für die NPD.⁸ NPD-Redner traten bei Pegida nicht auf. Da der AfD-Bundesvorstand 2016 einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber Pegida fasste, war das Verhältnis lange Zeit ambivalent. Offizielle Parteilinie war eine Distanzierung, die allerdings nicht von allen Vertretern der Partei geteilt wurde. Der Unvereinbarkeitsbeschluss wurde im März 2018 aufgehoben.⁹ Seitdem sprechen regelmäßig AfD-Politiker bei den Pegida-Demonstrationen.

Andere „Gidas“, die sich ab 2015 teils nach Dresdener Vorbild in vielen deutschen Städten bildeten, wiesen stärkere Verflechtungen mit dem klassischen rechtsextremistischen Milieu auf. Bei der Leipziger „Legida“ traten auch Personen aus dem NPD-Umfeld als Redner auf. Eine rechtsextremistische Musikgruppe („Kategorie C“) intonierte den Titel „Hooligans gegen Salafisten“, ohne dass dies Anstoß erregte.¹⁰ Bei der Berliner „Bärgida“ nahm ein journalistischer Beobachter folgende Teilnehmergruppen wahr: „Da laufen ältere Holocaust-Leugner neben jungen Nazi-Hools, Anhänger der sonst praktisch nur im Internet präsenten Identitären Bewegung neben den Überbleibseln von Gruppen wie ‚Pro Deutschland‘ und ‚German Defence League“.“¹¹

In den Jahren 2014 bis 2017 bildeten sich in der gesamten Bundesrepublik asylfeindliche Initiativen, die in der Regel Facebook-Gruppen betrieben, lokale Protestveranstaltungen organisierten und regionale Informationsveranstaltungen zum Thema Asyl störten. Im Zuge dieser Entwicklungen ist es der rechtsextremen Szene an vielen Orten gelungen, an in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitete Diskurse anzuknüpfen, neue Anhänger zu rekrutieren und mit nicht-extremistischen Akteuren zusammenzuarbeiten.¹² Die Ab-

⁶ „Ein Prozent“.

⁷ Vgl. Bundesministerium des Innern 2017, 63 f.

⁸ Vgl. Patzelt 2016.

⁹ Die Zeit Online.

¹⁰ Vgl. Staatsministerium des Innern Freistaat Sachsen.

¹¹ Gürjen in: taz vom 10.1.2016.

¹² Vgl. Nattke 2017.

lehnung der Aufnahme von Geflüchteten und eine pauschale Abwertung des Islam waren dabei die verbindenden inhaltlichen Elemente.

Die „Pro-Bewegung“ zählte zu den ersten Vereinigungen rechtsaußen, die sich dem „Kampf gegen die Islamisierung“ verschrieben. Sie ging Mitte der 1990er Jahre aus der „Bürgerbewegung pro Köln“ hervor und hat ihren Schwerpunkt nach wie vor in Nordrhein-Westfalen. Die „German Defence League“ (GDL; Logo: kreisförmig weiß umrandetes nordisches Kreuz in schwarz-rot-gold) entstand viel später (2010) nach dem Vorbild der britischen „English Defence League“. Sie ist anders als Pro NRW nicht parteiförmig verfasst, teilt aber mit ihr den vorwiegend muslimfeindlichen Protest, den sie vor allem im Demonstrationsgeschehen lautstark artikuliert. Ihr Symbol wandelt die Wirmer-Flagge ab, indem sie die nordeuropäische Kreuzform aufnimmt, sie aber in die Farben schwarz-rot-gold fasst. Das Kreuz steht für die Verteidigung des „christlichen Abendlandes“ gegen „den Islam“.



NS-Formen/Abzeichen verbotener Vereinigungen

Christliche Kreuze wird man bei Neonationalsozialisten („Neonazis“) vergeblich suchen. Der Odinismus (mit der Verteidigung der starken nordischen Götter gegen die „Schwächlingsreligion“ der Nazarener) ist dort weiter verbreitet als das Christentum, auch wenn merkwürdig „arisierte Christen“ nicht fehlen. Die Szene entstand in der alten Bundesrepublik Ende der 1960er Jahre und knüpfte in ihrem Selbstverständnis an den historischen Nationalsozialismus oder bestimmte seiner Unterströmungen (wie die „NSDAP-Linke“ um die Gebrüder Straßer) an. Teile fusionierten nach der deutschen Vereinigung mit in der DDR eigenständig entstandenen Gruppen und profitierten vom sozialen Stress der Systemtransformation. Aufgrund hohen Repressionsdrucks und zahlreicher Vereinigungsverbote wandelte sich die

Szene im Laufe der Jahrzehnte stark. Reagierete sie anfangs noch mit Neugründungen, ging sie später zunehmend zu informeller Vernetzung mittels der sich rasch verbreitenden neuen Kommunikationstechnologien (Infotelefone, Mailboxen, Internetforen, Messengerdienste) über. Für den Szenezusammenhalt gewannen Kundgebungen auf nationaler (seit 2000 die Trauermärsche an-

i

KAMERADSCHAFT

Als „Kameradschaften“ werden Gruppierungen aus der neonazistischen Szene bezeichnet, welche unterschiedliche Organisationsgrade haben, jedoch oftmals aus losen Personenzusammenschlüssen bestehen.

lässlich der Bombardierung Dresdens 1945) wie internationaler Ebene an Bedeutung. Ihre Symbolik arbeitet aufgrund zahlreicher Propagandadelikte (unter Strafe stehen nicht nur traditionelle NS-Formen wie Hakenkreuz und Hitlergruß, sondern auch die Abzeichen verbotener Vereinigungen) mit Codes wie „18“ oder „88“ (nach der Reihenfolge im Alphabet für „Adolf Hitler“ oder „Heil Hitler“). Das äußere Erscheinungsbild passte sich den Erwartungshaltungen der Altersgruppe der 16-24-Jährigen an. Viele „Kameradschaften“ verringerten ihre Führerzentriertheit, öffneten sich für neue, ursprünglich „linke“ Themen (Antiglobalisierung, „Hartz IV“) und übernahmen Stilelemente und Aktionsformen ihrer militant-„antifaschistischen“ Kontrahenten.¹³ Einen Höhepunkt dieser Entwicklung stellte das Auftauchen „nationaler Schwarzer Blöcke“ mit bis dahin untypischem, „autonomem“ Erscheinungsbild (Vermummung, Palästina-Sertücher, Anstecker mit abgewandelten Parolen, Baseball-Mützen) dar – zunächst

¹³ Vgl. Thein 2009.

ab etwa dem Jahr 2002 in Berlin, bald darauf auch an Rhein und Ruhr und durch den Nachahmungseffekt sehr schnell in weiteren Regionen. Die „Autonomen Nationalisten“ gewannen Anhänger und wirkten in der NS-affinen Szene stilbildend.¹⁴ Die von ihren linksextremistischen Gegenspielern kaum noch zu unterscheidenden Militanten traten bei Demonstrationen aggressiver als andere Gruppierungen auf, bildeten „Schwarze Blöcke“ und griffen politische Kontrahenten wie auch Polizeibeamte an. Erkennungszeichen wie Markenkleidung („Consdaple“, „Pit Bull“, „Thor Steinar“ etc.) oder germanisch-keltische Runen (Keltenkreuz, Odalsrunen, Triskele etc.) fallen nur bei genauem Hinsehen auf.

Der Niedergang der mit der neonationalsozialistischen Szene eng verflochtenen NPD und die Bedrohung durch das Vereinigungsverbot haben die Bildung von Kleinparteien angeregt. Das NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2017 (Erhöhung der Verbotsschwelle) begünstigte diesen Trend. So haben sich die NS-affinen Parteien „Die Rechte“ (gegründet 2012) und „Der III. Weg“ (gegründet 2013) inzwischen auf viele Bundesländer ausgebreitet. Die Parteilogos beider Parteien übernehmen die Ästhetik der NS-Zeit, nutzen aber strafrechtlich unverfängliche Symbole („Die Rechte“: schwarz-weißer Pfeil auf rotem Grund in Farbkombination der NSDAP; „Der III. Weg“: römische Drei mit Eichenlaub-Kranz). Die 2008 in der Schweiz gegründete Kleinpartei Europäische Aktion führte ein Eigenleben, war eng mit der internationalen Szene der Negationisten („Auschwitzleugner“) verbunden und löste sich in Deutschland unter Verfolgungsdruck im Juni 2017 auf.



Logo: Die Rechte



Logo: Der III. Weg

Neben der „Neonazi“-Szene führen die Verfassungsschutzbehörden als gesonderte Kategorie „subkulturell geprägte Rechtsextremisten“ mit hoher Gewaltbereitschaft, aber geringem Organisationsgrad. Lange Zeit wurde dieses Spektrum von der Skinhead-Subkultur dominiert und war äußerlich anhand unverwechselbarer Merkmale (Stoppelkopf, klobige Schuhe und Stiefel, Bomberjacken, Tätowierungen) leicht zu identifizieren. Ab Ende der 1990er Jahre verstärkten sich jedoch Einflüsse aus anderen Milieus, so dass Haartracht und Bekleidung beliebiger wurden und ihre Unterscheidungskraft einbüßten. Vor allem der gemeinsame Musikkonsum (mit viel Alkohol) verbindet. Allerdings haben sich auch hier Stilrichtungen und Inhalte verändert. So wurde der ursprünglich aus New York stammende „Hatecore“-Stil übernommen und mit hasserfüllt-rassistischen Liedtexten aufgeladen. Dennoch sind Konzerte mit martialisch benannten Bands („Sturmwehr“, „Sturmtrupp“, „12 Golden Years“, „Strongside“) und hasserfüllten Liedtexten das wichtigste Bindemittel der Szene.

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre hatte der Rechtsrock als Katalysator der Gewalt und „Einstiegsdroge“ in die subkulturelle rechtsextreme Szene große öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Neue Publizität erhielt das Phänomen mit der Aufdeckung der NSU-Mordserie. Bereits 2010, vor der Enttarnung des „Terrortrios“, hatte die Band „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“ die Morde in dem Titel „Döner-Killer“ verherrlicht. Und im NSU-Bekennervideo ertönten Lieder der Szene-Ikonen „Noie Werte“ („Kraft für Deutschland“ und „Am Puls der Zeit“). Thüringen und Sachsen sind Hochburgen der Szene geblieben. So fand im Juli 2017 im thüringischen Themar das Festival „Rock



Band Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten

¹⁴ Vgl. van Hüllen 2010. Siehe dazu auch Kapitel 2.3 in diesem Band.

gegen Überfremdung“ statt – mit mehr als 6.000 Gästen eine der größten Veranstaltungen dieser Art bundesweit. Und in Sachsen etablierte sich ein ehemaliger Gasthof in Torgau-Staupitz zu einem festen Veranstaltungsort der Szene mit allein zehn Konzerten im Jahr 2016.¹⁵

Strategisch vorgehende neonationalsozialistische Vereinigungen bemühen sich mit wechselndem Erfolg um Nachwuchsrekrutierung im „subkulturellen“ Spektrum. So erklären sich Schnittmengen mit „Rockergruppierungen“ wie „Hells Angels“, „Outlaws“ und „Bandidos“, auch wenn die dort aktiven Rechtsextremisten teilweise ihre früheren politischen Aktivitäten einstellen. Umgekehrt übernahmen einige rechtsextreme Gruppen (wie etwa die „Weiße Wölfe Terrorcrew“ oder das „Aktionsbüro Rhein-Neckar“) Organisationsprinzipien von Rockergruppierungen mit englischen Funktionsbezeichnungen („Members“ für Mitglieder, „President“ und „Vicepresident“ an der Spitze). Ähnliche Einflussversuche lassen sich für die Kampfsportszene aufzeigen. Größere öffentliche Beachtung fanden die Einflussversuche von Rechtsextremisten auf den besonders populären Fußball. Der bekannteste der betroffenen Vereine war Borussia Dortmund mit seinen vielen Fans und einer hoch-aktiven städtischen „Neonazi-Szene“.

i

ULTRA- SZENE

Unter dem Begriff Ultra-Szene werden fanatische Fußballfanggruppierungen zusammengefasst, wobei hier besonders diejenigen gemeint sind, die von Einflussversuchen rechtsextremer Zusammenschlüsse betroffen sind.

i

HOOLIGANS GEGEN SALAFISTEN¹⁷

Netzwerk, welches 2014 durch gewaltsame Demonstrationen und Aktionsformen Aufmerksamkeit erlangte und aus gewaltbereiten Hooligans und Mitgliedern der rechten Szene besteht. Ideologisch bewegte sich das Netzwerk zwischen zwei Lagern: der neuen muslimenfeindlichen Szene sowie den traditionellen Rechtsextremisten.



HoGeSa-Köln

Neben der „Borussenfront“ waren der Bundesregierung 2017 folgende Gruppierungen mit Einflussversuchen rechtsextremer Gruppierungen bekannt: die „Karlsbande Ultras“ in Aachen, „Division Duisburg“, „Standarte Bremen“, „Nordsturm Brema“ und „City Warriors“ in Bremen, „Blue Caps LE“ in Leipzig, „Elbflorenz“ und „Faust des Ostens“ aus Dresden, „New Society (NS) Boys“ in Chemnitz, „HooNaRa“ (für Hooligans, Nazis und Rassisten) ebenfalls in Chemnitz sowie „Inferno Cottbus“.¹⁶ Versuche „Autonomer Nationalisten“, die Ultra-Szene unerkannt zu unterwandern, blieben auch deshalb nicht gänzlich ohne Erfolg, weil sie viele Gemeinsamkeiten in Habitus, Kleidungsstil, Gewaltbereitschaft und Führerprinzip mit der Szene der „Ultras“ verbanden. Als Teil einer neuen Konfrontationslinie entstand das Netzwerk „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa), das nach einer gewaltsamen Demonstration in Köln 2014 bundesweite Bekanntheit erlangte. Es trat in der Folgezeit unter wechselnden Bezeichnungen (wie „Bündnis Deutscher Hooligans“) auf und bewegte sich „zwischen der neuen muslimenfeindlichen Szene und den traditionellen Rechtsextremisten“.¹⁸

¹⁵ Vgl. Kreter 2018.

¹⁶ Vgl. Antwort der Bundesregierung 2017.

¹⁷ Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin 2017.

¹⁸ Ebd.

Die engsten Verflechtungen entstanden zwischen Neonationalsozialisten und organisierten Teilen rechtsextremer Skinheads wie den US-amerikanischen „Hammerskins“. Die von dem britischen Skinhead, Musiker und „Band-leader“ („Skrewdriver“) Ian Stuart Donaldson in den 1980er Jahren gegründete Organisation „Blood & Honour“ (die Losung „Blut und Ehre“ wurde u. a. von der Hitlerjugend verwendet), deren Jugendorganisation „White Youth“ und die Kampfgruppe „Combat 18“ („18“ für AH, „Adolf Hitler“) wurden im Jahr 2000 in Deutschland verboten, setzten ihre Aktivitäten jedoch teilweise konspirativ fort.

Mehrere Gruppierungen, die in der Mischzone zwischen NS-affinen Kameradschaften und offen rechtsextremistisch agierenden Skinheads angesiedelt waren, entwickelten rechtsterroristische Ansätze. Der bekannteste und am detailliertesten aufgearbeitete Fall (die Berichte der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Dresden, Erfurt, Wiesbaden, Stuttgart, München und Berlin füllen tausende von Seiten) ist der des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU), der sich Ende der 1990 Jahre aus dem „Thüringer Heimatschutz“ entwickelte. Der Gruppe werden neun Morde an türkisch- und griechischstämmigen Einwanderern sowie an einer Polizistin (in den Jahren 2000 bis 2006) und weitere Anschläge/Banküberfälle zur Last gelegt.¹⁹ Das „Blood & Honour“-Netzwerk unterstützte die Rechtsterroristen dabei mit Waffen, Geld, Wohnungen und strategischen Kontakten.²⁰

Folgen des Versagens der Sicherheitsbehörden bei der Aufdeckung des NSU waren strukturelle Veränderungen der Sicherheitsarchitektur und eine stärkere präventive Beobachtung von Strukturen, aus denen sich Rechtsterrorismus entwickeln könnte. Dies hat zu einem Anstieg von Verfahren gegen Gruppen geführt, bei denen ein planhaft-gewaltsames Vorgehen vermutet wird. Am meisten betroffen ist die NS-affine Szene. Im Januar 2016 durchsuchten Beamte Wohnungen von mutmaßlichen Betreibern der rechtsextremistischen Internetplattform „Altermedia Deutschland“ in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Berlin, Thüringen und im katalanischen Lloret de Mar. Im März 2016 verbot der Bundesinnenminister die neonationalsozialistische Gruppierung „Weiße Wölfe Terrorcrew“, eine im Jahr 2008 aus einer Fangruppe der nordrhein-westfälischen Skinheadband „Weiße Wölfe“ entstandene Vereinigung. Als terroristische Vereinigung verurteilt wurde die „Gruppe Freital“, der u. a. mehrere Sprengstoff-Attentate auf Flüchtlingsunterkünfte im sächsischen Freital sowie auf ein alternatives Wohnprojekt in



„SKINHEADS“

meint die subkulturelle Szene, welche Anfang der 1970er Jahre in Großbritannien entstand und sich durch einen dominanten Männlichkeitskult auszeichnet. In Deutschland kam es zu engen Verflechtungen zwischen Teilen der Skinhead-Szene und jugendlichen Neonationalsozialisten.



Combat 18



NSU - Täter und Opfer



Gruppe Freital, verurteilte Täter

¹⁹ Umfangreiche Informationen zum NSU und den Gründen für das Versagen der Sicherheitsbehörden bei der Strafverfolgung sind den viele tausend Seiten umfassenden Berichten der Untersuchungsausschüsse in den Parlamenten auf Bundes- und Landesebene zu entnehmen.

²⁰ Vgl. u. a. Hoffmann 2017, 151 ff.; Kulturbüro Sachsen 2017, 16 ff.



Old School Society

Dresden zur Last gelegt wurden. Gleiches galt für zwei Mitglieder der Gruppe „Old School Society“, gegen die der Generalbundesanwalt Anklage erhob.²¹ Auch der Gruppe „Nordadler“, gegen deren Mitglieder Mitte April 2018 Durchsuchungen in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Thüringen stattfanden, wurde unter anderem zur Last gelegt, die Vorbereitung von Anschlägen auf politische Gegner erwogen sowie Waffen und Sprengstoff beschafft zu haben.²² In Chemnitz eröffnete der Generalbundesanwalt im September 2018 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung gegen eine Gruppe namens „Revolution Chemnitz“.²³



REICHSBÜRGER

Unter Bezeichnungen wie „Reichsbürger“, „Reichsbürgertum“, „Reichsideologie“ oder „Reichsbürgerbewegung“ werden Personen erfasst, die von der Fortexistenz des Deutschen Reiches ausgehen und die Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland als Staat bestreiten. Davon zu unterscheiden sind „Selbstverwalter“, die sich selbst als „Staatenlose“ bezeichnen, weil sie sich keiner „Exilregierung“ und keinem Fantasiestaat zugehörig fühlen. Bei ihnen fehlen daher auch die teils prächtigen, teils schlichten, teils karikaturistischen, teils skurrilen Hoheitszeichen, die „Reichsbürger“ (etwa der „Reichsbewegung“, der „Exilregierung Deutsches Reich“, des „Freistaates Preußen“, des „Fürstentums Germania“, der „Republik Freies Deutschland“, des „Königreichs Deutschland“ oder der „Bundesstaaten“ „Baden“, „Bayern“, „Sachsen“, „Württemberg“) verwenden.



Reichsbürger

Infolge mehrerer spektakulärer Gewalttaten geriet die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ ins Visier der Ermittlungsbehörden. Im April 2018 informierte die Bundesanwaltschaft über Hausdurchsuchungen bei „Reichsbürgern“, die im Verdacht stünden, schwere Gewalttaten zu planen. Die Beschuldigten identifizierten sich mit dem deutschen Kaiserreich der Jahre 1871 bis 1918 und lehnten die staatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie hätten sich zusammengeschlossen, um die Bundesrepublik durch eine am Kaiserreich ausgerichtete Ordnung zu ersetzen und zu diesem Zweck auch „in Betracht gezogen“, „nötigenfalls zielgerichtet Menschen zu töten.“²⁴

An einigen Universitäten existieren Burschenschaften mit rechtsextremer Tendenz. Eine Klage gegen das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, das die Erlanger Burschenschaft Frankonia im Jahr 2015 im Verfassungsschutzbericht erwähnt hatte, wies das Verwaltungsgericht München im April 2018 als unbegründet zurück.²⁵

Einerseits weisen Akteure, Symbole und Inhalte des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus eine große programmatische, organisatorische und strategische Vielgestaltigkeit auf,

so dass es verfehlt wäre, sie als homogene Masse anzusehen. Andererseits verstehen sich große Teile des Spektrums als Teil einer Bewegung. Mobilisierende Ereignisse verdeutlichen dies: Angesichts eines (bis heute nicht hinreichend aufgeklärten) Tötungsdelikts von Ausländern an einem jungen Deutschen in Chemnitz (so zumindest die Wahrnehmung

21 Vgl. Antwort der Bundesregierung 2018.

22 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof 2018a.

23 Ebd. 2018b.

24 Ebd. 2018c.

25 Süddeutsche Zeitung 2018a.

der Szene) gelang es Rechtsextremen und Rechtspopulisten Ende August 2018, innerhalb eines Tages mehrere tausend Menschen zu mobilisieren, um gemeinsam auf der Straße zu demonstrieren. In der Woche nach dem Tötungsdelikt waren in Chemnitz mehrfach verschiedene Gruppen und Strömungen des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gemeinsam vor Ort. Am 1. September 2018 meldete die AfD gemeinsam mit Pegida in Chemnitz eine Demonstration an, der sich die Teilnehmer der rechtspopulistischen Wählervereinigung „Pro Chemnitz“ anschlossen. Die ersten Reihen des Aufzuges bestanden aus der sächsischen AfD-Landtagsfraktion und einigen AfD-Parteifunktionären aus anderen Bundesländern, den Protagonisten von Pegida, dem „Ein Prozent“-Vorsitzenden und führenden Vertretern des „Instituts für Staatspolitik“. In den Demonstrationenzug reihten sich ehemalige Mitglieder des verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerkes, der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ), der NPD, freier Kameradschaften, der rechtsextremen Hooliganszene und anderer rechtsextremer Gruppen ein.²⁶ Innerhalb der AfD löste das in den Medien kolportierte vereinte Vorgehen ein gespaltenes Echo aus. Dessen ungeachtet bewies das Ereignis die Mobilisierungsfähigkeit des rechtsextremen und rechtspopulistischen Lagers.

Ziele und Motive

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bilden ideologisch-programmatisch keine Einheit, sondern greifen auf unterschiedliche Ideenströmungen der antiliberalen Rechten zurück. Dies geschieht oft selektiv, zum Teil widersprüchlich. Die Motive der politisch Handelnden knüpfen vielfach nur lose an diese Ideen an und sind nicht selten opportunistischer Natur. Für das Verständnis der Triebkräfte der entsprechenden Gruppierungen bedarf es einerseits einer Kenntnis der geistigen Quellen, auf die intellektuelle Vordenker zurückgreifen, andererseits müssen die handlungsleitenden Faktoren auf der individuellen Ebene in ihrer jeweils besonderen Gemengelage betrachtet werden.

Im Gegensatz zum Islamismus sind Fragmente rechtsextremer Ideologie (wie in anderen europäischen Ländern) in größeren Teilen der Bevölkerung verbreitet. Seit vielen Jahren kommen demoskopische Untersuchungen immer wieder zu dem Ergebnis, dass sich Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus oder die Abwertung bestimmter Minderheiten (wie Juden, Muslime, Migranten, Homosexuelle) trotz aller Bildungsanstrengungen zählebig behaupten,²⁷ so sehr man auch über die ermittelten Prozentwerte streiten kann. Rechtsextreme und Rechtspopulisten knüpfen an solche Einstellungen an, die in allen sozioökonomischen Milieus – bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft – verbreitet sind.²⁸ Im Rahmen der NSU-Untersuchungsausschüsse im Deutschen Bundestag wurde u. a. bekannt, dass einzelne Polizisten in Baden-Württemberg im Ku-Klux-Klan organisiert waren.²⁹ In den Schlussfolgerungen des NSU-Untersuchungsausschusses heißt es außerdem, dass sich im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen „unbewusste Prozesse institutioneller Diskriminierung, die sich in Routinen der Ungleichbehandlung von Minderheiten niederschlugen“,³⁰ wiedergefunden haben. Anhand einer Befragung von 213 Polizeibeamten in Duisburg kommt eine

26 Vgl. u. a. *Recherchen des WDR* 2018.

27 Vgl. u. a. *Zick/Küpper/Hövermann* 2011; *Decker/Brähler* 2018.

28 Vgl. *Biskamp* 2017.

29 Vgl. *Deutscher Bundestag*, 656.

30 *Ebd.*, 879.

Studie aus dem Jahr 2003 zu dem Ergebnis, dass 13,6 % der Befragten fremdenfeindlich eingestellt sind.³¹ Diese und andere Erkenntnisse lassen die Annahme zu, dass rechtsextreme Einstellungen auch bei Polizei- und Sicherheitsbehörden zu finden sind. Dieses Thema ist bislang jedoch nicht zuletzt wegen des schwierigen Quellenzugangs kaum erforscht.

Das historische Ideenreservoir der antiliberalen Rechten weist eine große Vielfalt auf. Der Nationalismus bildete oft den kleinsten gemeinsamen Nenner. Der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer hat zwischen drei Strömungen unterschieden, die in der Zwischenkriegszeit den größten Einfluss erlangten und nach der Katastrophe des Dritten Reiches am rechten Rand in stark abgeschwächter Form fortwirkten:³² Der „Deutschnationalismus“ wollte alle Deutschen in einem Staatsverband vereinen, hielt strukturell am wilhelminischen Obrigkeitsstaat fest und begegnete der „sozialen Frage“ abwehrend, da seine Anhänger den Verlust gesellschaftlicher Privilegien befürchteten. Sozialrevolutionäre Experimente wurden entschieden abgelehnt. Der „Neue Nationalismus“ wurde von der Generation der Frontsoldaten getragen, die den „totalen Krieg“ in seiner klassensprengenden Wirkung erlebt hatten. Ihr Ziel war eine gegen die Ideen der Französischen Revolution gerichtete geistige, politische und soziale Konterrevolution („Konservative Revolution“), die zur Überwindung traditioneller Klassenschranken in einem überwiegend ethno-kulturell definierten „Volksstaat“ führen sollte. Die „Völkischen“ als dritte Strömung definierten den von ihnen propagierten Staat dagegen biologisch-rassistisch, indem sie die Gesetze des Tierreiches auf die Humangesellschaft übertrugen. Die Kategorien der „Rasse“ und des „Blutes“ galten als entscheidende Kriterien zur Beurteilung der „Qualität“ einer Nation. Die rassistische Substanz des deutschen Volkes sollte durch Rassenhygiene, Eugenik (im Sinne der Erbgesundheitslehre), Selektion und Züchtung erhalten und gefördert werden. Der rassistische Nationalismus der Völkischen konnte einen utopischen Charakter annehmen und sich mit sozialrevolutionären Programmelementen verbinden.

Zwischen diesen Strömungen gab es Schnittmengen, und sie veränderten sich im Laufe der Jahrzehnte. Auch die Freund-Feind-Konstruktionen waren stetigem Wandel unterworfen. Der lange Zeit dominierende Antikommunismus verlor nach dem Ende der Sowjetunion seine Bedeutung. Der Antisemitismus trat nach dem 11. September 2001 in den Hintergrund, während der Islamismus (in oft sehr weitgefasster Interpretation) zum Feindbild „Nr. 1“ avancierte. Eine „Neue Rechte“ lieferte – anfänglich in der Auseinandersetzung mit der „Neuen Linken“ – zentrale Ideologieelemente, auf die heutige Rechtspopulisten und Rechtsextremisten oft zurückgreifen.

Die „neu-rechte“ Fundamentalkritik an der modernen Massengesellschaft („Konsumrausch“) weist große Ähnlichkeit mit der der „Neuen Linken“ auf. Von ihr unterscheidet sie die Benennung der Hauptursachen der „Dekadenz“, nämlich die Gleichheitslehren (Egalitarismus) in ihren verschiedenen Varianten: Christentum, Judentum, Marxismus und Liberalismus. Dies habe zur Einebnung der natürlich gewachsenen Verschiedenheiten geführt und mit der Vielfalt auch ursprüngliche Kreativität beseitigt.

Die „Neue Rechte“ übt auch Fundamentalkritik an der Idee der „Menschenrechte“ und weist das Konzept der „einen Welt“ zurück. „Die“ Menschheit sei eine Fiktion, die Vielfalt unterschiedlicher Rassen, Völker, Ethnien eine Realität. Nur in seiner Nation oder Ethnie

³¹ Schweer/Strasser 2003.

³² Vgl. Sontheimer 1983 (1962).

vermöge der Mensch kulturschöpferisch zu wirken. Werde er aus seinem natürlichen Lebenszusammenhang gerissen und in eine fremde Umgebung verpflanzt, seien kultureller Niedergang und Sittenverfall unausweichlich. Völkervermischung bedeute „Ethnozid“, der „melting pot“ Dekadenz und bestenfalls kulturelle Mittelmäßigkeit.

Auch die NPD konnte das Konzept problemlos in ihre Programmatik integrieren. Sie betonte in ihrem 2010 verabschiedeten Bamberger Programm die legitime „Vielfalt der Völker als Träger der Kulturen“, lehnte aber jede „multikulturelle“ Vermischung im Interesse der „Erhaltung der deutschen Volkssubstanz“³³ ab. Die Folgen dieser Konzeption wurden in einer Ausarbeitung für Parteifunktionäre deutlich, wo die NPD eine „Ausländerrückführung“ auch für „Passdeutsche“ forderte, also für deutsche Staatsbürger, die nicht die biologischen Voraussetzungen erfüllen: „Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. (...) Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. (...) Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper“³⁵



ETHNOPLURALISMUS

Das „Ethnopluralismus“-Konzept der „Neuen Rechten“ ersetzt die Hierarchie der „Rassen“ durch die Idee der gleichrangigen „Ethnien“, die als „organische“ Einheiten gedacht werden. Das Vermischungsverbot ist die zentrale Gemeinsamkeit mit dem biologischen Rassismus, wie ihn der Nationalsozialismus transportierte. So ist das Konzept mit einigem Recht als „differenzialistischer“ Rassismus³⁵ bewertet worden.

Solche Aussagen belegen die geistige Nähe zum historischen Nationalsozialismus, wie sie die Antragsteller im Verbotsverfahren umfangreich belegen konnten. Die NS-affine Szene der „Kameradschaften“, „freien Kräfte“ und „Autonomen Nationalisten“ weicht von diesem Bild kaum ab, auch wenn der „Nachahmerfaschismus“ (Uniformfetischisten in Schafstiefeln) aus der Mode gekommen ist und neuen stilistischen Ausdrucksformen (schwarzer Kapuzenpullover mit Turnschuhen) weichen musste. Selbst die Identitäre Bewegung, die den „Ethnopluralismus“ als Markenzeichen führt, unterscheidet sich stärker durch originelle Formen der Aktion und Öffentlichkeitsdarstellung als durch innovative Inhalte. Die alarmistische Warnung vor dem „großen Austausch“ ist den Schriften der französischen Schriftsteller Jean Raspail und Renaud Camus entlehnt. Camus unterstellt der französischen Regierung, die eigene Bevölkerung durch ungebremste Immigration auflösen zu wollen. Das Bedrohungsszenario sieht die Migranten als bössartige Eindringlinge und die angestammte Bevölkerung als zu schützendes Biotop. Auch die Verteidigung der Identität Europas (statt nur der Deutschen) ist nicht neu: „Nation Europa“ lautete der Titel des zentralen Integrationsorgans des „nationalen Lagers“ in den Jahren 1950 bis 2009.

Eine geistige Demarkationslinie innerhalb von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus wird vor allem im Verhältnis zu den Weltreligionen sichtbar. NPD, NS-affine Szenen und Teile der „Neuen Rechten“ können sich nicht zu Verteidigern des „christlichen Abendlandes“ erklären, weil sie dem Christentum ambivalent bis ablehnend begegnen. Sie teilen Nietzsches Kritik am Christentum, welches das Abendland mit seiner weichlichen Mitleidsethik verdorben habe, propagieren stattdessen das Neuheidentum (Neopa-

33 NPD 2010.

34 Vgl. Taguieff 1991.

35 NPD 2012.

ganismus), huldigen dem Odinismus oder einem arisierten Jesus, der auf diese Weise von seiner „Kontamination“ mit dem Judentum „gereinigt“ wird. Vor die Alternative „Judentum oder Islam“ gestellt, wird dem Islam der Vorzug gegeben. Als Rechtspopulisten 2010 in Jerusalem ein Bündnis mit den Juden (Vertretern des rechten Flügels der Knesseth) gegen den „totalitären“ Islam ausriefen, reagierte die NPD mit scharfer Ablehnung: „der Jude ist nicht plötzlich mein Freund, weil ich innenpolitisch gegen Moslems bin“, bekannte der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel im Parteiorgan „Deutsche Stimme“.³⁶ Und als Al-Qaida-Terroristen am 11. September 2001 die Zwillingstürme des World Trade Centers in New York zum Einsturz brachten, erklärten Neonationalsozialisten ihre Solidarität mit den Massenmördern: Auch sie befänden sich „in einem politischen Krieg mit den USA“.³⁷

Eine geistige Trennlinie wird sichtbar, betrachtet man das Verhältnis der von NS-affinen Gruppen ausgehenden „Volkstod“-Kampagne zum „großen Austausch“ der „Identitären“. Die „Volkstod“-Kampagne argumentierte biologisch-rassistisch; das deutsche Volk werde sterben, wenn der „Überfremdung“ nicht Einhalt geboten werde. Die Anlehnung an die NS-Ideologie ist unübersehbar. Dagegen distanzieren sich die „Identitären“ vom Nationalsozialismus und Antisemitismus. Sie wenden sich vor allem gegen die „totalitäre“ „Islamisierung“, welche die europäischen Völker ihrer Kultur beraube. Die Distanzierung vom Rassismus (ein vielverwendeter Kampagnentitel lautet: „100 % identitär, 0 % Rassismus“) gilt der Hierarchisierung der Völker. Doch halten die „Identitären“ an einer homogenisierenden Identitätskonstruktion fest. Die Reinerhaltung der „Ethnie“ vor fremden Einflüssen bleibt also ein zentrales Gebot.

Die „Identitären“ sind jedoch anschlussfähig gegenüber einem neuen ideologischen Syndrom, dem die erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien Europas weitgehend folgen. Vorreiter waren die niederländischen Populisten Pim Fortuyn und Geert Wilders sowie der über viele Jahre hinweg erfolgreiche Front National (seit 2018: Rassemblement National, RN) in Frankreich, von 2011 an mit der Tochter des Parteigründers, Marine Le Pen, an der Parteispitze. Folgende Neuerungen erhöhen die Akzeptanz dieser Parteien bei Teilen der Bevölkerung und finden seit einigen Jahren zunehmend Eingang in die Programmatik der deutschen Formationen:

- 1 Der Geschichtsrevisionismus, wie ihn die NPD in fast jeder Ausgabe ihrer Parteizeitung pflegt (der Reichsmythos, das Hohelied des deutschen Soldaten und die „guten Seiten“ des Dritten Reiches), rückt in den Hintergrund oder verliert völlig an Bedeutung. Zur Schau gestellter Anti-Antisemitismus soll das am stärksten Ansehen schädigende historische Minenfeld räumen.
- 2 Stattdessen will man mit den Juden (vorzugsweise aus der radikalen israelischen Siedler-Bewegung) das „jüdisch-christliche Abendland“ gegen „den Islam“ verteidigen. Dabei verschwimmen oft die Differenzen zwischen Islam, Islamismus und Dschihadismus. Fromme traditionalistische Muslime werden mit fanatisierten Gewalttätern auf eine Stufe gestellt.
- 3 Die Verteidigung des „jüdisch-christlichen Abendlandes“ erfolgt unter Berufung auf die Werte der Aufklärung (und des demokratischen Verfassungsstaates), indem der Islam/Islamismus/Dschihadismus als „totalitär“, „frauenfeindlich“ und „homophob“ (sexuelle Minderheiten diskriminierend) geißelt wird.

³⁶ Gansel in: *Deutsche Stimme* vom 04.01.2011.

³⁷ *Verfassungsschutz des Landes Brandenburg 2001. Siehe zum Islamismus Kapitel 2.2 in diesem Band.*

- Migrationskritik wird sozialpolitisch untermauert: Muslimische Migranten gelten nicht nur als Sicherheitsrisiko, sondern tragen auch zur „Unterhöhung des Sozialstaates“ bei.

Der Autoritarismus der populistischen Warner vor einer „Islamisierung des Abendlandes“ äußert sich vor allem in der Bewunderung des Putin-Regimes, dessen starker Führer die Interessen des Landes robust verteidige, „traditionelle Werte“ wahre und es vor „Überfremdung“ schütze.

Dieses neue Syndrom kann, ebenso wie die traditionellen Bestandteile des rechtsextremen Weltbildes, Motive für extremistisches Handeln liefern. Jedoch führt kein direkter Weg vom Gedanken zur Tat. Zur Rolle von Ideologien im politisch „rechts“ motivierten Gewalthandeln fasste der 2006 veröffentlichte Zweite Periodische Sicherheitsbericht der deutschen Bundesregierung den Forschungsstand wie folgt zusammen: „Die Motivation der Täter basiert im Allgemeinen auf Deprivationserfahrungen, fremdenfeindlichen Emotionen und generalisierten Gewaltbereitschaften. Seltener sind ideologisch verfestigte politische Ideologien Auslöser der Gewaltdelikte. Meistens übernehmen die Täter die Überzeugungen ihrer Freizeitclique und treten im Namen der Gruppe, die ihnen Geborgenheit, Schutz und Anerkennung bietet, für deren fremdenfeindliche Ziele ein. Von daher ist bei den meisten Tätern, zumindest zum Zeitpunkt der Straftatbegehung, eine dezidiert fremdenfeindliche sowie eine (meist ungefestigte) politisch rechte Orientierung vorhanden“.³⁸ Selbst in einer Studie zum engen Kreis der „Mehrfach- und Intensivtäter“ (Bundesland Sachsen, 2001 bis 2011) wiesen etwa drei Viertel der Probanden einen nur schwachen Ideologierungsgrad auf.³⁹

Allerdings sollten solche Befunde nicht dazu verleiten, die Rolle von Ideologien beim Gewalthandeln völlig auszublenden. Ideologisch geprägte Freund-Feind-Bilder sind auch dort anzutreffen, wo es an Selbstreflexion und ausgearbeiteten Tatbegründungen mangelt. Zudem gibt es bei politisch motivierten Gruppentaten stärker ideologisierte Akteure, die maßgeblich zur Herausbildung einer im weitesten Sinne politischen Identität beitragen. Ihnen kommt in Gruppen rechts motivierter Mehrfach- und Intensivtäter nicht selten eine Schlüsselrolle zu: „Sie ließen ein explizites ideologisches Bekenntnis erkennen, verfügten über Kontakte zur ‚Nationaldemokratischen Partei Deutschlands‘ (NPD), traten als Anführer oder (hetzerische) Redner (etwa bei Demonstrationen) hervor, waren Ideologieproduzenten und/oder beteiligten sich an Gewaltdiskursen.“ Zwar verfasste keiner von ihnen umfangreiche ideologische Traktate, aber einige wurden als Flugblatt-Verfasser, „Gestalter von Stickern und Textilien“ oder als „Texter von Rechtsrock-Bands“⁴⁰ identifiziert. Einer betätigte sich als Redakteur in einem NS-affinen Organ. Meist waren die ideologischen Bezüge nicht in der Form von schriftlichen Ausarbeitungen, sondern in den sparsamen, aber effektiven Kommunikationsformen politischer Symbolik erkennbar.

Wie zahlreiche Studien zeigen, sind politisch motivierte Gruppen durch eine teils formalisierte, teils informelle Arbeitsteilung gekennzeichnet, innerhalb derer Praktiker und Ideologen kooperieren, aber meist getrennte Funktionen übernehmen. Allerdings deutet die mitunter verblüffende Konversions- und Rekonversionsgeschwindigkeit auf das nicht selten geringe Maß an Verinnerlichung ideologischer Deutungsmuster hin.

38 Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz 2006, 155.

39 Backes/Haase/Logvinov/Mletzko/Stoye 2014, 175.

40 Backes et al. (Anm. 15), 175 f.

Aktionen

Wirken nach innen (Organisationen, Strukturen, Angebote)

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus treten in verschiedenen Organisationsformen auf. Neben fest organisierten Parteien mit formalisierter Mitgliedschaft gibt es bewegungs-förmige Vereinigungen, die oft nur lose in der Art eines Netzwerkes verknüpft sind. Die Verbreitung des Internets und der Sozialen Medien hat ebenso zum Bedeutungszuwachs lose geknüpfter Netzwerke beigetragen wie eine Vielzahl von Vereinigungsverboten vor allem gegen neonationalsozialistische Organisationen, die infolgedessen vereinsrechtlich relevante Strukturen mieden. In beiden Bereichen, dem partei- wie dem bewegungs-förmigen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, finden sich Theoriezirkel mit Zeitschriften, Verlagen, Vertriebsdiensten und Internetforen, die teils geschworene Anhänger und Sympathisanten bedienen und eine wichtige identitätsstiftende Funktion erfüllen, teils ein breiteres Publikum ansprechen und in einer Grauzone zwischen hartem verfassungs-feindlichem Rechtsextremismus und weichem Rechtspopulismus angesiedelt sind.

Die Verfassungsschutzbehörden ordneten dem organisierten Rechtsextremismus Ende 2018 ca. 24.100 Personen zu. In dieser Zahl sind Sympathisanten und Wähler rechtsextremer Parteien selbstverständlich nicht enthalten. Wie Tabelle 1 zeigt, hat sich die kalkulierte Gesamtzahl in den Jahren seit 2010 nicht wesentlich verändert. Größere Verschiebungen gab es innerhalb des Spektrums. Dies betrifft weniger die nicht wahlpolitisch aktiven „Subkulturellen“ und „Neonazis“; rechnet man beide Kategorien zusammen, blieb deren Zahl in etwa konstant. Die Kräfteverhältnisse änderten sich vor allem bei wahlpolitisch aktiven Formationen. Die auf Länderebene mehrfach erfolgreiche Deutsche Volksunion (DVU) fusionierte 2011 mit der NPD und löste sich als eigenständige Organisation nach internen Querelen auf. Die NPD konnte davon jedoch kaum profitieren. Ihre Mitgliederzahl ging bereits zurück, als sie noch in den Landtagen von Sachsen (bis 2014) und Mecklenburg-Vorpommern (bis 2016) vertreten war. Gleiches gilt für Pro NRW, eine vor allem in Nordrhein-Westfalen aktive Vereinigung, die sich früher als andere auf den Kampf gegen die „Islamisierung“ konzentriert hatte. Ihr Berliner Ableger „Pro Deutschland“ gab im November 2017 die Auflösung bekannt. Wenn sie von der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 ebenso wenig wie die NPD profitieren konnte, war dies die Folge des Aufstiegs der zunehmend rechtspopulistisch auftretenden AfD, die den wahlpolitischen Protest erfolgreicher als ihre Konkurrenten rechtsaußen kanalisierte.

Tab. 1: Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen, 2010-2017

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
„Subkulturelle“	8.300	7.600	7.500	7.400	7.200	8.200	8.500	9.200
Neonationalsozialisten	5.600	6.000	6.000	5.800	5.600	5.800	5.800	6.000
Die Rechte	--	--	150	500	500	650	700	650
Der III. Weg	--	--	--	--	200	300	350	500
NPD	6.600	6.300	6.000	6.000	5.200	5.200	5.000	4.500
DVU	3.000	1.000	--	--	--	--	--	--
Pro NRW	--	--	1.000	1.000	950	500	500	400
Sonstige	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	3.200	3.500	4.000
Summe*	26.000	23.400	23.150	22.700	21.000	22.600	23.100	24.000

Quelle: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzberichte 2011-2019.
* Nach Abzug von Mehrfach-Mitgliedschaften.

Von Einzelpersonen abgesehen,⁴¹ unterlagen bis zum Sommer 2018 weder die AfD als Ganzes noch Substrukturen an deren rechtem Flügel der Beobachtung durch Verfassungsschutzämter. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2018 gaben mehrere Landesämter eine Beobachtung der Jugendorganisation „Junge Alternative“ bekannt. Die nach Parteiangaben mehr als 30.000 AfD-Mitglieder (Ende 2018) finden in Tabelle 1 folglich keine Berücksichtigung. Im März 2020 stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz die seit Januar 2019 als „Verdachtsfall“ geführte AfD-Vereinigung „Der Flügel“ als extremistisch ein. In Tabelle 1 nur zu einem kleineren Teil erfasst sind die Anfang 2018 auf 16.500 Personen geschätzten sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“, von denen die Verfassungsschutzämter dem Rechtsextremismus nur etwa zehn Prozent zurechnen. Bei einem beträchtlichen Teil schienen geschäftliche Interessen wichtiger als politische. Die Augsburger Justiz verhandelte 2018 einen besonders gravierenden Vorfall. Die Angeklagten im Alter zwischen 54 und 63 Jahren hatten Fantasiedokumente als Ausweise verkauft und laut Staatsanwaltschaft Immobilienbesitzern eingeredet, ein Deutscher könne gemäß „Alliiertengesetz“ kein Wohneigentum besitzen, so dass sie nach dem bevorstehenden Untergang der Bundesrepublik Deutschland aller Voraussicht nach ihr Eigentum verlören. Um dies abzuwenden, wurde eine „Gebühr“ erhoben – und eine Summe von mehr als 100.000 Euro erschwindelt.⁴²

Illegale Finanzquellen dürften insgesamt nur einen kleineren Teil der Ressourcen ausmachen. Viele Gruppierungen leben nicht zuletzt vom Idealismus ihrer Mitglieder und Spender. Nur die bei Wahlen erfolgreichen Parteien (mit Ergebnissen über 1,0 Prozent auf Landesebene und über 0,5 Prozent auf Bundesebene) profitieren von staatlicher Förderung. Hohe Einnahmen werden durch Herstellung und Vertrieb von Tonträgern, die Organisation von Konzerten und den Verkauf szenetypischer Bekleidung erwirtschaftet. Die Erlöse dienen zum Teil der Finanzierung von Szene-Aktivitäten.

Das Verhältnis der Parteien zu bewegungsförmigen Strukturen ist kompliziert (Kameradschaften, Freie Kräfte, Hooligans) und beruht keineswegs immer auf einer verabredeten Arbeitsteilung. Die NPD nutzte NS-affine „Kameradschaften“ seit Mitte der 1990er Jahre als Hilfstruppen (bei Demonstrationen und Wahlkämpfen) und Reservoir zur Nachwuchsrekrutierung. Die so gewonnenen Aktiven waren jedoch nicht immer bereit, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen. Die Verflechtungen der NPD mit gewaltgeneigten Gruppierungen schwächten ihre Mobilisierungsfähigkeit bei Wahlen.

Das Verhältnis der AfD zu „Gidas“ und daran mitwirkenden Vereinigungen ist ähnlich kompliziert, auch wenn Ansehensverluste durch die Verstrickung von Mitgliedern in Gewalttaten bislang keine Rolle spielen. Die Öffnung gegenüber ihren bewegungsförmigen Unterstützern könnte jedoch die Strategie gefährden, sich als unzweifelhaft verfassungstreue Kraft vom Rechtsextremismus abzugrenzen. Das gilt besonders für die Aktiven der IB, die sich rege an „Gidas“ beteiligen und zugleich der Beobachtung durch die Verfassungsschutzämter unterliegen.

Wirken nach außen (Konfliktaustrag, Rekrutierung, Mobilisierung)

Der Wandel der AfD von einer eurokritischen zu einer nationalpopulistischen Kraft wurde mit zunehmendem Erfolg bei der Wählermobilisierung belohnt, nachdem die

⁴¹ Das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz beobachtete den bayerischen AfD-Landesvorsitzenden Petr Bystron wegen angeblicher Kontakte zur „Identitären Bewegung“ bis zu dessen Einzug in den Deutschen Bundestag und stellte die Beobachtung danach aus rechtlichen Gründen ein. Vgl. Lell 2017.

⁴² Süddeutsche Zeitung 2018b.

Partei infolge ihrer Spaltung (Sommer 2015) zeitweilig geschwächt worden war. Kleinere Konkurrenten auf dem Feld der Anti-Islam-Propaganda wie „Pro Deutschland“, durch einen internen Konflikt der Pro-Bewegung gebremst,⁴³ und „Die Republikaner“ traten bei der Bundestagswahl 2017 nicht mehr an. Die Kleinpartei „Die Freiheit“, deren Vorsitzender Martin Stürzenberger vom bayerischen Verfassungsschutz wegen muslimfeindlicher Äußerungen beobachtet wurde und als „Gida“-Redner auftrat, löste sich im Dezember 2016 auf.⁴⁴ „Pro Deutschland“ folgte ein Jahr später. Hauptleidtragende des AfD-Erfolgs war die NPD, die lange Zeit dominierende Kraft im politischen Feld rechts von den Unionsparteien gewesen war. Finanziell und organisatorisch geschwächt, zentraler Themen beraubt, erreichte sie bei der Bundestagswahl 2017 nur mehr 0,4 Prozent der Zweitstimmen, das schlechteste Ergebnis seit Beginn ihrer Wahlerfolgsserie zu Beginn der 2000er Jahre.

Tab. 2: Stimmenanteile rechtspopulistischer/rechtsextremistischer Parteien bei nationalen Wahlen, 2013-2019 (in Prozent)

	BTW 2013	Europawahl 2014	BTW 2017	Europawahl 2019
AfD	4,7	7,1	12,6	11,0
Pro Deutschland	0,2		--	--
Pro NRW	--	0,2	--	--
Die Republikaner	0,2	0,4	--	--
NPD	1,3	1,0	0,4	0,3
Die Rechte	0,0	--	0,0	0,1
Der Dritte Weg	--	--	--	0,0
Summe	6,4	8,7	13,0	11,4

Quelle: Amtliche Wahlstatistik.

Dass der NPD trotz ihrer zeitweiligen Erfolge auf regionaler Ebene eine dauerhafte Etablierung auf nationaler Ebene versagt bleiben würde, konnte man nicht nur wegen ihrer programmatischen Nähe zum historischen Nationalsozialismus vermuten, sondern auch angesichts ihrer Unfähigkeit, Wahlerfolge in Mitgliederrekrutierungserfolge zu verwandeln. Die Schwelle von 7.000 Mitgliedern wurde auf dem Höhepunkt nicht überschritten. Dagegen konnte die AfD Anziehungskraft auf politische Milieus (Nationalkonservative, Nationalliberale, christliche Fundamentalisten) ausüben, die der NPD weitgehend verschlossen blieben.

Die NPD sah Wahlpolitik und Straßenpolitik als gleichrangige Säulen. Die AfD startete als klassisch wahlpolitische Formation. Erst im Zuge ihrer rechtspopulistischen Transformation näherte sie sich in Teilen dem „Gida“-Protest an. Die Dresdener Pegida mit ihren Ablegern hat kulturkonservativen bürgerlichen Kreisen die Aktionsmodi des linken Protests erschlossen. Die aufgeheizte asyl- und islamfeindliche Stimmung, die dabei von Pegida und ihren Ablegern verbreitet wurde, gilt als ein Katalysator des Anstiegs rechtmotivierter Gewalt in den Jahren 2015/16.

Der Erfolg des organisierten Rechtsextremismus lässt sich im lokalen Kontext oft nicht an der Mitgliederzahl oder an Wahlerfolgen messen. Matthias Quent und Peter Schulz sprechen davon, dass Rechtsextremisten in Städten und Gemeinden erfolgreich sind,

43 Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen 2017, 28f.

44 Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr 2017, 194 f.; Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr 2018, 189-193.

wenn sie „Geländegewinne“ erzielen.⁴⁵ Dies kann erstens mittels „Provokationsgewinnen“ durch z. B. Graffitis, Aufkleber oder öffentliche Auftritte geschehen, so dass sie sich als ernst zu nehmender Akteur präsentieren. Neben diesen „Provokationsgewinnen“ beschreiben die Autoren in einem zweiten Schritt die von ihnen so genannten „Räumungsgewinne“. Diese können Rechtsextreme verbuchen, wenn andere Gruppen (Nicht-Rechtsextreme oder Migranten) aus Sozialräumen verdrängt werden. In einer weiteren Steigerung gehe es Rechtsextremen um „Raumgewinne“, die dazu dienen, die „Räumungsgewinne“ so zu festigen, dass es dauerhafte Angstzonen für Betroffene rechter Gewalt gebe, die von ihnen über einen längeren Zeitraum gemieden würden. Die höchste Stufe von „Geländegewinnen“ ist erreicht, wenn sich „Normalitätsgewinne“ einstellen, also wenn rechtsextreme Gruppen als normale politische Akteure wahrgenommen werden und Verdrängungskämpfe gegen Migranten oder Gegner der Rechtsextremen vor Ort nicht mehr als Problem erscheinen. Gerade auf der kommunalen und regionalen Ebene sind solche Aktionsformen in jüngster Zeit deutlich wahrzunehmen. Neue rechtsextreme Akteure, wie die „Ein Prozent-Gruppierung“ und die „Identitären“ bezeichnen diese Strategie als „patriotische Raumnahme“, die dazu diene, „sowohl den urbanen als auch den ländlichen Raum von der linksliberalen Schickeria zurückzuerobern“.⁴⁶ Gemeinsam mit einem AfD-Landtagsabgeordneten eröffneten die „Identitären“ ein politisches Wohnprojekt in Sachsen-Anhalt. In Brandenburg entstand ein Infoladen von „Ein Prozent“. Zudem gibt es Ansiedlungsprojekte unterschiedlicher rechtsextremer Akteure in verschiedenen ländlichen Regionen. Ausgehend von solchen Zentren soll mit diversen Aktionsformen Einfluss auf die örtliche Gesellschaft gewonnen werden.

Die rechte Protestszene erhöhte ihre Mobilisierungsfähigkeit in der Vergangenheit immer wieder durch die Übernahme links erprobter Formen. Darüber hinaus haben die sozialen Medien Organisations- und Aktionsformen des Protests verändert. „Flashmobs“, zu denen per E-Mail, SMS, Messenger-Dienste, über WEBLOGS oder Newsgroups aufgerufen wird, lassen sich leicht für politische Aktionen nutzen und benötigen keine lange Vorlaufzeit. Ein eindrucksvolles Beispiel boten die nächtlichen Fackelzüge der „Unsterblichen“ (teilweise angelehnt an den linken Protest der „Überflüssigen“), die der NS-affine „Widerstand Südbrandenburg“ in Brandenburg und Sachsen organisierte (Höhepunkt 2011/12). Jeweils 20 bis 50 Personen in schwarzer Kleidung und mit weißen „Totenmasken“ zogen durch die Innenstädte und verschwanden so schnell wieder, wie sie gekommen waren. In den sächsischen Ortschaften Bautzen und Stolpen gelangen im Rahmen dieser Kampagne im Jahr 2011 spontane, unangemeldete Fackelaufmärsche mit mehr als 200 Teilnehmern. Auf Spruchbändern protestierten sie gegen den angeblich bevorstehenden „Volkstod“ und suggerierten eine Notstandssituation, die zu sofortiger Gegenwehr zwingt. Die Kampagne fand durch eine geschickte Choreographie und die Verbreitung der selbst gedrehten Filme über das Internet Nachahmer im gesamten Bundesgebiet.



Fackelzug "Die Unsterblichen"

Auch die „Identitären“ nutzen innovative Protestformen wie den in Russland entstandenen und in Ostmitteleuropa verbreiteten „Hardbass“: Personen mit weißen Masken und Transparenten tanzen vor symbolträchtigen Gebäuden (wie beispielsweise Moscheen) zu rhyth-

⁴⁵ Quent/Schulz 2015.

⁴⁶ Ein Prozent e. V. 2018.

misch-ohrenbetäubender Techno-Musik („multikulti wegbassen“). Nach dem mutmaßlichen Sexualmord eines afghanischen Flüchtlings an einer Studentin stellten die „Identitären“ um das Freiburger Münster „Tatorte“ mittels kunstblutverschmierter Puppen nach.⁴⁷

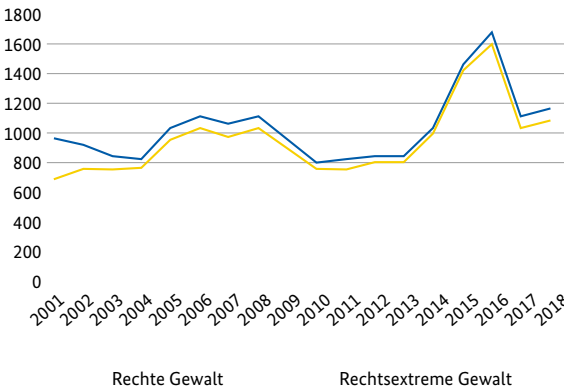
Die Kommunikationsmittel verändern sich tiefgreifend. Klassische Printmedien (Zeitungen, Zeitschriften, Buchpublikationen) haben gegenüber oft kostenfreien Textangeboten im Internet an Bedeutung verloren. Audiovisuelle Formate, die früher aufgrund des technischen Aufwandes nur finanzstarken Anbietern zur Verfügung standen, können nun auch von kleinen Gruppen genutzt werden. Oft starten neue Initiativen (wie „Autonome Nationalisten“ und „Identitäre“) im „virtuellen Raum“ und entwickeln sich von dort aus erst zu relevanten sozialen Phänomenen. Rechte Alternativmedien haben an Bedeutung gewonnen. Ein eindrucksvolles Beispiel sind die Formate des Medienunternehmens „Compact“, die neben einer gemischten Klientel Repräsentanten der AfD, der IB und der „Neuen Rechten“ ein Forum

bieten. Gleiches gilt für staatsnahe russische Medien (RT, „Sputnik“), die Rechtspopulisten in verschiedenen europäischen Ländern unterstützen.⁴⁸ „Trolle“ wie das Netzwerk „Reconquista Germanica“ versuchten 2017, die Bundestagswahl durch Internet-Kampagnen in sozialen Medien zugunsten der AfD zu beeinflussen.⁴⁹

AUTONOME NATIONALISTEN

Ein loser Zusammenschluss aus Akteuren der rechtsextremen Szene, welche mit von linken Autonomen imitierten Aktionsformen und Outfits sowie einer hohen Gewaltbereitschaft auftreten.

Wie zahlreiche Studien zur politisch motivierten Gewalt zeigen, gehen organisierter Rechtsextremismus und Gewalt keineswegs Hand in Hand. Die Mehrzahl der alljährlich registrierten Gewalttäter kann keiner bekannten Organisation zugeordnet werden. Und umgekehrt verhalten sich viele der von den Verfassungsschutzämtern beobachteten Rechtsextremisten weitgehend rechtskonform. Nur eine Minderheit setzt Gewalt systematisch als politisches Mittel ein.



Die Landeskriminalämter registrieren für das Jahr 2017 1.130 „rechts motivierte“ Gewalttaten. Davon bewerteten die Verfassungsschutzämter 1.054 (also das Gros) als „rechtsextremistisch“. Gegenüber den beiden Vorjahren, die vor dem Hintergrund der sogenannten Flüchtlingskrise durch einen starken Anstieg der Delikte, unter anderem gegen Flüchtlingsunterkünfte, gekennzeichnet waren, ging die Zahl der Gewalttaten deutlich zurück und näherte sich dem – im langjährigen Vergleich – hohen Gewaltso-

ckel der Jahre 2000 bis 2014. Zu deutlich höheren Zahlen kommen die zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt. Dort werden auch Fälle registriert, bei denen die Betroffenen der rechtsmotivierten Gewalt keine Anzeige bei der Polizei machen wollen. Das kann z. B. am ungeklärten Auf-

Politisch motivierte Kriminalität – rechts/rechtsextremistische Gewalttaten, 2001-2018.

47 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg 2017.

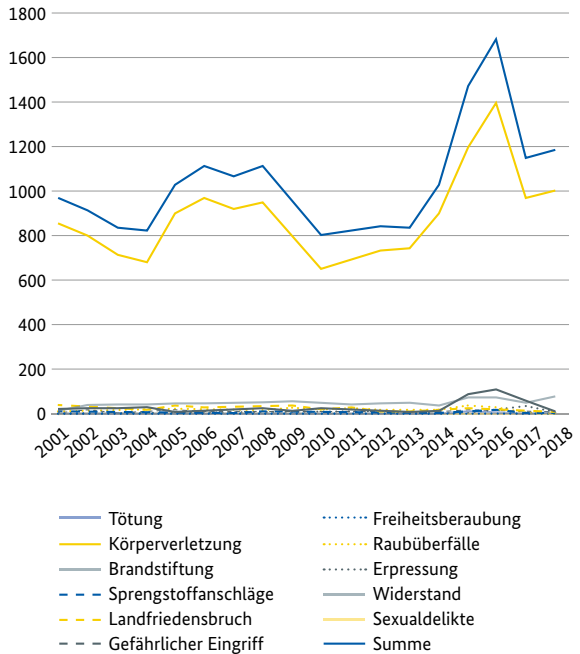
48 Vgl. U.S. Senat 2018.

49 Vgl. Ebner 2018.

enthaltsstatus, an schlechten Erfahrungen mit staatlichen Behörden (z. B. im Fluchtcontext) oder auch an Angst vor sozialem Druck (z. B. in Dörfern oder Kleinstädten) liegen. Nach dem massiven Anstieg der Zahlen in den Jahren 2015/16 verzeichnen auch die Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt einen Rückgang auf das hohe Niveau der Jahre davor.⁵⁰

Differenziert man die Zahl der Gewalttaten nach der Art der verübten Delikte, so zeigt sich folgendes Bild: Gewalttaten, wie sie typischerweise von terroristischen Gruppen mit hohem Planungsniveau aus dem Untergrund verübt werden (Sprengstoffanschläge, Raubüberfälle, Freiheitsberaubung und Erpressung), sind zwar besonders gefährlich, aber quantitativ unbedeutend. Das Gros der rechts motivierten Gewalttaten entfällt auf Körperverletzungen (gegen „Fremde“, „Ausländer“, „Kanaken“, „Asoziale“, „Homosexuelle“, „linke Zecken“), die sehr oft expressiv-hassgeladen, vielfach spontan, unter Musik- und Alkoholeinfluss erfolgen und als „Ausdruck defizitärer Affektregulierung“⁵¹ erscheinen. Tötungsdelikte stellen nur einen kleinen Teil der Gewalttaten dar. Eine langjährige Betrachtung offenbart dennoch eine erschreckend hohe Opferzahl: Für den Zeitraum ab 1990 wurden 83 Todesopfer rechts motivierter Gewalt in der Bundesrepublik offiziell anerkannt. Journalistischen und zivilgesellschaftlichen Recherchen zufolge kann gar von 150 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 ausgegangen werden.⁵² Dass auch weiterhin mit gezielten Anschlägen auf Migranten, Angehörige verhasster Minderheiten und Vertreter des Staates gerechnet werden muss, haben u. a. die Attentäter von Halle und Hanau sowie der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke in Kassel (2019) gezeigt.

Differenziert man die Gewalttaten nach Zielen oder „Themenfeldern“, so dominiert die „Hasskriminalität“ bei weitem. Das Opfer wird typischerweise nicht wegen seines individuellen Verhaltens, sondern aufgrund der Zuordnung zu einer „Feindgruppe“ attackiert. Im Jahr 2017 wurden rund 70 % der „rechts motivierten“ Gewalttaten als „fremdenfeindlich“ bewertet. Diese Zahl könnte im Bereich der als antisemitisch bewerteten Gewalttaten (im Vergleich zu den „fremdenfeindlichen“ ein weitaus kleinerer Teil) etwas überhöht sein, da die Erfassungsbehörden bei dieser im Tatgeschehen oft besonders schwer zu beurteilenden Motivation dazu neigen, sie im Zweifelsfalls als „rechts motiviert“ einzuordnen.⁵³ Die Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt ordnen die registrierten Fälle entsprechend der Einschätzung der Betroffenen selbst ein. Ihre



Politisch rechts motivierte Gewalttaten nach Delikten, 2001-2018

50 Vgl. Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt 2018.

51 Möller/Schumacher 2007.

52 Vgl. Jansen 2018.

53 Vgl. Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen 2017.



KONFRONTATIONSGEWALT

Als Konfrontationsgewalt wird jener Teil der politisch motivierten Delikte erfasst, der in unmittelbarem Zusammenhang mit Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Gruppen sowie den Sicherheitskräften begangen wird. Der Anteil der Konfrontationsdelikte am Gesamtaufkommen politisch motivierter Gewalttaten ist seit den 1990er Jahren erheblich angestiegen und bewegte sich in den Jahren 2001 bis 2017 auf hohem Niveau. Im Jahr 2017 wurden rund 21 Prozent der „rechts motivierten“ Gewalttaten als Konfrontationsdelikte erfasst.

Zahlen weichen daher von den staatlichen Statistiken ab: Rassismus wird hier als das dominierende Tatmotiv benannt und machte im Jahr 2017 ebenfalls rund 70 % (814 Fälle) der rechten Angriffe in Ostdeutschland, Berlin und Schleswig-Holstein aus.⁵⁴

Die Deliktsspezifik im Bereich der Konfrontationsgewalt unterscheidet sich vor allem im Segment „Rechts gegen Links“ vom Gros rechter Gewalttaten. Zum einen ist der Gruppentäter-Anteil wesentlich höher als bei der fremdenfeindlichen Gewalt.⁵⁵ Zum anderen gehen Rechts-Links-Auseinandersetzungen häufiger als sonst Vorbereitungshandlungen voraus.⁵⁶

Die Konfrontationsgewalt erwächst aus den wechselseitigen Selbst- und Feindbildern der militanten Gegenspieler. Diese definieren sich teilweise über den verhassten ideologischen Gegenpol. Die Kontrahenten unterstellen der Staatsgewalt wechselseitig Komplizenschaft mit dem Feind und nehmen für sich eine Notwehrsituation in Anspruch, in der gewaltsames Handeln geboten erscheint.

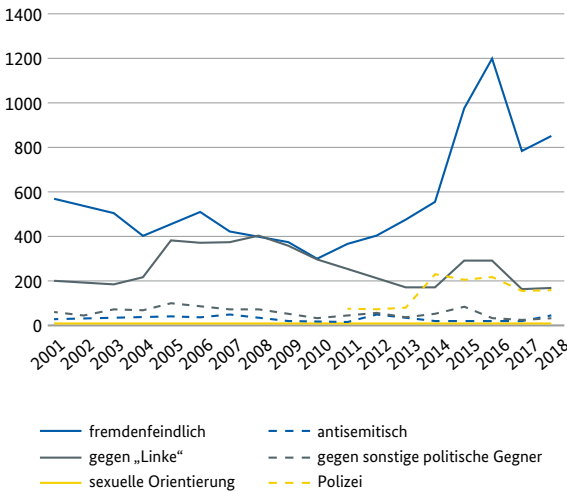
Dies gilt auch für eine neue Konfrontationsfront, die sich in Deutschland erstmals 2012 im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf abzeichnete: rechtsextreme Muslimfeinde gegen Islamisten/Salafisten.⁵⁷

Im Jahr 2017 erfasste die Polizei 52 Gewalttaten gegen Muslime und muslimische Einrichtungen („islamfeindlich“) mit rechter Motivation.

Konfrontationsgewalt gegen Polizisten resultiert meist aus der Rolle

der Sicherheitskräfte im Demonstrationsgeschehen. Waren gewaltsame Angriffe gegen die „Staatsmacht“ lange Zeit eine Domäne linker Militanz, änderte sich dies mit dem Auftreten der „Autonomen Nationalisten“. Inzwischen ist der aus der Punk-Szene stammende Slogan „All Cops Are Bastards“ (ACAB) in allen militanten Milieus anzutreffen. Das „Feindbild Polizei“ wird längst auch in NS-affinen Medien gepflegt.⁵⁸

Nur eine kleine Minderheit der Täter weist eine ausgearbeitete ideologisch-politische Motivation auf.⁵⁹ Das typische Sozialprofil hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte kaum



Politisch motivierte Gewalttaten nach Zielen, 2001-2018

54 Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt 2018.

55 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz 2007, 31; siehe zu den linksextremen Kontrahenten Kapitel 2.3, Linksextremismus in diesem Band.

56 Vgl. Kohlstruck/Krüger/Krüger 2009.

57 Sydow 2012.

58 Vgl. Land Brandenburg/Ministerium des Innern 2013.

59 Vgl. Frindte/Neumann 2002; Neubacher 1998; Wahl 2003; Willems/Würtz/Eckert 1994.

verändert: Gewalttäter sind in der großen Überzahl der Fälle ledige junge Männer unter 25 Jahren, die oft bereits zuvor mit Jugendstrafdelikten in Erscheinung getreten sind. Es dominieren einfache bis mittlere Bildungswege. Wo Schulabschlüsse vorliegen, überwiegen Hilfs- und Facharbeiter. Der Anteil der Arbeitslosen ist wesentlich höher als bei der Vergleichsaltersgruppe. Der frühe Anschluss an Jugendcliquen geht mit einer überdurchschnittlichen Zahl familiärer Belastungen (Trennung und/oder Scheidung der Eltern, Heimerziehung) sowie häufigen Gewalterfahrungen als Täter und/oder Opfer einher: „Die Motivation der Täter basiert im Allgemeinen auf Deprivationserfahrungen, fremdenfeindlichen Emotionen und generalisierten Gewaltbereitschaften.“⁶⁰ Bestimmte Gelegenheiten und Tatumstände begünstigen das Gewalthandeln: agieren in der Gruppe, gemeinsamer Konsum von Hassmusik, Enthemmung durch Alkohol. Selbstverständlich gibt es auch rechtsextreme Gewalttäter, die vom beschriebenen Sozialprofil deutlich abweichen. Vergleicht man die „typischen“ Täter mit ihren Opfern, zeigt sich eine „asymmetrische Täter-Opfer-Konstellation“:⁶¹ Betroffen sind überwiegend etwas ältere, verheiratete, gebildete Personen, oft mit Migrationshintergrund.

Ausblick

Der organisierte Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Bundesrepublik unterliegt einem dynamischen Wandel. Die harten, eng am historischen Nationalsozialismus orientierten Formen bestehen fort, verlieren jedoch im Vergleich zu den weicheren und schwerer einzuordnenden Phänomenen an Einfluss. Im Unterschied zu der lange Zeit den rechten Rand des Parteiensystems dominierenden NS-affinen NPD gelang der gemäßigeren AfD 2017 (nach einer Erfolgsserie auf Landesebene) der Einzug in den Deutschen Bundestag. Die Europawahl vom Mai 2019 hat diesen Trend bestätigt, auch wenn die AfD unter dem Ergebnis der vorherigen Bundestagswahl blieb. Die sogenannte Flüchtlingskrise erhöhte nicht nur die Mobilisierungsfähigkeit des parteiförmigen Rechtspopulismus, sondern verbreiterte auch die soziale Basis für einen asylkritischen bis -feindlichen Straßenprotest, an dessen militanten Rändern die Polizeibehörden zeitweilig einen steilen Anstieg der politisch motivierten (Hass-)Gewalt verzeichneten – mit Tätern, die zuvor nicht einschlägig in Erscheinung getreten waren. Muslimfeindliche Einstellungen gewinnen bei der Rechtfertigung der Gewalt ebenso an Bedeutung wie für die Protestkanalisierung und Wählermobilisierung. Ob eine sich etablierende AfD politisch motivierte Gewalt eher absorbiert oder stimuliert, ist derzeit kaum abzusehen. Das weichere Erscheinungsbild des Rechtspopulismus, seine intellektuelle Verfeinerung durch Argumente aus dem Ideenrepertoire einer „Neuen Rechten“ und die fließenden Grenzen zum Rechtsextremismus erfordern mehr noch als zuvor eine differenzierte Auseinandersetzung durch Wissenschaft, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft. Die freiheitliche demokratische Grundordnung und die Werte des Grundgesetzes bieten einen Rahmen zur Bewertung von Demokratiegefährdungen. Eine Rückbesinnung auf die fundamentalen Werte und Spielregeln der offenen Gesellschaft kann dabei helfen, politische Entwicklungen besser einzuordnen und wirksame Präventionsstrategien zu entwickeln. Dieser Band gibt dazu eine Fülle von Anregungen.

60 Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, 155.

61 Willems/Steigleder 2003, 5-28.

Literatur

- Backes, Uwe (2018): Zum Weltbild der Neuen Rechten in Deutschland, Analysen & Argumente, Nr. 321, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.
- Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2018): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 30. Baden-Baden, Nomos.
- Backes, Uwe/Gräfe, Sebastian/Haase, Anna-Maria/Kreter, Maximilian/Logvinov, Michail/Segelke, Sven (2019): Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung. Dresden, V & R unipress.
- Backes, Uwe/Haase, Anna-Maria/Logvinov, Michail/Mletzko, Matthias/Stoye, Jan (2014): Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen (Berichte und Studien, Band 69). Göttingen, V & R unipress.
- Backes, Uwe/Mletzko, Matthias/Stoye, Jan (2010): NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt, Polizei + Forschung, Bd. 39, hrsg. vom Bundeskriminalamt/Kriminalistisches Institut, Köln.
- Behrens, Antonia von der (Hrsg.) (2018): Kein Schlusswort. Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützernetzwerk, Plädoyers im NSU-Prozess. Hamburg, VSA-Verlag, S. 151 ff.
- Biskamp, Floris (2017): Angst-Traum „Angst-Raum“. Über den Erfolg der AfD, „die Ängste der Menschen“ und die Versuche sie „ernst zu nehmen“, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30. Jg. 2/2017. Berlin/Boston, Forschungsjournal soziale Bewegungen, S. 91-100.
- Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, Springer VS.
- Decker, Frank (2018): Rechtspopulismus. Stuttgart, Kohlhammer.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Heinrich-Böll-Stiftung, Gießen, Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen, Psychosozial Verlag.
- Frindte, Wolfgang/Neumann, Jörg (2002): Fremdenfeindliche Gewalttäter. Biographien und Tatverläufe. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.) (2017): Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention, 5. Aufl. Schwabach/Ts, Wochenschau Verlag.
- Gräfe, Sebastian (2017): Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen. Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin, Suhrkamp.
- Hoffmann, Alexander: Nebenkläger*innen aus der Keupstraße und die Ideologie des NSU-Netzwerkes, Plädoyer vom 05. und 13. Dezember 2017, In: von der Behrens, Antonia (Hrsg.): Kein Schlusswort. Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützernetzwerk, Plädoyers im NSU-Prozess. Hamburg, VSA 2018, S. 139-160.
- Hüllen, Rudolf van (2010): Strategien und Themenbesetzung „Autonomer Nationalisten“. In: Land Brandenburg/Ministerium des Innern (Hrsg.): Schwarze Blöcke rechts und links. Autonome Extremisten auf Gewaltkurs. Potsdam, S. 53-63.
- Kohlstruck, Michael/Krüger, Daniel/Krüger, Katharina (2009): Was tun gegen rechte Gewalt? Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin Nr. 39, hrsg. von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt/Berliner Forum Gewaltprävention. Berlin, S. 53.
- Kreter, Maximilian (2018): Rechtsrock in Sachsen – Sprachrohr fremdenfeindlicher Militanz?, in: Totalitarismus und Demokratie 15. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, S. 99-125.
- Kulturbüro Sachsen (2017): Unter den Teppich gekehrt. Das Unterstützungsnetzwerk des NSU in Sachsen. Dresden.

- Land Brandenburg/Ministerium des Innern (Hrsg.) (2013): Feindbild Polizei. Wie reden Rechtsextreme über die Polizei? Potsdam.
- Möller, Kurt/Schumacher, Nils (2007): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden, Springer VS, S. 312.
- Nattke, Michael (2017): Eine neue soziale Bewegung von rechts. Der sächsische Schulterchluss von „besorgten Bürgern und Bürgerinnen“ und organisierten Neonazis. In: Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hrsg.): Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Berlin, Ch. Links Verlag, S. 71-81.
- Neu, Viola (2006): Rechts- und Linksextreme Einstellungsmuster in Deutschland. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Gefährdung der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, S. 223-252.
- Neubacher, Frank (1998): Fremdenfeindliche Brandanschläge. Eine kriminologisch-empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren. Godesberg, Forum Vlg.
- Patzelt, Werner J. (2016): Wer sind die Pegidianer? in: Ders./Klose, Joachim, Pegida. Warnsignale aus Dresden. Dresden, Thelem Universitätsverlag, S. 184.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten: Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden, Springer VS.
- Schweer, Thomas/Strasser, Hermann (2003): „Die Polizei – dein Freund und Helfer?!“ – Duisburger Polizisten im Konflikt mit ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen, In: Groenemeyer, Axel/Mansel, Jürgen (Hrsg.): Die Ethnisierung von Alltagskonflikten. Opladen, Springer VS, S. 229-260.
- Sontheimer, Kurt (1983): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, 2., München (1962), DTV.
- Taguieff, Pierre André (1991): Face au racisme – Paris, La Découverte.
- Thein, Martin (2009): Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie. Göttingen, Cuvillier..
- Wahl, Klaus (Hrsg.) (2003): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen, Springer VS.
- Weiss, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart, Klett-Cotta.
- Wilking, Dirk (Hrsg.) (2015): „Reichsbürger“. Ein Handbuch. Potsdam, Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung.
- Willems, Helmut/Steigleder, Sandra (2003): Jugendkonflikte oder hate crime? Täter-Opfer-Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 5 (2003) 1, S. 5-28.
- Willems, Helmut/Würtz, Stefanie/Eckert, Roland (1994): Forschungsprojekt: Analyse fremdenfeindlicher Straftäter, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Quellen

- Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Hrsg.) (2017): Verfassungsschutzbericht 2016. München, S. 194 f.
- Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Hrsg.) (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. München, S. 189-193.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (2018): Rechtsextremismus: Symbole, Zeichen und verbotene Organisationen. Köln.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2017): Verfassungsschutzbericht 2016. Berlin, S. 63 f.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Berlin.

- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin, S. 155.
- Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2017): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Berlin, S. 33.
- Bundesregierung (2017): „Rechtsextreme Tendenzen in der Hooligan-Szene“. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13068 vom 06.07.2017, S. 5.
- Bundesregierung (2018): „Ermittlungen gegen mutmaßliche rechtsterroristische Vereinigungen“. Deutscher Bundestag, Drucksache 19/1130 vom 09.03.2018.
- Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt: 1.185 rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Ostdeutschland, Berlin und Schleswig-Holstein: Jahresbilanz 2017 des VBRG vom 03.04.2018.
- BVerfG: Urteil vom 17. Januar 2017, 2 BVB 1/13, Leitsatz 9.
- Deutscher Bundestag: Drucksache 17/14600, Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses Ebner, Julia: „Forscherin schleust sich bei Hasskommentatoren ein“, in: Focus Online vom 06.03.2018. Ein Prozent-Homepage: <https://www.einprozent.de/ueber-uns>.
- Ein Prozent e. V. (2018): Patriotische Raumnahme gestartet!, Rundbrief vom 09.02.2018.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Wo die NPD am stärksten ist“, vom 16.01.2017.
- Gansel, Jürgen W.: Mit Islam-Kritik zum Erfolg!, in: Deutsche Stimme vom 04.01.2011.
- Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof: Pressemitteilung Nr. 18 vom 08.04.2018c.
- Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof: Pressemitteilung Nr. 19 vom 17.04.2018a.
- Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof: Pressemitteilung Nr. 53 vom 01.10.2018ab.
- Gürgen, Malene (2016): Ein Jahr „Bärgida“, in: taz vom 10.01.2016.
- Jansen, Frank: Die Liste der Todesopfer rechter Gewalt wird länger, in: Der Tagesspiegel vom 06.05.2018.
- Kamann, Matthias (2016): Nach dem Terror schweigt die AfD – und spielt Bach, in: Die Welt vom 21.12.2016.
- Lell, Eva, (15.11.2017): AfD-Politiker Bystron wird nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet. Quelle: <https://www.br.de/nachrichten/afd-politiker-bystron-wird-nicht-mehr-vom-verfassungsschutz-beobachtet-100.html> (03.12.2017).
- Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2017): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2016. Düsseldorf, S. 28 f.
- Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2017): Verfassungsschutzbericht 2016. Mainz, S. 37.
- Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2017): Verfassungsschutzbericht 2016. Stuttgart, S. 200.
- NPD (Hrsg.) (2010): Arbeit, Familie, Vaterland. Das Parteiprogramm der NPD. Berlin, S. 5, 12.
- NPD (Hrsg.) (2012): Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2. Aufl. Berlin, S. 18.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.) (2007): Rechte Gewalt in Berlin 2003-2006. Berlin, S. 31.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (Hrsg.) (2017): Verfassungsschutzbericht 2016. Berlin, S. 121.
- Staatsministerium des Innern/Freistaat Sachsen (Hrsg.) (2017): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2016. Dresden, S. 48.
- Süddeutsche Zeitung vom 21./22. April 2018a: „Burschenschaftler unterliegen Freistaat“, S. 69.
- Süddeutsche Zeitung vom 21./22. April 2018b: „Betrug unter ‚Reichsbürgern‘“, S. 69.
- Sydow, Christoph: Krieg der Extremisten. In: Spiegel Online vom 07.05.2012.
- U.S. Senate, 115th Congress, Second Session (January 10, 2018): Putin’s Asymmetric Assault on Democracy in Russia and Europe: Implications for U.S. National Security. A Minority Staff Report, prepared for the Use of the Committee on Foreign Relations. Washington D.C.

Verfassungsschutzberichte der Bundesländer.

Verfassungsschutz des Landes Brandenburg (2001): Das Feindbild verbindet: Rechtsextremisten und Islamisten. Potsdam, S. 1.

WDR (06.09.2018): AfD-Schulterschluss mit Rechtsextremen. Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/monitor-afd-rechte-gruppen-101.html> (09. 11. 2018).

Zeit Online: AfD erlaubt Kooperation mit Pegida vom 03.03.2018.

Bildquellen

Band Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten: Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten, <https://www.discogs.com/de/artist/2245966-Gigi-Die-Braunen-Stadtmusikanten>.

Bild der Parteizeitung „Deutsche Stimme“: Deutsche Stimme Verlags GmbH, Heftcover „Deutsche Stimme“ 43. Jahrgang, Ausgabe 01 2019.

Blood and Honour: Blood and Honour, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=6137723>.

Combat 18: «Combat 18» Deutschland, <https://exif-recherche.org/wp-content/uploads/2018/07/Combat-18-Deutschland-Logo-263x300.png>.

Cover der Zeitschrift „Der Aktivist“: Bundesführung der Jungen Nationaldemokraten, Heftcover „Der Aktivist“ 172012, 18. Jahrgang.

Cover Sezession: Verein für Staatspolitik e.V., Heftcover „Sezession“, Heft 70, Februar 2016.

Fackelumzug die Unsterblichen: Screenshot YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=4ZGeiKt7BG0>, 03.04.2020.

Gruppe Freital verurteilte Täter: Screenshot, <https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Terroristen-statt-Lausbuben-Hohe-Strafen-gegen-Gruppe-Freital,freital138.html>, 03.04.2020.

HoGeSa-Köln: © picture alliance/imageBROKER.

Junge Alternative: FireKillerEU, <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Logoderja.png>, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>.

Logo der IB: kaufdink, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Identitäre_Bewegung_\(Logo,_Text\).svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Identitäre_Bewegung_(Logo,_Text).svg), <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode>.

Logo der JLO: Antifa Recherche Team (ART) Dresden, Recherche Ost, https://www.addn.me/uploads/review_2011_1_web.pdf, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de>. „Eine ausdrückliche Unterstützung des Lizenzgebers an dem hier veröffentlichten Werk erfolgt nicht. Personenabbildungen sind selbstständig unkenntlich gemacht worden.“

Logo der PP: Patriotische Plattform Bayern, <https://www.facebook.com/patriotischeplattform.bayern/photos/a.743354505752068/1022669957820520/?type=1&theater>.

Logo Pro Bewegung: Bürgerbewegung pro Deutschland, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=6985327>.

Logo des RNF: Ring Nationaler Frauen, <https://www.facebook.com/ring.nationaler.frauen/photos/a.150131071684846/1332917800072828/?type=1&theater>.

Noie Werte: Noie Werte, CD-Cover „Verraten Und Verzockt“, 2010.

NS-Formen/Abzeichen verbotener Vereinigungen: <https://www.endstation-rechts.de/news/verbotene-zeichen.html>, 31.03.2020.

NSU - Täter und Opfer: © picture alliance / dpa.

Old School Society: © picture alliance / dpa.

Politisch motivierte Gewalttaten nach Zielen, 2001-2018. Quelle: Bundeskriminalamt.

Politisch motivierte Kriminalität – rechts/rechtsextremistisch: Gewalttaten, 2001-2018. Quellen: Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz.

Politisch rechts motivierte Gewalttaten nach Delikten, 2001-2018. Quelle: Bundeskriminalamt.

Reichsbürger: © picture alliance / blickwinkel/McPHOTO/C. Ohde.





KAPITEL 2.2

Salafismus, Islamismus und islamistischer Terrorismus*

Klaus Hummel, Andreas Rieck

Klaus Hummel

studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Islamwissenschaften und ist Mit-herausgeber des Sammelbandes „Gefährliche Nähe – Salafismus und Dschihadismus in Deutschland“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Salafismus, transnationale islamistische Netzwerke und Strukturen im Vorderen Orient sowie Südasien. Er ist im Landeskriminalamt Sachsen tätig.

Dr. Andreas Rieck

Islamwissenschaftler; seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter am BKA; zuvor an Instituten in Beirut/Libanon (1984-1987) und in Hamburg (1989-2001) sowie Landesvertreter der Hanns-Seidel-Stiftung in Pakistan und Afghanistan (2002-2006); weitere Forschungsaufenthalte in Pakistan zwischen 1991 und 1999.

* Die Autoren dieses Beitrages haben sich gegen die Anpassung des Textes an die gendergerechte Schreibweise entschieden.

Das islamistische Spektrum in Deutschland ist weit gefächert und außerordentlich unübersichtlich. Dieses ist jedoch kein rein deutsches Problem, sondern der Grund, warum beispielsweise der algerische Schriftsteller Boualem Sansal den Islamismus als „Nebelgewölk“ aus Organisationen und informellen Akteuren beschreibt. Das Uneindeutige bezieht sich auch auf den Begriff Islamismus (auch „politischer Islam“ genannt), der Ambitionen auf die Macht im Staat hegt und Gesellschaft, Wirtschaft, Recht und Ordnung nach islamischen Prinzipien organisieren will.

Ist „der“ Salafismus, oder besser die salafistische Bewegung mit ihrer fundamentalistischen Ausrichtung und ihren unterschiedlichsten Netzwerken und Orientierungen dem islamistischen Spektrum zuzuordnen? Wie schwer derartige Einschätzungen fallen, zeigt die jüngste Geschichte des Salafismus, dessen Gallionsfigur Nasir ad-Din al-Albani¹ noch der Meinung war, „die beste Politik sei es, sie sein zu lassen“. Ähnlich sahen das ägyptische Salafisten, aber nur bis zu dem Punkt, als sich ihnen 2011 die Möglichkeit bot, nach dem Sturz von Husni Mubarak mit der ägyptischen Muslimbruderschaft zu koalieren und gemeinsam die Macht im Staate zu übernehmen. Für die gegenwärtig global agierenden Jihadisten wiederum sind derartige Überlegungen völlig überholt. Ihnen geht es allein um die Erfüllung einer aus ihrer Sicht zentralen Glaubenspflicht: den Jihad gegen den „nahen“ und den „fernen Feind“ (d. h. gegen die pro-westlichen „Vasallen“-Regime in mehrheitlich muslimischen Ländern und gegen „den Westen“). Wir haben es also beim islamistischen Spektrum einerseits mit einem vielgesichtigen und veränderlichen Phänomen zu tun, bei dem die Übergänge zwischen Fundamentalismus und politischem Aktivismus sowie zwischen gewaltfreiem und militantem Extremismus oder Terrorismus fließend sind. Was das Spektrum aber andererseits eint, ist eine Weltsicht, in der sich bei sich bietender politischer Gelegenheit verfassungsmäßige säkulare Ordnungen, gesellschaftlicher Pluralismus oder die Gleichstellung von Mann und Frau einem islamistisch interpretierten „Gesetz Gottes“ zu beugen haben.

Die Unterscheidung von Islam und Islamismus ist nicht selbstverständlich. Islamkritiker lehnen sie mit dem Argument ab, der Islam sei bereits eine politisch ambitionierte Religion.² Die anderen – häufig Muslime, die sich um einen friedvollen Islam bemühen und deshalb auch die als herabsetzend empfundenen Begriffe Islamismus oder Jihadismus kritisieren – drängen wiederum auf eine strikte Trennung von Islam und Islamismus.

Für die hier verfolgte Zielsetzung, den Islamismus in Deutschland zu erläutern, muss es genügen, auf den Begriff „Islamismuskompatibilität des Islam“ hinzuweisen, der von dem Extremismusforscher Pfahl-Traugher geprägt wurde.³ Statt einer von rechtspopulistischen Kreisen praktizierten pauschalisierenden Abwertung des Islam Vorschub zu leisten, wird es so möglich, Islam und Islamismus analytisch zu trennen, gleichzeitig aber die einseitige Instrumentalisierungsthese – Missbrauch des friedvollen Islam durch Islamisten – kritisch zu hinterfragen.

Die zentrale Herausforderung für repressive wie präventive Maßnahmen besteht darin, Unterschiede zu erkennen. Allen voran zwischen religiöser Frömmigkeit im Rahmen der Religionsfreiheit und einer Frömmigkeit, die anderen vorschreibt, was sie zu glauben, zu tragen und wie sie ihren Glauben zu verteidigen haben.

1 Muhammad Nasir ad-Din al-Albani (1914-1999) lehrte in Damaskus und 1961-1979 überwiegend in Saudi-Arabien, wo er mit rigoros konservativen Ansichten wiederholt aneckte, aber später rehabilitiert wurde. Er blieb bis heute eine der wichtigsten Autoritäten für zeitgenössische Salafisten.

2 Vgl. dazu den Islamexperten Tilman Nagel 2005.

3 Pfahl-Traugher 2007, 62-78.

Differenzierung braucht es aber auch zwischen den unterschiedlichen Akteuren des islamistischen Spektrums. Zum einen, weil sich die Anhänger des politischen Islam, des salafistischen Fundamentalismus und des globalen Jihad in ihrer Entstehung, Organisationsform und in ihren Aktivitäten zum Teil erheblich unterscheiden. Zum anderen, weil eine mangelnde Binnendifferenzierung und Abgrenzung zum Mehrheitsislam in Deutschland dem terroristischen Kalkül entspricht und Gefahr läuft, mit kontraproduktiver Stigmatisierung das zu befördern, was es im Sinne der inneren Sicherheit unter allen Umständen zu verhindern gilt: die Ausweitung des jihadistischen Milieus in Deutschland.

Islamismus, Salafismus und Jihadismus

Islamismus und Salafismus in Deutschland haben zwar manche für die hiesige Situation typischen Eigenheiten, sind jedoch – wie auch in anderen europäischen Staaten – in erster Line ein „Import“ aus verschiedenen islamischen Kernländern, überwiegend durch Migration, aber in den letzten 15 bis 20 Jahren auch durch Mission und Konversion. Daher müssen hier zunächst die wichtigsten Entwicklungen erläutert werden, die das Gesamtphänomen geprägt und damit auch die islamistische Szene in Deutschland entscheidend beeinflusst haben.

Islamismus ist ein erst im 20. Jahrhundert entstandenes Phänomen, das sich im weitesten Sinne als Reaktion auf die Ära der westlichen politischen und kulturellen Vorherrschaft über islamische Staaten interpretieren lässt, die nach dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht hatte. Mit der Kapitulation des Osmanischen Reiches 1918 endete auch der letzte „Hoffnungsanker“ für die überwiegend schon vor 1914 unter direkter oder indirekter europäischer Herrschaft stehenden Muslime in Afrika und Asien. Die erfolgreiche Gegenwehr der Türken gegen eine geplante weitere Aufteilung ihres Restgebiets in Anatolien endete 1923 mit der Gründung der Türkischen Republik, die unter Mustafa Kemal „Atatürk“ einen dezidierten Kurs der Verwestlichung einschlug. 1924 wurde das seit 1517 bestehende Osmanische „Kalifat“ auch formell abgeschafft, womit eine zentrale symbolische Institution für Muslime weltweit nicht mehr existierte. Die Wiedererrichtung eines panislamischen Kalifats, mit dem vor allem die Rückkehr zu alter Macht und Größe assoziiert wird, war seitdem ein erklärtes (Fern)Ziel verschiedener muslimischer Bewegungen, darunter der 1928 gegründeten ägyptischen Muslimbruderschaft.

Die ägyptischen Muslimbrüder, die mit ihrem politischen Aktivismus unter dem Slogan „Der Islam ist die Lösung“ bis 1948 zu einer Bewegung von 500.000 regulären Mitgliedern und noch mehr Sympathisanten herangewachsen waren, wurden zum Vorbild für zahlreiche ähnliche Bewegungen in der arabischen und gesamten islamischen Welt. Zwar hatte es „fundamentalistische“ Bewegungen, die den absoluten Vorrang islamischer Werte und Re-



PANISLAMISMUS⁴

Die Bewegung des Panislamismus entstand im späten 19. Jahrhundert als Reaktion auf die damalige Vormacht des europäischen Imperialismus und Kolonialismus in der islamischen Welt. Dschamal al-Din al-Afghani (1838-1897) war der wichtigste Vordenker der panislamischen Ideologie und rief zu einer politischen Vereinigung aller Muslime auf, um deren weiteren Machtverlust und die Durchdringung muslimischer Gesellschaften mit europäischen Normen und Gesetzen abzuwehren. Das Konzept des Panislamismus zielt auf die Rückkehr zu einem Kalifat bzw. islamischem Einheitsstaat, dessen Rechtsgrundlage sich auf die Scharia bezieht.

geln in der Gesellschaft propagierten, auch schon vor dem 20. Jahrhundert gegeben, neu war aber das Verständnis vom Islam als „Religion und Ideologie“, wobei auch im Westen entstandene Organisationsformen und Versatzstücke europäischer Ideologien (z. B. das Ziel „soziale Gerechtigkeit“) übernommen und islamisch eingefärbt wurden.

In Ägypten waren die Muslimbrüder von 1954 bis 1970 verboten und wurden verfolgt, wobei sich ein Teil von ihnen radikalisierte. Das gilt insbesondere für den 1966 hingerichteten Sayyid Qutb, dessen Schriften maßgeblichen Einfluss auf die Entstehung des Jihadismus haben sollten (s. u.). Zwischenzeitlich war es jedoch von 1971 bis zu ihrem erneuten Verbot 2013 ein pragmatischer Zweig der Muslimbrüder, der fast kontinuierlich an Einfluss gewann, sowohl in Berufsverbänden als auch bei Parlamentswahlen, mit der Wahl von Muhammad Mursi zum ägyptischen Staatspräsidenten 2012 als Höhepunkt. In anderen arabischen Staaten waren örtliche Zweige der Muslimbruderschaft zwar überwiegend illegal, sie gewannen aber Freiräume u. a. in Jordanien, Libyen und sogar Saudi-Arabien (s. u.). In Palästina wuchs die 1988 gegründete *Hamas* zur stärksten politischen Kraft heran und gewann 2006 vor *Al-Fatah* die Stimmenmehrheit in den palästinensischen Selbstverwaltungsgebieten. (2007 eroberte *Hamas* dann mit Waffengewalt die Herrschaft über den von Israel 2005 vollständig geräumten Gazastreifen). In Pakistan war die islamistische *Jama'at-i Islami* seit der Staatsgründung 1947 fast durchgehend legal aktiv und beteiligte sich seit 1970 an Wahlen, und in Afghanistan entstanden in den 1970er-Jahren ähnlich organisierte Gruppen. Auch der Pionier des ab 1970 erstarkenden türkischen Islamismus, der in Deutschland promovierte Ingenieur Necmettin Erbakan (1926-2011),⁵ stand ideologisch den ägyptischen Muslimbrüdern nahe.



Logo der Muslimbruderschaft



Logo der Hamas

i

HIZBULLAH ODER HISBOLLAH⁶

Übersetzt: die „Partei Gottes“. Die *Hisbollah* ist eine libanesische schiitische Miliz, die nach der israelischen Libanon-Invasion 1982 auf Betreiben Irans gegründet wurde und iranischen Direktiven folgt. Sie profilierte sich mit spektakulären Selbstmordanschlägen und erreichte bis 2000 den Abzug der letzten israelischen Truppen. Auch in der Folgezeit blieb die *Hisbollah* ein bewaffneter Staat im Staat im Libanon, mit einer hochprofessionellen „Armee“ und anderen wie in einer Regierung organisierten Abteilungen.



Hizbullah (Libanon)

Im Gegensatz zu den oben erwähnten sunnitisch geprägten Varianten des Islamismus findet schiitischer Islamismus, der mit der Revolution von 1978-79 die alleinige politische Macht in Iran errang und von dort auf andere schiitische Gebiete ausgestrahlt hat (etwa *Hizbullah* im Libanon oder schiitische Organisationen mit ähnlicher Ideologie im Irak,⁷ in Afghanistan und Pakistan seit den frühen 1980er-Jahren; im Jemen seit ca. 1994), gegenwärtig wenig Beachtung.

Festzuhalten ist jedoch, dass sunnitische und auch schiitische Parteien und Gruppen, für die sich seit den 1970er-Jahren die Bezeichnung „islamistisch“ durchgesetzt hat, eines gemeinsam haben: ihr Streben nach politi-

5 Erbakan gründete ab 1970 nacheinander fünf islamistische Parteien, die jeweils verboten, aber unter neuen Namen weitergeführt wurden (Nationale Ordnungspartei 1970-71; Nationale Heilspartei 1973-1980; Wohlfahrtspartei 1987-1997; Tugendpartei 1997-2001; Glückseligkeitspartei seit 2001). Aus einem Reformflügel der letztgenannten Partei ist 2001 die von Recep Tayyip Erdoğan geführte AKP hervorgegangen.

6 Philipp 2011; Bickel 2013.

7 Im Irak wurden schiitisch-islamistische Gruppen bis zum Sturz Saddam Husseins 2003 hart verfolgt, gewannen danach jedoch umso mehr an Einfluss.

scher Macht, um auf diesem Wege ihre Vorstellungen von einer „islamischen Gesellschaft“ durchzusetzen. Das schließt in der Regel die Forderung nach „vollständiger Implementierung der Scharia“ ein, einschließlich Körperstrafen und eingeschränkter Rechte für Frauen. Zur Erreichung ihrer Ziele gehen Islamisten unterschiedlich vor. Die Mittel reichen von terroristischen Anschlägen über bewaffneten Kampf bis hin zum politischen Wettbewerb im Rahmen der vom jeweiligen Staat vorgegebenen Gesetze und zum stillen „Marsch durch die Institutionen“. Trotz ihrer Ablehnung „unislamischer“ Gesetze und Konzepte sind Islamisten oft flexibel bei der Aneignung und „Islamisierung“ westlicher Vorbilder, was sich z. B. beim politischen und rechtlichen System der 1979 proklamierten „Islamischen Republik Iran“ gezeigt hat. Daher ist die früher gebräuchliche Bezeichnung „Fundamentalisten“ für Islamisten ungenau. Sie beschreibt hingegen treffend die Bewegung der *Taleban*, die von 1995 bis 2001 über große Teile Afghanistans geherrscht hat,⁹ und die inzwischen weltweite Bewegung des Salafismus.

Salafismus ist in Deutschland und Europa ein relativ neues Phänomen. Er manifestierte sich in der islamischen Welt jedoch schon machtvoll im 18. Jahrhundert. Der Prediger Muhammad ibn Abd al-Wahhāb (1702-1792) löste auf der Arabischen Halbinsel die Bewegung für einen strengen Monotheismus (*tauhīd*) aus, gereinigt von allen „unislamischen Neuerungen“ (*bida'*, Sing. *bid'a*) und Rückfällen in „abergläubische“ Praktiken, wie die Verehrung von Steinen und Bäumen, aber auch von Heiligengräbern (letzteres ein im real existierenden „Volks-Islam“ universell verbreitetes Phänomen).

Ibn Abd al-Wahhāb gewann den lokalen Stammesführer Muhammad Ibn Sa'ud für seine Lehren und begründete ein inzwischen mehr als 250 Jahre altes politisches Bündnis, aus dem das heutige Königreich Saudi-Arabien (Staatsgebiet erobert 1902-1934) und zwei Vorkängerreiche, die jeweils von den Osmanen



TALIBAN/TALEBAN⁸

Die Bewegung der *Taleban* (wörtlich: „Religionsstudenten“) entstand Ende 1994 im Süden Afghanistans als Reaktion örtlicher Paschtunen auf die Anarchie und Bruderkämpfe der „Mujahidin“, die dem Sturz der pro-sowjetischen afghanischen Regierung im April 1992 gefolgt waren. Ihre Führer waren islamistische Veteranen des Widerstandskampfes gegen die sowjetische Invasion. Bis 1996 eroberten die von Pakistan unterstützten *Taleban* Kabul und proklamierten ein „Islamisches Emirats“. Nach dessen Zerschlagung durch die amerikanische Invasion 2001 konnten sich die *Taleban* einige Jahre später landesweit als militärische Kraft neu formieren.



Flagge Taleban



WAHHABISMUS¹⁰

Der Wahhabismus ist eine islamische Bewegung, die im 18. Jahrhundert auf der arabischen Halbinsel entstanden ist. Die Anhänger des Wahhabismus, die Wahhabiten, stützen sich die rigide und dogmatische monotheistische Auslegung des Begründers Muhammad ibn Abd al-Wahhāb (1703- 1791). Die Wahhabiten bezeichnen sich selbst als *Muwahhidun* (strenge Monotheisten) und orientieren sich am Wortlaut des Korans und an den überlieferten Aussprüchen und Handlungsweisen (*Sunna*) des Propheten Muhammad. Sie lehnen grundsätzlich alle „unerlaubten Neuerungen“ ab, die sich nach der frühislamischen Zeit entwickelt haben, besonders die Verehrung von Menschen „neben Gott“ bzw. als „Vermittler“ zwischen den Gläubigen und Gott, wie sie für den schiitischen Islam und den Sufismus typisch sind. Der Wahhabismus ist in Saudi-Arabien die Staatsreligion.

⁸ Steinberg 2011.

⁹ Das politische Programm der *Taleban* in diesen Jahren beschränkte sich auf die Implementierung der Scharia (nach einer rigiden Interpretation islamischer Vorschriften und Verbote) und die Wiedervereinigung des vom Bürgerkrieg zerrütteten Landes unter ihrer Herrschaft.

¹⁰ Elger 2018; Bauknecht 2018.



Logo Islamische Weltliga WML



Flagge Saudi-Arabien



Flagge Al-Qa'ida

zerschlagen wurden (1744-1818; 1824-1891), hervorgegangen sind. In Saudi-Arabien blieb die von Ibn Abd al-Wahhāb geprägte fundamentalistische Auslegung des Islams, der „Wahhabismus“, Staatsdoktrin und das Land gewann durch die Kontrolle über die heiligen Stätten Mekka und Medina sowie durch den Erdölreichtum weltweiten Einfluss. Seit den 1970er-Jahren exportiert es durch den Bau von Moscheen und religiösen Schulen weltweit ein Islammodell, das neben dem Wahhabismus auch von den Muslimbrüdern beeinflusst wurde. Viele wurden nämlich nach Verhaftungswellen in Ägypten u. a. in Saudi-Arabien sesshaft und beeinflussten den dortigen religiösen Diskurs, sei es über die 1962 gegründete *Islamische Weltliga* oder über die religiösen Hochschulen in Saudi-Arabien, die zur internationalen Ausbreitung der salafistischen Bewegung beitrugen.

Der Jihadismus, oder genauer jihadistische Gruppen, entwickelte sich schon in den 1970er-Jahren aus dem radikalisierten Flügel der Muslimbruderschaft in Ägypten, aber auch aus radikaleren, politischen Versionen des Salafismus in Saudi-Arabien.¹¹ Hatten diese noch den „nahen Feind“ im Visier (s. o.), entwickelte sich in der Dekade der sowjetischen Besetzung Afghanistans (1979-1989) der Keim einer von Kämpfern aus aller Welt gespeisten globalen jihadistischen Bewegung, die in den 1990er-Jahren ausdrücklich den „fernen Feind“, sprich westliche Mächte, bekämpfen wollte. Zu ihren Vordenkern zählten Gelehrte wie Abdullah Azzam (1941-1989), ein an der ägyptischen islamischen Hochschule *Al-Azhar* ausgebildeter Palästinenser, der bis heute höchstes Ansehen in radikal-islamistischen Kreisen genießt. Von Azzam stammt das Postulat, der Jihad sei individuelle Pflicht¹² für jeden waffenfähigen Muslim, solange irgendein islamisches Land von „Ungläubigen“ besetzt sei. Auch Usama Bin Laden und Aiman al-Zawahiri¹³ gehörten vor der Gründung der *Al-Qa'ida* (1988) zum Umfeld von Abdullah Azzam in Afghanistan und wurden von ihm beeinflusst. Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen 1989 genossen nicht nur die islamistischen afghanischen *Mujahidin*¹⁴ vollumfängliche westliche Unterstützung, sondern die einigen tausend Freiwilligen aus arabischen und anderen islamischen Ländern, die zum „Jihad“ nach Afghanistan gereist waren, wurden im Westen ebenfalls noch nicht als künftiges Sicherheitsrisiko wahrgenommen. (Abdullah Azzam, der im pakistanischen Peshawar ein Verbindungsbüro für solche frühen „globalen Jihadisten“ eingerichtet hatte, konnte sogar in den USA auf Vortragsreisen Spenden einwerben).

Dies änderte sich grundlegend in den 1990er-Jahren, als Bin Laden zunächst vom Sudan aus den Aufbau eines internationalen Netzwerks von radikalen Islamisten organisierte. Seinerzeit machten sich arabische „Afghanistan-Veteranen“ vor allem in Algerien und Ägypten mit zahlreichen Anschlägen bemerkbar, und einige reisten zu neuen „Jihad-Schauplätzen“ wie Bosnien, Tschetschenien und Tadschikistan. In Afghanistan selbst ging der Sturz des pro-so-

11 Vgl. Hassan 2016.

12 Das islamische Recht unterscheidet zwischen der individuellen Pflicht (*fard 'ain*), die für jeden einzelnen zu einer bestimmten Handlung befähigten Muslim gilt, und der kollektiven Pflicht (*fard kifāya*), die als erfüllt gilt, sofern eine hinreichend große Anzahl von Muslimen diese verrichtet.

13 Der ägyptische Arzt Aiman al-Zawahiri war als Mitglied der Gruppe „Al-Jihad“ nach der Ermordung des Präsidenten Anwar as-Sadat 1981 einige Jahre in Haft und hielt sich seit 1985 überwiegend in Pakistan und Afghanistan auf, wo er zur „rechten Hand“ von Usama Bin Laden wurde (und nach dessen Tod 2011 neuer „Emir“ der *Al-Qa'ida*). Der größte Teil der Propagandaschriften und -videos der *Al-Qa'ida* seit 2002 stammt von ihm.

14 Der arabische Terminus „Mujahidin“ bzw. „Mujahidun“ bedeutet „Jihad-Kämpfer“. In den 1980er-Jahren war der Begriff auch in westlichen Medien durchweg positiv belegt, im Sinne von „islamische Freiheitskämpfer“. Während sich die westliche Einstellung gewandelt hat, bezeichnen militante islamistische Gruppen aller Couleur ihre bewaffneten Kämpfer weiterhin als „Mujahidun“.

wjetischen Regimes 1992 nahtlos in einen Machtkampf der *Mujahidin* untereinander über, der Ende 1994 die *Taleban* als neue Bewegung hervorbrachte. Usama Bin Laden fand nach seiner Ausweisung aus dem Sudan im Machtbereich der *Taleban* Zuflucht und verbreitete von dort aus im August 1996 einen langen Aufruf zum Jihad gegen die USA. Im Februar 1998 proklamierte er von Afghanistan aus zusammen mit al-Zawahiri und zwei weiteren Extremisten eine „Globale Islamische Front zur Bekämpfung von Juden und Kreuzfahrern“ und rief zur Ermordung von Amerikanern weltweit auf, ob Militärs oder Zivilisten.

Islamismus in Deutschland

Radikaler Islamismus hat in Deutschland bis in die späten 1990er-Jahre nur eine geringe Rolle gespielt. Polizeilich wurde er noch bis 2001 als quantitativ und qualitativ wenig bedeutsamer Teilbereich des Phänomens „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ (siehe Kap. 2.4) eingeordnet, aber auch gesellschaftlich führten radikal-islamistische Gruppen und Personen eine von den Medien und der Wissenschaft kaum beachtete Randexistenz.

Eine Ausnahme bildete der von Cemalettin Kaplan (Hocaoğlu) 1994 in Köln ausgerufenen „Kalifatstaat“, der später von seinem Sohn Metin Kaplan fortgeführt wurde.¹⁵ Der *Kalifatstaat* kann als „deutsches“ Phänomen angesehen werden, da ein solches Projekt in der Türkei nicht möglich gewesen wäre. Dort waren seinerzeit islamistische Gruppen und Parteien noch staatlichen Restriktionen oder sogar Verfolgung ausgesetzt. So war auch die 1973 gegründete „Islamische Gemeinschaft *Milli Görüş*“ (IGMG), ein Ableger der türkischen „Nationalen Heilspartei“ von Necmettin Erbakan (s. o.), bis in die 1990er-Jahre hauptsächlich in Deutschland mit Hauptsitz in Köln aktiv. Mit ihrer ausschließlich türkischstämmigen Anhängerschaft stellen die IGMG, bzw. Vertretungen der Saadet-Partei und der Erbakan-Stiftung, ein zahlenmäßig bedeutsames Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes dar.



Ähnlich wie die heute in der Türkei unter Erdoğan regierende AKP können all diese Organisationen als (wenn auch entfernte) Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft gelten, bzw. sie stehen ihr ideologisch nah. In Deutschland sind die „Brüder“ bereits seit 1958 vertreten, spielten eine zentrale Rolle bei der Ausdehnung der Bewegung in Europa und haben es über den Ableger *Islamische Gemeinschaft Deutschland* (IGD) – die ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet wird – vermocht, bundesweit zahlreiche Moscheegemeinden unter einem Dach zu organisieren. Der organisatorische Bezug zur Muslimbruderschaft ist dabei nicht immer offensichtlich. Das gilt neben einer Fraktion echter Muslimbrüder im Kern der Bewegung auch für Ableger oder Einzelpersonen, die der Muslimbruderschaft zumindest nahestehen.¹⁶ So gab es früher, und mit der Sächsischen Begegnungsstätte (SBS) auch aktuell, Initiativen,¹⁷ die sich etwa um Moscheegründungen in verschiedenen Bundesländern bemühen, sich dabei aber überparteilich geben und jegliche organisatorische Anbindung an die Bruderschaft verneinen. An diesem diffusen Organisationsgrad wird deutlich, wie schwer sich der Einfluss des politischen Islam einschätzen lässt. Das lässt sich auch am Beispiel der DITIB¹⁸ ermesen, die bis vor einigen

¹⁵ Zum „Kalifatstaat“, der im Dezember 2001 vom deutschen Innenminister verboten wurde, vgl. Schiffauer 2000. Metin Kaplan, der die Gruppe seit 1995 angeführt hatte, wurde 2004 an die Türkei ausgeliefert.

¹⁶ Vgl. Vidino 2017.

¹⁷ Vgl. Verfassungsschutz Sachsen.

¹⁸ DITIB (Diyonet İşleri Türk İslam Birliği = Türkisch-Islamische Union für Religiöse Angelegenheiten), seit 1984 in Deutschland ein eingetragener Verein, untersteht der Aufsicht der obersten türkischen Religionsbehörde.

Jahren noch als staatlicher Partner deutscher Behörden fungierte, jetzt aber unter den Vorzeichen zunehmender Islamisierung in der Türkei auch hierzulande als problematisch empfunden wird.



Logo der HuT

Weitere Zweige der Muslimbruderschaft sind Organisationen, die wie die später transnational agierende *Hizb ut-Tahrir* (HuT)¹⁹ oder die palästinensische *Hamas* einen gemeinsamen Palästina-Fokus aufweisen. Die in Deutschland bereits 2003 verbotene HuT führte zwischenzeitlich ein Schattendasein, macht aber in jüngster Zeit mit Internet-Initiativen wie *Realität Islam* oder *Generation Islam* wieder von sich reden, indem sie u. a. über eine Kopftuchdebatte Anhänger zu mobilisieren versucht. Mit massiven Straßenprotesten gegen Israel machen sich die *Hamas* und die libanesisch-schiitische *Hizbullah* bemerkbar, (u. a. am von Ayatollah Khomeini schon 1979 eingeführten „Jerusalem-Tag“, jeweils am letzten Freitag des Monats Ramadan), ein Phänomen, das seit der Machtübernahme der *Hamas* im Gazastreifen und nachfolgenden „Gaza-Kriegen“ mit schweren Luftangriffen Israels (2008-2009, 2012, 2014) stark zugenommen hat (s. u.). Dennoch ist festzuhalten, dass terroristische Aktivitäten der o. g., von türkischen und arabischen Migranten geprägten islamistischen Szene in Deutschland bis heute nicht bekannt sind. Ähnliches gilt für das Phänomen der Auslandskämpfer. Obwohl aus den islamistischen Milieus in Deutschland bereits in den 1990er-Jahren einzelne zum „Jihad“ nach Afghanistan oder Bosnien aufbrachen, waren es nach 2001 andere, sogenannte salafistische Milieus, aus denen sich fast alle Auslandskämpfer rekrutiert haben (s. u.).

Vom Islamismus zum Salafismus

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, entwickelte sich – im Gegensatz zum „typischen“ Islamismus, der den Islam als Religion und politischen Auftrag bzw. politische „Ideologie“ versteht (s. o.) – zu Beginn der 2000er-Jahre ein deutschsprachiger Salafismus. Dieser galt vielen, sogar muslimischen Autokraten, lange als unpolitisch. Und tatsächlich ist der Salafismus in erster Linie „fundamentalistisch“, d. h. er versucht, eine in der Frühzeit des Islam angenommene „Reinheit“ der religiösen Praxis wiederzubeleben. Mit dem frühislamischen Ideal erklären die Salafisten auch ihr auffälliges und Resonanz erzeugendes Auftreten: Fusselbart und knöchelfreie Hose bei den Männern und *Niqāb* (Gesichtsschleier) bei den Frauen, wobei der ermahnende Zeigefinger das zentrale Symbol darstellt. Es soll bezeugen, dass es nur einen Gott gibt (*tauḥīd*), und auch die kleinste Form der „Beigesellung“ (*shirk*), sei es die Verehrung muslimischer Heiliger oder der Besuch von Gräbern, bereits als Götzendienerei gilt. Ein weiteres Erkennungsmerkmal der deutschen salafistischen Szene ist ihre mit arabischen islamischen Begriffen gespickte Sprache, die für nichtmuslimische deutsche Muttersprachler teilweise wie ein unverständliches Kauderwelsch wirkt. Fast alle Salafisten bemühen sich, Arabisch zu lernen, um den Koran und wichtige islamisch-religiöse Texte im Original zu verstehen, und sie verwenden diese Termini daher wie selbstverständlich.

Im Vordergrund steht für Salafisten die möglichst genaue Befolgung islamischer Regeln und Vorschriften und die Missionierung (arabisch: *da‘wa*, wörtlich: „Aufruf“), letztere nicht nur unter „laxen“ Muslimen, die so auf den „rechten Weg“ geführt werden sollen,

19 Die Hizb ut-Tahrir wurde 1953 von dem palästinensischen Gelehrten Taqi ad-Din al-Nabhani in Jerusalem gegründet. Seit den 1970er-Jahren konzentriert sich ihre Propaganda auf die Forderung, wieder ein panislamisches Kalifat zu errichten. In den meisten arabischen Staaten und Pakistan ist die HuT heute verboten, aber in den 1990er-Jahren gewann sie an Einfluss, u. a. in Zentralasien.

sondern auch unter Nichtmuslimen, von denen sich Salafisten ansonsten in der Regel absondern und möglichst fernhalten sollten (*al-walâ wal-barâ'a*).²⁰

Der salafistische Ruf zum Islam (*da'wa salafiya*) kann sich auf die Belehrung im familiären Nahkreis beschränken, an Bücherständen in Fußgängerzonen stattfinden oder sich in Form einer Scharia-Polizei zeigen, die Muslime ermahnt, sich vom Glücksspiel, von Drogen oder auch von nicht islamgemäßen Kontakten zum anderen Geschlecht fernzuhalten. In dieser Vielfalt liegt eine expansive Kraft, die den Salafismus zu einer rapide anwachsenden Bewegung anschwellen ließ und auch in ihrem Mitmach-Charakter begründet liegt. Jeder und jede ist angehalten, den „wahren Islam“ zu leben und zu propagieren – aber auf welche Weise dies zu geschehen hat, mit welcher Art der *da'wa*, mit welchen Methoden und mit welchem Ziel, darüber gibt es im salafistischen Spektrum nicht immer Einigkeit. So widmen sich etwa Netzwerke im Umfeld einiger selbsternannter Gelehrter vor allem dem Erwerb von „religiösem Wissen“, während andere dazu neigen, mit ihrer „wahren Religion“ die Mehrheitsgesellschaft herauszufordern. In ihrer Wirkung sind besonders die populistisch agierenden Salafisten auf eine Reaktion ebendieser Gesellschaft angewiesen, womit wir zu einem zweiten Grund salafistischer Virulenz kommen: der Fähigkeit meinungsführender Akteure, mit provokanten Methoden Aufsehen zu erregen und sich mediale Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Die diesbezüglich wichtigsten Jahre waren die von 2010 bis 2015, in denen über eine Islamschule in Mönchengladbach,²¹ die Ausschreitungen in Solingen und Bonn²² sowie über die Scharia-Polizei in Wuppertal (s. u.) berichtet wurde und sogar die Bundeskanzlerin und der damalige Bundesinnenminister Stellung bezogen. Der Interaktion mit neu-rechten Gruppierungen wie *Pro-NRW* kam dabei eine wichtige Rolle zu und führte zur Entstehung von explizit anti-salafistischen Formationen wie *HogeSa* (Hooligans gegen Salafisten) oder speiste in Teilen sogar die *Pegida*-Bewegung in Dresden (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) (siehe Kap. 2.1). Eines der bekanntesten und folgenreichsten Projekte war die im Herbst 2011 begonnene Kampagne *Lies!*, bei der an Ständen in Fußgängerzonen kostenlose Koranexemplare verteilt wurden.²³ Einer sicherheitsbehördlichen Untersuchung von Biographien deutscher Jihad-Kämpfer am syrisch-irakischen Kriegsschauplatz zufolge war jeder fünfte Jihadist vor seiner Ausreise an dieser Initiative beteiligt.²⁴ Die 2016 nach dem „*Lies!*“-Verbot gestartete Aktion „*We love Muhammed*“, bei der Prophetenbiographien verteilt wurden, erzielte hingegen im Vergleich zur Koran-Kampagne nur eine geringe Breitenwirkung.



Logo der *Lies!*-Kampagne

20 Das auf den Koran, Sure 5 Vers 51, zurückgehende Begriffspaar *walâ* und *barâ'a* wird in vielen zeitgenössischen Propagandaschriften thematisiert, besonders von militanten Salafisten, die Loyalität (*walâ*) gegenüber Glaubensbrüdern/-schwestern und die Feindschaft gegenüber den „Ungläubigen“ bzw. deren „Meidung“ (*barâ'a*) zu einer wesentlichen Glaubenspflicht aller Musliminnen und Muslime erklären.

21 Spiegel Online vom 30.08.2010; Spiegel Online vom 09.10.2010; Spiegel Online vom 15.10.2010.

22 Im Mai 2012 provozierte die rechtspopulistische Partei Pro NRW gezielt Muslime mit dem Zeigen von Muhammad-Karikaturen bei Demonstrationen vor Moscheen in Solingen und Bonn. Bei Gegendemonstrationen von Salafisten kam es zu Gewalt gegen Polizeibeamte (29 Verletzte in Bonn, 05.05.2012); vgl. Die Welt vom 02.05.2012; Spiegel Online vom 05.05.2012; Die Welt vom 10.10.2012; Spiegel Online vom 19.10.2012.

23 Vgl. Abou Taam/Dantschke/Kreutz/Sarhan 2016.

24 Bundeskriminalamt/Bundesamt für Verfassungsschutz/Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus 2015.

Der Aufstieg des Salafismus seit den 2000er-Jahren hatte aber auch politische Gründe. Ein prägendes Schlüsselereignis waren die Anschläge der *Al-Qa'ida* vom 11.09.2001 in den USA, die ihrerseits eine Kettenreaktion von weiteren, für den Islamismus weltweit bedeutsamen Ereignissen ausgelöst haben. Mit dem „11. September“ begann nicht nur der vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush proklamierte „Krieg gegen den Terror“ mit den Invasionen in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) als wichtigsten Ereignissen, sondern auch „der Islam“ bzw. „die Muslime“ wurden zum Dauerthema in westlichen Medien. Viele Muslime in Deutschland und anderen westlichen Staaten fühlten sich plötzlich kollektiv unter Generalverdacht gestellt, und nicht wenige hielten sogar die Anschläge vom 11. September für eine „Verschwörung“, ein „Fake“ mit dem Ziel, den Islam und die Muslime in ein schlechtes Licht zu rücken. In vielen muslimischen Ländern gab es aber auch offen artikuliert Sympathien für die symbolträchtigen und bildgewaltigen Anschläge, die der ganzen Welt die Verwundbarkeit der USA vor Augen geführt hatten. In westlichen Staaten war man vorsichtiger, aber zweifellos gab es auch dort viele Sympathisanten der *Al-Qa'ida* in der muslimischen Diaspora, wie u. a. die späteren „Karrieren“ von tausenden Jihad-Freiwilligen gezeigt haben.

Erstaunlicherweise führten die Anschläge vom 11. September 2001 sogar zu einer zuvor nicht dagewesenen Welle von Konversionen zum Islam in westlichen Staaten, einschließlich Deutschlands. Unter den muslimischen Migranten gewann die Religion seitdem einen höheren Stellenwert, sei es als Reaktion auf eine oft unterschwellige, aber jedenfalls vielerorts spürbare Skepsis der westlichen Gesellschaften gegenüber Muslimen allgemein, oder auf die seit 2002 deutlich gesteigerte Präsenz islamischer und islamistischer Inhalte im Internet. Es handelte sich schon damals um ein breites Spektrum, das vom konservativen Mainstream-Islam über den Islamismus verschiedener Provenienz und den „unpolitischen“ Salafismus bis zur Propaganda von *Al-Qa'ida* reichte, und das seitdem an Umfang und zum Teil an Radikalität noch erheblich zugenommen hat (s. u.), vor allem durch soziale Medien wie *YouTube*, *Facebook*, *Twitter* und *Telegram*, die als machtvolle interaktive Multiplikatoren gewirkt haben.

Ein Grund, warum gerade der Salafismus nach 2001 so viele Anhänger gewonnen hat, ist seine internationalistische Botschaft, die besonders für „entwurzelte“ junge Muslime aus der zweiten und dritten Migrantengeneration attraktiv ist. Salafisten propagieren noch mehr als andere Islamisten – die sich meist sortiert nach Herkunftsländern organisieren – das Ideal der *Umma*, d. h. der Gemeinschaft aller Muslime weltweit, und versammeln „Geburtsmuslime“ und Konvertiten zu einer frommen Gemeinschaft von „Brüdern“ und „Schwestern“, wobei die ethnische Herkunft keinerlei Rolle spielt (zumindest in der öffentlichen Selbstdarstellung). Gerade die vorgelebte „Brüderlichkeit“ bei von Salafisten organisierten Versammlungen zu religiösen Vorträgen, bei „Islamseminaren“ und gemeinsamen Freizeitaktivitäten²⁵ üben eine große Anziehungskraft aus, u. a. auf Jugendliche, denen eine intakte Familie und/oder eine gute Integrierung in gleichaltrige Freundeskreise fehlt. Bei nichtmuslimischen deutschen Jugendlichen, die zum Islam konvertiert sind, haben oft Einflüsse aus dem Bekanntenkreis eine Rolle gespielt, aber auch die Anziehungskraft eines klar strukturierten Werte- und Regelsystems, das nach Jahrzehnten des „*anything goes*“ eine neue Alternative bot, um sein jugendliches „Anderssein“ auszuleben.

25 Einen guten Eindruck von der „gelebten Brüderlichkeit“ vermittelte z. B. ein 2011 vom Islamischen Kulturzentrum Mönchengladbach produziertes Video „Wir vermissen Dich - Der Dawa-Film“, in dem auch Sven Lau, Pierre Vogel, Hassan Dabbagh und andere Prediger auftraten (bei YouTube noch in Auszügen aufrufbar).

Salafistische Akteure und Aktivitäten im nicht militanten Bereich

Auf dem Feld des nicht gewalttätigen Salafismus lassen sich drei zentrale Tendenzen ausmachen.

Im Hinblick auf die zahlenmäßigen Entwicklungen ist festzustellen, dass „salafistische Bestrebungen“ mit bundesweit geschätzt ca. 11.300 Personen (Stand 2018) derzeit als die „einzige islamistische Gruppe mit signifikant steigendem Personenpotenzial“ eingeschätzt werden.²⁶ Setzt man die Anhängerzahlen salafistischer Netzwerke ins Verhältnis zu anderen islamistischen Gruppen, so zeigt sich, dass der Salafismus heute etwa über die zehnfache Anhängerzahl der Muslimbruderschaft (1.040 Anhänger) verfügt und mittlerweile selbst die türkische IGMG (10.000 Mitglieder) überflügelt hat, die über Jahre hinweg das weitaus größte Personenpotenzial des islamistischen Spektrums gestellt hat.

Eine zweite Tendenz besteht in einer zunehmenden Gewaltbereitschaft der Szene, die sich bis vor einigen Jahren daran zeigte, dass die Zahl der Islamisten in Deutschland insgesamt zwar kleiner wurde, die der Gewaltbereiten unter ihnen jedoch zunahm.

Nahezu zeitgleich, d. h. seit etwa 2014-2016, war ein weiterer Trend zu verzeichnen, der die zunehmende Fragmentierung und „Informalisierung“ salafistischer Strukturen betrifft. Um diese Entwicklungen zu verstehen, ist es wichtig, relevante islamistische Akteure, ihre Aktivitäten und Handlungslogiken besser zu verstehen.

Beim Salafismus handelt es sich um ein transnationales Phänomen, das in erster Linie in Form weltweit verbreiteter Gelehrten-Schüler-Netzwerke organisiert ist. Verbreitung findet es über Predigten im Internet, Besuche und Langzeitaufenthalte bekannter Prediger in Europa oder durch ihnen ergebene Schüler und Nachwuchskräfte auf nationaler und lokaler Ebene. Während etwa die Muslimbruderschaft mit ihren strengen Mitgliedschaftsregeln über einen organisatorischen Kern verfügt, handelt es sich beim Salafismus um eine heterogene Bewegung, deren Prediger keine formelle islamische Bildung benötigen, um sich selbst als Imam oder Islamverkünder zu betätigen. Das galt auch für die nach der Jahrtausendwende initiierten bundesweiten Islamseminare, die erstmals in Deutschland eine multiethnische Zuhörerschaft bedienten. Für die Akteure der ersten Stunde, wie den Leipziger Imam Hassan Dabbagh, ging und geht es dabei neben salafistischer Grundlagenvermittlung (Glaubenslehre, Arabisch, Koran) immer auch um das Narrativ der Unterdrückung oder Benachteiligung von Muslimen hierzulande, mit dem die Loyalität (*walā*) unter „wahren Muslimen“ befördert werden sollte. Eine ähnliche, die Wagenburg-Mentalität bedienende Schwarz-Weiß-Logik zeigt sich auch bei Akteuren der Muslimbruderschaft, die muslimfeindliche Tendenzen oder Auswüchse bewusst zum Thema machen und für eigene Projekte zu nutzen verstehen.²⁷

Innerhalb des salafistischen Spektrums ließen sich Personen ausmachen, die eine deutlich konfliktbereitere Agenda verfolgten und bereits vor dem Aufkommen jihadistischer Strukturen in Deutschland (s. u.) aktiv waren. Ihnen ging es weniger um kleinformatige Wissensvermittlung, als um das „Füllen von Hallen“, um Straßen-*Da'wa* oder um die explizite Herausforderung der Mehrheitsgesellschaft, die bereits mit dem Namen dieses (im Jahr 2016

²⁶ Bundesamt für Verfassungsschutz 2019, 175.

²⁷ Vgl. an einem deutschen Beispiel die Gründung des Marwa El-Sherbiny-Zentrums in Dresden, mit Verbindungen zur Muslimbruderschaft. Das Zentrum wurde nach der mit fremden- bzw. islamfeindlichen Motiven während eines Gerichtsverfahrens 2009 getöteten Marwa El-Sherbiny benannt.

verbotenen) Netzwerkes Programm werden sollte: „Die wahre Religion“ (DWR) formulierte nicht mehr bloß den innerislamischen Anspruch, den wahren Islam zu repräsentieren, sondern eben auch, gerade im Vergleich der Religionen, die beste zu sein. Zu den zentralen Wortführern dieser provokant-populistisch agierenden Fraktion zählten neben Abu Nagie, dem aus Palästina stammenden Initiator der bundesweiten Koranverteilungskampagne „Lies!“, und Sven Lau, der im September 2014 mit einer durch Wuppertal patrouillierenden „Scharia-Polizei“ Schlagzeilen machte,²⁸ insbesondere der deutsche Konvertit und Ex-Boxer Pierre Vogel. Er war es, der auch mit seiner Körpersprache zum „Empowerment“ all jener Jugendlichen beitragen konnte, die sich als Muslime in Deutschland in der Defensive und ohne identifikationswürdiges Rollenmodell sahen.

Um ein Verständnis islamistischer Strukturen zu entwickeln, liegt es nahe, Moscheen und ihre Imame in den Blick zu nehmen. Dabei muss betont werden, dass die absolute Mehrheit der Moscheegemeinden wichtige Beiträge zum Miteinander leistet.²⁹ Gleichzeitig entspricht es aber dem Kalkül einiger islamistischer Mobilisierungsstrategen, wenn muslimische Gebetsstätten als Zeichen islamischer Präsenz in Deutschland insgesamt diskreditiert werden. Bemerkenswert ist hier, dass gerade die Vertreter des populistisch-provokanten Salafismus eine Entwicklung vorantrieben haben, bei der private Treffpunkte, Wohnungen oder das Internet zu wichtigen Orten salafistischer Vergemeinschaftung wurden. Und als Wortführer tun sich dabei nicht notwendigerweise Personen hervor, die als Imame von Gemeinden fungieren, sondern solche mit rhetorischem Talent, die nicht nur von authentischem Glaubens- und Missionierungseifer erfüllt sind, sondern es auch verstehen, Jugendliche mit einer lebendigen, ungekünstelten und oft auch humorvollen „Jugendsprache“ zu erreichen.³⁰ So können sie selbst erzkonservative bis reaktionäre Botschaften und Regeln, wie etwa die von ihnen propagierte Vollverschleierung von Mädchen und Frauen, als erstrebenswertes, „authentisch muslimisches way of life“ verkaufen. Was sich hier zeigt, ist das wachsende Potenzial konfliktiver oder demonstrativer Religionsausübung, die unterschiedlichste Formen annehmen und Intentionen haben kann. Beim Einfordern von Gebetszeiten während des Schulunterrichts oder bei Sympathiebekundungen nach Terroranschlägen stellt sich somit die Frage nach einem sinnvollen, nicht kontraproduktiven Umgang.

Ein wichtiger Grund, warum auch nicht-militante Salafisten unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen und warum es nach dem Verbot eindeutig jihadistischer orientierter Gruppen (s. u.) 2016 auch zu Vereinsverboten für DWR und deren Kampagne „Lies!“ gekommen ist,³¹ ist deren vielfach offen ausgesprochene negative Haltung zur Demokratie und freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Abu Nagie und andere radikale Prediger haben in ihren Vorträgen, „Islamseminaren“ und Schriften zum Teil massiv gegen die politische und rechtliche Ordnung in Deutschland polemisiert. Ausgehend von der Prämisse eines absoluten Vorrangs von „Allahs Gesetzen“ vor „menschengemachten Gesetzen“ verunglimpfen einige salafistische Prediger selbst demokratische Wahlen und Parlamente als eine Form von „Götzendienst“ (vorzugsweise mit dem Schimpfwort *Tāghūt*).³² Nach ihrer Ansicht dürften

28 Abou Taam et al., a. a. O., 99. Ein Gerichtsverfahren gegen die Beteiligten an dieser Aktion endete im November 2016 mit dem Freispruch aller Beschuldigten.

29 Vgl. exemplarisch Spielhaus/Mühe 2018.

30 Wiedl/Becker 2014.

31 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2016.

32 Der bereits im Koran mehrfach vorkommende Begriff *Tāghūt* (Plural: *Tawāghūt*) bedeutet wörtlich „Übertreter“, d. h. jemand, der sich über die „Gesetze Allahs“ hinwegsetzt, sei es durch die Verehrung von „Götzen“ oder durch tyrannisches, willkürliches Herrschen. Im heutigen islamistischen Sprachgebrauch dient *Tāghūt* als Schimpfwort besonders für „unislamische“ Regierungsformen, wozu oft auch solche Regierungen islamischer Staaten gezählt werden, die nicht gemäß den Gesetzen der Scharia herrschen.

„wahre“ Muslime sich allein „Allahs Gesetzen“ unterwerfen, sonst würden sie den Pfad des schon durch die Formel *Lâ ilâha illa'llâh*³³ [„Es gibt keine Gottheit außer Allah“] geforderten strengen Monotheismus, und damit des Islam, verlassen.

Jihadistische Strukturen und ihre Ausbreitung

Die öffentliche Wahrnehmung von Islamismus und Salafismus, ja des Islam insgesamt, ist geprägt von den Gefahren, die von einem wachsenden „islamistisch-terroristischen Personenpotenzial“ ausgehen, das nach polizeilicher Einschätzung derzeit mehr als 1.200 Personen umfasst. Dies ist aus sicherheitsbehördlicher Perspektive verständlich, weil Gewaltakte, die Sicherheitsbehörden insbesondere den im Oktober 2018 auf fast 800 Personen beziffernten sogenannten islamistischen „Gefährdern“ – darunter auch Jihad-Rückkehrer oder im Zuge der Migrationsbewegung nach Deutschland gereiste Anhänger des „Islamischen Staates“ (IS) – zutrauen, tatsächlich eine Bedrohung darstellen. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf (bisher wenige) hier ausgeführte Anschläge, sondern auch im Hinblick auf die „Jihadisierung“ des islamistischen Milieus, auf die das zahlenmäßige Wachstum des islamistisch-terroristischen Personenpotenzials hinweist. Die einseitige Sicht auf das islamistische Spektrum, die auch die Forschungslandschaft durchzieht, ist allerdings problematisch, wenn sie zu einem Generalverdacht gegen Salafisten, Islamisten oder Muslime insgesamt gerät. Umso wichtiger ist es deshalb, die jihadistischen Strukturen und damit einhergehende Dynamiken genauer zu beleuchten.



Flagge des IS

Parallel zur Ausbreitung salafistischer Netzwerke in Deutschland haben sich mit Beginn des neuen Jahrtausends auch Strukturen entwickelt, die im Einsatz von Gewalt ein legitimes Mittel sehen, um für die Interessen des Islam und der Muslime zu kämpfen.

Eine wichtige Rolle spielte dabei das Umfeld des ägyptischen Imams Abu Omar im Raum Ulm/Neu-Ulm,³⁴ der mit seinen Bezügen zur militant-islamistischen Gruppe *Al-Gama'a al-Islamiya* in Ägypten und zum zeitgenössischen Salafismus idealtypisch für die hybride Ideologie des Jihadismus steht. Es war genau dieses Milieu, aus dem heraus mehrere frühe Auslandskämpfer gewonnen werden konnten, von denen manche – gemeint ist hier die 2007 festgenommene sogenannte „Sauerlandzelle“ – nach ihrer Rückkehr auch Attentate in Deutschland planten. Obwohl in vereinfachenden Darstellungen oft der Salafismus für jihadistischen Gewaltaktivismus verantwortlich gemacht wird, lässt sich zeigen, dass es sich um komplexere Prozesse und eine „Mischung aus Einbindung und Abgrenzung (oder Autonomie) radikaler jihadistischer Netzwerke im Verhältnis zu lokalen Moscheegemeinden und der überregionalen salafistischen Szene“ handelt.³⁵ Innerhalb der salafistischen Szene in Deutschland stellt die Gewaltfrage sogar eine zentrale Trennlinie dar. Während aber um das Jahr 2005 jihadistische Wortführer, die von Österreich aus agierten, von Predigern hierzulande noch



Sauerlandgruppe: Die blauen Fässer beinhalten Chemikalien zum Bau von Bomben.

33 Der erste Teil des islamischen Glaubensbekenntnisses. Der zweite Teil lautet Muhammad rasûlu'llâh („Muhammad ist der Gesandte Allahs“).

34 TAZ 2007.

35 Vgl. Malthaner/Hummel 2012, 275.

als „Milchbuben“ abgetan wurden, entstanden zunehmend auch in Deutschland Gruppen, die wie *DawaFfm*³⁶ oder DWR begannen, in unterschiedlicher Weise einen jihadistischen Sprachgebrauch salonfähig zu machen. Öffentlich war plötzlich die Rede vom „Jihad als Bundeswehr der Muslime“, vom „*Takfir*“³⁷ über die Herrscher“ oder gar vom „*Ketten-Takfir*“. Dieser erklärt jeden für ungläubig, der einen Ungläubigen nicht als solchen einordnet. („Wer den Kafir nicht zum Kafir erklärt ist selbst ein Kafir“.)

Bemerkenswerterweise wurden militante Positionen sogar von einzelnen jihadistischen Predigern verbreitet, die als Imame kleinerer Moscheegemeinden fungierten. Das gilt insbesondere für den Austro-Ägypter Mohamed Mahmoud,³⁸ dem es nach verbüßter Haftstrafe in Österreich in den Jahren 2011/2012 in kürzester Zeit gelang, den jihadistischen Diskurs hierzulande zu befördern: durch das Mitmach-Projekt *Millatu Ibrahim*, bei dem das Werk von Abu Muhammad al-Maqdisi übersetzt wurde,³⁹ durch eine starke Online-Präsenz und eben durch die Etablierung bzw. Übernahme einer Moschee in Solingen.

Millatu Ibrahim bildete bis zu ihrem Verbot im Mai 2012, aber über Nachfolgeorganisationen wie *Tauhid Germany* (verboden im März 2015) auch darüber hinaus, den Kern einer jihadistischen Strömung, deren wichtigste Führungsfiguren sich allerdings ins Ausland absetzten, um sich später mehrheitlich dem IS anzuschließen. Als Imam fungierte u. a. der mutmaßliche IS-Rekrutierer Abu Walaa,⁴⁰ in dessen Umfeld sich auch der spätere Attentäter Anis Amri (s. u.) bewegt hat. Machten diese Prediger aus ihren jihadistischen Ambitionen keinen Hehl, so verhalten sich andere, wie Abdellatif Raouli, der Hintermann des *DawaFfm*-Netzwerkes, von dem sich auch Arid Uka bei dem ersten islamistischen Anschlag in Deutschland im März 2011 inspirieren ließ, zurückhaltender. Das gilt auch für andere, weithin unbekannte Propagandisten, die zumeist unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz bleiben, aber innerhalb der Szene dennoch als potenzielle Unterstützer der jihadistischen Sache wahrgenommen werden. Nach wie vor besteht deshalb eine zentrale sicherheitsbehördliche Herausforderung darin, jihadistisch orientierte Personen, seien es Imame, informelle Wortführer bei privaten Zusammenkünften, „Medienaktivisten“ oder gar potenzielle Attentäter, zu identifizieren und einzudämmen.

Islamistische Extremisten beanspruchen für sich, den „wahren Islam“ zu vertreten und geraten darüber oft in Konflikt mit nichtmuslimischen, muslimischen und sogar mit ähnlich orientierten Akteuren. Eine katalysierende Wirkung spielten dabei Ereignisse im Ausland, allen voran der 2011 einsetzende „Arabische Frühling“, der einen zwischenzeitlich vergrößerten Spielraum für islamistische und jihadistische Akteure in vielen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas und nicht zuletzt den seit 2011 andauernden Krieg in Syrien mit seinen zahlreichen Gruppenkonflikten zur Folge hatte. Diese Ereignisse fanden ihren Niederschlag auch hierzulande in den Spannungen zwischen sunnitischen

36 Das Frankfurter Missionierungsnetzwerk *DawaFfm* verbreitete seit 2008 Videos auf einem eigenen Kanal bei YouTube und unterstützte ab 2012 die Koranverteilungsaktion „Lies!“. Es wurde im März 2013 verboten.

37 *Takfir* („für ungläubig erklären“) ist der arabische Terminus für Exkommunikation von der Gemeinschaft der Muslime, wozu gemäß dem islamischen Recht eine Reihe von Voraussetzungen vorliegen müssen.

38 Mohamed Mahmoud („Abu Usama al-Gharib“) setzte sich im April 2012, noch vor dem Verbot der Gruppe *Millatu Ibrahim*, in die Türkei ab, von wo er sich nach einer weiteren Haftzeit 2014 nach Syrien schleusen ließ. Er trat im Juni 2015 in einem Propagandavideo des IS auf, in dem er nach einer Hetzrede mit sichtlich Freude einen syrischen Gefangenen erschoss. Im November 2018 soll er bei einem Luftangriff in Syrien getötet worden sein.

39 Abou Taam et al., a. a. O., 104; Abu Muhammad al-Maqdisi (geb. 1959 in Nablus, Palästina) gilt als einer der einflussreichsten lebenden Ideologen des zeitgenössischen Jihadismus. Seine 1984 erschienene Streitschrift *Millatu Ibrahim* („Die Gemeinschaft Abrahams“) betont die Notwendigkeit für Muslime, sich von jeder Form der Loyalität zu „Götzendienern“ loszusagen (vgl. oben, Fußnote 20, al-walâ wal-barâ‘a).

40 Der irakische Prediger „Abu Walaa“ (Klarname: Ahmad Abdulaziz Abdullah) wurde im November 2016 in Hildesheim verhaftet. Das Strafverfahren gegen ihn läuft seit September 2017 in Celle.

oder schiitischen Muslimen, in Reibereien zwischen den vom IS verfolgten Jesiden oder Kurden einerseits und IS-Sympathisanten andererseits, oder in Streitigkeiten zwischen ideologischen Netzwerken, die unterschiedlichen jihadistischen Lagern – etwa dem von *Al-Qa'ida* oder vom IS – zugeneigt sind.

Dies illustriert das Beispiel des *Al-Qa'ida*-nahen Aktivisten Bernhard Falk, der sich noch in den 1990er-Jahren als Mitglied der „Antiimperialistischen Zellen“ als letzter Vertreter einer linken Fundamentalopposition wählte. Während er noch heute einen vermeintlich legitimen Widerstand gegen den westlichen oder US-„Imperialismus“ propagiert, tut er das jetzt im Rahmen der oben erwähnten und in Überbleibseln immer noch existenten Gruppe *Kalifatstaat* und hält dies zudem für vereinbar mit seiner Parteinahme für *Al-Qa'ida* – nicht aber mit dem von ihm stark kritisierten IS.⁴¹

Die inner-jihadistischen Differenzen, die sogar zu Säuberungsaktionen innerhalb des IS führten, zeigen, wie sehr verschiedene Akteure des „wahren Islam“ sich selbst auf dem rechten Weg wähnen und damit auch das (islamische) Recht in die eigene Hand nehmen. Derartige Verselbständigungseffekte greifen auch, wenn sich junge Muslime abseits von Moscheestrukturen ihren eigenen „Lego-Islam“ im Rahmen von Heimzirkeln oder in einer *Messenger*-Gruppe zusammenbasteln und dann ohne Verbindung zu Moscheestrukturen oder zu salafistischen Predigern – wie im Falle einer *WhatsApp*-Gruppe geschehen (siehe Kap. 3.2) – auch einen Anschlag begehen.⁴²

Die extremistische Lagerbildung und damit einhergehende Spannungen sind bedeutsam, sollten aber nicht Gemeinsamkeiten, Allianzen und übergreifende Milieudynamiken übersehen lassen. Jenseits möglicher Streitigkeiten gibt es einige gemeinsame Aktionsplattformen. So zeigen sich verschiedenste islamistische Personen beispielsweise solidarisch mit „politischen Gefangenen“ wie der von Bernhard Falk betriebenen islamistischen Gefangenenhilfe oder ähnlichen Initiativen wie „al-Asraa“ (die Gefangenen) und „Wacht auf“, aber auch mit islamistischen Hilfsorganisationen von „Ansaar international“ bis „Helfen in Not“, auf denen sich verschiedenste Akteure des islamistischen Spektrums vereint sehen konnten.

Auch wenn manche Streitigkeiten einen ernsthaften Hintergrund aufweisen, wenn etwa Pierre Vogel oder Hassan Dabbagh mit Morddrohungen seitens des IS belegt werden, so bieten sie gleichzeitig auch die Möglichkeit zur Solidarisierung oder zur Kontrastverschärfung. Schließlich führte die Frage, ob Pierre Vogel durch seine Kritik am IS zum „Sitzenbleiber“ in Sachen Jihad und zum Ungläubigen (*kâfir*) wurde (zu Vogels – etwas verspäteter – Kritik am IS vgl. unten), vor allem dazu, dass derartige Themen in einem bestimmten Milieu ernsthaft diskutiert werden. Dies geschieht verstärkt durch die Nutzung salafistischer und jihadistischer Medien (Stichwort Echokammer). Als Hauptproblem lässt sich hierbei neben der Dominanz scheinbar islamischer, in Wirklichkeit aber oftmals salafistischer religiöser Webseiten auch eine Vielzahl nicht öffentlicher, halb-geheimer *Messenger*-Gruppen oder *Telegram*-Kanäle ausmachen, die sich klar zum globalen Jihad oder zum IS bekennen. Neben dem Internet und abseits von etablierten Moscheestrukturen und Imamen sind es aber auch informelle Strukturen und Akteure vor Ort, die für die Verbreitung jihadistischer Überzeugungen innerhalb eines anfälligen Milieus bedeutsam sind.⁴³ Treffpunkte, vom Fitnesszentrum oder Kiosk bis zum islamischen Heimzirkel

41 Vgl. Abou Taam et al., a. a. O., 115ff.

42 Kiefer/Ceylan/Hüttermann/Zick /Dziri 2017.

43 Hummel 2014.

oder zum Gefängnis, mit Propagandisten, die kein formales Amt bekleiden, sondern sich als „Rufer zum Islam“ (*dā'i*), „Unterstützer“ (*munāsir*) oder Veteranen des globalen Jihad verstehen, können so oftmals unerkannt zu einer Jihadisierung ihres Umfeldes beitragen.

„Jihad-Schauplätze“ als Radikalisierungsmotoren

Nur wenige in Deutschland oder Österreich aktive jihadistische Prediger oder Aktivisten haben offen dazu aufgerufen, sich einer extremistischen Gruppe im Ausland anzuschließen.⁴⁴ Weitaus mehr Aufrufe erfolgten von diversen „Jihad-Schauplätzen“ aus, wohin sich auch Mohamed Mahmoud (vgl. oben) abgesetzt hat – nicht zuletzt, um den Jihad-Diskurs von dort aus weiter zu befördern. Das verdeutlicht, wie wichtig im Radikalisierungsgeschehen internationale Konflikte sind, da sie den aktuellen Bezugspunkt einer „Theologie der Gewalt“ darstellen, welche die Vorzüge des Jihads als „höchste Form des Gottesdienstes“ in der Regel anhand von Beispielen aus der frühislamischen Geschichte stilisiert.⁴⁵ Besonders beliebt sind deshalb Vorträge, in denen Tapferkeit, Opfermut und Heldentaten einzelner Zeitgenossen des Propheten Muhammad (*sahāba*) mit vielen Anekdoten, gestützt auf Werke der klassischen arabischen Literatur, herausgestellt werden. Gerade die ersten Generationen von Muslimen, die „frommen Altvorderen“ (*al-salaf al-sālih*), an deren religiöser Praxis sich die danach benannten Salafisten orientieren, wurden schon in der mittelalterlichen islamischen Geschichtsschreibung idealisiert dargestellt, und heutige Prediger und Jihad-Gelehrte schmücken deren charakterliche und kriegerische Qualitäten gerne noch weiter aus.

Auch ohne den Jihad zu thematisieren, haben salafistische Prediger und Autoren eine ideologische Sozialisationsfunktion, wenn es um die grundsätzliche Bereitschaft dazu geht. Bevorzugt stellen sie die heutigen Muslime als Opfer dar, sowohl von direkter westlicher Aggression, etwa in Afghanistan oder im Irak, als auch von Ausgrenzung, Diskriminierung und Islamophobie in Deutschland (s. o.) und anderen Ländern der Diaspora. Zudem warnen sie mehr oder weniger eindringlich vor den Gefahren, die von den „ungläubigen“ und „dekadenten“ westlichen Gesellschaften besonders für muslimische Frauen und Kinder ausgehen, deren Wertesystem und islamische Moral durch zahllose schlechte Vorbilder unterminiert werden könnten. Generell wird ein Feindbild der „Ungläubigen“ vermittelt, in deren Mitte sich als gute Muslime zu behaupten hohe Anforderung stellt, einschließlich der Bereitschaft, Anfeindungen auf sich zu nehmen, von bösen Blicken auf der Straße bis hin zu „Schikanen“ der Polizei.

Ein anderes beliebtes Thema, auf das sich einige Prediger geradezu spezialisiert haben (u. a. Abu Dujana), sind der Tod, der jeden Menschen stets und unerwartet ereilen kann, und das nachfolgende Jüngste Gericht mit dem Scheideweg „Paradies oder Hölle“.⁴⁶ Dadurch werden sowohl Ängste vor göttlicher Strafe geschürt als auch Erwartungen von reicher Belohnung bei islamisch vorbildlichem Verhalten geweckt, letzteres ein Kernthema auch der jihadistischen Propaganda.

44 Die höchste Strafe gegen einen deutschsprachigen mutmaßlichen Rekrutierer für den IS wurde bisher gegen den Bosnier Mirsad Omerovic („Ebu Tejma“) verhängt, der lange in Österreich gepredigt hat; vgl. Die Presse (Wien) vom 14.07.2016. Denis Cuspert („Abu Talha al-Almani“), der 2011-2012 neben Mohamed Mahmoud als wichtigste Führungsperson der Gruppe Millat Ibrahim fungierte, setzte sich 2012 nach Ägypten und später nach Syrien ab, wo er sich spätestens 2014 dem IS anschloss und in verschiedenen IS-Propagandavideos auftrat. Er soll im Januar 2018 in Syrien getötet worden sein.

45 Vgl. Lohlker 2016.

46 „Abu Dujana – Der Genusszerstörer – Der Tod“; „Abu Dujana – Die Hölle“.

Da Salafisten, gerade die neu- und wiederbekehrten, zudem in der Regel einen hohen Grad von religiösem Eifer entwickeln, ist oft genug der Schritt vom bloßen „*da'wa* machen“ zum „wirklich etwas tun wollen“ nicht weit. Entsprechende Aufrufe im Internet, unterlegt mit geschickt komponierten Videoaufnahmen, die sowohl muslimische Opfer von Gewalt als auch die Kampfkraft der „*Mujahidin*“ in verschiedenen Ländern zeigten, gab es genug. Ein Schlüsselereignis war der im Mai 2004 aufgedeckte Skandal über Folter und Erniedrigung von irakischen Gefangenen in Abu Ghraib durch amerikanisches Wachpersonal, der weltweit Wasser auf die Mühlen der schon seit Ende 2001 angelauften jihadistischen Internetpropaganda gegossen hat. Der Appell von *Al-Qa'ida* und anderen Gruppen an alle Muslime mit „Ehrgefühl“, ihren unterdrückten Brüdern und „entehrten“ Schwestern beizustehen, erhielt dadurch neue Glaubwürdigkeit und hat nachweislich auch deutsche Muslime dazu motiviert, im Ausland nach einer militärischen Ausbildung für den „Jihad“ zu suchen (so u. a. die dreiköpfige „Sauerland-Gruppe“ s. o). Bis 2010 war das pakistanische Grenzgebiet zu Afghanistan das bevorzugte Ziel für solche extremistischen Abenteurer, die sich oft genug ohne pakistanische Visa mithilfe von Schleusern dorthin durchschlugen. Von dort aus richteten auch deutschsprachige Jihadisten wie die Chouka-Brüder⁴⁷ ihre Botschaften an die noch unentschlossenen Sympathisanten in Deutschland, das „Land der Ungläubigen“ zu verlassen und die Auswanderung (*hijra*)⁴⁸ in das „Land des Jihads und der Ehre“ zu vollziehen. Es gab auch seit 2008 schon Aufrufe, Frauen und Kinder nach Pakistan mitzunehmen, damit diese in einer „islamischen“ Umgebung aufwachsen könnten, was in einigen Fällen auch befolgt wurde.⁴⁹

Rückblickend haben deutschsprachige Jihadisten in Pakistan und Afghanistan nur eine geringe Rolle gespielt. Die meisten starben durch amerikanische Drohnenangriffe oder bei Kampfhandlungen gegen die pakistanische Armee, und nur wenige haben nachweislich in Afghanistan Anschläge verübt.⁵⁰ Ab 2012, dem zweiten Jahr des bewaffneten Aufstandes in Syrien, wurde jedoch dieses Land zu einem Ziel, das wie kein anderes Jihad-Kämpfer aus der ganzen Welt, darunter mehr als 1.000 auch aus Deutschland, angezogen hat. Dies wurde durch verschiedene Faktoren begünstigt:

Erstens wurden Ereignisse in Syrien, beginnend mit den noch unbewaffneten Demonstrationen gegen das Assad-Regime im Frühjahr 2011, massenhaft mit Smartphone-Kameras dokumentiert und konnten fast in Echtzeit im Internet verfolgt werden.

Zweitens war die Einreise in das von Aufständischen kontrollierte Gebiet in Nordsyrien bis ca. Ende 2015 sehr einfach, sowohl für Personen aus Europa, als auch für solche aus verschiedenen arabischen und asiatischen Ländern, da die Türkei den Grenzübertritt kaum behinderte oder sogar förderte.

Drittens schien bis zum militärischen Eingreifen Russlands ab September 2015 ein Sieg gegen das syrische Regime oft fast greifbar nahe, und den Jihad-Willigen wurde in der

47 Die in Bonn aufgewachsenen Deutsch-Marokkaner Yassin und Mounir Chouka zogen 2008 ins pakistanisch-afghanische Grenzgebiet (Nord-Waziristan) und traten in den Folgejahren in einer Reihe von deutschsprachigen Propaganda-Videos der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) auf.

48 Das arabische Wort *hijra* hat eine religiöse Konnotation, d. h. es wird auf die Auswanderung der ersten Muslime von Mekka nach Medina zusammen mit dem Propheten Muhammad 622 AD angespielt, die als sehr verdienstvoll gilt, da sie aus religiösen Gründen ihren Besitz zurückließen. In diesem Sinne haben zeitgenössische jihadistische Gruppen, besonders der IS, in ihrer Propaganda stets die „Auswanderung zu den Schauplätzen des Jihad“ propagiert.

49 Vgl. El Hadad/Holtmann/Prucha 2016, 220f.

50 Darunter Cüneyt Çiftçi aus Ausbach (Bayern), der im März 2008 bei einem Selbstmordanschlag in der afghanischen Provinz Khost starb und als erster deutscher Selbstmordattentäter bekannt wurde.

Propaganda suggeriert, auch ihre Familien könnten dort sicher und komfortabel in beschlagnahmten Häusern leben (was für einige auch zutraf).



Ausrufung des Kalifat 2014
(Abu Bakr al-Baghdadi)

Schließlich hat der rasante Siegeszug des IS im Norden des Irak und im Osten Syriens 2014 eine Welle von Begeisterung unter Extremisten weltweit geweckt, von der sich Zehntausende ausländische Kämpfer motivieren ließen, sich dem im Juni 2014 proklamierten „Kalifat“ anzuschließen.

In Deutschland haben die Sicherheitsbehörden schon seit Ende 2012 mit dem Einziehen von Reisepässen und Einschränkungen der Gültigkeit von Personalausweisen sogenannter „Gefährdeter“ und anderer Personen reagiert, bei denen eine Ausreiseabsicht in Richtung Syrien vermutet wurde.

Terrormiliz IS im Nahen Osten



Ausbreitung des selbsternannten Kalifats (Stand 03.04.2015)

Allerdings haben sich Hunderte von Personen – auch Frauen und Kinder – nicht von solchen Maßnahmen abhalten lassen und versucht, die Türkei auf dem direkten Land- oder Luftweg oder auch auf Umwegen zu erreichen. Seit 2016 sind die meisten solcher „Auswanderer“ spätestens in der Türkei an der Weiterreise nach Syrien gestoppt worden. Mit der im selben Jahr einsetzenden Wende in den Bürgerkriegen sowohl in Syrien als auch im Irak hat auch der „Jihad“ dort an Anziehungskraft eingebüßt,

und 2017 – in dem Jahr, als der IS in beiden Ländern fast völlig militärisch aufgegeben wurde – sind den Behörden nur noch einige wenige Ausreisen von islamistischen Personen aus Deutschland in Richtung Syrien bekannt geworden. Gegen mehr als 100 nach Deutschland zurückgekehrte Jihadisten wurden Strafverfahren geführt und Dutzende von Haftstrafen verhängt, und bei ca. 200 der nicht aus Syrien und dem Irak zurückgekehrten Personen gibt es Hinweise, dass sie dort bei Kampfhandlungen oder durch Luftangriffe gestorben sind. In ca. 100 Fällen gibt es Erkenntnisse über ihre Gefangennahme durch Kriegsgegner (Stand März 2019).

Neue Themen und Zielobjekte für radikalisierte Muslime in Deutschland?

Einiges spricht dafür, dass die Radikalisierung von Muslimen in Deutschland in absehbarer Zukunft nicht wieder zu Ausreisen in „Jihad-Gebiete“ in nennenswerter Zahl führen wird. Der schnelle Aufstieg des IS im Jahr 2014, gefolgt von seiner fast völligen Vernichtung bis Ende 2017,⁵¹ kann als eine weitere Zäsur angesehen werden, wahrscheinlich der Anfang vom Ende der in den 1980er-Jahren in Afghanistan entstandenen Bewegung des „globalen Jihad“. Zwar

51 Bis Ende 2017 hatte der IS alle seine zuvor gehaltenen Territorien im Irak verloren. Im syrischen Grenzgebiet zum Irak hielt sich eine letzte Enklave des IS noch bis fast Ende März 2019.

wird es weiterhin in vielen afrikanischen und asiatischen Staaten islamistische bzw. salafistische Gruppen geben, die dort die jeweiligen Regierungen bekämpfen und auch Anschläge gegen westliche Personen und Ziele verüben, aber diese Formen des „Jihad“ werden vermutlich fast nur noch freiwillige Kämpfer aus den jeweiligen Nachbarstaaten anziehen. Für Muslime in Deutschland war bereits 2018 kein „Jihad-Schauplatz“ mit Anziehungskraft in Sicht, zu dem sich eine „Auswanderung“ lohnen würde. Weder Afghanistan, noch der Jemen, Somalia oder Mali kann eine mit Syrien und dem Irak in den Jahren von 2012 bis 2015 vergleichbare Perspektive bieten.

Folgerichtig hat sich auch die jihadistische Internetpropaganda – die auf Muslime weltweit zielt, einschließlich der vermuteten Sympathisantenszene in Deutschland – schon seit Ende 2015 darauf verlegt, zu Anschlägen im jeweiligen Heimatland aufzurufen, vorzugsweise gegen „weiche“ zivile Ziele und auch ohne den Einsatz von Sprengstoff, dessen Beschaffung oder eigene Herstellung und Zündung für terroristische Amateure oft zu schwierig ist. Das Ergebnis waren einige schwere Anschläge, die in westlichen Staaten mit LKWs und anderen Fahrzeugen ausgeführt wurden (u. a. Nizza, London, Berlin, Stockholm, Barcelona und New York), sowie Mordanschläge mit geringerer Opferzahl mit Messern und Äxten. Zu den Tätern gehörten auch Personen, die erst vor relativ kurzer Zeit als „Flüchtlinge“ in die jeweiligen Staaten eingereist waren, wo sie ihre Taten verübt haben, darunter der Tunesier Anis Amri, der am 19.12.2016 in Berlin elf Menschen getötet und 60 weitere zum Teil schwer verletzt hat.

Insgesamt haben sich islamistisch motivierte Anschläge in Deutschland bisher im einstelligen Bereich gehalten. Der erste „erfolgreiche“ Anschlag wurde im März 2011 am Frankfurter Flughafen verübt, wo der bis dahin unauffällige Schüler Arid Uka zwei amerikanische Soldaten tötete und zwei weitere schwer verletzte (siehe Kap. 3.3). Im Zeitraum von 2000 bis 2018 konnten 18 islamistische Anschlagsvorhaben durch die Arbeit der Sicherheitsbehörden schon im Vorfeld vereitelt werden, und der polizeiliche Verfolgungsdruck auf die islamistische bzw. salafistische Szene in Deutschland hat sich in den letzten Jahren erheblich verschärft. Rückkehrer aus „Jihad-Gebieten“ hatten bisher kaum eine Chance, in Deutschland erneut als Rekrutierer aktiv zu werden, auch wegen des inzwischen gering gewordenen Anreizes, ihnen nachzueifern (s. o.). (Allerdings machen die „Rückkehrer“, einschließlich der Frauen und Kinder – letztere wurden zum Teil in Kindergärten und Schulen des IS jahrelang paramilitärisch gedrillt und ideologisch aufgehetzt – generell den Sicherheitsbehörden Sorgen, da bei vielen vermutet wird, dass sie sich noch nicht innerlich von der IS-Ideologie abgewandt haben.)

Es stellt sich also die Frage, mit welcher Zielrichtung auch künftig Muslime in Deutschland radikalisiert werden könnten, und was für Taten von radikalisierten Personen in den kommenden Jahren ggf. befürchtet werden müssen. Im Internet werden seit dem Untergang des IS von dessen überlebenden Aktivisten und einer anonymen Sympathisantengemeinde vermehrt Sabotageakte aller Art propagiert, um die Wirtschaft der „Ungläubigen“ zu schädigen. Dazu ist es in Deutschland bisher nicht gekommen, vielleicht weil bei den vorgeschlagenen „Aktionen“, wie der Vergiftung von Trinkwasser, dem Legen



Anschlag in Berlin (Breitscheidplatz)



Arid Uka Tatortbild

von Waldbränden oder Manipulationen an Schienen, um Züge entgleisen zu lassen, das „heroische“ Element fehlt, das radikalisierten Muslimen in der Regel wichtig ist.⁵² Ein Erfolgsrezept des IS bis 2016 war, dass er einen ständigen Strom von Bildern und Videos mit martialisch auftretenden Kämpfern liefern konnte, die von einem Sieg zum nächsten eilten oder – in der Rückzugsphase – zumindest unerbittlich Widerstand gegen übermächtige Feinde leisteten und diese mit plötzlichen Gegenoffensiven überraschen konnten. Seit Ende 2017 wäre „Rache für das zerstörte Kalifat“ ein denkbare Motiv für Anschläge gewesen, aber dies wurde in der Propaganda bisher nicht thematisiert. Stattdessen wird weiterhin die Fiktion eines fortbestehenden „Kalifats“ aufrechterhalten, dem man Treue schwören und als „Soldat“ dienen soll, inzwischen vorzugsweise durch Anschläge am jeweiligen Aufenthaltsort.

Ein Thema, das in den kommenden Jahren noch größere Mobilisierungskraft für die islamistische Szene, auch in Deutschland, entwickeln könnte, ist der Palästinakonflikt. Dieser hat sich in den letzten dreizehn Jahren, seit der Machtübernahme der *Hamas* im Gaza-Streifen, fast kontinuierlich verschärft. Er ist durch palästinensische Migranten, aber auch durch andere arabisch- oder sogar türkeistämmige Muslime, die sich mit der palästinensischen Sache solidarisch fühlen, inzwischen auch nach Deutschland importiert worden.

Bei Demonstrationen gegen den Staat Israel anlässlich des (dritten) Gaza-Krieges im Sommer 2014 sind antisemitische und israelfeindliche Slogans in Deutschland skandiert worden. Ähnliches geschah im Dezember 2017 bei einer Großdemonstration vor dem Brandenburger Tor gegen die angekündigte Verlegung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem, an der neben Arabern auch Türken beteiligt waren.⁵³ Die Wut auf Israel und auf „Juden“ allgemein, die sich bei solchen Demonstrationen Luft gemacht hat, könnte ein Warnzeichen für die Gefahr terroristischer Angriffe auf jüdische und israelische Personen und Einrichtungen in Deutschland in den kommenden Jahren sein.

Bisher ist es in Deutschland noch nicht zu schweren antisemitisch bzw. antijüdisch motivierten Gewalttaten islamistischer Terroristen gekommen wie etwa in Frankreich.⁵⁴ (Ein Brandanschlag auf eine Synagoge in Wuppertal 2014 wurde vom zuständigen Gericht nicht einmal als „antisemitisch“ bewertet.)⁵⁵ Es muss befürchtet werden, dass sich dies in Zukunft ändern kann. Hingegen ist es kaum denkbar, dass sich aus dem klar auf Israel fokussierten Hass eine neue „Jihad-Bewegung“ entwickeln könnte, weil dafür die praktischen Hindernisse zu groß sind. Die *Hamas* oder der *Islamische Jihad* im Gaza-Streifen werben keine ausländischen Kämpfer an, und selbst für Einheimische sind die Grenzen zwischen Israel und den arabischen Nachbarn bisher fast unüberwindlich. Die einzigen ausländischen „Jihadisten“, die Israel derzeit als potenzielle militärische Bedrohung ansieht, sind schiitische Milizen aus dem Irak, die mithilfe und unter Anleitung iranischer „Revolutionswächter“ in Syrien aktiv sind (ebenso wie die libanesische *Hizbullah* und schiitische Milizen aus Afghanistan und Pakistan).

52 Allerdings wurde im Juni 2018 in Köln ein Tunesier verhaftet, dem u. a. vorgeworfen wird, sich größere Mengen des Giftes Rizin für ein Anschlagsvorhaben in Deutschland beschafft zu haben. Er wurde im März 2020 zu 10 Jahren Haft verurteilt. Im Oktober 2018 scheiterte ein Anschlag auf die ICE-Bahnstrecke zwischen Augsburg und München nur an technischen Unzulänglichkeiten. Ein tatverdächtiger Iraker wurde am 26.03.2019 in Wien festgenommen; vgl. Kronen Zeitung 27.03.2019.

53 Spiegel Online 11.12.2017; Spiegel Online 12.12.2017.

54 AFP 09.01.2017.

55 Goldberg, *Jüdische Allgemeine* 12.02.2015; Spiegel Online 18.01.2016.

Fazit: Zukunft des islamistischen Extremismus in Deutschland?

Der islamistische Extremismus hat sich längst als dritte Kraft neben Links- und Rechtsextremismus etabliert. Gespeist aus großen Gegensätzen auf nationaler und internationaler Ebene, die Konflikte und wachsender Migrationsdruck mit sich bringen, ist unter den Vorzeichen populistischer Akteure auf weltpolitischer Bühne eine Entspannung nicht in Sicht.

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, die von Extremisten hierzulande ausgehenden Gefahren nicht losgelöst davon zu betrachten, wie Politik, Medien, Sicherheitsbehörden, organisierte Muslime oder Präventionsakteure unter Vermeidung kontraproduktiver Effekte das Problem angehen.⁵⁶ In Anbetracht einer „versicherheitlichten“ Perspektive, bei der die Wahrnehmung des islamistischen Spektrums und der Muslime insgesamt vom islamistischen Terrorismus geprägt ist, wird es wichtig sein, inwieweit es den Sicherheitsbehörden gelingt, islamistisch-terroristische Gruppen aufzuspüren, Anschläge zu verhindern und zu diesem Zwecke einen „ganzheitlichen Ansatz“ der Terrorismusbekämpfung zu verfolgen.⁵⁷ Denn zweifelsohne stellt die Eindämmung des islamistischen Extremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, die nicht allein auf sicherheitspolitische Maßnahmen begrenzt werden kann. Mindestens ebenso wichtig sind deshalb Präventionsansätze und Überlegungen, die bereits möglichst weit im Vorfeld demokratische Einstellungen sowie den Respekt auch für Andersdenkende fördern.

Für die Prävention stellt sich die Frage, ob überhaupt, und wenn ja in welcher Weise, mit welchen Partnern, welche Art(en) des Extremismus angegangen werden, oder ob nicht vielleicht andere Problemlagen (Drogenbelastung, Kriminalität) oder Kompetenzen (Extremismusresilienz, Medienkompetenz etc.) ins Visier zu nehmen sind. Dabei sind Befunde der Radikalisierungsforschung unabdingbar. Dazu gehört, dass soziale Kontakte mit bereits radikalisierten Personen von zentraler Bedeutung für jihadistische Hinwendungsprozesse und die Entstehung entsprechender Schwerpunktregionen sind (z. B. Wolfsburg oder Dinslaken-Lohberg). Die Zukunft des islamistischen Extremismus und der damit einhergehenden Gefahren wird deshalb entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, der Ausbreitung jihadistischer Überzeugungen in einem bestimmten Nahraum oder auf Quartiersebene entgegenzuwirken. Dazu bedarf es nicht zuletzt der Einbindung von zivilgesellschaftlichen und „informellen“ Akteuren, die über entsprechende Glaubwürdigkeit und Herzblut verfügen und imstande sind, für Demokratie und Pluralismus einzutreten.⁵⁸

Es gibt allerdings auch internationale sowie deutschlandspezifische Faktoren, die einen Erfolg von Präventionsmaßnahmen in Zukunft erleichtern könnten. Möglicherweise hat mit dem Aufstieg und Fall des IS nicht nur die Bewegung des „globalen Jihad“ ihren Zenit überschritten, sondern auch die europaweite Welle des Salafismus, die in Deutschland besonders „internationalistisch“ aufgetreten ist, mit Wortführern unterschiedlicher ethnischer Herkunft einschließlich prominenter deutscher Konvertiten, die ihrerseits

⁵⁶ Vgl. hierzu bei Pisoiu/Hummel 2014.

⁵⁷ Bjørge 2015.

⁵⁸ Vgl. Ritzmann 2018.

auch bei arabisch- und türkischstämmigen jungen Muslimen Anklang fanden.⁵⁹ Auch wenn salafistische Prediger in Deutschland es in der Regel vermieden haben, für Ausreisen zum „Jihad“ zu werben (s. o.), so haben sie doch stets die Zusammengehörigkeit der *Umma* und die Verpflichtung aller Muslime zu gegenseitiger Solidarität betont, und seit 2012 u. a. zahlreiche Transporte von mit Spendengeldern finanzierten Hilfsgütern nach Syrien organisiert. Solidarität mit islamischen Glaubensbrüdern und -schwestern in Not und Anklagen gegen die tatsächlichen oder vermeintlichen Verursacher solcher Not waren also gemeinsame Nenner zwischen der Propaganda extremistischer Gruppen und der im Rahmen des Zulässigen von Salafisten in Deutschland geleisteten realen Unterstützung und verbalen Appelle.

Damit soll nicht gesagt werden, dass deutschsprachige Salafisten, aus denen sich die meisten der aus Deutschland zum IS ausgereisten Kämpfer rekrutiert haben, diesem heute mehrheitlich nachtrauern würden. Einige salafistische Wortführer haben seit Jahren deutlich und glaubhaft gegen die Verbrechen des IS Stellung bezogen, darunter auch Pierre Vogel, der sich zwar erst im Frühjahr 2016 dazu durchringen konnte (immerhin ein halbes Jahr vor Beginn der Großoffensive gegen den IS in Mosul), aber dann trotz Mordaufrufen gegen sich in offiziellen IS-Publikationen dabei geblieben ist, den IS öffentlich als „idiotischen Staat“ zu verurteilen.⁶⁰ Ambivalenter dürfte die Haltung zu den nach dem Untergang des IS noch in Syrien verbliebenen islamistischen Kampfgruppen sein, die seit dem Frühjahr 2018 durch neue Offensiven syrischer Regimekräfte weiter an Terrain verloren haben. Es ist zu erwarten, dass deren inzwischen drohende völlige Niederlage auch eine gewisse demoralisierende Wirkung auf die deutsche Salafistenszene haben wird.

Vielleicht noch wichtiger ist die Tatsache, dass der schnelle Aufstieg des Salafismus in den letzten zehn Jahren viele Merkmale einer „jugendtypischen Modebewegung“ hatte, und wie jede Jugendmode kann dieser Trend – nicht zuletzt mithilfe konkurrierender muslimischer Akteure – auch wieder „altmodisch“ werden und auf das Maß einer eingefleischten Szene von „Hardcore-Fans“ schrumpfen. Dazu mögen auch die vielen Strafverfahren der letzten Jahre gegen Syrienkämpfer und deren mutmaßliche Unterstützer in Deutschland sowie die Verbote einflussreicher Vereine (s. o.) beigetragen haben. War es lange „cool“, ein Salafist zu sein und mit dem entsprechenden Habitus Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, so überwiegen seit einigen Jahren die negativen Konsequenzen, von der Ablehnung durch eine zunehmend islamfeindlich eingestellte Mehrheitsbevölkerung über Probleme am Arbeitsplatz – sofern ein solcher außerhalb der Szene gesucht und gefunden wird – bis hin zu gesteigerter Aufmerksamkeit der Polizei. Die Zahl der Muslime, die angesichts dieser Situation die salafistische Linie der „Absonderung von der ungläubigen Gesellschaft“ für kontraproduktiv halten, dürfte daher zunehmen. Dies könnte auch dazu führen, dass gemäßigte Muslime, die in Deutschland lange eine Auseinandersetzung mit den Radikalen gescheut haben, in Zukunft offensiver gegen diese auftreten.⁶¹

59 Dies ist bei der Auswertung von Datenträgern vieler arabisch- und türkischstämmiger Personen aufgefallen, gegen die am BKA in Staatsschutzverfahren ermittelt wurde, und die neben jihadistischen Propagandavideos auch vergleichsweise harmlose Vorträge von Pierre Vogel und anderen deutschen Konvertiten abgespeichert hatten.

60 ntv vom 14.04.2016.

61 Ein Zeichen in dieser Hinsicht setzte im Juni 2017 die Berliner Anwältin Seyran Ateş mit der Eröffnung einer „liberalen Moschee“, wofür sie allerdings auch von deutschen Islamverbänden kritisiert wurde; vgl. Spiegel Online 12.06.2017; Deutsche Welle 21.06.2017; Spiegel Online, 02.07.2017.

Betrachten wir abschließend mögliche Zielgruppen der Prävention, so sind neben den „Rückkehrern“ mitsamt ihren Familien (s. o.) auch die nicht (oder nicht mehr) jugendlichen Strafgefangenen zu berücksichtigen, die wegen islamistisch motivierter staatschutzrelevanter Taten verurteilt wurden. Sie beschäftigen die Sicherheitsbehörden, da sie in den meisten Fällen ihre jeweiligen Strafen nach vier bis acht Jahren Haft verbüßt haben (werden), danach aber weiterhin als „Gefährder“ eingestuft werden müssen. In einigen Fällen wurden bereits Maßnahmen zur „Deradikalisierung“ und Resozialisierung eingeleitet, deren Erfolg noch ungewiss ist. In anderen, schwereren Fällen haben die Behörden eine Abschiebung ins Herkunftsland unmittelbar nach der Haftentlassung betrieben (was natürlich nur bei ausländischen Staatsbürgern möglich ist). Nicht weniger relevant sind aber all jene „Neuradikalen“, die mit krimineller, oft gewalttätiger Vorerfahrung erst im Gefängnis zum radikalen Islam finden. Abzuwarten bleibt in Zeiten einer kontroversen Flüchtlingsdebatte und Islamfeindlichkeit außerdem, ob aus dem Kreise derer heraus, die erst mit der Migrationswelle ab 2015 nach Deutschland gekommen sind, weitere Anschläge passieren.⁶² Für eine generelle Entwarnung ist es noch zu früh.

62 Von diesem Personenkreis ausgeführte Anschläge mit Todesopfern gab es neben dem von Anis Amri in Berlin (Dezember 2016) in Würzburg (Regionalbahn), in Ansbach (Juli 2016) und in Hamburg (Juli 2017). Einige geplante Anschläge von Neuzuwanderern konnten seit 2016 im Vorfeld verhindert werden; Ermittlungen bzw. Strafverfahren dazu dauern teilweise noch an.

Literatur

- Abou Taam, Marwan/Dantschke, Claudia/Kreutz, Michael/Sarhan, Aladdin (2016): Anwerbep Praxis und Organisationsstruktur, in: Biene Janusz/Daase Christopher/Junk, Julian/Müller, Harald (Hrsg.): Salafismus und Dschihadismus in Deutschland: Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen. Frankfurt a. M., Campus Verlag.
- Bauknecht, Bernd Ridwan (2018): Geschichte einer Radikalisierung. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Online Ausgabe: <https://www.bpb.de/izpb/272424/geschichte-einer-radikalisierung>.
- Bickel, Markus (2013): Syrien, Iran, Hisbollah, Hamas: Bröckelt die Achse? In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online Ausgabe: <https://www.bpb.de/apuz/155117/syrien-iran-hisbollah-hamas-broeckelt-die-achse>.
- Biene Janusz/Daase Christopher/Junk, Julian/Müller, Harald (Hrsg.) (2016): Salafismus und Dschihadismus in Deutschland: Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen. Frankfurt a. M., Campus Verlag.
- Bjørge, Tore (2015): Counter-terrorism as crime prevention: a holistic approach, in: Behavioral Sciences of Terrorism Political Aggression. London, Routledge, S. 25-44.
- Bundeskriminalamt/Bundesamt für Verfassungsschutz/Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (2015): Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind - Fortschreibung 2015, o. O.
- Elger, Ralf (Hrsg.) (2018): Wahabiten. In: Kleines Islam-Lexikon. Geschichte, Alltag, Kultur. 6. Aktualisierte Auflage. München, C.H. Beck.
- El Hadad, Amr/Holtmann, Philipp/Prucha, Nico (2016): Transnationale Welten. In: Biene Janusz/Daase Christopher/Junk, Julian/Müller, Harald (Hrsg.): Salafismus und Dschihadismus in Deutschland: Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen. Frankfurt a. M., Campus Verlag.
- Hassan, Hassan (2016): The Sectarianism of the Islamic State: Ideological Roots and Political Context. Carnegie Endowment for International Peace (June 13, 2016). Quelle: <http://carnegieendowment.org/2016/06/13/sectarianism-of-islamic-state-ideological-roots-and-politicalcontext-pub-63746>.
- Hummel, Klaus (2014): Das informelle islamische Milieu: Blackbox der Radikalisierungsforschung. In: Hummel, Klaus/Logvinov, Michail (Hrsg.): Gefährliche Nähe. Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Stuttgart, ibidem Verlag.
- Kiefer, Michael/Ceylan, Rauf/Hüttermann, Jörg/Zick, Andreas/Dziri, Bacem (2017): Lasset uns in sha'a Allah einen Plan machen. Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe. Wiesbaden, Springer Fachmedien.
- Kreutz, Michael (2019): Die Muslimbruderschaft und Historische Entwicklung, beide aus BpB.
- Lohlker, Rüdiger (2016): Theologie der Gewalt. Das Beispiel IS. Wien, Facultas Verlag.
- Malthaner, Stefan/Hummel, Klaus (2012): Islamistischer Terrorismus und salafistische Milieus: Die Sauerland-Gruppe und ihr soziales Umfeld, in: Malthaner, Stefan/Waldmann, Peter (Hrsg.): Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen. Frankfurt a. M., Campus Verlag.
- Mühe, Nina/Spielhaus Riem (2018): Islamisches Gemeindeleben in Berlin. Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa. Erlangen.
- Nagel, Tilmann (2005): Islam oder Islamismus? Probleme einer Grenzziehung. In: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Der Islam. Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog. Wiesbaden, Springer Verlag, S. 19-33.
- Pfahl-Traughber, Armin (2007): Aufklärung und Kritik, Sonderheft 13: Islamismus BpB.
- Philipp, Peter (2011): Hisbollah. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36369/hisbollah>.
- Pisoiu, Daniela/Hummel, Klaus (2014): Das Konzept der Co-Radikalisierung am Beispiel des Salafismus in Deutschland, in: Hummel, Klaus/Logvinov, Michail (2014) (Hrsg.): Gefährliche Nähe. Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Stuttgart, ibidem Verlag, S. 183-198.

- Ritzmann, Alexander (2018): Stellungnahme zur Beweisaufnahme des 1. Untersuchungsausschuss der 14. Legislaturperiode (Terroranschlag Breitscheidplatz). Quelle: <https://www.bundestag.de/resource/blob/554256/bf2108fe8e72845169e7de1c23d5f05c/19-25-235-neu--data.pdf>.
- Schiffauer, Werner (2000): Die Gottesmänner – Türkische Islamisten in Deutschland. Frankfurt a. M., Suhrkamp Verlag.
- Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.) (2014): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Bielefeld, transcript Verlag, S. 187-215.
- Steinberg, Guido (2011): Taliban. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online Ausgabe: <https://www.bpb.de/internationales/asien/afghanistan/75048/taliban>.
- Verfassungsschutz Sachsen. Zur SBS und zur IGD Legalistischer Islamismus auf Expansionskurs in Sachsen - Die Sächsische Begegnungsstätte und ihre Verbindungen zur Muslimbruderschaft. Quelle: http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/SBS_Hintergrundbeitrag.pdf.
- Vidino, Lorenzo (2017): The Muslim Brotherhood in Austria, Wien. Quelle: <https://extremism.gwu.edu/sites/g/files/zaxdzs2191/f/MB%20in%20Austria-%20Print.pdf>.
- Wiedl, Nina/Becker, Carmen (2014): Populäre Prediger im deutschen Salafismus. Hassan Dabbagh, Pierre Vogel, Sven Lau und Ibrahim Abou Nagie, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.) (2014): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Bielefeld, transcript Verlag, S. 187-215.

Quellen

- AFP vom 09.01.2017: Why 5,000 Jews emigrated from France to Israel last year.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2019): Verfassungsschutzbericht 2018. Köln.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2016): Pressemitteilung: Bundesminister Dr. Thomas de Maizière verbietet größtes deutsches Sammelbecken jihadistischer Islamisten, 15.11.2016.
- Deutsche Welle vom 21.06.2017: Liberal mosque in Berlin draws criticism.
- Die Presse (Wien) vom 14.07.2016: 20 Jahre Haft für Prediger im Grazer Jihadisten-Prozess.
- Die Welt vom 02.05.2012: Solingen: Salafisten greifen bei rechter Demo Polizisten an.
- Die Welt vom 10.10.2012: Krawalle in Bonn: Mutmaßlicher Salafist gesteht Messerattacke.
- Jüdische Allgemeine, Goldberg, Leonie, vom 12.02.2015: Fehltrübe in Wuppertal. Warum ein Synagogen-Anschlag nicht antisemitisch sein soll.
- Kronen Zeitung vom 27.03.2019: Anschläge auf Züge: IS-Terrorist in Wien verhaftet.
- ntv vom 14.04.2016: Mordaufruf gegen Salafisten. Pierre Vogel steht auf der IS-Abschussliste.
- Spiegel Online vom 30.08.2010: Bürgerprotest gegen Islamschule. Als käme der Leibhaftige in die Stadt.
- Spiegel Online vom 09.10.2010: Mönchengladbach. De Maizière schaltet sich in Streit um geplante Islamschule ein.
- Spiegel Online vom 15.10.2010: Islamstreit in Mönchengladbach. De Maizière zeigt Flagge gegen Salafisten-Sekte.
- Spiegel Online vom 05.05.2012: Salafisten und Pro-NRW-Bewegung. Extrem ähnlich.
- Spiegel Online vom 19.10.2012: Messerattacke auf Polizisten. Salafist Murat K. muss für sechs Jahre in Haft.
- Spiegel Online vom 18.01.2016: Anschlag auf Synagoge in Wuppertal: Sechs Brandsätze in der Nacht.
- Spiegel Online vom 12.06.2017: Frauenrechtlerin gründet Moschee. Unsere Religion nicht den Rückständigen überlassen (Interview).
- Spiegel Online vom 02.07.2017: Dutzende Morddrohungen. Moschee-Gründerin Seyran Ateş unter verstärktem Polizeischutz.
- Spiegel Online vom 11.12.2017: Antisemitismus bei Demo in Berlin: Blanker Hass.
- Spiegel Online vom 12.12.2017: Juden zu antisemitischen Protesten: Jegliche Grenze des Akzeptablen ist überschritten.

TAZ vom 06.09.2007: Anschlagpläne: Die Ulmer Verbindung.

YouTube, Abu Dujana, Abu Dujana - Der Genusszerstörer - Der Tod. Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=6yZoYw8QdvM>.

YouTube, Abu Dujana, Abu Dujana - Die Hölle. Quelle: https://www.youtube.com/watch?v=_mTV2JKYyj8.

Bildquellen

Anschlag in Berlin (Breitscheidplatz): © picture alliance / Bernd von Jutrczenka/dpa.

Arid Uka Tatortbild: © picture alliance / dpa.

Ausrufung des Khalifat 2014 (Abu Bakr al-Baghdadi): @ picture alliance/AP Photo.

Ausbreitung des selbsternannten Kalifats (Stand 03.04.2015): @ picture-alliance/dpa-infografik. Hizbullah (Libanon): Hisbollah, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=6600630>.

Logo der Hamas: Hamas, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=7383948>.

Logo der HuT: Hizb ut-Tahrir, <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/archiv/231738/hizb-ut-tahrir-artikel/>

Logo des IGMG: IGMG (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Islamische_Gemeinschaft_Milli_Görüş.png), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>.

Logo Islamische Weltliga WML: Islamische Weltliga, https://www.mena-watch.com/wp-content/uploads/2018/01/mlw_logo.jpg.

Logo der Lies!-Kampagne: Lies! Stiftung, Plakat 2014.

Logo der Muslimbruderschaft: Muslimbruderschaft, https://suara01.files.wordpress.com/2010/01/image_thumb11.png?w=1400.

Sauerlandgruppe: Die blauen Fässer beinhalteten Chemikalien zum Bau von Bomben. @ picture alliance / ASSOCIATED PRESS.







KAPITEL 2.3

Linksextremismus

Mit Beiträgen von:

- Armin Pfahl-Traughber
- Udo Baron
- Alexander Deycke und Matthias Micus

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber

Politologin und Soziologin, Professorin an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und Lehrbeauftragte an der Universität Bonn. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Antisemitismus, Extremismus, Politische Ideengeschichte und Terrorismus. Er gibt seit 2008 das "Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung" heraus. Pfahl-Traughber gehört u. a. dem Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz an.

Dr. Udo Baron

Historiker und Politikwissenschaftler und als Referent für den Bereich Linksextremismus im Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport tätig.

Alexander Deycke

studierte Politikwissenschaft und Geschichte in Göttingen. Alexander Deycke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Bundesfachstelle Linke Militanz am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Dr. Matthias Micus

2017 bis 2019 Leiter der Bundesfachstelle Linke Militanz. Aktuell leitet er die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Linksextremismus

Armin Pfahl-Traugher

Der vorliegende Aufsatz beinhaltet eine komprimierte Darstellung und Einschätzung zum Linksextremismus in Deutschland.

Da die Bezeichnung mitunter falsch verstanden wird, soll hier zunächst eine Definition erfolgen: Linksextremismus wird aus der Perspektive der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung definiert als „Bezeichnung für alle linksterroristischen Auffassungen und Handlungen, die unter Berufung auf ein Mehr an sozialer Gleichheit die Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft negieren“.¹ Es geht also nicht nur um die Kritik am Kapitalismus und auch nicht um jede Art von Forderung nach Sozialismus. So lange Demokratie, Gewaltenteilung, Individualitätsprinzip, Menschenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit akzeptiert werden, handelt es sich um legitime Auffassungen innerhalb einer offenen Gesellschaft.

Dieser Beitrag gliedert sich in drei Teile: Zunächst geht es um die Akteurinnen und Akteure, Symbole und Inhalte des Linksextremismus, danach um die Ziele und Motive und schließlich um die Aktionen mit dem Wirken nach innen und außen.

Bei diesen Ausführungen wird in den Fußnoten immer wieder auf weiterführende Literatur hingewiesen, wobei es sich meist nur um exemplarische Informationen zum Weiterlesen handelt. Derartige Angaben dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Forschungslage zum Linksextremismus insgesamt unterentwickelt ist. Es existieren nur wenige Einführungen oder Gesamtdarstellungen, die noch dazu meist veraltet sind.² Gleiches gilt für Arbeiten zum kommunistischen Bereich des Linksextremismus, der seine Blüte in den 1970er- und 1980er-Jahren hatte. Danach beschäftigten sich nur noch wenige Forscherinnen und Forscher mit den einschlägigen Organisationen. Zum Linksterrorismus liegen hingegen zahlreiche Veröffentlichungen vor, wobei sie sich meist nur auf die „Rote Armee Fraktion“, nicht aber auf die anderen Gruppen beziehen. Auch zu den Autonomen, die es als gewaltorientierte Subkultur immerhin seit Jahrzehnten gibt, existieren nur wenige Studien. Meist stammen sie von früheren Angehörigen oder Sympathisantinnen und Sympathisanten der Szene.

Akteure, Symbole, Inhalte

Die Akteure im Linksextremismus können nach ihrer primären Handlungsform unterschieden werden, wozu organisationspolitische, parteiorientierte, subkulturelle und terroristische Varianten gehören.

Der letztgenannte Bereich ist Geschichte und bedarf daher hier keiner größeren Aufmerksamkeit. Es mögen folgende allgemeine Ausführungen genügen: Seit Ende der 1960er-Jahre entstanden unterschiedliche linksterroristische Gruppierungen, die mit Anschlägen und Attentaten auf sich aufmerksam machten. Dazu gehörten heute nahezu vergessene Gruppierungen wie die „Antiimperialistischen Zellen“, das „Sozialis-

1 Eine ausführliche Erläuterung dazu findet sich in: Pfahl-Traugher 2014a, 15-28.

2 Vgl. als ältere Gesamtdarstellungen: Langguth 1983; Moreau/Lang 1996; zudem als neuere Gesamtdarstellungen: Bergsdorf/van Hüllen 2011; Pfahl-Traugher 2014.

tische Patientenkollektiv“ oder die „Tupamaros Westberlin“, aber auch bedeutsamere, wie die „Bewegung 2. Juni“, die „Revolutionären Zellen“ oder die „Rote Armee Fraktion“. Da die hier Gemeinten seit Ende der 1990er-Jahre nicht mehr bestehen, kann auch für die Gegenwart nicht von einem existenten Linksterrorismus die Rede sein (auch wenn manche der damaligen Gruppenmitglieder weiterhin frei und unerkannt sind).



ANTIIMPERIALISTISCHE ZELLEN³

Linke terroristische Gruppe in Deutschland, welche in den 1990er-Jahren aktiv war und sich selbst als Nachfolger der RAF sah. Insgesamt bestand die Gruppe personell nur aus zwei Aktivisten; einer war Bernhard Falk, der während seiner Haftzeit zum Islam konvertierte und Salafist wurde.

SOZIALISTISCHES PATIENTENKOLLEKTIV⁴

Ziel des 1970 gegründeten linksterroristischen „Sozialistischen Patientenkollektiv“ war die Überzeugung, dass psychische Erkrankungen durch die kapitalistische Gesellschaft bedingt seien.

TUPAMAROS WESTBERLIN⁵

Eine in den späten 1960er-Jahren kurzzeitig aktive linksterroristische Gruppe, welche in ihrem Wirken Aktionsformen der lateinamerikanischen Stadtguerilla aufgriff.

BEWEGUNG 2. JUNI⁶

Der Name der linksterroristischen Gruppe bezieht sich auf den Todestag von Benno Ohnesorg. Am 2. Juni 1967 fand eine Demonstration gegen den persischen Shah Reza Pahlevi in Berlin statt. Während der Demonstration wurde der Student Benno Ohnesorg durch einen Polizeibeamten erschossen. Nach diversen Anschlägen, die sich an Praktiken der RAF orientierten, löste sich die Gruppierung 1980 auf.



REVOLUTIONÄRE ZELLEN⁷

Eigenständige linksterroristische Kleingruppen, die zwischen den 1970er- und 1990er-Jahren aktiv war. Spezifische Merkmale bei der Vorgehensweise und der Organisationsform: Die Aktivisten lebten nicht im Untergrund, dafür in einer bürgerlichen Scheinwelt. Sie galten als „Feierabendterroristen“, da sie vor oder nach ihrer beruflichen Tätigkeit die Anschläge planten. Die kleineren Gruppen „Zellen“ waren in unterschiedlichen Orten in der Bundesrepublik Deutschland netzwerkartig verbunden und fungierten ohne zentrale Steuerung.

ROTE ARMEE FRAKTION^{8,9}

1970 gegründete linksterroristische Vereinigung, welche bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1998 34 Morde sowie zahlreiche Sprengstoffattentate und Banküberfälle in Deutschland beging. Selbsterklärtes Ziel war es, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen. Der sogenannte „Deutsche Herbst“ bezeichnet den Höhepunkt ihres Terrorismus im Jahr 1977.



3 Dietel/Hirschmann/Tophoven 2006.

4 Pfahl-Traughber 2014a, 168-170.

5 Ebd., 167-168.

6 Ebd., 170-171.

7 Dietel/Hirschmann/Tophoven 2006; Pfahl-Traughber 2014a, 173-176.

8 Ebd., 153-165.

9 Siemens 2007.

Beim Blick auf den gegenwärtigen Linksextremismus sollen zunächst die parteiorientierten Varianten im Zentrum stehen: Dazu gehört die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)¹⁰, die mit 2.850¹¹ Mitgliedern die größte linksextremistische Partei ist. Ihr Logo enthält einen Hammer und eine Sichel, womit sie auch symbolisch dem klassischen Kommunismus marxistisch-leninistischer Prägung zugeordnet werden kann. Die 1968 gegründete DKP verstand sich auch immer als „Partei der revolutionären Arbeiterklasse“ und verfügte in den 1970er- und 1980er-Jahren bis zu 40.000 Mitglieder. Da sie sich nicht nur auf die DDR als politisches Vorbild bezog, sondern aus dieser auch maßgeblich finanziell unterstützt wurde, verlor die Partei nach 1990 nicht nur einen Großteil ihrer Mitglieder, sondern auch ihre Perspektive für die Zukunft. Dennoch sind die Anhängerinnen und Anhänger der stark überalterten DKP nach wie vor bei vielen linken Demonstrationen mit kapitalismuskritischer Orientierung präsent und verstehen sich als Teil einschlägiger Protestbewegungen.

Als zweitgrößte linksextremistische Partei kann die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)¹² gelten. Sie entstand 1982 aus den maoistisch geprägten „K-Gruppen“ heraus, weist dementsprechend eine maoistische, aber auch eine stalinistische¹³ Prägung auf und hat rund 1.800 Mitglieder. Gegenüber anderen marxistisch oder sozialis-



DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI¹⁴

Die DKP ist eine Nachfolgepartei der 1956 verbotenen KPD (Kommunistische Partei Deutschlands). 1968 wurde sie neugegründet. Inhaltlich und personell erfolgten Übernahmen aus der KPD in die DKP. Die DKP ist eine kommunistische Kleinpartei mit marxistisch-leninistischen Ideologien. In den 1970er- und 1980er-Jahren war sie eine der mitgliederstärksten extremistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. In der Vergangenheit erfolgten Steuerungen durch die DDR. In dieser Form war die DKP ein abhängiger Interventionsapparat der SED. Mit der Wiedervereinigung verband sich auch ein Niedergangsprozess der Partei, trotz gesunkener Mitgliederzahlen bewegt sich die DKP weiterhin in linken Protestbewegungen.



MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)¹⁵

Die Partei wurde 1982 gegründet und beansprucht, den "wahren Sozialismus" zu vertreten. Dabei weist sie eine pro-maoistische und pro-stalinistische Ausrichtung auf, was mit ihrer Isolation sowohl allgemein in der politischen Linken wie im sonstigen Linksextremismus erklärt. Der MLPD werden um die 2.000 Mitglieder zugerechnet.



K-GRUPPEN¹⁶

Sammelbezeichnung für marxistisch-leninistisch und maoistisch geprägte Gruppen und Parteien der 1970er, welche zum Teil aus der damals zerfallenden 68er-Bewegung und der „Neuen Linken“ hervorgingen. Die Mitglieder engagierten sich nach dem Zerfall in verschiedenen Übergangsorganisationen bspw. der grün-alternativen Bewegung (Anti-Atomkraft-Bewegung).

10 Vgl. u. a. Fülberth 1990; Hirscher/Pfahl-Traughber 2008.

11 Alle Angaben zu Anhängern oder Mitgliedern linksextremistischer Personenzusammenschlüsse stammen aus den Verfassungsschutzberichten und beziehen sich auf den Stand Ende 2017. Mit guten Gründen kann man ihnen kritisch gegenüberstehen, zumal es sich mitunter nur um allgemeine Schätzungen handelt. Es gibt aber keine andere Datengrundlage dafür.

12 Vgl. u. a. van Hüllen 2007; Müller-Enbergs 2008.

13 Drechseler/Hilligen/Neumann 2003, 627-628 (Maoismus), 937-939 (Stalinismus).

14 Pfahl-Traughber 2014b.

15 Langguth 1983; Pfahl-Traughber 2013a.

16 Langguth 1983, 124-125.

tisch ausgerichteten Organisationen beharrt die MLPD darauf, den „wahren Sozialismus“ zu vertreten. Auch sie nutzt in ihrem Logo Hammer und Sichel als Symbole, sieht aber in der DKP Repräsentanten eines verwerflichen „Revisionismus“, der mit einer Abweichung von einer maoistisch-stalinistischen Orientierung des Sozialismus einhergehe. Daher ist die MLPD in der gesamten politischen Linken und dem linksextremistischen Spektrum isoliert. Auffällig an der Partei sind noch zwei Sachverhalte: Sie verfügt angesichts von Spenden über erhebliche finanzielle Mittel, und die Führung der Partei sowie der ihr nahestehenden Organisationen besteht meist aus den Angehörigen nur einer Familie.

Als Exkurs sei hier noch auf die frühere „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) und jetzige Partei „Die Linke“¹⁷ hingewiesen. Da sie 1989 aus der diktatorisch regierenden „Sozialistischen Einheitspartei“ (SED) der DDR hervorging, waren ihr von daher auch immer linksextremistische Prägungen eigen. Seitdem lässt sich über die Jahrzehnte indessen ein Mäßigungsprozess feststellen, welcher zu einer Neueinschätzung der Partei führte. Man kann sie gegenwärtig nicht mehr dem Linksextremismus zuschreiben. Dennoch gibt es weiterhin linksextremistische Strukturen, über die einzelne Funktions- und Mandatsträgerinnen und -träger auch Einfluss auf die Gesamtpartei ausüben. Eine Abgrenzung oder Kritik an ihnen aufgrund dieser Orientierung erfolgt durch die Parteiführung nicht. Genannt werden können hier die „Antikapitalistische Linke“, die „Arbeitsgemeinschaft Cuba Si“, der „Geraer Sozialistischer Dialog“¹⁸, die „Kommunistische Plattform“, das „Marxistische Forum“ oder die „Sozialistische Linke“.

Die „marx21“ und die „Sozialistische Alternative“ (SAV) sind zwei Beispiele für den organisationspolitischen Linksextremismus, wobei hier die Besonderheit in einer trotzkistischen Orientierung¹⁹ besteht. Beide zählen zu über 20 einschlägig ausgerichteten Organisationen und sind dort mit jeweils rund 300 Mitgliedern die größten Zusammenschlüsse. Der „Entrismus“ gehört zu ihrer grundlegenden Strategie: Gemeint ist damit das offene oder verdeckte Eintreten in andere, meist linke Organisationen, um dort als engagierte und geschlossene Minderheit größeren Einfluss zu erlangen. Mit dieser Absicht traten die Mitglieder beider Organisationen auch der Partei „Die Linke“ bei. In ihr konnten Angehörige von „marx21“ durchaus hohe Funktionen als Mandatsträgerinnen und -träger oder Posten in der Partei einnehmen, was den Mitgliedern der SAV allerdings nicht gelang. Beide Gruppen bzw. Organisationen werden in der Partei „Die Linke“ geduldet und können dort ihren politischen Einfluss entfalten.

Im Bereich des organisationspolitischen Linksextremismus ist die „Rote Hilfe“¹⁹ von besonderer Bedeutung, was an der relativ hohen Mitgliederzahl von 9.200 ablesbar ist. Die 1975 neu gegründete Organisation (es gab einen an der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ orientierten Vorläufer in der Weimarer Republik) gibt sich als soziales Hilfswerk, das angeblich Personen unterstützen will, die aus politischen Gründen verfolgt werden. Dazu gehören auch Gewalttäterinnen und Gewalttäter. Immer wieder wird auf angebliches Fehlverhalten seitens der Justizbehörden und der Polizei verwiesen, gelten sie doch als Akteure eines verachteten staatlichen Repressionsapparates. Es geht dabei aber häufig nicht um ein selbstloses bürgerrechtliches Engagement, denn bei einer Kooperation von Verhafteten mit der Polizei erlischt mitunter die Unterstützung. Dadurch zeigt sich ganz offen die Ablehnung gegenüber Institutionen des Rechtsstaates. Diese Ausrichtung ist manchen linken



Rote Hilfe e. V.

17 Vgl. u. a. Pfahl-Traugbber 2013b; Pfahl-Traugbber 2014a, 111-124.

18 Vgl. u. a. Brandt 2017, 69-95; van Hüllen 2014.

19 Vgl. u. a. Blank 2019; Pfahl-Traugbber 2014a, 131f.

**GEGENSTANDPUNKT²⁰**

1992 gründeten die ehemaligen Ideologen der „Marxistischen Gruppe“ ein neues Publikationsorgan, eine Vierteljahrszeitschrift unter der Bezeichnung „GegenStandpunkt“. Die Marxistische Gruppe fand sich daher als „GegenStandpunkt“ in anderer Organisationsform zusammen.

GEGENSTANDPUNKT

Cover Zeitschrift

Demokratinnen und Demokraten, die Mitglieder der Organisation sind, nicht richtig klar.

Die Gruppe „GegenStandpunkt“ gehört ebenfalls zum organisationspolitischen Linksextremismus. Dabei handelt es sich um die Fortsetzung der „Marxistischen Gruppe“,²¹ die 1980 an verschiedenen Universitäten entstand. Deren Aktivistinnen und Aktivisten traten mit aggressiver und destruktiver Kritik auf, störten Seminare und Vorlesungen und warben über

Publikationsorgane und Veranstaltungen für ihre Vorstellungen. Das elitäre Gehabe und der starke Zynismus führten hingegen zur Isolation. Auffällig ist das Bemühen, Anhängerinnen und Anhänger in Schaltstellen von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu etablieren. Nachdem diese Aktivitäten Anfang der 1990er-Jahre öffentlich bekannt wurden, löste man sich auf. Bereits 1992 entstand jedoch mit der Gruppe „GegenStandpunkt“ eine informelle Nachfolgeorganisation um eine gleichnamige Zeitschrift. Ihr werden derzeit 3.000 Personen zugerechnet, welche insbesondere an Universitäten aktiv sind.

**ANTIKAPITALISTISCHE LINKE²²**

Die „Antikapitalistische Linke“ ist eine 2006 gegründete politische Strömung innerhalb der Partei „Die Linke“.

ARBEITSGEMEINSCHAFT CUBA SI²³

Arbeitsgemeinschaft der Partei „Die Linke“, welche sich mit dem sozialistischen Kuba solidarisiert. Ziel ist die materielle und politische Solidarität mit dem kubanischen Regime.

GERAER/SOZIALISTISCHER DIALOG²⁴

Ein 2002 gegründeter Zusammenschluss der Arbeits- und Interessensgemeinschaft innerhalb der Partei „Die Linke“, die ohne bundesweite Anerkennung (Kriterien der Bundessatzung) agieren. Ihr Ziel ist es, einen gesellschaftlichen Sozialismus zu entwickeln. Sie streben nach Stärkung und Verbreitung der marxistisch-sozialistischen Positionen innerhalb der Partei.

MARXISTISCHES FORUM²⁵

Das 1995 gegründete „Marxistische Forum“ ist eine Arbeits- und Interessengemeinschaft, jedoch ohne offiziellen bundesweiten Zusammenschluss. Deren Aktivistinnen sind in der Partei „Die Linke“ und anderen linken Strukturen organisiert.

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM(KPF)²⁶

Die KPF ist eine offen tätige Vereinigung innerhalb der Partei „Die Linke“, die sich besonders in den Aktionsfeldern Antifaschismus und Antirassismus einsetzt und dafür, dass kommunistische Positionen in der Partei „Die Linke“ bestehen bleiben.

20 Pfahl-Traughber 2014a, 126f.

21 Vgl. u. a. Bundesministerium des Innern 1995; Fraude 2003.

22 Backes 2017; Decker 2018.

23 Pfahl-Traughber 2014a, 117–118.

24 Die Linke; Verfassungsschutzbericht 2017, 159.

25 Marxistisches Forum; Verfassungsschutzbericht 2017, 158.

26 Die Linke; Jesse 2011, 83–98.

**SOZIALISTISCHE LINKE²⁷**

Ziel der 2006 gegründeten Strömung in der Partei „Die Linke“ sind sozialistische Alternativen zu fördern. Den Anknüpfungspunkt bilden links gerichtete sozialpolitische Prägungen und reformkommunistische Traditionen. Über die DDR wird ein positives Bild vermittelt.

MARX21²⁸

„marx21“ ist ein 2007 gegründetes Netzwerk mit trotzkistischen Prägungen. Vormalig war es unter den Namen „Linksruck“ bekannt. Themen- und Aktionsfelder von „marx21“ sind Antimperialismus, Antimilitarismus und Antiglobalisierung.

marx21**SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN²⁹**

Die 1994 gegründete „Sozialistische Alternative“, genannt SAV, bildet die deutsche Sektion des „Committee for a Workers' International“ mit Sitz in London.

**MARXISTISCHE GRUPPE³⁰**

Die „Marxistische Gruppe“ entstand 1980 durch vormalig linksextremistische Studentengruppen und wurde Anfang der 1990er-Jahre aufgelöst. Grundpositionen der Marxistischen Gruppe sind Marx' ökonomisches Hauptwerk „Das Kapital“. Die MG engagiert sich für die Ablehnung und Bekämpfung des Kapitalismus und die Destruktion des Staates.

Neben dem parteiorientierten und organisationspolitischen gibt es auch einen subkulturellen Linksextremismus, womit insbesondere die sogenannten Autonomen³¹ als Bewegung von Kleingruppen gemeint sind. Ein genaues Gründungsjahr kann für sie nicht angegeben werden, was eben mit der besonderen Organisationsform zusammenhängt. Grob lässt sich sagen, dass die heutigen Autonomen Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre aus der damaligen Subkultur der „Spontis“ entstanden. Diese lehnten die Ausrichtung an starren Ideologien und festen Strukturen ab und strebten eine Alternative zu den kritisierten Einstellungen der „bürgerlichen“ Gesellschaft an. Nachdem die Bewegung der Spontis im Laufe der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre immer mehr zerfiel, gingen ihre unterschiedlichen Gruppierungen verschiedene Wege. Die einen engagierten sich fortan stärker in der gerade neu gegründeten Partei „Die Grünen“, die anderen fanden sich bald in der neuen Subkultur der Autonomen mit einer linksextremistischen Orientierung wieder.

**SPONTIS³²**

Bewegung, die in den 1970er-Jahren vor allem in der studentischen Jugend viele Anhänger fand. Statt an fester Ideologie und Organisationen orientierte man sich an individuellen Gefühlen und losen Personenzusammenschlüssen. In beiderlei Hinsicht waren die „Spontis“ diesbezüglich Vorläufer der Autonomen.

Die Bezeichnung „Autonome“ ist bereits vielsagend hinsichtlich des Selbstverständnisses. Über die Herkunft kursieren unterschiedliche Versionen, besonders wichtig scheint aber die eigentliche Wortbedeutung zu sein. „Autonom“ steht für „eigenständig“ und „unabhängig“ – und genau das beanspruchten bzw. beanspruchen die handelnden Protagonistinnen und

27 Backes 2017, 119–135; Verfassungsschutzbericht 2017, 155.

28 Brandt 2017, 69–95; Verfassungsschutzbericht 2017.

29 Brandt 2017, 69–95; van Hüllen 2014.

30 Pfahl-Traughber 2014a, 125f.

31 Vgl. u. a. Haunss 2004; Pfahl-Traughber 2017.

32 Pfahl-Traughber 2014a, 139f.

Protagonisten für sich. Man will nicht in Abhängigkeit von einer Struktur stehen, man will kein Bestandteil einer Partei sein. Deren Denkweisen und Organisationsverständnisse werden aufgrund von Hierarchie und Zentralismus abgelehnt. Aus diesem Grund standen die Autonomen von Anfang an in einem Konfliktverhältnis zu linksextremistischen Parteien wie der autoritär und straff organisierten DKP und der MLPD. Gegenüber deren „autoritärem“ Gebilde will man die (freiheitlich) „libertäre“ Linke wiederbeleben. Die Autonomen lehnen nach dem Motto „Keine Macht für niemand“ festere Organisationsformen ab und sehen in internen Machtstrukturen eine erhebliche Gefahr für ihr Selbstverständnis (ausführlich im Beitrag von Deycke und Micus in diesem Kapitel).

In den folgenden Jahrzehnten beteiligten sich Autonome häufig an Aktionen der unterschiedlichen Protestbewegungen, die z. B. gegen die Gentrifizierung, die Globalisierung³³ oder den Rechtsextremismus gerichtet waren. Dabei handelte es sich häufig um Anliegen, die für sich allein genommen nichts mit Linksextremismus zu tun hatten. Gleichwohl sahen die Angehörigen dieses politischen Lagers dort auch Möglichkeiten für ihr Engagement in breiteren gesellschaftlichen Kontexten und traten bei solchen Aktionen oftmals eher gewaltgeneigt auf. Bei Demonstrationen kommt es häufig zu Eskalationen in der Auseinandersetzung mit der Polizei. Gerade dies sieht die autonome Szene nicht selten als Erfolgserlebnis an, kann doch so die Frontstellung gegen die Polizei bzw. den Staat umso mehr verdeutlicht werden. Gleichzeitig diskreditieren die Autonomen so die mehrheitlich demokratischen und friedlichen Protestbewegungen: Die Medienberichterstattung über die gewalttätigen Ausschreitungen überschattet oft die Berichte über die eigentlichen Motive und Anliegen. Es fehlt aber in den Bewegungen auch an nötiger Distanz. Die Anwesenheit von Autonomen bei einer Demonstration birgt meist die Gefahr der Gewalteskalation. Hier könnte durch entsprechende Klarstellung schon von vornherein eine Abgrenzung vorgenommen werden.

Aussagen über die soziale Zusammensetzung der Autonomen-Szene können kaum gemacht werden, denn es fehlt an der notwendigen sozialwissenschaftlichen Forschung. Darüber hinaus schottet man sich gegenüber Einblicken in das Innenleben auch gern ab. Insofern können nur sehr allgemeine Erkenntnisse formuliert werden: Der Großteil der Autonomen dürfte zwischen 15 und 30 Jahren alt sein, wobei es auch Alt-Autonome mit über 60 Jahren gibt. Häufig weisen die Aktivistinnen und Aktivistinnen eine höhere Bildung auf und haben das Gymnasium besucht oder ein Studium begonnen. Sie arbeiten in sozialen Bereichen oder leben von Sozialhilfe. Aber auch hier fehlt die Datengrundlage, um genauere Informationen geben zu können. Als Angehörige einer Subkultur sind Autonome an szenetypischer Kleidung erkennbar, wofür insbesondere die schwarze Farbe von festeren Hosen und Jacken gehört. Autonome kleiden sich gelegentlich aber auch „normal“ wie andere Jugendliche. Gern führt man auf Demonstrationen eigene Flaggen mit dem Anarchismus-A mit.

Bezogen auf die Anzahl der Autonomen muss zunächst gesagt werden, dass es überaus schwierig ist, hier verlässliche Zahlen zu nennen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Bei den Autonomen kann man nicht formal Mitglied werden, insofern gibt es auch keine entsprechenden Registrierungen. Man ist dadurch ein Autonomer, dass man der Szene angehört. Die Beteiligung an Demonstrationen macht dies ebenso deutlich wie das Engagement in Projekten. Es gibt jedoch keinen exakten Gradmesser dafür, ab wann man von einer eindeu-

³³ „Gentrifizierung“ meint die Umstrukturierung von Wohngebieten insbesondere in Großstädten, welche zu einem starken Anstieg von Mieten und damit zum Wegzug von Bewohnern mit geringem Einkommen führt. „Globalisierung“ steht für eine weltweite Wirtschaftspolitik, die auf eine freie Marktwirtschaft mit der Folge von wachsender sozialer Ungleichheit sowohl in den Entwicklungsländern wie in den Industriestaaten setzt.

tigen Zugehörigkeit sprechen kann. Hinzu kommt, dass sich Jugendliche mit gesellschaftskritischer Orientierung in deren sozialem Umfeld bewegen. Inwieweit sie dabei auch die eher diffuse Ideologie der Autonomen angenommen haben, lässt sich nur schwer sagen. Insgesamt kann man hinsichtlich des Personenpotenzials daher nur auf die Schätzungen der Sicherheitsbehörden verweisen. Sie gehen von 7.400 Personen mit steigender Tendenz (2017: 7.000, 2016: 6.800) aus.

Diese Art der Organisationsform, die von lockeren Personenzusammenschlüssen ohne einheitliche Struktur geprägt ist, löste intern immer wieder heftige Kontroversen aus. Der Ausgangspunkt dieser Kontroversen war die Einsicht, dass die Kontinuität politischen Engagements eben nur bei einem verbindlichen Miteinander möglich ist. Dies würde aber eine festere Organisationsform bedeuten, was die Gefahr einer Machtbildung an der Spitze der Organisation mit sich bringen würde. Als Folge dieser Kontroversen entstand das Phänomen der „Postautonomen“.³⁴ Gemeint sind damit frühere Autonome, die sich stärker organisieren wollen. Damit brechen sie in der Organisationsfrage aber mit einem maßgeblichen Grundprinzip. Als bedeutsame Beispiele dafür können das 2005 entstandene Netzwerk „Interventionistische Linke“ mit ca. 1.000 Anhängern und das 2006 gegründete „...ums Ganze!“-Bündnis mit rund 330 Anhängern gelten. Während man im ersten Fall auch Bündnispolitik mit nicht-linksextremistischen Personen anstrebt, definiert man sich im zweiten Fall entschieden als „kommunistisches Bündnis“ (Ausführlich im Beitrag von Baron in diesem Kapitel).



INTERVENTIONISTISCHE LINKE³⁵

Die IL ist ein bundesweites Netzwerk mit dem Schwerpunkt Antikapitalismus, welches 2005 gegründet wurde, um autonome Gruppierungen unterschiedlicher ideologischer Prägung besser zu organisieren.

...UMS GANZE! – KOMMUNISTISCHES BÜNDNIS³⁶

Das Bündnis „...ums Ganze!“ (uG) wurde 2006 gegründet und agiert bundesweit. Es gehört zu den führenden postautonomen Gruppen und umfasst mehrere kleine, lokale autonomen Szenen.

Ziele und Motive

Bei der Bezeichnung „Linksextremismus“ handelt es sich um einen Sammelbegriff, d. h. darunter werden durchaus unterschiedliche politische Phänomene zusammengefasst. Deren Gemeinsamkeit besteht darin, dass sie den demokratischen Verfassungsstaat durch eine „herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft“ ersetzen wollen. Es bestehen aber Differenzen hinsichtlich der Art und Weise, zum Ziel zu kommen. Hier lassen sich zwei ideologische „Großfamilien“ unterscheiden: die anarchistischen und die kommunistischen Strömungen.

Die Erstgenannten wollen nach einer Revolution den „bürgerlichen Staat“ zerschlagen und ihn ohne eine Zwischenetappe durch eine Gesellschaft ohne Staat ersetzen. Demgegenüber wollen die kommunistischen Parteien nach einer Revolution zunächst einen sozialistischen Staat mit diktatorischen Kompetenzen etablieren, der die Gesellschaft reif für den Kommunismus ohne Herrschaft machen soll. Diese beiden Arten des Linksextremis-

³⁴ Vgl. Baron 2016; ansonsten hat sich die Extremismusforschung noch nicht mit diesem Phänomen beschäftigt.

³⁵ Pfahl-Traughber 2014a, 136f.

³⁶ Baron 2017.



POLITIK DER 1. PERSON³⁷

Bei der Politik der ersten Person geht es um die Politisierung des „Privaten“ bzw. des „Persönlichen“ und somit die Ablehnung einer Trennung von „Öffentlichem“ und „Privatem“. Die Politik der ersten Person hatte einen großen Einfluss auf die vielen neuen sozialen Bewegungen, unter anderem in der linken Bewegung. Auf einer zweiten Ebene kennzeichnet die Politik der 1. Person den Anspruch, nur für sich zu sprechen und somit die Ablehnung jedes Stellvertreteranspruchs.

mus lassen sich in weitere ideologische Richtungen³⁸ unterteilen: Im anarchistischen Umfeld können Autonome sowie traditionelle Repräsentantinnen und Repräsentanten ausgemacht werden. Die Autonomen propagieren einen „diffusen Anarchismus“ und eine „Politik der 1. Person“, wobei ein hedonistischer Individualismus mit geringerem Theorieinteresse einhergeht. Demgegenüber beschäftigten sich die traditionellen anarchistischen Personenkreise stärker mit den Ideen der ideologischen Klassiker aus dem 19. Jahrhundert.

Die Kommunistinnen und Kommunisten berufen sich stattdessen auf Marx, wobei auch meist Lenin als zweites Vorbild hinzukommt. Dann differenzieren sich die Richtungen aber immer weiter aus: Es gibt marxistisch-leninistische Gruppen, die sich auch noch auf Mao, Stalin oder Trotzki berufen. Dies geschieht häufig genug in einem konkurrierenden Sinne, was mitunter absonderliche Züge annimmt. Ein Beispiel dafür sind die Anhänger des Trotzismus: Jede der über 20 bestehenden Gruppen geht davon aus, dass die anderen Gruppen die ideologischen und strategischen Lehren von Trotzki falsch interpretieren.

Betrachtet man die vorgenannten Gruppierungen, so lassen sich folgende Zuordnungen vornehmen: Die DKP kann dem Marxismus-Leninismus zugerechnet werden. Die MLPD tendiert zum Marxismus-Leninismus in seiner maoistisch-stalinistischen Spielart. Ebenfalls auf Marx und Lenin berufen sich die unterschiedlichen trotzkistischen Gruppierungen, die dann aber im Namensgeber ihrer Richtung noch ein besonderes Vorbild sehen.

Diesen Bestandteilen des Linksextremismus ist durchaus klar, dass die Massen nicht an ihrer Seite stehen und eine Revolution allenfalls in weiter Zukunft erfolgen würde. Daher halten sie die Gegenwart für eine nicht-revolutionäre Situation und versuchen lediglich, die eigenen Organisationsstrukturen zu stärken. Dies geschieht einerseits durch Mitgliedererwerb, andererseits durch Protestengagement. Dabei greifen die Beteiligten angebliche oder tatsächliche politische und soziale Probleme auf, um so die Zahl ihrer Mitglieder zu vergrößern und in der Öffentlichkeit mit Sympathiewerten zu punkten. Ein wichtiges Ziel ist dabei, Bündnisse mit linken Demokratinnen und Demokraten einzugehen.

Die traditionalistischen Anarchistinnen und Anarchisten orientieren sich demgegenüber an den eigenen Klassikern, die für die Gegenwart über Nachdrucke neu interpretiert werden sollen. Es handelt sich hierbei aber bei den Anarchisten um eine Minderheit, denn die Mehrheit wird durch die Autonomen gebildet. Diese benennen kein genaues Ziel, sieht man einmal von der Forderung nach mehr Selbstbestimmung ohne Staat ab. Eher hat man es mit einem Lebensgefühl zu tun, wenn von der „Politik der 1. Person“ die Rede ist. Den Autonomen geht es konkret um die Ausweitung von „Freiräumen“, wie eigene Häuser und Kulturzentren. Dort, so die Annahme, will man das Leben einer besseren Zukunftsgesellschaft vorleben. Da es sich hierbei häufig um besetzte Häuser handelt, werden diese bei einer polizeilichen Räumung auch besonders entschieden „verteidigt“. Aus einem solchen Ansatz zu „Freiräumen“ ergibt sich dennoch keine längerfristig angelegte politische Zielsetzung.

³⁷ Haunss 2008, 447–474.

³⁸ Vgl. Pfahl-Traughber 2014a, 29–68.

Den linken Extremisten geht es hauptsächlich um den Gewinn an Einfluss, und zwar innerhalb der gesamten Gesellschaft. Gelänge das nicht, so würden sie in einer politischen Isolation vor sich hin „vegetieren“. Mit der Forderung nach einer sozialistischen Diktatur oder der Zerschlagung des bestehenden Staates findet man keine breitere Akzeptanz in der Gesamtgesellschaft oder auch nur in relevanten Teilbereichen. Daher greifen linksextremistische Gruppen gerne bestimmte Problemfelder auf, die in einer offenen Gesellschaft politische Proteste motivieren. Diese können eingebaute und auch tatsächliche Gefahren oder Widersprüche sein. Entscheidend ist dabei, dass die Kritik nach außen als legitim gilt und die linksextremistischen Hintergründe nicht thematisiert werden. Dies geschieht dadurch, dass sowohl linke Demokratinnen und Demokraten als auch linksextremistische Gruppierungen die gleichen politischen Phänomene ablehnen. Für diese politischen Frontstellungen können meist gute Gründe genannt werden; sie sind in der Regel nicht grundsätzlich linksextremistisch.

Mit Beispielen von einigen Handlungsfeldern³⁹ soll dies hier verdeutlicht werden. Besondere Beachtung verdient der „Antifaschismus“, womit scheinbar die Ablehnung des Rechtsextremismus gemeint ist. Diesen zu bekämpfen ist eine demokratische Grundposition. Dennoch nutzen Linksextremistinnen und Linksextremisten das Themenfeld in ihrem Sinne. Dies geschieht insbesondere durch Bündnispolitik: Sie beteiligen sich an Protesten gegen rechtsextremistische Personengruppen und versuchen so, auch mit Nicht-Linksextremistinnen und -extremisten zu kooperieren. Die Autonomen erscheinen dabei häufig nur als kritische Jugendliche, die ein wenig über die Stränge schlagen, aber eigentlich das Richtige wollen. Deren problematische Dimension bleibt außen vor, immerhin gehe es doch gemeinsam gegen Rechtsextremismus. Hierbei findet dann keine Beachtung mehr, dass der linksextremistische Personenkreis ebenfalls die Überwindung des demokratischen Verfassungsstaates, wenn auch mit anderer Zielsetzung, anstrebt.

Ähnlich verhält es sich mit der „Antigentrifizierung“ oder der „Antiglobalisierung“: Im erstgenannten Fall geht es um die Folgen, die in Großstädten mit der Umstrukturierung bestimmter Wohngebiete verbunden sind. Diese führt zum Anstieg von Mieten, viele Bewohnerinnen und Bewohner können sie sich nicht mehr leisten und sehen sich zum Wegziehen genötigt. Es handelt sich demnach um ein reales soziales Problem, das wiederum insbesondere von Autonomen in Form von Gewalthandlungen aufgegriffen wird. Hierzu gehört auch das „Abfackeln“ von angeblichen Luxusfahrzeugen in den jeweiligen Stadtteilen (woran sich aber auch viele weniger politisch engagierte Täterinnen und Täter beteiligten). Auch bei der „Antiglobalisierung“ geht es um reale politische Probleme, da die Globalisierung für Entwicklungsländer die negativen Folgen freier Marktpolitik mit sich bringt. Dagegen protestieren regelmäßig Aktive, die demokratisch und friedlich vorgehen. Häufig genug nutzen aber Autonome solche Demonstrationen, um mit Gewalttaten auf sich aufmerksam zu machen.

Bei diesen Handlungen können unterschiedliche Motive ausgemacht werden: Dazu gehört auch die mentale Dimension von Gewalt, wird doch in derartigen Handlungen ein emotionaler Reiz gesehen. Als Akt der Befreiung gilt dann ein Steinwurf, der eine Polizeibeamtin, einen Polizeibeamten oder jemanden aus dem Rechtsextremismus treffen soll. Gerade aus der Autonomen-Szene gibt es immer wieder Beschreibungen, welche die Auseinandersetzungen mit den Sicherheitsbehörden wie ein abenteuerliches Spiel erscheinen lassen. Diese Dimension darf bei allen politischen Hintergründen nicht ignoriert werden. Man sucht

³⁹ Vgl. Pfahl-Traughber 2011, 163-182; Pfahl-Traughber 2014a, 181-194.

sich eben bestimmte Angriffsobjekte aus, welche zur ideologischen Orientierung passen. Insofern kommen beide Dimensionen, die mentale und die politische, in ihrem Wechselverhältnis zusammen. Dies gilt es ausdrücklich zu betonen, da immer wieder in der Debatte die eine Dimension einseitig gegenüber der anderen Dimension in ihrer Relevanz hervorgehoben wird.



Bild mit Transparent der Antideutschen
(Nie wieder Deutschland)

Abschließend soll noch auf einen Konflikt im Linksextremismus hingewiesen werden: Es geht um die Einstellung zu Israel und dem Nahost-Konflikt. Bereits seit Anfang der 1950er-Jahre lässt sich in diesem politischen Lager eine proarabische bzw. propalästinensische Prägung feststellen. Sie ergab sich dadurch, dass Israel vom Westen unterstützt und daher dem „imperialistischen Lager“ zugeordnet wurde. Anfang der 1990er-Jahre entstanden die „Antideutschen“⁴⁰ im Linksextremismus, die sich gegen den „deutschen Nationalismus“ und für dessen Opfer positionieren wollten. Zu letzteren zählte man die Juden und damit Israel. Insofern nahmen die „Antideutschen“

eine proisraelische Einstellung an und diffamierten proarabische linksextremistische Personen mitunter gar als antisemitisch. Dieser Konflikt, der aber seinen Höhepunkt schon überschritten hat, lähmte das gemeinte politische Lager. Diese Erklärung war wichtig, da man durchaus linke Extremistinnen und Extremisten mit Israel-Flaggen antreffen kann.



IDEOLOGISCHE ORIENTIERUNGEN

Die (revolutionären) Marxisten streben nach der Etablierung einer sozialistischen Diktatur eine herrschafts- und klassenlose Gesellschaft als Endziel an. Sie lassen sich danach unterscheiden, auf welche „Klassiker“ sie sich jeweils noch stützen, also nicht nur auf Marx und Engels, sondern auch auf Lenin oder auf Mao, Stalin oder Trotzki.

MARXISTISCH-LENINISTISCH⁴²

Diese Prägung bezeichnet die offizielle Staatsideologie der DDR oder der Sowjetunion. Er entwickelte sich aus den Dogmen des Marxismus und Leninismus mit vorgeblich wissenschaftlichem Anspruch weiter.

MAOISTISCH-STALINISTISCH⁴³

- **Maoismus:** Von Mao Zedong gegründete chinesische, revolutionäre und kommunistische Bewegung, die sich auf die Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie von Marx und Lenin bezieht.
- **Stalinismus:** Stalinismus bezeichnet die theoretische und praktische Weiterentwicklung des Marxismus anhand von autoritär-bürokratischen Methoden im totalitären Sinne.

TROTZKISTISCH⁴⁴

Eine auf Leo Trotzki zurückgehende politische Richtung, deren Basis die Theorie einer permanenten, sozialistischen und weltweiten Revolution unter Führung von Arbeiterräten ist. Sie verstehen sich als Leninisten und lehnen den Stalinismus ab.

40 Vgl. u. a. Bigalke 2004; Hanloser 2004.

41 Drechseler/Hilligen/Neumann 2003, 632-633.

42 Ebd., 627-628 (Maoismus) und 937-939 (Stalinismus).

43 Brandt 2017, 69-95.

Aktionen

Wirken nach innen (Organisation, Strukturen, Angebote)

Wie die vorstehenden Ausführungen schon andeuteten, kann der Linksextremismus auch hinsichtlich seiner Organisationsform unterschieden werden.

Die organisationspolitische und parteiorientierte Form bevorzugt die festere Struktur. Dort gibt es formale Mitgliedschaften und klare Zuständigkeiten. Nicht selten findet man auch ausgeprägte Hierarchien in den Organisationen des kommunistischen Typs, die sich hier an Lenins Modell des „demokratischen Zentralismus“ orientieren. Dies führt häufig zu einer autoritären Ausrichtung mit elitären Führungsgruppen, denen sich die einfachen Mitglieder um der einheitlichen Parteilinie willen dann unterzuordnen haben. Eine derartige Ausrichtung, die in der DKP⁴⁴ und MLPD vorhanden ist, wird von anderen linksextremistischen Gruppen, wozu die Anarchisten und Autonomen gehören, abgelehnt. Sie weisen mit einer gewissen Berechtigung darauf hin, dass eine absolute Freiheit nicht von vorheriger Unterordnung ausgehen kann. Insofern organisieren sie sich als lose Kleingruppen und Netzwerke.

Demnach hat man es hier auch ideologisch und organisatorisch mit ganz unterschiedlichen Phänomenen zu tun. Trotzdem lassen sie sich unter dem Begriff „Linksextremismus“ zusammenfassen, da alle eine „herrschafts- und klassenlose Gesellschaft“ gegen den demokratischen Verfassungsstaat umsetzen wollen. Das damit angesprochene Personenpotenzial wird von den Verfassungsschutzbehörden mit 32.000 beziffert. Es schwankte in den letzten Jahren ein wenig, weist aber jüngst eine steigende Tendenz auf (2017: 29.500, 2016 28.500). Die Anzahl der „marxistisch-leninistischen und anderer linksextremistischer Gruppierungen“, also der hier als kommunistisch geltenden linksextremistischen Personen, wurde mit 24.000 angegeben. Bei ihnen gab es einen leichten Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren (2017: 21.400, 2016: 20.900). Demgegenüber blieben die traditionellen Anarchistinnen und Anarchisten mit 800 Personen stabil, während die Autonomen auf 7.400 Personen anwuchsen.

Diese Angaben beinhalten jedoch keine wirklich verlässlichen Zahlen. Es handelt sich meist um Schätzungen der Verfassungsschutzbehörden, welche aufgrund der nicht vorhandenen festen Strukturen besonders im subkulturellen Bereich schwierig sind.

Auch ein historischer Rückblick kann einen Vergleich ermöglichen. In den 1970er- und 1980er-Jahren hatte allein die DKP rund 40.000 Mitglieder und war demnach ein Viertel größer als der gesamte aktuelle Linksextremismus. Insofern hat es hier einen quantitativen Bedeutungsrückgang gegeben, welcher mit der Auflösung der DDR zusammenhing. Davon war allerdings die Autonomen-Szene nicht betroffen, da sie sich nicht am früheren SED-Staat orientierte. Sie bewegte sich seit Beginn der 2000er-Jahre um die 6.000 Personen, mit nur leichten Schwankungen.

Auch der Blick auf andere Extremismen ist hier für den Vergleich interessant. Demnach gab es 24.100 rechtsextremistische Personen und 26.560 Islamistinnen und Islamisten, womit das Personenpotenzial im Linksextremismus am höchsten war.

⁴⁴ Der Anspruch geht aber bei der DKP nicht mit der Realität einher. Bereits seit Jahren gibt es einen Konflikt zwischen zwei Strömungen: Während die einen sich den jeweils neuen Protestbewegungen stärker öffnen wollen, beharren die anderen auf der Orientierung an der traditionellen Arbeiterpartei. Damit einhergehende Kontroversen beschränken die politischen Wirkungsmöglichkeiten der Partei.

Beachtenswert bei der Darstellung des Linksextremismus hinsichtlich des Wirkens nach innen ist noch das Verhältnis der verschiedenen Bewegungen zueinander: Geeint werden sie alle durch das erwähnte Endziel, das Erreichen sozialer Gleichheit und die extremistische Orientierung. Ansonsten bestehen Differenzen, die eine Zusammenarbeit oft nicht möglich machen. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass an „Antifaschismus“- oder „Anti-globalisierung“-Demonstrationen nahezu alle linksextremistischen Gruppen teilnehmen, geht es doch um das gemeinsame Feindbild und Themenfeld. Bezogen auf die Einstellung zur Gewalt gibt es demgegenüber Unterschiede, denn was für die Autonomen bereits in der Gegenwart geboten ist, wollen die kommunistischen Gruppierungen erst in einer Revolution praktizieren. Demnach gibt es in diesem Handlungsfeld auch keine Kooperationen. Der DKP und den Trotskisten gelingt darüber hinaus gelegentlich die Kooperation mit linken Demokraten, der MLPD aufgrund ihres Dogmatismus hingegen nicht.

Wirken nach außen (Konfliktaustrag, Rekrutierung, Mobilisierung)

Will man den organisierten Linksextremismus hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Relevanz einschätzen, bietet sich als erstes der Blick auf die bei Bundestags- und Landtagswahlen erzielten Wahlergebnisse an.

Ganz allgemein lässt sich dazu sagen, dass es bislang keiner der Parteien gelungen ist, in ein Parlament einzuziehen. Lediglich zwischen 1945 und 1956 konnte die „Kommunistische Partei Deutschlands“ auf den erwähnten Ebenen mehr als fünf Prozent der Stimmen verbuchen. Blickt man bei der DKP und MLPD auf die Wahlergebnisse, stellt man fest, dass sie gegenwärtig meist nur im Bereich von ca. 0,1 bis 0,2 % der Stimmen liegen. Ausnahmen davon waren oder sind lokale Hochburgen wie für die DKP etwa Bottrop, was aber dann meist mit besonderem Engagement in den spezifischen Milieus zusammenhängt. Allgemein kann gesagt werden, dass linksextremistische Parteien auch zu ihren besseren Zeiten bei Wahlen nie eine besondere Relevanz hatten. Je nachdem, wie man die PDS der 1990er und 2000er Jahre einschätzt, kann hierzu verständlicherweise eine andere Position vertreten werden.

Bezogen auf die Außenwirkung von linksextremistischen Personenkreisen ist ihre Präsenz in Protestbewegungen wichtig, wo es ihnen allerdings oft an der nötigen Sensibilität fehlt. Um der Gemeinsamkeit bei der Ablehnung von Globalisierung, Neoliberalismus oder Rechtsextremismus willen, dulden auch Demokratinnen und Demokraten häufig genug die Kooperation mit linksextremistischen Gruppierungen. Dies geschieht allerdings meist nicht als bewusster Akt, etwa bei der Beteiligung an Demonstrationen. Gleichwohl kam es dazu, dass heutige Anhänger der DDR (wie die DKP) oder Maos (wie die MLPD) zusammen mit linken Demokratinnen und Demokraten gegen angebliche oder tatsächliche Missstände auf die Straße gingen. An einer Distanzierung gegenüber dem Linksextremismus fehlt es häufig, gegenüber dem Rechtsextremismus wird sie indessen vorgenommen. Auch die Autonomen werden meist in solchen Bewegungen so lange geduldet, bis es zu Gewalthandlungen kommt; solche Taten diskreditieren somit die Anliegen der eigentlichen Beteiligten.

Damit ist eine andere Außenwirkung angesprochen, welche in einschlägig motivierten Straftaten besteht. Diese werden unter der Bezeichnung „Politisch Motivierte Kriminalität – links“ (PMK-links) zusammengefasst. Es geht allgemein um Gesetzesbrüche, die mit einer „linken“ politischen Haltung einhergehen. Diese muss nicht extremistisch im definierten Sinne sein.

Hier bedarf es also noch einer gesonderten Unterscheidung, und zwar zwischen den PMK-links- und den linksextremistisch motivierten Taten. Demnach gab es im Jahr 2018 insgesamt 7.961 Straftaten (2017: 9.752), wovon 4.622 (2017: 6.393) ein linksextremistischer Hintergrund zugeschrieben wurde. Die insgesamt 1.010 Gewalttaten (2017: 1.648) bestanden u. a. aus Brandstiftungen, Körperverletzungen, Landfriedensbruch oder Widerstandsdelikten. Nicht eingerechnet sind hier Sachbeschädigungen, Nötigung/Bedrohung und andere Straftaten mit 3.612 Fällen (2017: 4.745 Fällen).

Die veröffentlichten Daten zur Gewalt vermitteln auch Erkenntnisse über deren Zielrichtungen. Demnach war der größte Anteil mit 625 von 1.010 Fällen gegen die Polizei bzw. Sicherheitsbehörden gerichtet. Dem folgten 264 Angriffe auf rechtsextremistische Personen oder Personen, die für Rechtsextremistinnen oder Rechtsextremisten gehalten wurden. 49 Gewalttaten erfolgten bei der Kampagne gegen Umstrukturierung. Bei all diesen Gewalttaten machten die Körperverletzungen große Teile aus, 301 von 1.135 bei den Gewalttaten gegen die Polizei und 162 von 264 bei den Gewalttaten gegen Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten. Betrachtet man die Anteile nach den Bundesländern, so nimmt dort Nordrhein-Westfalen zahlenmäßig den Spitzenrang ein, dahinter folgen Berlin und Hamburg. Berücksichtigt man aber die unterschiedlichen Bevölkerungszahlen, so wird deutlich, dass linksextremistische Gewalt eher ein Großstadtphänomen ist, auch wenn derartige Handlungen ebenso in anderen Regionen stattfinden.

Bei der Betrachtung der Daten zur Gewaltentwicklung 2017 muss außerdem berücksichtigt werden, dass ein großer Anteil mit Bezug zu den Protesten gegen den G 20-Gipfel in Hamburg erfolgte. Derartige Großereignisse mobilisieren in der Regel die linksextremistische Szene. Insofern handelt es hier um eine Besonderheit in der Gesamtentwicklung. Dabei lassen sich auch bekannte Muster feststellen: Mit deutlicher Gewaltbereitschaft wird zu solchen Gipfeln mobilisiert, was sich nicht nur aus Bekundungen in Mobilisierungsvideos ergibt. Auch wenn es bei solchen Gelegenheiten mitunter zum Fehlverhalten der Polizei kommt, so sollten nicht Ursache und Wirkung verwechselt werden. Der Ausgangspunkt ist stets die linksextremistische Gewaltneigung, die ganz bewusst den Konflikt mit den Sicherheitskräften sucht und diesen mit einschlägigen Übungen vorbereitet. Ein Gipfel wie der hier gemeinte stellt ein wichtiges Mobilisierungsthema für die Szene dar, aus diesem Grund kommt es auch zu einem besonderen Anstieg der Gewalthandlungen in solchen Kontexten.

Über die allgemeinen sozialen Besonderheiten der Täterinnen/Täter bzw. Tatverdächtigen liegen keine genaueren Erkenntnisse vor. Weder die Sicherheitsbehörden noch die Sozialwissenschaften haben bisher das besondere Profil von linksextremistischen Gewalttäterinnen und -tätern untersucht. Eine Ausnahme stellen zwei Studien des Berliner Verfassungsschutzes dar, worin für die Jahre von 2003 bis 2008 und von 2009 bis 2013 einschlägiges Datenmaterial präsentiert und untersucht wurde.⁴⁵ Diese Angaben beziehen sich zwar nur auf Berlin, sind aber trotzdem interessant, da die Hauptstadt als eine Hochburg der linken Gewaltszene gilt. Folgt man den dort präsentierten Angaben, dann lässt sich folgendes über die Tatverdächtigen sagen: Über vier Fünftel waren Männer und fast vier Fünftel unter 30 Jahren. Besonderheiten hinsichtlich des Bildungsstandes ergaben sich nicht. Jeweils rund ein Drittel waren Arbeitslose, Schülerinnen oder Schüler sowie Studierende. Zwei Fünftel hatten bereits zuvor andere Straftaten begangen.

⁴⁵ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Abteilung Verfassungsschutz 2009, 2015.

Darüber hinaus gab es auch Erkenntnisse zu den Taten selbst: Über drei Viertel wurden von Gruppen oder aus einer Gruppe heraus begangen. Den größten Anteil machten dabei besonders personenstarke Gruppen von über zehn aus, was für die Bedeutung gruppendynamischer Prozesse beim Zustandekommen spricht. Vergleicht man dies mit den Daten über unpolitische Jugendgewalt, so lassen sich hinsichtlich der Altersstruktur und des Geschlechtes auffällige Gemeinsamkeiten feststellen. Dies spricht dafür, dass nicht allein die politische Motivation handlungsleitend ist. Es gibt offenbar eine Kombination aus politischen und unpolitischen Faktoren, welche die Gewalttaten im Wechselverhältnis motivieren. Damit lagen erstmals genauere Angaben zu den für „linke Gewalt“ verantwortlichen Tatverdächtigen vor. Beachtenswert ist aber auch, dass es eben nicht nur um linksextremistische Gewalt ging, bestand doch auch eine geringe Schnittmenge von linken Gewalttäterinnen und -tätern und organisierten linksextremistischen Taten.

Über die erwähnten Daten hinaus lassen sich aus den veröffentlichten Informationen kaum weitere Erkenntnisse über linksextremistische Gewalttaten ableiten. Daher reduziert sich deren Bedeutung aus analytischer Perspektive: Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Großteil dieser Gewalttaten von den Autonomen ausging, jedoch finden sich keine einschlägigen Belege für diese Annahme, da sich die veröffentlichten Daten nicht auf ein damit zusammenhängendes Erkenntnisinteresse beziehen. Darüber hinaus ist die Kategorie „Körperverletzungen“ als Sammelbezeichnung eher diffus, erfasst man darunter doch Fälle unterschiedlicher Gewaltintensität. Insofern ergeben sich aus den Daten auch keine Erkenntnisse darüber, inwieweit es zu einer Enthemmung bei Gewalttaten kommt. Dafür mögen einzelne Fallbeispiele sprechen. Inwieweit sie aber eher für eine Ausnahme oder eher für eine Regel stehen, bleibt jeweils unklar. Allgemeine Einschätzungen über Trends können daraus kaum abgeleitet werden, besteht doch die Gefahr der Interpretationsverzerrung.

Bilanzierende Einschätzung des Gefahrenpotenzials des Linksextremismus

Wie kann das Gefahrenpotenzial des Linksextremismus eingeschätzt werden? Eine Antwort auf diese Frage muss differenziert ausfallen und die unterschiedlichen Erscheinungsebenen des gemeinten Phänomens unterscheiden.

Dabei soll zunächst auf die Gewaltdimension eingegangen werden: Die Ausführungen zu einschlägigen Handlungen machten deutlich, dass man sehr wohl von einem hohen Potenzial sprechen kann. Es ist aber begrenzt hinsichtlich der Gewaltintensität auf Körperverletzungen; Attentate wie im Linksterrorismus hat es nach dessen Niedergang nicht mehr gegeben. Gleichwohl agieren Autonome mitunter so, dass sie erhebliche Körperverletzungen bis hin zu möglichen Todesfolgen einkalkulieren. Das Gefahrenpotenzial ihrer Gewaltanwendung besteht aber nicht nur in dieser Hinsicht. Durch derartige Handlungen diskreditieren sie demokratische und friedliche Protestbewegungen, die auf bedenkliche Entwicklungen in Ökonomie und Politik aufmerksam machen wollen. Aber auch jenen mangelt es gegenüber Autonomen mitunter an einer klaren Distanzierung.

Eine andere Ebene des Gefahrenpotenzials ist die Wahlkandidatur. Hier besteht jedoch ein klares Bild, denn die linksextremistischen Parteien können keine Parlamentseinzüge verzeichnen. Noch nicht einmal Achtungserfolge gibt es bei einschlägigen Kandidaturen,

bleibt man doch meist unter 0,3 % der Stimmen. Demgegenüber stellen extremistische Bestrebungen in der Partei „Die Linke“ ein Problem dar, was nicht nur für einschlägige Foren und Plattformen gilt. Es gibt hohe Funktionsträger und Parlamentsangehörige, die mit linksextremistischen Gruppierungen in unterschiedlichem Maße kooperieren. Dies wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei kaum problematisiert. Will „Die Linke“ als demokratische Partei wahrgenommen werden, sollte sie diesbezügliche Abgrenzungen und Klarstellungen vornehmen. Dies gilt auch und gerade gegenüber den Autonomen, die eben nicht nur gesellschaftskritisch, sondern gewaltorientiert sind. Dazu fehlt ein kritisches Bewusstsein in der Partei, wo derartige Fragen tabuisiert werden.

Und schließlich sei noch die gesamtgesellschaftliche Ebene angesprochen: Während in den 1970er- und 1980er-Jahren eine große Aufmerksamkeit für den Linksextremismus in der Öffentlichkeit bestand, ging diese in den folgenden Jahrzehnten immer mehr zurück. Dafür gab es nachvollziehbare Gründe, war doch das Gefahrenpotenzial des Islamismus (siehe Kapitel 2.2) und Rechtsextremismus (siehe Kapitel 2.1) höher. Dies bedeutet aber nicht, dass der Linksextremismus keine Relevanz mehr hat. Hinzu kommt noch ein anderer Gesichtspunkt: Die Anhänger dieses politischen Lagers greifen mitunter reale politische und soziale Probleme auf. Damit versuchen sie, in die breitere Gesellschaft hineinzuwirken und sich etwa als die konsequentesten Gegner des Rechtsextremismus zu geben. Der dabei artikulierte „Antifaschismus“ dient ihnen zur Selbstlegitimation. Indessen geht hier die Einsicht verloren, wonach die Ablehnung des Faschismus nicht ein Bekenntnis zur Demokratie bedeuten muss. Autonome sollten daher keine Bündnispartner für Demokraten sein.

Die vorstehenden Ausführungen haben deutlich gemacht, dass es sich bei dem beschriebenen Linksextremismus um ein komplexes Phänomen handelt. Zwar spricht die den Gruppierungen gemeinsame Frontstellung, die sich gegen die Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft im Namen von „sozialer Gleichheit“ richtet, für eine Sammelbezeichnung im genannten Sinne. Gleichwohl dürfen die internen Differenzen in diesem politischen Lager nicht ignoriert werden: Dies gilt nicht nur für die ideologische Ausrichtung in den erwähnten Bereichen, sondern auch für die jeweiligen Handlungsstile und die soziale Zusammensetzung. Das wäre insbesondere gegenüber den behandelten Autonomen hervorzuheben, welche aufgrund ihres bewegungsförmigen Charakters kein in sich homogenes Phänomen darstellen. Hier bedarf es auch der Differenzierung, wenn über die Frage von Präventionsmaßnahmen nachgedacht wird. Diese können und müssen sich in der Ausrichtung je nach konkreter Zielgruppe deutlich unterscheiden.

Literatur

- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2003): Bd. 15, Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2008): Bd. 20, Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2015): Bd. 27, Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Backes, Uwe (2017): Organisationen 2016. In: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 29. Baden-Baden, Nomos Verlag, S. 119- 135.
- Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2017): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 29. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2019): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 31. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Baron, Udo (2016): Vom Autonomen zum Postautonomen. Wohin steuert die autonome Bewegung? In: Pfahl-Traughber (Hrsg.) (2016): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II). Brühl, S. 59-79.
- Bergsdorf, Harald/van Hüllen, Rudolf (2011): Linksextrem. Deutschlands unterschätzte Gefahr? Paderborn, Schöningh Verlag.
- Bigalke, Rudi (2004): Das antideutsche Spektrum zwischen realpolitischer Lobbyarbeit und Ideologiekritik. Die Kampagne „Stop the Bomb“, in: Backes, Uwe, /Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2015): S. 137-153.
- Blank, Bettina (2019): Die Rote Hilfe e. V. – eine selbstlose Betreuungsorganisation für Straftäter?. In: Backes/Gallus/Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 31. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Brandt, Peter (2017): „Trotzkismus“ in Deutschland in seinem internationalen Kontext – historischer Abriss bis in die Gegenwart. In: Backes, Uwe/ Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 29. Baden-Baden, Nomos Verlag, 2017, S. 69-95.
- Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.) (2007): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Decker, Frank (2018): Die Organisation der LINKEN. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online-Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/die-linke/42135/organisation>.
- Dietel, Wilhelm/Hirschmann, Kai/Tophoven, Rolf (2006): Deutschland: Revolutionäre Zellen, Rote Zora und Antiimperialistische Zellen. In: Das Terrorismuslexikon: Täter, Opfer, Hintergründe. Frankfurt am Main, Eichborn AG. .
- Dovermann, Ulrich (Hrsg.) (2011): Linksextremismus in Deutschland. Bonn, BpB.
- Drechseler, Hanno/Hilligen, Wolfgang/Neumann, Franz (Hrsg.) (2003): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. 10. neubearbeitete und erweiterte Auflage. München, Verlag Franz Vahlen.
- Fülberth, Georg (1990): KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung. Heilbronn, Distel Verlag.
- Fraude, Andreas (2003): Zeitschriftenportrait: Gegenstandspunkt, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Bd. 15, Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Baden-Baden, Nomos Verlag, S. 247 - 264.
- Hanloser, Gerhard (Hrsg.) (2004): „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken“. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik. Münster, Unrast Verlag.
- Haunss, Sebastian (2008): Antiimperialismus und Autonomie - Linksradikalismus seit der Studentenbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die Soziale Bewegung in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt am Main und New York, Campus Verlag, S. 447-474.

- Hirscher, Gerhard/Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.) (2008): Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland. Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl.
- Hüllen, Rudolf van (2007): Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands. In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 329-331.
- Hüllen, Rudolf van (2014): Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Online Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33618/trotzkisten>
- Jesse, Eckhard (2011): Extremismus in Deutschland. In: Jesse, Eckhard/Thieme, Tom (Hrsg.): Extremismus in den EU- Staaten. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 83-98.
- Langguth, Gerd (1983): Übergangerscheinungen nach dem Zerfall der K- Gruppen. In: Entwicklung, Niedergang, Renaissance; die Neue Linke seit 1968. Köln, Verlag Wissenschaft und Politik.
- Moreau, Patrick/Lang, Jürgen (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr. Bonn, Bouvier Verlag.
- Müller-Enbergs (2008): Eine stalinistische Sekte wird 40 Jahre alt – seit 25 Jahren heißt sie MLPD. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, S. 167-184.
- Nieder Mayer, Oskar (Hrsg.) (2013): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden, Springer VS.
- Pfahl-Traughber, Armin (2011): „Antifaschismus“, „Antiglobalisierung“ und „Antirepression“: Handlungsfelder des Linksextremismus in Deutschland. In: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in Deutschland. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung. S. 163-182.
- Pfahl-Traughber, Armin (2013a): Die "Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD). Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert einer politischen Sekte. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33628/mlpd>.
- Pfahl-Traughber, Armin (2013b): PDS/Die Linke, In: Nieder Mayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden, Springer VS, S. 541-562.
- Pfahl-Traughber, Armin (2014a): Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden, Springer VS.
- Pfahl-Traughber, Armin (2014b): Die "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP). Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert des ehemaligen Interventionsapparates der SED. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Online Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33621/dkp>.
- Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.) (2016): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II). Brühl/Rheinland.
- Pfahl-Traughber, Armin (2017): Autonome und Gewalt. Das Gefahrenpotenzial im Linksextremismus, BpB. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 32 - 33 vom 7. August 2017. Bonn, BpB, S. 28-33.
- Schultens, René/Glaser, Michaela (Hrsg.) (2013): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen. Halle, Deutsches Jugendinstitut e. V.
- Siemens, Anne (2007): Die Opfer der RAF. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1977 und die RAF. 1. Oktober 2007. Bonn, BpB, S. 40-41.

Quellen

- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (1995): Die „Marxistische Gruppe“ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes, Entwicklung der Organisation seit der „Auflösung“ 1991. Bonn.
- Die LINKE, Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE; online aufrufbar unter: <https://kpf.die-linke.de/start/>.

- Die LINKE, Zusammenschlüsse; online aufrufbar unter: <https://www.die-linke.de/partei/partei-struktur/zusammenschluesse/>
- Marxistisches Forum: Über das Marxistische Forum; online aufrufbar unter: <https://marxistisches-forum.com/eine-seite/>
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.) (2009): Linke Gewalt in Berlin 2003-2008, Berlin.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hrsg.) (2015): Linke Gewalt in Berlin 2009-2013, Berlin.
- Verfassungsschutzbericht (2017): Geraer/Sozialistischer Dialog (GSoD). Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (Hrsg.). Berlin.
- Verfassungsschutzbericht (2017): Marx 21. Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (Hrsg.). Berlin. S. 160.

Bildquellen

- „Autonome Antifa“ nutzt überwiegend die rote/schwarze Flagge: Autonome Antifa, <https://autonome-antifa.net/wp-content/uploads/2019/11/autonome-antifa-w-radikale-linke-wien.png>.
- Bewegung 2. Juni: Die Bewegung 2. Juni, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=2798943>.
- Bild mit Transparent der Antideutschen (Nie wieder Deutschland): Irmel Hirsch, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Anti-German_communist_protesters_in_Frankfurt_in_2006.jpg), „Anti-German communist protesters in Frankfurt in 2006“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode>.
- Gegenstandpunkt (Cover Zeitschrift): Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft mbH, Cover Zeitschrift: „Gegenstandpunkt 4-19“, 20.12.2019.
- Marx21: Redaktion Marx21, <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Marx21.gif>), „Marx21“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>.
- Revolutionäre Zellen: Revolutionäre Zellen, vectorized by user:freemesm https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Revolutionäre_Zellen.svg), „Revolutionäre Zellen“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>.
- Rote Hilfe e.V.: Rote Hilfe e.V., <https://rote-hilfe.de/downloads1/category/12-logos>.
- Sozialistische Alternative (SAV): Sozialistische Demokratie e.V.: <https://www.facebook.com/SAVSozialistischeAlternative/photos/a.366111393485838/2396204457143178/?type=1&theater>.

Postautonome

Udo Baron

Seit geraumer Zeit leidet die autonome Szene unter internen Streitigkeiten, zunehmender Zersplitterung und einer hohen Fluktuation. Verantwortlich dafür sind vor allem ungelöste Organisationsdebatten und theoretische Orientierungslosigkeit. Sie haben die Autonomen in eine substanzielle inhaltliche und strukturelle Krise gestürzt. Als Reaktion auf die seit Jahren zunehmende interne Kritik an ihrer Theorieferne, ihrer Unorganisiertheit und ihrer Selbstbezogenheit, haben einige von ihnen damit begonnen, sich zu organisieren und zu vernetzen, um so die autonome Szene nachhaltig zu verändern.

Vor diesem Hintergrund entstanden in den letzten Jahren undogmatische Zusammenschlüsse wie die „Interventionistische Linke“ (IL) und das Bündnis „ums Ganze!-kommunistische Bündnis“ (uG). Ihre Wurzeln haben diese sich als postautonom verstehenden Organisationen im klassischen autonomen Spektrum, können aber nicht mehr als deren Bestandteil angesehen werden. Mit dem Präfix „post-“ drücken sie aus, dass sie grundlegende Merkmale der Autonomen infrage stellen und überwinden wollen. So werfen Postautonome den „klassischen“ Autonomen, d. h. den organisations- und hierarchiefeindlichen und eher ideologiefernen Linksextremistinnen und -extremisten, ein reduziertes und instrumentelles Theorieverständnis vor. Deren plan- und deswegen perspektivlose Vorgehensweise verhindere durch die beliebige Aneinanderreihung von Kampagnen und die Fetischisierung von Militanz eine wirklich revolutionäre Politik. Postautonome wollen dagegen innerhalb des autonomen Spektrums eine Politik der strategischen Bündnisorientierung betreiben, zu der revolutionäre und moderate Linke gehören und in der sie für eine Politik des Bruchs mit dem Kapitalismus eintreten.

Selbstverständnis

Die sich als postautonom verstehenden Gruppierungen kennzeichnet, ebenso wie die „klassischen“ Autonomen, ein aus marxistischen und anarchistischen Elementen bestehendes Weltbild mit den Zielen einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Auch für Postautonome steht die Eigentumsfrage im Zentrum, da für sie ohne die Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln keine herrschaftsfreie Gesellschaft möglich erscheint. Im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen sind sie aufgeschlossen für unterschiedliche linksextremistische Weltbilder und somit ideologisch eher undogmatisch. Die von ihnen angestrebte Revolution verstehen sie als „einen dialektischen Bewusstseins- und Lernprozess, der sich in verschiedensten sozialen Kämpfen in der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln muss.“ Sie soll kein abrupter Vorgang, sondern eine Art Transformation der bestehenden Ordnung sein und somit ein langfristiger und komplexer Prozess, dem „viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen.“⁴⁶

Das postautonome Feindbild unterscheidet sich nicht von dem des „klassischen“ Autonomen. Der Staat ist auch für Postautonome „nackte Gewalt, Repression, Faschismus.“ Neben den Rechtsextremistinnen und -extremisten ist die Polizei als Repräsentant des verhassten Staates der „Feind Nr. 1 aller Autonomen“. Die in der autonomen Szene seit Beginn der 1990er-Jahre geführten Militanz- und Organisationsdebatten seien im postautonomen Verständnis daher als Indikator dafür zu werten, dass es autonomer Politik

⁴⁶ Interventionistische Linke 2019.

an Homogenität mangle und aus dieser strukturellen Krise die oftmals misslingende Vermittelbarkeit linksextremistischer Aktionsformen herrühre. Als Antwort auf diese Entwicklung versuchen Postautonome gegen Widerstände aus dem autonomen Spektrum, das eigene Handeln zu organisieren und zu vernetzen.⁴⁷

Strukturen

Die autonome Szene ist nicht homogen, sondern differenziert sich in zumeist lose organisierte Gruppierungen ohne einheitlichen ideologischen Überbau. Formell lehnen Autonome Organisationsstrukturen und Führungspersönlichkeiten ab. Sie organisieren sich zumeist über Kleingruppen, die durch persönliche Kontakte bzw. projekt-, aktions- oder themenbezogene Zusammenhänge zustande gekommen sind. Das wiederum schränkt ihre Handlungsfähigkeit und öffentliche Wahrnehmung ein und führt dazu, dass sich entsprechende Zusammenschlüsse oftmals so schnell wieder auflösen, wie sie entstanden sind. Postautonome sehen in diesen Zuständen die Ursache für die autonome Krise. Im Gegensatz zu den Autonomen ist ihre Vorgehensweise langfristig angelegt und verfolgt eine Strategie der kleinen Schritte. Dazu gehört eine breit angelegte Bündnispolitik bis in das demokratische Spektrum der Gesellschaft. So wollen Postautonome strategische Bündnisse mit Autonomen und aktionsbezogene Bündnisse mit dem demokratischen Spektrum schließen. Über die gezielte Zuspitzung aktueller (Krisen-)Themen wollen sie möglichst viele Personen mit einbeziehen und mittelfristig radikalisieren. Gezielt versuchen Postautonome, bei politisch aktuellen Themen zu intervenieren und sie mit ihrer ideologischen Agitation zu besetzen. So waren sie an zentraler Stelle an der Organisation der Proteste gegen die Eröffnung des Neubaus der „Europäischen Zentralbank“ (EZB) in Frankfurt am Main im März 2015 oder an der Vorbereitung und Durchführung der Protestaktionen gegen den G20-Gipfel in Hamburg Anfang Juli 2017 beteiligt.

Eine gewisse Offenheit und Transparenz sowohl in ihrem politischen als auch persönlichen und ideologischen Auftreten ist für dieses Agieren wesentlich. Zugute kommt den Postautonomen dabei, dass sie, im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen, in der Regel lebensälter, zumeist gut ausgebildet und oftmals beruflich etabliert sind. Das wiederum ermöglicht es ihnen, vielfältige Netzwerke bis weit in die bürgerliche Gesellschaft hinein zu knüpfen und diese für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.⁴⁸



Linksautonome in Berlin – No-Go-Area für Polizisten

Militanz

Autonome kennzeichnet ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Auch wenn nicht jeder von ihnen Gewalt ausübt, so befürworten sie in der Regel deren Einsatz. Als militant gilt dabei nicht nur die oder der aktiv Handelnde, sondern auch die Person, die Gewalt in Kauf nimmt bzw. mit gewaltsamen Aktionen sympathisiert.

Die linksautonome Gewaltbereitschaft basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und die ihn nach autonomer Auffassung stützenden Rechtsextremistinnen und -extremisten bzw. diejenigen, die Autonome dafür halten, zählen. Um diese zu bekämpfen, halten Autonome alle Widerstandsfor-

⁴⁷ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2016, 13.

⁴⁸ Ebd., 16.

men bis hin zum Einsatz von Gewalt für legitim. Politisch motivierte Gewalt dient ihnen als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“, denn um die herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der Staat als Garant der bisherigen Ordnung radikal beseitigt werden.⁴⁹

Dem autonomen Verständnis nach üben die „kapitalistischen Produktionsverhältnisse“ in Anlehnung an den norwegischen Friedensforscher Johan Galtung eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werte, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ auf ihre Bürgerinnen und Bürger aus und hindern diese daran, sich ihren Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei zu entfalten. Aus dieser vermeintlichen „Gewalt des Systems“ leiten sie unter Berufung auf den Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse ein Naturrecht auf Gegenwehr ab. Autonome Gewalt versteht sich demzufolge als „Gegengewalt“, d. h. als ein reaktives und somit legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.⁵⁰

Postautonome folgen diesem Ansatz, im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen ist ihr Verhältnis zur Gewalt aber vor allem taktischer Natur. Einerseits distanzieren sie sich von der Anwendung von Gewalt. Andererseits betonen sie, es gehe ihnen darum, die Wahl der Mittel entsprechend den eigenen Zielen selbst zu bestimmen. Die Absicht, das demokratische Spektrum als potenziellen Bündnispartner nicht zu verlieren, dürfte für diese Haltung ursächlich sein.⁵¹

„Interventionistische Linke“ (IL)

Die IL ist zurzeit das bedeutendste postautonome Bündnis. Es begann damit, dass sich 1999 in einer ersten Phase undogmatische linksextremistische Gruppierungen und Einzelpersonen in „Beratungstreffen“ zusammenfanden, um nach Wegen zu suchen, die Handlungsfähigkeit und Wahrnehmbarkeit der „radikalen Linken“ in der Bundesrepublik zu erhöhen. Gezielt öffnete die IL dann diese Treffen ab 2004 für linksextremistische Gruppen aus dem postautonomen Spektrum mit dem Ziel, die den Autonomen nahestehenden Strömungen zusammenzuführen.

Im weiteren Verlauf formierte sich die IL zu einem bundesweit agierenden Netzwerk vor allem linksextremistischer, aber auch nichtextremistischer Gruppierungen und Einzelaktivistinnen und -aktivisten. Dem folgte ab 2010 eine intensive Organisationsdebatte, die mit einem von der IL herausgegebenen „Zwischenstandspapier“ vom 11. Oktober 2014 die Umstrukturierung der IL von einem Netzwerk zu einer Organisation abschloss. Zahlreiche autonome Gruppen wie die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) oder das im norddeutschen Raum lange Zeit aktive Bündnis „Avanti-Projekt undogmatische Linke“ sind seitdem in der IL aufgegangen und fungieren nunmehr als eine von bundesweit 30 IL-Ortsgruppen. Andere, wie beispielsweise die „Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.) aus Göttingen, gehören als eigenständige Gruppierung der IL an.⁵²



Interventionistische Linke



Logo der Antifaschistischen Aktion



Logo oder Transparent der „Avanti-Projekt undogmatische Linke“



„Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.)

49 Vgl. Bergsdorf/van Hüllen 2011, 34.

50 Vgl. Galtung 1982; Marcuse 1966.

51 Vgl. Baron 2016.

52 Vgl. ebd. 72ff.

Folgt man ihrem Zwischenstandspapier, so orientiert sich die IL inhaltlich „am langfristigen Ziel einer radikalen Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Notwendiger „Bestandteil einer solchen radikalen Transformation ist der revolutionäre Bruch, dem wiederum viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen“, denn um „den Weg zu einer befreiten Gesellschaft freizumachen, braucht es die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Kapitalverwertung, auf denen die ökonomische Macht basiert, und die Überwindung des bürgerlichen Staatsapparates als Garant dieser Eigentumsordnung.“⁵³

Um anschlussfähig für das demokratische Spektrum zu sein, bemüht sich die IL um ein gemäßigtes äußeres Erscheinungsbild. So geben sich ihre Akteurinnen und Akteure ideologisch bewusst undogmatisch und verzichten bei Demonstrationen auf szenetypische Kleidung und die Anwendung von Gewalt. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht weiterhin militant wären. Vielmehr halten sie sich aus taktischen Gründen in der Gewaltfrage zurück. Aus diesem Grunde kann die IL eine Scharnierfunktion zwischen dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum, dem dogmatischen Linksextremismus und dem demokratischen Protestpotenzial einnehmen.

Bündnis „... ums Ganze! – kommunistisches Bündnis“ (uG)



Logo oder Banner:
ums Ganze!

Das uG wurde nach eigener Darstellung 2006 gegründet, um „linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu organisieren und handlungsfähig zu machen.“ Ihm gehören verschiedene in erster Linie antideutsch⁵⁴ ausgerichtete Gruppierungen wie „Kritik&Praxis“ aus Frankfurt am Main, die „Redical M“ aus Göttingen, „the future is unwritten“ aus Leipzig oder die „autonome antifa [w]“ aus Wien an.



„Kritik&Praxis“

Wie man der Internetseite des uG entnehmen kann, ist der Kapitalismus seinem Selbstverständnis nach nicht nur eine Wirtschaftsordnung, sondern ein umfassendes Herrschaftsverhältnis, dass „in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung angelegt (ist) – in der Art und Weise, wie Individuen, Unternehmen und Nationalökonomien sich im Kapitalismus tagtäglich reproduzieren müssen.“⁵⁵ Staat, Kapital und Markt bildeten ein konfliktträchtiges System

gesellschaftlicher Herrschaft, das sich in jeder Alltagssituation manifestiere und sich „nur als Ganzes“ bekämpfen lasse. Der bürgerliche Staat als Hüter des Rechts stehe deshalb außerhalb der kapitalistischen Konkurrenz und schütze dessen Voraussetzungen. Um die vom Staat ausgehende Gewalt zu beenden, muss nach Meinung des uG die Herrschaft

von Staat und Kapital sowie „die Form Staat, die diese zwanghafte und konfliktträchtige Ordnung mehr oder weniger autoritär zu regieren und zu steuern versucht“, zugunsten einer herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft abgeschafft werden.⁵⁶ Das dahin-

53 Interventionistische Linke 2019.

54 Mit Beginn der 1990er Jahre bildete sich mit den sogenannten Antideutschen eine neue Strömung innerhalb des autonomen Spektrums heraus, die sich gegen einen vermeintlichen deutschen Nationalismus wandte. Vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung befürchteten ihre Aktivistinnen und Aktivisten ein Erstarken des Nationalismus innerhalb der vereinigten Bundesrepublik und eine Rückkehr zum Nationalsozialismus. Im Zuge der Golfkriege von 1990 und 2003 solidarisierten sie sich bedingungslos mit dem Staat Israel und seiner Schutzmacht, den USA, woraufhin es zum Bruch mit den übrigen Autonomen kam.

55 „ums Ganze!“ 2018a.

56 Ebd.

ter stehende Kommunismus-Verständnis des Bündnisses bleibt aber trotz ausgedehnter Grundsatzpapiere diffus. Eine negative Abgrenzung erfolgt zwar zum Staatssozialismus à la DDR, der als ein missglücktes Experiment bezeichnet wird, die wiederholte Berufung auf das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels lässt aber auf ein klassisches Marxismusverständnis schließen.

Die weitgehend antideutsche Ausrichtung des uG wird vor allem an seiner auf die Bundesrepublik fokussierten fundamentalen Kritik deutlich. So kritisiert es beispielsweise in einem auf seiner Internetseite publizierten Kampagnenaufwurf „There is an alternative – Kommunismus statt Schweinesystem!“ aus dem Juli 2014 die nach seiner Auffassung ständig steigende Dominanz Deutschlands in Europa.⁵⁷ Vor allem der Tag der deutschen Einheit stellt einen besonderen Schwerpunkt medienwirksamer Protestveranstaltungen des uG dar.

Beide postautonomen Bündnisse wirkten an führender Stelle bei der Planung und Durchführung von Protesten gegen politische Großereignisse mit. So mobilisierten 2017 neben den „klassischen“ Autonomen auch die IL und das uG gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Vor allem die IL wirkte in dem „No-G20-Bündnis“ zusammen mit demokratischen Organisationen wie Attac und Parteien wie „Die Linke“ mit und versuchte, die Protestbewegung zu dominieren. Während die bzw. der „klassische“ Autonome vor allem durch Gewaltexzesse auffiel, versuchten Postautonome, an den Gipfeltagen die Zufahrtswege zum Gipfelort und die Hamburger Innenstadt zu blockieren. Dadurch banden sie die Polizeikräfte und schufen so den Raum für autonome Gewalttaten in den Teilen von Hamburg, die von der Polizei kaum mehr zu schützen waren. Auch im Nachhinein haben sich beide Bündnisse weder von den Gewalttaten distanziert noch die daran beteiligten Gruppierungen verurteilt. So heißt es bei der IL mit Blick auf die gewalttätigen Aktionen: „Wir haben schon vorher gesagt, dass wir uns nicht distanzieren werden und dass wir nicht vergessen werden, auf welcher Seite wir stehen.“⁵⁸



Transparent des No-G20 aus Hamburg

Ausblick

Die Entwicklung innerhalb der autonomen Szene zeigt, dass sich diese seit geraumer Zeit in einer inhaltlichen und strukturellen Krise befindet. Zunehmende Vernetzungsbestrebungen von Teilen der Autonomen deuten aber auf einen möglichen Wandel innerhalb dieses Spektrums zu einem höheren Grad der Organisation und Vernetzung hin. Dieser postautonome Ansatz könnte der Königsweg hinsichtlich einer erfolgreichen Neuorientierung des autonomen Spektrums sein.

Ob sich die Postautonomen innerhalb des autonomen Spektrums durchsetzen können, darf aber durchaus bezweifelt werden. Ist doch ihr Ansatz höchst umstritten, da er dem autonomen Selbstverständnis zuwiderläuft. Sollte sich die, bzw. der „klassische“ Autonome behaupten, so wird sich höchstwahrscheinlich die Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit der autonomen Szene bis hin zu ihrer Marginalisierung und Bedeutungslosigkeit fortsetzen. Verstetigt sich dagegen die Entwicklung in Richtung der Postautonomen,

⁵⁷ „ums Ganze!“ 2018b.

⁵⁸ Interventionistische Linke 2018.

so könnten sich „klassische“ Autonome in vernetzte, organisierte und ideologisch aufgeladene Postautonome wandeln. Dadurch könnte sich die Schlagkraft der autonomen Szene deutlich erhöhen und die postautonome Bewegung langfristig zu einer Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat werden (siehe folgenden Beitrag von Deycke und Micus).

Literatur

- Baron, Udo (2016): Vom Autonomen zum Postautonomen. Wohin steuert die autonome Bewegung? In: Pfahl-Traughber (Hrsg.) (2016): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II). Brühl/Rheinland, S. 59-79.
- Bergsdorf, Harald/van Hüllen, Rudolf (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?. Paderborn, Schöningh.
- Galtung, Johan (1982): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Verlag.
- Marcuse, Herbert (1966): Repressive Toleranz. In: Wolff, Robert Paul/Moore, Barrington/Marcuse, Herbert: Kritik der reinen Toleranz. Frankfurt, Suhrkamp Verlag, S. 127.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (2016): Vom Autonomen zum Postautonomen? Autonome in Bewegung, 3. Auflage. Hannover.

Quellen

- Interventionistische Linke (2018): Die rebellische Hoffnung von Hamburg, In: <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg>, (eingesehen am 2. Dezember 2018).
- Interventionistische Linke (2019): IL im Aufbruch: ein Zwischenstandspapier. Verlag Interventionistische Linke.
- „ums Ganze!“ (2018a): Über uns, <http://umsganze.org/ueber-uns> (gelesen am 4. Dezember 2018).
- „ums Ganze!“ (2018b): There is an alternative – Kommunismus statt Schweinesystem! Ein Kampagnen-Aufruf von ... ums Ganze!, <http://umsganze.org/there-is-an-alternative/> (gelesen am 3. Dezember 2018).

Bildquellen

- Interventionistische Linke: Interventionistische Linke, <https://www.facebook.com/InterventionistischeLinke/photos/a.613811391977488/3931348570223737/?type=1&theater>.
- Linksautonome in Berlin – No-Go-Area für Polizisten: © dpa.
- Antifaschistische Linke International (A.L.I.): Antifaschistische Linke International, <https://tinyurl.com/w9797eg>.
- „Kritik&Praxis“: kritik&praxis, https://pbs.twimg.com/profile_images/486989975955595267/KcZWwiQY.jpeg.
- Logo oder Banner ums Ganze!: Ums Ganze, <https://antifa-ak.org/wp-content/themes/ak2013/images/umsganze.png>.
- Logo oder Transparent der „Avanti-Projekt undogmatische Linke“: Avanti-Projekt undogmatische Linke, <https://tinyurl.com/u9bb74m>.
- Transparent des No-G20 aus Hamburg: © dpa.

Die Radikale Linke und die Organisationsfrage

Alexander Deycke, Matthias Micus

Für Jahrzehnte schien die Sache eindeutig: Der überwiegende Teil der radikalen Linken in Deutschland, der sich nicht in einem der starren Theoriegebäude marxistisch-leninistischer Herkunft häuslich eingerichtet hat, orientiert sich an dem Leitbegriff der Autonomie und steht jeder Art von formalisierter Organisation, die über basisdemokratisch verfahrenende lokale Kleingruppen hinausgeht, kritisch gegenüber.

Doch spätestens seit den Protesten gegen den G-8 Gipfel in Heiligendamm zeichnet sich in der undogmatischen radikalen Linken ein Trend zu verbindlicheren Organisationsansätzen ab. Mit der „Interventionistischen Linken“ (IL) und dem „...ums Ganze!“-Bündnis (uG) entstanden zwei sogenannte postautonome Organisationen, deren Langlebigkeit und überregionale Ausdehnung hervorstechen in einer ansonsten von Zersplitterung geprägten Szene. Obwohl deren Mitgliederzahl den Angaben der Verfassungsschutzberichte zufolge relativ überschaubar zu sein scheint,⁵⁹ prägen sie vor allem durch ihre oftmals federführende Mitwirkung an Protestgroßereignissen wie zuletzt anlässlich des Hamburger G-20 Gipfels im Juli 2017 oder ausdauernde Kampagnen wie „Ende Gelände“ und „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) die öffentliche Wahrnehmung linker Radikalität in der Bundesrepublik.

Besonders die IL verbindet mit festeren Strukturen eine Strategie der Radikalisierung szeneechter Protestakteurinnen und -akteure. Durch Engagement und Kampagnen in Themenfeldern, die breitere Gesellschaftskreise bewegen, sowie die Offenheit für zivilgesellschaftliche Bündnisse soll Überzeugungsarbeit für die Notwendigkeit eines Systemwechsels geleistet werden. Diese Entwicklungen geben erfahrenen Beobachterinnen und Beobachtern Anlass zu der Sorge, dass, sollten sie sich vertiefen und fortsetzen, möglicherweise mit einer neuen, „nicht zu unterschätzenden Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat“,⁶⁰ also mit einer gesteigerten Potenz linksradikaler Aktivitäten, zu rechnen sei. Doch geht die Gleichung grundsätzlich auf, dass ein höherer Grad der Organisation automatisch einhergeht mit – je nach Blickwinkel – gesteigerten Chancen zur Überwindung der oder zunehmenden Gefahren für die Stabilität des bestehenden politischen Systems?

Helmuth Lethen, Literaturwissenschaftler und einstmaliges Mitglied der maoistischen KPD-AO, hat die These aufgestellt, dass die sektenartigen K-Gruppen der politisch emotional aufgeheizten Siebzigerjahre eine gesamtgesellschaftlich betrachtet stabilisierende Rolle gespielt und „dass sie der objektiven Funktion der Staatserhaltung“⁶¹ gedient hätten. Revolutionäre Energien, die um 1968 herum freigesetzt worden seien, seien durch die Apparate der ML-Bewegung absorbiert worden: „Der Apparat war ein selbstdestruktiver Trichter, der Bewegungsenergien im Selbstlauf von Wiederholungen im Inneren verschlang.“⁶² Anstatt Revolution zu machen, verstrickten sich die K-Gruppen in „symbolische Praktiken“ wie monatelange Demonstrationsplanungen und die gegenseitige Kontrolle der

59 Dem Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz zufolge weisen die postautonomen Strukturen von IL und uG einen Mitgliederstand von rund 1.330 Personen auf, während die Gesamtheit der „Autonomen“, bzw. der „gewaltorientierten Linksextremisten“ mit rund 7.400 Personen angegeben wird. Vgl. Verfassungsschutzbericht 2018, 118 ff.

60 Baron 2016, 78.

61 Lethen 2012, 18.

62 Ebd.

Genossinnen und Genossen, die permanent zu letztlich fruchtloser Aktivität angehalten wurden und stetig Gefahr liefen, des Revisionismus oder Abwechslertums überführt und nach zermürenden Verfahren ausgeschlossen zu werden.

In Bezug auf die Sozialdemokratie des Kaiserreiches, die die mitgliederstärkste sozialistische Partei ihrer Zeit und Vorbild für marxistische Bewegungen allerorten war, ist ein in der Wirkung ähnlicher Mechanismus festgestellt worden: „Der ‚Organisationspatriotismus‘; (...) der schließlich die Einheit der Bewegung und die Erhaltung der Organisationen zum höchsten politischen Wert erhob und sich durch die Zweck-Mittel-Vertauschung zum Organisationsfetischismus umbildete, trug allerdings auf indirektem Weg zur Integration der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft bei.“⁶³

Darauf, dass die Gründung der Organisation nicht nur neue Kräfte freigesetzt zu haben scheint, sondern ebensolche Kräfte bindet, deutet auch das zusammenfassende Urteil zweier ehemaliger Mitglieder in der Zeitschrift *Arranca* hin: „Vor Ort in Berlin erweist sich der bereits in den letzten Jahren enorm gestiegene Arbeitsaufwand, der mit der Pflege einer bundesweiten Struktur und der damit korrelierenden Bauchnabelschau einhergeht, schon jetzt eher als Bremse für interventionistische Politik.“⁶⁴ „Wir waren hauptsächlich damit beschäftigt, Gremien zu besetzen, Bündnistreffen zu besuchen, bei Demonstrationen und Kampagnen zu unterstützen, Projekte anderer Arbeits- und Ortsgruppen abzunicken und eigene Projekte im Plenum zu präsentieren. Soziale Kämpfe wurden zu einer Nebenbeschäftigung.“⁶⁵

Es liegt zudem nahe, dass längerfristig orientierte radikale politische Organisationen wie die oben genannten postautonomen Gruppierungen, die auf Mitgliederzuwachs abzielen und Koalitionen mit anderen zivilgesellschaftlichen Aktiven oder zumindest eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit anstreben, nicht selten einem Sachzwang der relativen Mäßigung unterliegen. Schließlich stellen sichtbare Strukturen und sich offen bekennende Mitglieder denkbar leichte Ziele für die Strafverfolgungsbehörden dar, sollten sich Anhaltspunkte für das Vorliegen krimineller oder gar terroristischer Vereinigungen bieten. Schwedische Forscher kamen jüngst in einer Studie über präventive Maßnahmen in der linksradikalen Szene Schwedens zu dem Schluss, dass unter anderem Szenegrenzen überschreitende Kooperationen – eine Kernstrategie insbesondere der IL – im sechsjährigen Untersuchungsraum eine Abnahme von Gewalt mit sich gebracht hätten.⁶⁶

Doch ist das nicht der einzige Grund, warum die undogmatische radikale Linke – ungeachtet jüngster Trends zur Postautonomie und durchaus gegebener Erfolge – mit festeren Zusammenschlüssen hadert. Die Skepsis gegenüber institutionalisiertem Kollektivhandeln hat eine lange Tradition; die Frage nach der geeigneten Form der Organisation auf dem Weg zur sozialen, politischen und ökonomischen Umwälzung beschäftigt die radikale Linke seit ihren Ursprüngen. Hat die Form der Organisation in erster Linie zweckdienlich mit Blick auf den gewaltsamen Umsturz zu sein? Soll sie auf den politischen Wettbewerb im verhassten „bürgerlichen“ Staat hin ausgerichtet sein? Oder soll sie vor allem Prinzipien und Strukturen der Zukunftsgesellschaft in der Gegenwart vorwegnehmen? Unterschiedliche Antworten auf die Organisationsfrage waren – und sind es bis in die Gegenwart – stets verbunden mit unterschiedlichen Vorstellungen in Bezug auf die

63 Groh 1973, 59.

64 DSAN 2015.

65 Zweiter Mai 2016.

66 Vgl. Wennerhag/Jämte, 19.

Gegenwartsanalyse, das revolutionären Subjekt, das Menschenbild und die Vorstellungen vom Transformationsprozess.

Die zerfallende 68er-Bewegung bzw. deren studentische Schrittmacherinnen und Schrittmacher knüpften an Diskussionen längst erdachter Organisationsmodelle an und spalteten sich nach Auflösung des SDS organisatorisch entlang historischer Konfliktlinien. Hier das leninistische Modell der dogmatischen Avantgardepartei in den maoistischen und auch zuweilen stalinistischen K-Gruppen sowie der DKP – dort die antiautoritären basisdemokratischen Lokalgruppen und ideologisch flexibleren Spontis, die an linkskommunistische und bald an anarchistische Ideen anknüpften.

Da erfolgreiche „wilde Streiks“ im Jahr 1969 Hoffnungen auf die Möglichkeit einer proletarischen Revolution geweckt hatten, verfolgten beide Zerfallsprodukte der APO zunächst mit den „Betriebsinterventionen“ eine gleichartige Strategie – wobei sie sich freilich in deren praktischer Umsetzung wie auch in ihren Vorstellungen von den zeitgenössischen Arbeiterinnen und Arbeitern beträchtlich unterschieden. Zugleich zeigten sich neben naheliegenden Differenzen auch überraschende Gemeinsamkeiten zwischen Spontis und K-Gruppen. Während die frühen Spontis für sich beanspruchten, der Arbeiterschaft lediglich Impulse für die revolutionäre Selbstorganisation zu geben, wodurch diese „die ihrer historischen Situation angemessene (...) Organisationsform“⁶⁷ eigenständig würde finden können, bildeten die Sponti-Gruppen des „Revolutionären Kampfes“ in Frankfurt oder der „Proletarischen Front“ in München nach innen recht straffe, von Disziplin, Auslese und informellen Hierarchien geprägte (Kader-)Organisationsformen aus.⁶⁸

Mit diesen standen sie ihren K-Gruppen-Genossen manchmal näher als angenommen, obwohl sie im Unterschied zu diesen keine nationale Organisation anstrebten. Da sie sich als radikale Gegner des Staates sahen und auch dessen sozialistische Gestalttransformationen in Moskau sowie Peking, Albanien und Kambodscha strikt ablehnten, kam auch die Form einer politischen Partei – ebenfalls im Gegensatz zu den K-Gruppen – für sie nicht infrage. Doch erst nachdem die Spontis ihre Aktivitäten auffächerten (Stadtteilarbeit, Häuserkampf, Frauenbewegung), womit auch die Grenzen zu den „Neuen Sozialen Bewegungen“ verschwammen, verloren ihre Organisationsstrukturen nachhaltig an Verbindlichkeit und zerfaserten in ein gegenkulturelles Milieu.⁶⁹

Die Autonomen, die um den Dekadenübergang von den Siebziger- zu den Achtzigerjahren auf der Bildfläche erschienen und sich in so manchem Aspekt (Militanz, Dezentralität) als Erbinnen und Erben der Spontis betrachten, schrieben deren seit Mitte der Siebzigerjahre verstärkten Trend („Das Private ist politisch“, „Politik der ersten Person“) linksradikaler Politik fort. Die im Zeitverlauf variierenden theoretischen Bezüge und gesellschaftlichen Analysen „der“ Autonomen waren – und sind – indes frappierend irreführend und schillernd („Wir haben alle einen ‚diffusen Anarchismus‘ im Kopf“)⁷⁰ und in jedem Fall kaum als Handlungsanleitung geeignet, sodass den Autonomen der Ruf der Theorielosigkeit und Tatorientierung vorauseilt.

67 Kapsler 2018, 85.

68 Ebd., 97f.

69 Ebd., 155.

70 *Thesen zur autonomen Bewegung von 1981 (ebenso zwei bearbeitete Varianten der 1980er- und 1990er-Jahre)*, zit. nach: Kongreßlesebuchgruppe 1995, 276.

Weder über die Zukunftsgesellschaft noch über den Transformationsprozess besteht Klarheit, festzustehen scheint allenfalls, dass selbstbestimmtem Leben und der Selbstveränderung der bzw. des Einzelnen eine hohe Bedeutung für die Überwindung der zahlreichen gesellschaftlichen „Widersprüche“ beigemessen wird. Dadurch, dass ein klares Ziel fehlt, fehlt auch ein Maßstab für erfolgreiche autonome Politik. Hochphasen und Krisen ebenso wie Stärken und Schwächen der autonomen Bewegung werden von ihren Aktiven immer wieder kontrovers diagnostiziert.

Der Infrastruktur lokaler links-alternativer Szenen – also selbstverwalteter Szenekneipen und Jugendzentren, aber auch linker Buch- und Infoläden sowie Wohnprojekten als Orte, an denen Informationen ausgetauscht und anlass- oder gruppenbezogene Versammlungen abgehalten werden – kommt eine zentrale Rolle dabei zu, die netzwerkartige autonome Bewegungsstruktur aufrecht zu erhalten. Gleiches galt für Zeitschriftenprojekte wie die *radikal* oder die *interim*, bevor Onlinepublikationen und -plattformen deren Funktion übernahmen.

Gruppenaktivitäten ergeben sich vor allem im Zusammenhang mit thematischen Konzentrierungen im autonomen Antifaschismus; die Gruppen handeln konspirativ, allein vertrauensvolle persönliche Bekanntschaften bzw. Freundschaften ermöglichen die Kontaktaufnahme. Die Koordinierung der unterschiedlichen Gruppen einer Stadt erfolgt – wenn sie denn stattfindet – in gruppenübergreifenden Versammlungen. Regional und überregional finden gelegentlich Kongresse zur Vorbereitung von Kampagnen oder zur Selbstvergewisserung statt.⁷¹ In einem frühen Selbstverständigungsdokument der Autonomen heißt es:

„Wir haben keine Organisierung an sich. Unsere Organisationsformen sind alle mehr oder weniger spontan. Besetzerrat, Telefonkette, Autonomen-Plenum, und viele viele kleine Gruppen, die sich entweder kurzfristig zusammensetzen, um irgendwelche actions zu machen, auf Demos zusammen sind, etc. und langfristige Gruppen, die Sachen wie radikal, Radio Utopia oder irgendwelche ganz illegale actions machen. Es gibt keinerlei festere Strukturen wie Parteien etc., auch keinerlei Hierarchie. Die Bewegung hat z. B. bis heute noch keinen einzigen Exponenten hervorgebracht wie z. B. Negri, Dutschke, Cohn-Bendit, etc.“⁷²

In ihrer Entstehungsphase grenzten sich die Autonomen im linksradikalen Spektrum nach zwei Seiten ab: auf der einen Seite gegenüber der Alternativbewegung, die in dieser Zeit in der Grünen Partei einen Weg fand, ihre Interessen innerhalb des bestehenden Systems durchzusetzen, auf der anderen Seite gegenüber den – schon im Zerfall befindlichen – streng hierarchisch organisierten und dogmatischen K-Gruppen.⁷³ Letztere stellen auch nach Jahrzehnten immer noch die organisationspolitische Negativfolie schlechthin dar, von der sich jede Form der Institutionalisierung kollektiven Handelns zu unterscheiden habe.⁷⁴

Doch gleichzeitig dürften die Klagen über die (Nicht-)Organisation der Autonomen fast genauso alt sein wie die Bewegung selbst. In einem Reader-Beitrag für die Libertären Tage 1987 wird „die ganze Schwäche und asthmatische Kurzlebigkeit autonomer Politik“⁷⁵ beklagt. „Wie ein/e Seiltänzer/in von Großprojekt zu Großprojekt“⁷⁶ hangele man sich. Viele the-

71 Vgl. Haunss 2013, 26–42.

72 Thesen zur autonomen Bewegung von 1981, zit. nach: Kongreßlesebuchgruppe 1995, 275.

73 Vgl. Haunss 2013, 27.

74 DSAN 2014.

75 Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe 1987, 17.

76 Ebd., 11.

menbezogene Gruppen zerfielen bereits nach wenigen Monaten wieder, es fehlte an Kontinuität, um nicht immer die gleichen Fehler zu wiederholen, wie auch an klaren, längerfristigen Zielen der zu oft subjektiven Gefühlen Ausdruck verleihenden autonomen Gewalt.

Auch wird festgehalten, dass die lockeren Strukturen informelle Hierarchien zuweilen eher förderten als verhinderten. Man kam also zu dem Schluss: „Der Aufbau und die Vernetzung militanter Kerne ist für uns Voraussetzung dafür, den Kreislauf sich wiederholender Bewegungsrhythmen zu durchbrechen, Bindeglied zwischen Bewegung und Alltag zu sein. Eine Organisation, die über beides hinausgeht und doch aus beidem bestehen muss.“⁷⁷

Sebastian Haunss kam in einer Analyse der zwischen 1988 und 2001 erschienenen Ausgaben der Berliner Autonomenzeitschrift *interim* zu dem Ergebnis, dass Organisations- und Selbstverständnisdebatten das am häufigsten behandelte Thema aller Beiträge waren, dicht gefolgt vom Thema Geschlechterverhältnisse.⁷⁸ Erstaunlicherweise, so sein Befund, brandete Kritik an der Organisationsfeindlichkeit der Autonomen zu Beginn der 1990er-Jahre in einer Phase vergleichsweise hoher Mobilisierungskraft auf.⁷⁹ Wieder wurden die Kampagnenpolitik und die fehlende Lernfähigkeit, aber auch die Isolierung der Autonomen vom Rest der Gesellschaft kritisiert. Gleiches galt für die Einseitigkeit der Autonomen, die allein die persönlichen Erfahrungen und Empfindungen zum Ausgangspunkt für politisches Handeln mache und einer Analyse der objektiven Verhältnisse im Wege stehe.

Als Gegenentwürfe zur bisherigen Autonomenpolitik entstanden neue Organisationsansätze wie die Gruppe „Für eine linke Strömung“ (F.e.l.S), die „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) und, bereits 1989, die Formation „Avanti – Projekt undogmatische Linke“. Da sie sich in zahlreichen Aspekten, allem voran in der Organisationsform, von bisherigen autonomen Strukturen abgrenzten, ihnen zugleich aber ebenso durch gemeinsame Themen, Ideen und Praktiken wie auch die Nutzung der selben Szeinfrastruktur verbunden blieben, hat sich für die genannten Gruppierungen und ihre Nachfolger das Label „postautonom“ etabliert.

„Postautonomie“ ist also keineswegs ein aktuelles Phänomen. Auf der rein organisatorischen Ebene unterscheiden die genannten Gruppierungen sich von klassisch autonomen Gruppen in erster Linie durch ihren Anspruch eines überregionalen bzw. nationalen Formats, durch das Streben nach Kontinuität und eine Arbeitsteilung, die durch das breiter gefächerte Aktivitätsspektrum bedingt ist. Aber auch die Postautonomen distanzieren sich scharf vom Modell „politische Partei“.

Informelle Hierarchien sollen mithilfe stark basisdemokratischer Entscheidungsprozesse, des Konsensprinzips sowie gegebenenfalls imperativ mandatierter Delegation und personeller Rotation eingedämmt werden.⁸⁰ Die AA/BO stach dabei hervor, indem sie mit ihrem „revolutionären Antifaschismus“⁸¹ versuchte, einen neuen theoretischen Ansatz linksradikaler Politik zu formulieren und in besonderem Maße auf eine Wahrnehmung ihrer Aktivitäten in der „bürgerlichen“ Presse abzielte. Paradoxerweise wird die ursprünglich scharf kritisierte Kampagnenpolitik durch die Postautonomen dadurch fortgeführt, professionalisiert und ausgebaut.

77 Ebd., 19.

78 Vgl. Haunss 2004, 134.

79 Ebd., 137 u. 139.

80 Vgl. *Autonome Antifa (M)* 1994.

81 Hinter der Formel „revolutionärer Antifaschismus“ verbirgt sich die Vorstellung eines Antifaschismus, der seine Aufgabe nicht nur in einer Zurückdrängung der extremen Rechten sieht, sondern sich dem Kampf gegen das Bündel gesellschaftlicher Verhältnisse (Kapitalismus, Rassismus, Sexismus etc.), die angeblich Faschismus ermöglichen, verschrieben hat. Vgl. Keller 2011, 95 ff.

Die beiden bereits erwähnten großen postautonomen Strukturen der Gegenwart, die Interventionistische Linke und das ...ums Ganze!-Bündnis, entstanden in Auseinandersetzung mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm bzw. traten in diesem Zusammenhang erstmals öffentlich in Erscheinung. Im uG-Bündnis fanden sich in erster Linie Antifa-Gruppen zusammen, denen der von der IL organisierte Protest theoretisch zu unreflektiert erschien und die bei letzterer eine gefährliche Nähe zu rechter Globalisierungskritik ausmachten. Die uG-Aktivist:innen begründeten ihre Organisierung mit dem Ziel „einer Kontinuität im politischen Handeln und einer Entwicklung hin zu einer gemeinsamen theoretischen Basis“ und formulierten den Anspruch, „nicht bei blindem Aktionismus stehen zu bleiben“.⁸²

Mit aktuell 13 Mitgliedsgruppen ist uG deutlich kleiner als die IL. Die ...ums Ganze!-Gruppen begreifen sich als „antinationale“ und stehen zivilgesellschaftlichen Kooperationen – etwa der Zusammenarbeit mit NGOs, aber auch Bündnissen mit als reformistisch geschmähten Kräften der radikalen Linken wie der IL – kritisch gegenüber.

Anders die IL, in der unter anderem Avanti und F.e.l.S. aufgingen: Ihr ist an „kurzfristigen taktischen Bündnissen und langfristiger, strategischer Bündnisarbeit“⁸³ gelegen. Sie wendet sich gegen die „zynische Kritik des Bestehenden, die nur kritisiert, ohne Handlungsperspektiven zu öffnen.“⁸⁴ Seit den ersten Schritten zu ihrer Gründung im Jahr 2004 hat die IL ihre Strukturen allmählich verfestigt, von anfänglich losen Treffen verschiedener Gruppen und Einzelpersonen über einen „strukturierten Austausch“ bis hin schließlich „zu einer verbindlichen Organisationsstruktur“.⁸⁵ Sie strebt an, sich von einem Netzwerk zu einer einheitlichen Organisation zu entwickeln, wobei der Diskussionsprozess um die Organisationsfrage kaum als abgeschlossen bezeichnet werden kann.⁸⁶

So treten einige Mitgliedsgruppen noch immer relativ eigenständig auf, firmieren nicht als IL-Ortsgruppe, sondern behalten ältere Gruppenidentitäten bei. Zuweilen finden sich in einer Stadt zwei Mitgliedsgruppen, so in Göttingen und Heidelberg. Laut ihrem Internetauftritt ist die IL in 32 Städten vertreten, doch länger nicht mehr aktualisierte Onlinepräsenzen einzelner Gruppen lassen vermuten, dass diese Zahl nicht dem aktuellen Stand entspricht. Es ist möglich, der IL über einen Verein Spenden zukommen zu lassen.⁸⁷ Emily Laquer, die als IL-Sprecherin nach den G20-Protesten sogar an einer ZDF-Talkshow teilnahm, ist das prominenteste Beispiel für Ansätze einer Re-Personalisierung linksradikaler Politik bei den Postautonomen im Allgemeinen, der IL im Speziellen. Schließlich: Beide großen postautonomen Formationen sind auch in Österreich vertreten, die IL mit zwei, das uG-Bündnis mit einer Mitgliedsgruppe.

Die pauschale Etikettierung von uG als antideutsch und der IL als antiimperialistisch bedarf gleichwohl einer Differenzierung.⁸⁸ So wird bei uG auch beim israelischen Staat keine Ausnahme von der grundsätzlichen Antistaatlichkeit gemacht und der Solidarität mit kurdischen Autonomiebewegungen enthält man sich dort nicht. Prominente

⁸² AK Wantok 2010, 199.

⁸³ Ebd., 209.

⁸⁴ Interventionistische Linke 2014, 19.

⁸⁵ Bernhardt 2019.

⁸⁶ Interventionistische Linke a.

⁸⁷ Interventionistische Linke b.

⁸⁸ Baron 2017.

antideutsche Vordenker äußern sich entsprechend kritisch über uG.⁸⁹ Gleichzeitig gehört Antiimperialismus zwar ohne Zweifel zum heterogenen Theoriekanon der IL und schlägt sich beispielsweise in der Solidarität mit dem venezolanischen Maduro-Regime nieder, ist aber keineswegs die alles erklärende ideologische Brille.

Gerade bei Protestgroßereignissen wie dem Hamburger G20-Gipfel zeigen sich die Dissonanzen zwischen den beiden wichtigsten postautonomen Organisationen, die ihre jeweilige Identität auch durch gegenseitige Kritik und Abgrenzung formen.⁹⁰ Denn in äußerst vagen – um nicht zuzagen: eigentlich nicht existenten – Vorstellungen von einem revolutionären Transformationsprozess⁹¹ oder gar von einer darstellbaren Alternative zur viel kritisierten gegenwärtigen Gesellschaftsordnung fanden sich bisher wenig Ansatzpunkte für die Schärfung des eigenen Profils.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass sich die Positionierung der Postautonomen zur Gewaltfrage gegenüber „klassisch“ autonomen Haltungen verändert habe und widersprüchlich sei.⁹² IL und uG propagieren einen zivilen Ungehorsam, der sich in erster Linie in Blockadeaktionen äußert. Zu Gewalt wird nicht offensiv aufgerufen, sie wird aber auch nicht grundsätzlich verurteilt. Ausschreitungen wie beispielsweise diejenigen im Hamburger Schanzenviertel am Freitag des G20-Gipfels wurden zwar nicht von postautonomen Gruppen initiiert, gleichzeitig aber auch nicht explizit kritisiert, sondern widersprüchlich bewertet, wobei der Diagnose eines positiven Symbolwerts des Widerstands Klagen über die negativen Auswirkungen für das eigene Wirken (Vertrauensverlust, Isolierung, Ablenkung von Inhalten etc.) gegenüberstanden.⁹³

Es stellt sich angesichts dessen die Frage, ob die Postautonomen eine Scharnierfunktion „zwischen gewaltbereiten Linksextremisten und gemäßigten Linken“ einnehmen und Gewalttätigkeit und deren Akzeptanz Vorschub leisten⁹⁴ oder ob sie eine mäßigende Rolle in der Gewaltfrage spielen.

Abschließend bleibt festzuhalten: Am Drahtseilakt, Hierarchiefreiheit und die Effektivität verbindlicher Organisation in Einklang zu bringen, versucht sich die radikale Linke nicht erst seit der Gründung von IL und uG, ohne dass sich bis heute ein Königsweg abzeichnen würde. Wie in vielen anderen Themenbereichen auch eint die verschiedenen Akteurinnen und Akteure vor allem eine Anti-Haltung, hier diejenige gegen eine zentralistische Parteistruktur.

Zudem ging mit der organisatorischen Festigung bisher keine ideologische einher, sodass wir es nach wie vor mit einer äußert pluralen radikalen Linken zu tun haben. Ob ausgehend von den postautonomen Formationen mit einer zunehmenden linksradikalen Stärke und Gewaltbereitschaft zu rechnen ist, erscheint vor dem Hintergrund der Ausführungen dieses Beitrages aber alles andere als ausgemacht.

89 Vgl. Grigat 2007.

90 Vgl. Kirsche-Humboldt, in: taz vom 20.05.2017.

91 So heißt es bspw. im IL Zwischenstandspapier: „Notwendiger Bestandteil einer solchen radikalen Transformation ist der revolutionäre Bruch, dem wiederum viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen. Um den Weg zu einer befreiten Gesellschaft freizumachen, braucht es die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Kapitalverwertung, auf denen die ökonomische Macht basiert, und die Überwindung des bürgerlichen Staatsapparates als Garant dieser Eigentumsordnung.“, IL- Zwischenstandspapier, 29.

92 Baron 2016, 71f.

93 Interventionistische Linke c.

94 Baron 2016, 72.

Literatur

- ak wantok (2010): Interview mit AktivistInnen zu gegenwärtigen linksradikalen Organisationsansätzen. In: ak wantok. (Hrsg.) (2010): Perspektiven Autonomer Politik. Münster, Unrast Verlag, S. 199-211.
- Baron, Udo (2017): Linksextremisten in Bewegung. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online-Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/261924/linksextremisten-in-bewegung>.
- Groh, Dieter (1973): Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt a. M., Propyläen, S. 59.
- Haunss, Sebastian (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden, Springer VS.
- Haunss, Sebastian (2013): Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus, In: Schultens, René/Glaser, Michaela (Hrsg.) (2013): „Linke“ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen. Halle, Deutsches Jugendinstitut, S. 26-42.
- Kapser, Sebastian (2018): Das Ende der Utopien. Der Wandel der Spontis in den langen 1970er-Jahren, Freiburg, Quelle: <https://freidok.uni-freiburg.de/fedora/objects/freidok:15229/datastreams/FILE1/content> (eingesehen am 10.07.2019).
- Keller, Mirja/Kögler, Lena/Krawinkel, Moritz/Schlemermeyer, Jan (2011): Antifa. Geschichte und Organisierung. Stuttgart, Schmetterling Verlag.
- Kongreßlesebuchgruppe (Hrsg.) (1995): Der Stand der Bewegung. 18 Gespräche über linksradikale Politik. Lesebuch zum Autonomie Kongreß Ostern 1995, Berlin.
- Lethen, Helmut (2012): Suche nach dem Handorakel. Ein Bericht. Göttingen, Wallstein Verlag, S. 18.
- Wennerhag, Magnus/Jämte, Jan: Brottsförebyggande åtgärder mot radikala vänsterrörelser – effekter och erfarenheter, Myndigheten för samhällsskydd och beredskap, 19, Quelle: <https://www.msb.se/RibData/Filer/pdf/28819.pdf> (eingesehen am 15.07.2019).

Quellen

- Autonome Antifa (M): Es war einmal... In: Arranca 5/1994, Quelle: <https://archive.arranca.org/ausgabe/5/es-war-einmal> (eingesehen am 01.10.2019).
- Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe (1987): Stand autonomer Bewegung – Langlauf oder Abfahrt im Sturz, In: Arbeitsmappe für die Libertären Tage in Frankfurt, Broschüre, 11. Digitalisat online einsehbar unter Quelle: <http://www.anarchismus.de/libertaere-tage/lt1987/lt87-arbeitsmappe.pdf> (eingesehen am 01.10.2019).
- Bernhardt, Markus (2019): „Viel Luft nach oben, der Wut Ausdruck zu verleihen“. Gespräch mit Mischa Aschmoneit. In: jungewelt.de vom 26.01.2019, Quelle: <https://www.jungewelt.de/artikel/348044.interventionistische-linke-viel-luft-nach-oben-der-wut-ausdruck-zu-verleihen.html>.
- DSAN (2014): Teil einer Jugendbewegung sein. IL-Zwischenstandspapier, Broschüre 2014, 15, Quelle: http://fels.nadir.org/multi_files/fels/il-zsp-1c-32s-a5-sm.pdf, eingesehen am 18.07.2019.
- DSAN (2015): Teil einer Jugendbewegung sein. Das im IL-Zwischenstandspapier avisierte Parteimodell folgt anachronistischen Vorstellungen von linker Organisation. In: Arranca 48/2015, Quelle: <https://archive.arranca.org/ausgabe/48/teil-einer-jugendbewegung-sein> (eingesehen am 01.10.2019).
- Grigat, Stephan (2007): Ganz und gar nicht ums Ganze. In: jungle world 47/2007, Quelle: <https://jungle.world/artikel/2007/47/ganz-und-gar-nicht-ums-ganze> (eingesehen am 18.07.2019).
- Interventionistische Linke (2014): IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier. S. 19. <http://www.interventionistische-linke.org/positionen/il-im-aufbruch-ein-zwischenstandspapier> (eingesehen am 25.09.2019).
- Interventionistische Linke (a): <https://interventionistische-linke.org/projekt/organisierungsdebatte> (eingesehen am 01.10.2019).

Interventionistische Linke (b): <https://interventionistische-linke.org/it/node/194> (eingesehen am 01.10.2019).

Interventionistische Linke (c): vgl. exemplarisch die Beiträge im Debattenblog der IL zum Thema G20: Quelle: <https://blog.interventionistische-linke.org/g20-gipfel> (eingesehen am 01.10.2019).

Kirsche-Humboldt, Georg (2017): Links Gegen Links. In taz vom 20.05.2017, Quelle: <https://taz.de/!5409463/> (eingesehen am 01.10.2019).

Verfassungsschutzbericht 2018.

Zweiter Mai (2016): Kommt ihr mit in den Alltag? Eine praktische Kritik an der Interventionistischen Linken und ein Mutmacher zum Andersmachen. In: Arranca 49/2016, Quelle: <https://archive.arranca.org/ausgabe/49/kommt-ihr-mit-in-den-alltag> (eingesehen am 01.10.2019).







KAPITEL 2.4

Die bedeutendsten Erscheinungsformen von transnationalem Extremismus in Deutschland

Sercan Bayrak, Murat Sandikci

Sercan Bayrak

studierte Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität Stuttgart. Sie leitet das Referat Ausländerextremismus im Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Bereits seit 2002 beschäftigt sie sich mit dem Thema transnationaler Extremismus..

Murat Sandikci

Berufs- und Arbeitspädagoge und seit 1997 in der Gewaltprävention tätig. Murat Sandikci ist freiberuflicher Bildungsreferent und Berater gegen Rechtsextremismus im Demokratiezentrum Baden-Württemberg und arbeitet als freiberuflicher Anti-Aggressivitäts-Trainer® für die Bewährungshilfe Ulm e. V. mit straffälligen Erwachsenen.

Der polizeiliche Phänomenbereich „Politisch Motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie“ geht Hand in Hand mit der vom Verfassungsschutz geprägten Kategorie „Ausländerextremismus“. Dabei handelt es sich um einen Sammelbegriff für unterschiedliche Extremismusarten, deren Gemeinsamkeiten der Ursprung im Ausland und ihre Transnationalität sind. Die für die deutschen Sicherheitsbehörden und auch gesellschaftlich relevantesten transnational-extremistischen Organisationen sind momentan jene mit einem Türkeibezug. Sie existieren zum Teil schon seit mehreren Jahrzehnten, haben einen konstanten Mitgliederstamm und sind dennoch wissenschaftlich wenig erforscht. Diese Phänomene als einfache „Konfliktimporte“ zu bezeichnen, würde zu kurz greifen. Eine erfolgreiche Präventionsarbeit setzt ein fundiertes Wissen sowohl über die Akteure und die von ihnen transportierten Inhalte als auch über die Strukturen und Aktionsformen der im Fokus stehenden Organisationen voraus. Nicht zuletzt stellt sich hier für die Präventionsarbeit die Frage, weshalb junge Menschen in Deutschland Identitätsangebote transnational-extremistischer Organisationen annehmen und welche alternativen Identitätskonstruktionen ihnen hier offeriert werden können.

Begriffsklärung und Schwerpunktsetzung

„Politisch Motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie“ und „Transnationaler Extremismus“

Dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie“ (PMK-ausländische Ideologie) werden Straftaten zugeordnet, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung der Täterin oder des Täters entscheidend für die Tatbegehung war. Dies gilt insbesondere, wenn sie darauf gerichtet sind, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Straftaten der PMK-Ausländische Ideologie können auch durch deutsche Staatsangehörige begangen werden.¹

Doch die Bundesrepublik Deutschland ist eine „streitbare (wehrhafte) Demokratie“. Neben der Wertegebundenheit und der staatlichen Bereitschaft, diese Werte gegenüber Extremistinnen und Extremisten² zu verteidigen, bedeutet das auch, die Verfassung schon im Vorfeld zu schützen. Der Staat schreitet nicht erst ein, wenn extremistische Personengruppen gegen Gesetze verstoßen (politisch motivierte Kriminalität), sondern bereits vor der eigentlichen Tat. Diese Aufgabe übernimmt der Verfassungsschutz, der Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland.

Extremismusprävention setzt noch einen Schritt früher an und will die Radikalisierung von Personen in extremistische Milieus hinein verhindern. Um Extremismusprävention erfolgreich betreiben zu können, muss man wissen, welche extremistischen Vereinigungen es gibt, wer die Handelnden sind, was ihre Motivation ist und welcher Handlungsformen sie sich bedienen. Erst dann kann frühzeitig eine Radikalisierung erkannt und dieser gegen-gesteuert werden.

1 Bundeskriminalamt 2016; um eine differenziertere Betrachtungsweise der Fallzahlen zu ermöglichen, wurde der Bereich der PMK Ausländer ab 01.01.2017 bundeseinheitlich in die beiden neuen Phänomenbereiche Ausländische Ideologie und Religiöse Ideologie aufgeteilt.

2 Zum Extremismusbegriff siehe Kapitel 1.

Im vorliegenden Kapitel sollen extremistische Organisationen und ihr Umfeld dargestellt werden, die in Deutschland aktiv sind, aber ihren Ursprung im Ausland haben und inzwischen transnational – also über Staatsgrenzen hinaus – ausgerichtet sind. Der Verfassungsschutz verwendet hierfür traditionell den Begriff des „Ausländerextremismus“, auch wenn es sich bei den Akteuren rechtlich nicht nur um „Ausländer“ handelt.³ Emre Arslan spricht in seinem Buch „Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum“ von „transnationalen Übergängen“ und meint damit finanzielle, personale, organisatorische und ideologische Schnittstellen zwischen ultranationalistischen Mutterparteien in der Türkei und ihren Ablegern in Deutschland. Mittlerweile haben alle Organisationen aus dem Phänomenbereich „Ausländerextremismus“, sowohl rechts- als auch linksextremistische, europaweite Gesamtstrukturen mit eigenen „Deutschlandvertretungen“ aufgebaut. Aufgrund der durchweg hierarchischen Strukturen empfangen ihre in Deutschland lebenden Anhänger politisch-strategische Richtlinien aus den jeweiligen Ursprungsländern und setzen diese bereitwillig in die Tat um. Die Stärkung der Hauptorganisation ist dabei immer das langfristige Ziel, damit diese in die Lage versetzt wird, ihre politische Agenda vor Ort umzusetzen.

Exkurs

Transnationale Migration

Bei der Analyse von Migration als einem transnationalen Phänomen stehen Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten auf politischer, ökonomischer und soziokultureller Ebene über Ländergrenzen hinweg im Fokus. Zu soziokulturellen transnationalen Aktivitäten zählen beispielsweise Besuche und die Kontaktaufrechterhaltung mit Familie und Freunden im Auswanderungsland oder auch eine Mitgliedschaft in sozialen Organisationen dort. Vor der „Entdeckung“ der Transnationalität beschäftigte man sich lediglich mit „einfachen“ Migranten, die ihren Wohnort auf Dauer wechselten („internationale Migration“ bzw. „Binnenmigration“), oder mit Menschen, die nach einem längeren Aufenthalt wieder in ihre „Heimat“ zurückkehren („Remigration“). Die Realität ist inzwischen jedoch komplexer:

„Immer mehr Menschen leben hier und „außen“, sie entwickeln transnationale Netzwerke, erweitern ihre Lebensräume, Erfahrungen und Normen über nationale Grenzen hinweg und betreten die Weltbühne als global vernetzte Akteure der Zivilgesellschaft, die im jeweils nationalstaatlichen Raum selbstbewusste Mitsprache und Beteiligungsrechte fordern.“⁴

Vor allem dank globaler Vernetzung durch das Internet werden inzwischen vielfältige transnational-soziale Beziehungen aufgebaut. So überwinden Migranten räumliche Distanzen und können sowohl kognitiv (erkenntnismäßig) als auch emotional (gefühlsmäßig) nahezu das Niveau in ihrem Herkunftsland erreichen. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen dort werden daher auch in Deutschland unmittelbar wahrgenommen und verarbeitet.

„Aber es sind nicht nur persönliche Kontakte und die körperliche Mobilität von Menschen, die transnationale Beziehungen schaffen. Auch die mediale Kommunikation und die virtuellen Netzwerke im Internet ermöglichen es heute immer mehr Menschen, mit anderen Menschen und anderen Orten der Welt in Kontakt zu treten, die sie gar nicht persönlich kennen.“⁵

³ Religiös motivierte Bestrebungen, wie der Salafismus, fallen jedoch nicht in diese Kategorie. Hierfür siehe das Kapitel 2.2 „Salafismus, Islamismus und islamistischer Terrorismus“.

⁴ Heinrich Böll Stiftung 2011.

⁵ Römheld 2011.

Schwerpunkt: Türkei

Im Folgenden werden ausschließlich extremistische Organisationen mit Ursprung in der Türkei dargestellt. Das hat gute Gründe. In Deutschland leben ca. 3 Millionen Menschen, die einen türkischen Migrationshintergrund haben. Auch wenn ungefähr die Hälfte von ihnen deutsche Staatsbürger sind, orientieren sich nach wie vor viele dieser Menschen an dem Land ihrer Vorfahren. Ihre ursprüngliche nationale Identität – sei es die türkische oder die kurdische – steht für nicht wenige an erster Stelle. Studien haben aber auch gezeigt, dass für diese Menschen eine enge Verbundenheit mit der Türkei nicht im Widerspruch stehen muss zu einer Verbundenheit mit Deutschland.⁶

Mit der türkischen „Teilidentität“ verbunden ist für viele das Interesse an den politischen Entwicklungen in der Türkei. Entsprechend gibt es in Deutschland neben zahlreichen kulturellen Organisationen auch eine Vielzahl politischer Organisationen, die diese Verbundenheit mit der Türkei aufrechterhalten und eine grenzüberschreitende Teilhabe am dortigen Geschehen ermöglichen. Unter den politischen Organisationen mit Türkeibezug sind jedoch auch solche, die in Deutschland als extremistisch eingestuft werden. Die hinsichtlich ihrer Mitgliederstärke und ihres Aktivitätsgrades bedeutendsten extremistischen Migrantenorganisationen haben mittlerweile alle ihren Ursprung in der Türkei.

Die Schwerpunktsetzung auf die Türkei rechtfertigt auch ein Blick in die polizeiliche Kriminalstatistik: Im Phänomenbereich „Ausländische Ideologie“ wird seit mehreren Jahren der überwiegende Teil der Straftaten im Zusammenhang mit innertürkischen Konflikten begangen – wenn auch mit Schwankungen.⁷

	2015	2016	2017	2018
PMK-Ausländische Ideologie	1.345	2.650	1.617	2.487
davon das Unterthema „PKK/Kurden/Türkei“	808	1.518	1.028	1.873

Denn sobald sich in der Türkei die politische Situation zuspitzt, reagiert ein Teil der türkischen bzw. kurdischen Community in Deutschland darauf in der Regel mit Demonstrationen und Kundgebungen. In Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen kommt es dann häufig zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz, zu Sachbeschädigungen und zu Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Es werden jedoch auch Gewalttaten wie Widerstands- und Körperverletzungsdelikte oder auch Brandanschläge im Zusammenhang mit innertürkischen Konflikten in Deutschland begangen.

Ein Handlungsfeld, das sowohl extremistische als auch nicht extremistische Organisationen aus der Türkei für sich entdeckt haben, ist der Wahlkampf für dort stattfindende Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen. Denn seit der Reform des türkischen Wahlrechts im Jahr 2012 haben die im Ausland lebenden türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger die Möglichkeit, ihre Stimme auch vor Ort in ihrem Aufenthaltsland abzugeben. Bis dahin waren sie in Ermangelung einer Briefwahl gezwungen, in die Türkei zu reisen, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen zu können. Daher bringen sich inzwischen die politischen Organisationen in Deutschland noch stärker in den Wahlkampf ein und machen noch mehr Wahlpropaganda für ihre Mutterparteien in der Türkei bzw. für die

⁶ Vgl. Schührer 2009; Bundeszentrale für politische Bildung 2009.

⁷ Siehe hierzu die jährlich vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat veröffentlichten bundesweiten Fallzahlen „Politisch Motivierte Kriminalität“.

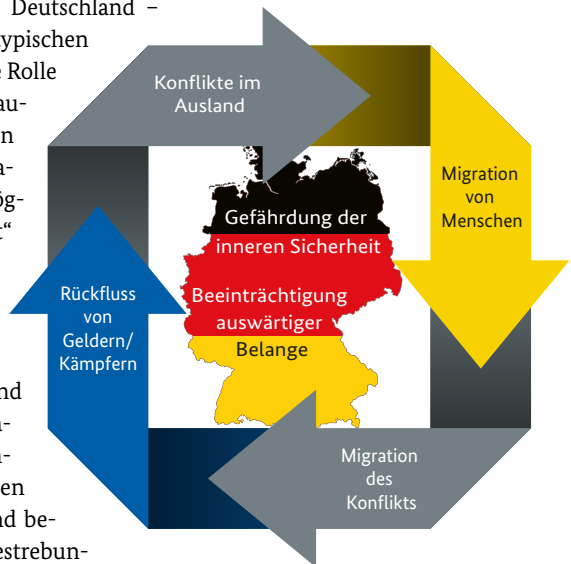
ihr nahestehenden legalen Parteien. Vorrangiges Ziel ist, die Anhängerschaft zur Stimmabgabe zu mobilisieren.

Erklärungsmodelle für transnationalen Extremismus

Klassisches Erklärungsmodell

Das klassische Erklärungsmodell für „ausländerextremistische“ Phänomene entspricht einem Kreislauf. Es wird dabei von einem im Ausland existierenden politischen Konflikt (Push-Faktor) ausgegangen, der eine Migration von Menschen auslöst, die an diesem Konflikt aktiv beteiligt oder zumindest von ihm betroffen sind. Sobald nicht nur einzelne Menschen migrieren, sondern sich im Aufnahmeland Gruppierungen bilden, die mit den Konfliktparteien im Heimatland – bei denen es sich in der Regel um politische Organisationen handelt – sympathisieren, migriert auch der Konflikt. Es kommt zu einem „Konfliktimport“. Dieser wird dann im bzw. vom Aufnahmeland aus weiter ausgetragen, wenn auch auf eine andere Art und Weise. Wenn es beispielsweise um die Hoheit über ein Territorium geht – wie in den vergangenen Jahren im vornehmlich kurdisch besiedelten Nordsyrien – agieren die mittelbar betroffenen Akteure im neuen Aufenthaltsland zwar im Sinne des Konflikts, jedoch anders als ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter vor Ort. Neben Demonstrationen und anderen Protestaktionen ist vor allem das Sammeln von Spendengeldern eine gängige Form der Unterstützung. Der Kreis schließt sich, wenn diese Gelder ins Ursprungsland transferiert werden oder Personen als Aktivistinnen und Aktivisten bzw. Kämpferinnen und Kämpfer rekrutiert werden und dorthin (re)migrieren.

Das Aufnahmeland – in diesem Falle Deutschland – spielt in diesem klassischen und idealtypischen Erklärungsmodell „lediglich“ die passive Rolle eines sicheren Rückzugs- bzw. Aktionsraumes (Pull-Faktor). Die hier herrschenden Verhältnisse sind in der Regel demokratischer und bieten mehr Entfaltungsmöglichkeiten. Durch den „Konfliktimport“ können jedoch innere Sicherheit und auswärtige Belange des Aufnahmelandes beeinträchtigt werden. Die innere Sicherheit wird beispielsweise durch Übergriffe auf die Polizei während unfriedlich verlaufender Demonstrationen oder durch gewalttätige Zusammenstöße zwischen zwei Konfliktparteien gefährdet. Die auswärtigen Belange sind betroffen, wenn von deutschem Boden Bestrebungen ausgehen, deren Zweck darin besteht, gewalt- sam in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen und dadurch das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten oder das Verhältnis zu deren Regierungen beeinträchtigt wird. Dabei muss die Gewaltanwendung nicht unbedingt auf deutschem Hoheitsgebiet stattfinden. Es können hier auch lediglich die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden.



Neuere Erklärungsansätze

Was beim klassischen Erklärungsmodell unberücksichtigt bleibt, sind die im Aufenthaltsland vorherrschenden gesellschaftlichen Bedingungen. Die langjährige Befassung mit diesen Phänomenen hat jedoch inzwischen zu der Erkenntnis geführt, dass die einfache Hypothese eines „Konfliktimports“ offensichtlich nicht vollumfänglich greift. Dies gilt besonders für Personen, die sich innerhalb transnational-extremistischer Milieus bewegen, ohne selbst Migrationserfahrungen zu haben, sondern Nachkommen von einstigen Migranten oder Menschen ohne jeglichen Migrationshintergrund sind. Hier gilt es, weitere Faktoren für die Entstehung bzw. Aufrechterhaltung transnational-extremistischer Milieus zu identifizieren.

Jan Hanrath schreibt in seinem Aufsatz „Transnationale Migrantengruppen und der Transport von Konflikten“, dass eine Reihe von Forschern davon ausgehen würden, „dass es gerade die Bedingungen im Einwanderungsland sind, die bedeutend zu einer Identitätsbildung und Orientierung von Migranten beitragen, und die Konflikt dynamiken entsprechend aus ihnen resultieren.“⁸ So können beispielsweise Diskriminierungserfahrungen vor allem bei Jugendlichen Radikalisierungstendenzen auslösen und sie in transnational-extremistische Milieus treiben (Push-Faktor). Hanrath schreibt hierzu, dass „Diskriminierungserfahrungen, Frustration und eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit seitens der Aufnahmegesellschaft zu einer

Intensivierung der Tendenz zu Abgrenzung und Exklusion“ beitrage. Jugendliche mit Migrationshintergrund würden sich dann in der für sie wichtigen Phase der Identitätsbildung „entlang ethnischer Linien“ orientieren.

Von bereits in extremistischen Milieus verkehrenden Eltern kann zudem eine Sogwirkung (Pull-Faktor) auf ihre Kinder ausgehen. Dieses Phänomen lässt sich bei allen Gruppierungen des sogenannten Ausländerextremismus beobachten – sowohl bei nationalistischen als auch bei linksextremistischen.

KOLLEKTIVISMUS⁹

Kollektivismus ist eine Sammelbezeichnung für gesellschaftspolitischen Auffassungen, bei welchen die Werteorientierung und Normen aus den Interessen des Kollektivs (bspw. Gemeinschaft oder Gruppe) hergeleitet werden. Der einzelne Bürger ordnet sich den Interessen des Kollektivs unter und handelt nach dem gemeinschaftlichen Werte- und Normsystem.

Meist sind zwei, wenn nicht sogar drei Generationen in ein und derselben Organisation aktiv. Die ohnehin im türkischen und kurdischen Kulturkreis vorherrschenden engen familiären Bindungen und der dort vorherrschende Kollektivismus tragen dazu bei, dass Werte – auch politische – in der Regel, ohne hinterfragt zu werden, für die eigene Person übernommen werden.

Doch nicht nur familiäre Bindungen können den Weg in extremistische Milieus vorbereiten. Vor allem Jugendliche orientieren sich in der Selbstfindungsphase an identitätsstiftenden Konzepten aus dem Freundeskreis. So kommt es immer wieder vor, dass deutsche Jugendliche ohne entsprechende ethnische Wurzeln sich vor allem dem türkisch/kurdisch geprägten linksextremistischen Milieu zuwenden. Vergleichbar mit zum Islam konvertierten Personen, die eine besondere Radikalität entwickeln, erlernen diese Jugendlichen in kürzester Zeit die kurdische Sprache oder machen sich mit den ideologischen Grundlagen der entsprechenden Organisation vertraut. Einige von ihnen gehen sogar soweit, sich dem bewaffneten Kampf im jeweiligen Krisengebiet anzuschließen, wohlwissend, dass sie diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen könnten.¹⁰

⁸ Hanrath 2012.

⁹ Bundeszentrale für politische Bildung 2016; Hillmann 2007.

¹⁰ Für weitere mögliche Ursachen von Radikalisierung Jugendlicher siehe das Kapitel 3.

Akteure und Inhalte

Die politischen Agenden der hier zur Debatte stehenden transnational-extremistischen Vereinigungen variieren je nach Art der Organisation: **Separatistische Gruppierungen** haben eine Loslösung ihres Herkunftsgebietes aus einem bestehenden Staatsgebilde und die Schaffung eines eigenen Staates zum Ziel. **Nationalistische Organisationen** zeichnen ein überhöhtes Selbstverständnis von der eigenen Nation und die Abwertung anderer Völker aus. **Linksextremistische Personengruppen** streben in ihren Heimatländern ein sozialistisches oder kommunistisches Herrschaftssystem an (s. Kapitel 2.3).

Die meisten der in Deutschland vertretenen „ausländerextremistischen“ Organisationen akzeptieren Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele und unterhalten in ihren Heimatländern bewaffnete Einheiten. Für Deutschland wird in der Regel ein Gewaltverzicht ausgesprochen, um sich nicht der Gefahr staatlicher Repressionen auszusetzen. Dennoch wenden sie in ihrem „Rückzugsgebiet“, als das sie Deutschland nutzen, Gewalt an – beispielsweise gegen den politischen Gegner oder gegen Polizeibeamte.

Die separatistische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

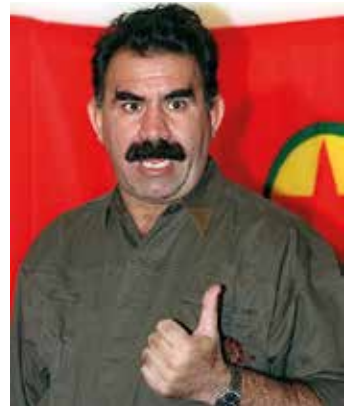
Mit bundesweit ca. 14.000 Anhängern ist die separatistische „Arbeiterpartei Kurdistans“ („Partiya Karkeren Kurdistan“, PKK) mit Abstand die mitgliederstärkste transnational-extremistische Organisation in Deutschland. Die PKK wurde 1978 unter Berufung auf eine marxistisch-leninistische Ideologie gegründet. Das Ziel war die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“ in den Siedlungsgebieten der Kurden, welches sich über die Türkei, den Irak, den Iran und Syrien erstreckt. Dieses Ziel sollte mithilfe eines Guerillakrieges erreicht werden, der seit seiner Ausrufung im Jahr 1984 um die 40.000 Todesopfer gefordert haben soll, darunter nicht nur Angehörige der türkischen Streitkräfte und PKK-Milizen, sondern auch Polizeibeamte und Zivilisten. Eine größere politische und kulturelle Eigenständigkeit der Kurden in ihren Herkunftsländern, vor allem in der Türkei, ist nunmehr die offizielle Forderung der inzwischen stärker durch kurdischen Nationalismus geprägten PKK.

Gegründet wurde die PKK von Abdullah Öcalan, dem 1949 im Südosten der Türkei geborenen Sohn einer Türkin und eines Kurden. Öcalan ging Anfang der 1970er-Jahre in die türkische Hauptstadt Ankara, um Politikwissenschaften zu studieren. Dort kam er in Berührung mit sozialistischen Ideen und engagierte sich in einer linksextremistischen Untergrundorganisation. Schließlich schuf er zusammen mit seinen Weggefährten die „Arbeiterpartei Kurdistans“, die von Beginn an mit Waffengewalt ihre Ziele zu erreichen suchte. Schon bald musste Öcalan daher die Türkei verlassen



GUERRILLA¹¹

Der Begriff bezeichnet eine bewaffnete Gruppe, die sich militärisch bspw. mit der Armee des eigenen Landes auseinandersetzt. Wörtlich übersetzt bedeutet Guerilla „kleiner Krieg“.



Abdullah Öcalan, Gründer der PKK – im Hintergrund ist das Logo der Organisation zu erkennen

¹¹ Heinritz-Fuchs/Lautmann/Rammstedt/Wienold 2007.

und hielt sich fast zwanzig Jahre, nämlich bis 1998, in Syrien auf. Im darauffolgenden Jahr – Öcalan befand sich nach einer quasi Abschiebung durch den damaligen syrischen Staatschef Hafis el-Assad inzwischen auf der Flucht – wurde er in Kenia von türkischen Spezialeinheiten verhaftet und auf die Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer gebracht. Dort verbüßt er eine lebenslange Haftstrafe, in welche die Todesstrafe, zu der er verurteilt wurde, nach ihrer Abschaffung in der Türkei umgewandelt wurde.

Für Deutschland erlangte die PKK an Bedeutung, als in den 1980ern und 1990ern eine größere Zahl von Kurden hierher emigrierte. Unter ihnen waren auch PKK-Anhängerinnen und -Anhänger, die weiterhin für ihre Organisation aktiv sein wollten. Als sie jedoch im Juni 1993 das türkische Generalkonsulat in München überfielen, zwanzig Geiseln nahmen und es nahezu zeitgleich rund sechzig Überfälle und Brandanschläge auf türkische Einrichtungen wie Banken, Reisebüros und Vereine gab, wurde die PKK im November desselben Jahres durch den Bundesminister des Inneren (BMI) verboten. Im März 2017 und erneut im Januar 2018 aktualisierte das BMI die Verbotungsverfügung mit der Begründung, dass Wesen, Ziele und organisatorischer Apparat der PKK im Wesentlichen gleich geblieben seien.

Galt die PKK in Deutschland anfangs lediglich als kriminelle Organisation, so ist sich die Gerichtsbarkeit inzwischen einig, dass es sich bei ihr um eine kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland nach §§ 129a und 129b StGB handelt. Darüber hinaus wurde die PKK 2002 auf die Liste der terroristischen Organisationen der Europäischen Union gesetzt. Rechtsfolgen des Listings sind vor allem finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen in Form des Einfrierens von Vermögenswerten. Einen Automatismus dergestalt, dass ein Vereinsverbot in Deutschland automatisch zu einem Antrag der Bundesrepublik Deutschland auf Aufnahme der entsprechenden Organisation auf die Terrorliste der Europäischen Union führt, gibt es jedoch nicht.¹²



Instrumentalisierung des Victory-Zeichens durch die PKK-Szene

Trotz des Verbots und der Aufnahme in die EU-Terrorliste betrachtet sich die PKK auch in Deutschland weiterhin als einzig legitime Vertreterin der kurdischen Volksgruppe und erhebt damit einen Führungsanspruch, an dem andere kurdische Organisationen bisher gescheitert sind. Das wiederum wirkt sich auf die Selbstwahrnehmung ihrer Anhängerinnen und Anhänger aus, die kein Verständnis für einen kritischen Umgang mit der PKK erkennen lassen. Auch innerhalb der deutschen Gesellschaft kann die PKK auf einen breiten Sympathisantenkreis zurückgreifen. Dieser besteht vorwiegend aus Personen, die aus „Solidarität mit Kurdistan und den Kurden“ leicht die kriminellen bis terroristischen Züge der PKK übersehen.

Die türkisch-nationalistische „Ülkücü-Bewegung“

Die bedeutendste nationalistische Bestrebung aus dem Phänomenbereich Ausländerextremismus ist seit mehreren Jahren die türkische „Ülkücü-Bewegung“ („**Bewegung der Idealisten**“) mit ihren als „**Graue Wölfe**“ bekannten Mitgliedern. Diese Bewegung glorifiziert das Türkentum und sieht sich als einzig wahre Hüterin türkischer Werte und Kultur – überhöht diese jedoch. Damit schürt sie Intoleranz gegenüber anderen Volksgruppen, was nicht im Sinne der im Grundgesetz in Artikel 9 geschützten Völkerverständigung

¹² Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages 2011.

und somit des gesellschaftlichen Friedens ist. Anhängerinnen und Anhänger der Ülkücü-Bewegung haben ein autoritär geprägtes Gesellschaftsverständnis und zeigen eine überdurchschnittliche Waffenaffinität; diese und die vorgenannten Merkmale klassifizieren zumindest Teile der türkisch-nationalistischen Szene als rechtsextremistisch.

Traditionell orientieren sich nationalistisch eingestellte Türkinnen und Türken an der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ („Milliyetçi Hareket Partisi“, MHP). Die MHP ist in der Türkei eine legale Partei und im dortigen Parlament vertreten. Ihr Logo besteht aus drei weißen Halbmonden auf rotem Untergrund – oft auch vereinfacht mit dem Schriftzug „cCç“ dargestellt. Ein weiteres, innerhalb dieser Szene weit verbreitetes Symbol ist der mit den Fingern der rechten Hand geformte „Wolfsgruß“, der dem in deutschen Schulen verwendeten „Leisefuchs/Schweifefuchs“ zum Verwechseln ähnlich sieht.

Der Ausdruck „Graue Wölfe“ ist die Übersetzung des türkischen Begriffs „Bozkurtlar“. So bezeichnet die Nationalistische Bewegung ihre jungen männlichen Anhänger. In den 1970er-Jahren bildeten die rechtsorientierten „Grauen Wölfe“ paramilitärische Einheiten, die regelmäßig gewalttätige Auseinandersetzungen mit linksorientierten Studentengruppen suchten. Junge weibliche Anhängerinnen der Nationalistischen Bewegung werden übrigens „Asena“ genannt. Beide Bezeichnungen entstammen der türkischen Ursprungsmythologie, nach der die Türken von der Wölfin Asena abstammen.¹³



Der Wolfsgruß türkischer Ultranationalisten

Innerhalb des türkisch-nationalistischen Milieus spielt das Narrativ des „Europäischen Türkentums“ („Avrupa Türklügü“) eine große Rolle. Der Gründer und langjährige Vorsitzende der MHP, Alparslan Türkeş, prägte diesen Begriff als Gastredner auf der Generalversammlung seiner Anhänger in Deutschland im Jahr 1995. Damals forderte er die Anwesenden auf, aus pragmatischen Gründen die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen – nach der Logik „Werde Deutscher, bleibe Türke“. Durch den Eintritt in politische Parteien und die Übernahme verantwortungsvoller Ämter sollte zusätzlich versucht werden, spezifisch türkische Interessen gesellschaftlich zu manifestieren.¹⁴

Da die Ülkücü-Bewegung bzw. die unter diesem Begriff zusammengefassten Dachverbände und Vereine weder in der Türkei noch in Deutschland verboten sind oder als terroristisch gelten, haben sie so gut wie keine Sanktionen zu befürchten. Allerdings werden sie wie alle hier aufgeführten Organisationen vom Verfassungsschutz beobachtet, was durchaus mit Einschränkungen beispielsweise bei der Anmietung von Veranstaltungsräumen oder der steuerlichen Befreiung eines eingetragenen Vereines verbunden sein kann.

Türkisch-linksextremistische Organisationen

Auch die meisten linksextremistischen Bestrebungen im Phänomenbereich „Ausländerextremismus“ sind Ableger von Hauptorganisationen in der Türkei. Das Bundesamt für Verfassungsschutz benennt die Zahl der in türkischen linksextremistischen Organi-

¹³ Vgl. Arslan 2009.

¹⁴ Vgl. Bozay 2017.

sationen engagierten Personen mit etwa 2.550.¹⁵ Besonders in Erscheinung treten – vor allem im Zusammenwirken mit der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) oder mit deutschen linksextremistischen Organisationen – die „**Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei**“ („**Marksist Leninist Komünist Parti**“, MLKP) und die „**Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten**“ („**Türkiye Komünist Partisi/Marksist Leninist**“, TKP/ML).

Die MLKP wurde 1994 gegründet und hat in Deutschland ca. 600 Anhänger. Die TKP/ML wurde bereits 1972 gegründet, ist seit den 1990er-Jahren jedoch in zwei Lager gespalten und hat bundesweit ca. 800 Anhänger. Beide Organisationen haben ihre Wurzeln in der Ideologie des Marxismus-Leninismus. Ihr gemeinsames Ziel ist der Umsturz des türkischen Staates und die Etablierung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Sie vereint weiter, dass sie sich als Vorhut der Arbeiterklasse sowie ethnischer Minderheiten in der Türkei verstehen. Zur Verteidigung derer Interessen greifen sie jedoch nicht nur zu

politischen Mitteln, sondern auch zu Waffen. Vor allem die Guerillaeinheit der TKP/ML, die „Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ („Türkiye İşçi Köylü Kurtuluş Ordusu“, TIKKO), verübt in der Türkei terroristische Anschläge und ist in Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften verwickelt. So kam es laut eigenen Angaben der TKP/ML zwischen dem 24. und 28. November 2016 im Südosten der Türkei zu Gefechten mit türkischen Sicherheitskräften, bei denen 24 Mitglieder der TIKKO den Tod fanden.



Emblem der TKP/ML und ihrer bewaffneten Einheiten, der TIKKO

Nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges im Jahr 2011 mobilisierte die MLKP ganz offen für den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS). MLKP-Mitglieder kämpften dabei gemeinsam mit dem militärischen Arm der PKK vor allem im von Kurden besiedelten Nordsyrien und im Nordirak. Dem Aufruf der MLKP folgten nicht nur Sympathisierende aus der Türkei, sondern auch aus Deutschland. Als am 20. Januar 2018 das türkische Militär im nordsyrischen Afrin seine „Operation Olivenzweig“ mit dem vorrangigen Ziel, die kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) aus dem Grenzgebiet zur Türkei zu vertreiben, startete, zeigten sich die linksextremistischen Gruppierungen kämpferisch. Sie erklärten, mit eigenen Kämpferinnen und Kämpfern Widerstand gegen das als „Besatzer“ bezeichnete türkische Militär leisten zu wollen.

In der Türkei sind die TKP/ML und die MLKP als terroristische Vereinigungen verboten – nicht jedoch in Deutschland. Dennoch treten sie hier nicht offen als Partei auf, sondern unterhalten Umfeldorganisationen, die ihnen thematisch nahestehen und bei der Durchführung von Veranstaltungen, Demonstrationen und sonstigen Aktionen behilflich sind. Anlassbezogen findet auch eine Zusammenarbeit mit deutschen Linksextremisten statt.

Um eine sowohl in der Türkei als auch in Deutschland verbotene Organisation handelt es sich bei der „**Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front**“ („**Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi**“, DHKP-C). Sie ist aus der 1978 gegründeten und 1983 in Deutschland verbotenen „Devrimci Sol“ („Dev-Sol“) hervorgegangen. Im August 1998 wurde die DHKP-C als Ersatzorganisation der Dev-Sol in das Verbot miteinbezogen. In der Türkei ist die DHKP-C terroristisch aktiv. Im Juni 2012 begann sie dort eine Serie

¹⁵ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2018.

¹⁶ Landesamt für Verfassungsschutz.

von Anschlägen, die als Vergeltungsaktionen für den Tod von Aktivistinnen und Aktivisten durch türkische Sicherheitskräfte gerechtfertigt wurden. Richteten sich diese zunächst gegen Einrichtungen und Angehörige der Polizei, waren später auch andere türkische und US-amerikanische Einrichtungen und Personen Ziele der Anschläge. So nahmen beispielsweise zwei DHKP-C-Mitglieder im März 2015 im zentralen Justizgebäude von Istanbul einen Staatsanwalt in seinem Büro als Geisel. Bei dem Befreiungsversuch kam es zu einem Schusswechsel mit der Polizei. Dabei wurden der Staatsanwalt und die Täter erschossen. Die verschärften Sicherheitsmaßnahmen nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei am 15. Juli 2016 führten wieder zu einem deutlichen Rückgang von Anschlägen der DHKP-C.

In Europa agiert die DHKP-C gewaltfrei. Dennoch wird sie seit 2002 in der Liste terroristischer Organisationen der Europäischen Union aufgeführt – in den USA gilt sie bereits seit 1997 als terroristische Organisation. Funktionäre dieser verbotenen Organisation verhalten sich konspirativ, sie verwenden z. B. Decknamen und wechseln häufig den Aufenthaltsort. Ihre Anhänger haben Tarnorganisation gegründet, die sich als „Anatolische Föderation“ („Anadolu Federasyonu“) oder als „Volksfront“ („Halk Cephesi“) bezeichnen.

Ein wichtiger Bestandteil des DHKP-C-Spektrums ist die im Jahr 1985 in der Türkei gegründete Musikgruppe „Grup Yorum“, die sich selbst als eine Gruppe mit einem „revolutionär-sozialistischen Musikverständnis“ darstellt. Neben ihrer Betätigung als Musiker beteiligen sich ihre Mitglieder auch an Demonstrationen, Streiks und Besetzungsaktionen. Aufgrund ihrer engen Verbindungen zur verbotenen DHKP-C werden gegen das Ensemble häufig Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation eröffnet. Die meisten von ihnen waren schon einmal in Haft, weshalb sich die Zusammensetzung der Band öfter ändert. „Grup Yorum“ tritt auch in Deutschland auf, vornehmlich vor Publikum, das mit der DHKP-C sympathisiert. Ihre Konzerte dienen u. a. der Propaganda für die verbotene Organisation, indem ihre Publikationen verteilt werden sowie Spruchbänder und Bilder mit DHKP-C-Bezug zu sehen sind. Es kommt auch vor, dass Redeauftritte von Organisationskadern in den Programmablauf aufgenommen werden.



Emblem der DHKP-C-nahen Musikgruppe „Grup Yorum“

Anders als die vorgenannte MLKP oder TKP/ML hat die DHKP-C ein eher distanziertes Verhältnis zur kurdischen PKK. Ihr Vorwurf lautet, dass sich die PKK zu sehr von ihren ursprünglich revolutionären Zielen entfernt und zu einer von Nationalismus geprägten Organisation gewandelt habe. Entsprechend finden weder gemeinsame Veranstaltungen in Deutschland statt, noch unterstützte die DHKP-C mit eigenen Einheiten die PKK im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS).

Strukturen und Aktionsformen

Zur Bewertung extremistischer Organisationen ist es wichtig, sich nicht auf das primär wahrnehmbare Wirken nach außen zu beschränken. Denn durch öffentlichkeitswirksame Teilnahmen an örtlichen Stadtfesten, vordergründig unpolitischen Kulturveranstaltungen oder Sportturnieren für Jugendliche kann es extremistischen Organisationen durchaus gelingen, ein unvollständiges bzw. verzerrtes Bild von sich zu konstruieren. Es muss auch der Blick in das Innenleben, auf den strukturellen

Aufbau und die organisationsinternen Mechanismen sowie auf die Angebote für die Mitglieder gerichtet werden. Erst dann werden die kritischen Aspekte sowie Rekrutierungs- und Mobilisierungsstrategien extremistischer Organisationen auch für den Laien erkennbar. Das wiederum ist wesentlich für eine erfolgreiche Extremismusprävention.

Die separatistische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)



*Emblem der
NAV-DEM, der
Dachorganisation
PKK-naher Vereine
in Deutschland*

In Deutschland hat die mit der PKK sympathisierende Szene mit den Jahren ein weites Netz von illegalen, aber auch legalen Strukturen aufbauen können. Eine zentrale Rolle spielen dabei eingetragene kurdische Vereine, in denen fast ausschließlich Anhängerinnen und Anhänger der PKK verkehren – und zwar Generationen übergreifend. Diese sind unter dem Dach des „Demokratischen Gesellschaftszentrums der KurdInnen in Deutschland e. V.“ („Navenda Civaka Demokratîya Kurdên li Elmanyayê“, NAV-DEM) organisiert. Auf der Homepage von NAV-DEM findet man eine Auflistung seiner Mitgliedsvereine, die von den Sicherheitsbehörden als „PKK-nahe Vereine“ bezeichnet werden und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen.

Die direkt mit der PKK in Verbindung stehenden und daher illegalen Strukturen werden von dem „Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa“ („Kongreya Civakên Demokratîk a Kurdîstaniyên Li Ewropa“, KCDK-E) bestimmt. Dieser setzt die Vorgaben der obersten PKK-Führung, die sich im nordirakischen Kandil-Gebirge aufhält, in die Praxis um. Hierfür bedient sie sich der Räumlichkeiten der „PKK-nahen-Vereine“. Auch wenn die Eigenbezeichnungen sowohl des legalen als auch des illegalen Spektrums das Wort „demokratisch“ beinhalten, so kann bei weitem nicht von demokratischen Verhältnissen gesprochen werden. Bei der PKK handelt es sich um eine straff hierarchische Kaderorganisation, in der ein autoritärer Führungsstil herrscht; sie überlässt nichts dem Zufall und verfügt über interne Kontroll- und Sanktionsmechanismen.

Um in so viele Gesellschaftsbereiche wie möglich einzudringen, hat die PKK zahlreiche Teilorganisationen speziell für Frauen, Jugendliche, Studierende und die innerhalb der kurdischen Volksgruppe vertretenen unterschiedlichen Glaubensrichtungen gegründet. Besonders wirkungsvoll sind die vom Betätigungsverbot des BMI ebenfalls betroffenen Jugendorganisationen, die die Bezeichnungen „KOMALEN CIWAN“ („Gemeinschaften der Jugend“) oder „Ciwanan Azad“ („Freie Jugend“) tragen. Sie treten vor allem bei Demonstrationen oder durch sogenannte „hit-and-run-Aktionen“ in Erscheinung. Darunter versteht man militante Aktionen wie das Werfen von Molotowcocktails. Der „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ („Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan“, YXK) versucht vorwiegend, Räumlichkeiten von Universitäten für propagandistische Veranstaltungen im Sinne der PKK zu nutzen und mobilisiert unter den Studierenden für externe Veranstaltungen.

Primär von der Gesellschaft wahrgenommene Aktivitäten der PKK-Szene sind vor allem die von den eingetragenen Vereinen durchgeführten Demonstrationen. Diese sind in der Regel bei der örtlichen Ordnungsbehörde angemeldet und thematisieren aktuelle Ereignisse in den Herkunftsländern der Kurden, vornehmlich in der Türkei und in Syrien. Während der Schreckensherrschaft des sogenannten „Islamischen Staates“ in Syrien und Irak fanden zahlreiche Demonstrationen gegen die Besetzung kurdischer Städte durch diese Terrororganisation statt. Regelmäßig beinhalten sie auch die Forderung, den PKK-Gründer Abdullah

Öcalan aus seiner lebenslangen Haft zu entlassen, oder die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland. An diesen Demonstrationen nehmen häufig hundert und mehr Personen teil, wobei neben jungen Männern auch immer Frauen und Kinder vertreten sind.

Einem weit geringeren Publikum sind interne Aktivitäten der PKK-Szene bekannt, bei denen sie die Gründung ihrer Partei feiert oder ihrer verstorbenen Kämpfer gedenkt. Derartige Veranstaltungen, an denen meist mehrere Generationen teilnehmen, sind geprägt von Militarismus und Kampfgeist. Junge Frauen und Männer – die meisten mit Sicherheit in Deutschland aufgewachsen, wenn nicht sogar geboren – laufen uniformiert, im Gleichschritt und Fahnen der PKK schwenkend in die Veranstaltungssäle ein. Dabei rufen sie in kurdischer Sprache: „Die Märtyrer sind unsterblich!“ und „Lang lebe Apo!“ Apo ist die Kurzform von Abdullah und innerhalb dieses Milieus die gängige Bezeichnung für Abdullah Öcalan, um den auch noch 20 Jahre nach seiner Verhaftung ein absoluter Personenkult betrieben wird. Anlässlich seines Geburtstages finden in den Vereinen Feiern statt, bei denen kleine Kinder Geburtstagslieder für den Gründer der PKK singen. Sie wachsen mit der Vorstellung auf, dass Öcalan der einzig rechtmäßige Anführer der Kurden in einem scheinbar niemals endenden Kampf gegen Unterdrückung und Unterjochung sei.



Anhängerinnen und Anhänger der PKK in Berlin

Ein von der Gesellschaft gänzlich unbemerkt ablaufender Prozess – da strafbar – ist das Sammeln von Geldern für den Parteiapparat der PKK und für die Versorgung und Ausstattung ihrer Guerillakämpfer; aber auch für den aufwendigen Medienapparat sowie weitere Propagandaaktivitäten braucht die PKK hohe Geldsummen. So sollen möglichst viele kurdische Landsleute bei der alljährlichen „Spendenkampagne“ einen an ihrem Einkommen ausgerichteten, größeren Betrag zahlen. Auf diese Weise nimmt die PKK inzwischen allein in Deutschland deutlich über zehn Millionen Euro pro Jahr ein. Dabei ist eine nahezu kontinuierliche Steigerung zu beobachten: Die Einnahmen durch diese Kampagne haben sich innerhalb der letzten zehn Jahre (2007–2017) fast verdreifacht.



Personenkult um Abdullah Öcalan

Der aufwendige Medienapparat der PKK wurde bereits angesprochen. Neben Fernsehsendern, Zeitschriften und Internetseiten spielt die in Deutschland mit einer Auflage von ca. 10.000 Exemplaren herausgegebene Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ („Neue Freie Politik“; YÖP) eine besondere Rolle. Bei uns ist diese freiverkäufliche türkisch/kurdisch-sprachige Publikation eines der zentralen Sprachrohre der PKK. Sie dient der Verbreitung organisationsspezifischer Themen und grundlegender politischer Äußerungen von PKK-Funktionären. Die Mobilisierung für Veranstaltungen findet zunehmend über soziale Netzwerke im Internet statt.



Die PKK-Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“

Die türkisch-nationalistische Ülkücü-Bewegung

Die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“, ADÜTDF) bildet innerhalb der ultranationalistischen Ülkücü-Bewegung die größte Gruppierung. Von ihren Mitgliedern wird sie ausschließlich „Türk Federasyon“ genannt. Gegründet wurde die ADÜTDF bereits



Emblem der ADÜTDF, des größten Dachverbandes türkisch-nationalistischer Vereine in Deutschland

im Jahr 1978 in Frankfurt am Main; dort hat sie seither auch ihren Vereinssitz. Im Dachverband „Türkische Konföderation in Europa“ („Avrupa Türk Konfederasyon“, ATK) sind neben der ADÜTDF zehn weitere nationale Vereinigungen z. B. aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden vereint. Bundesweit hat die ADÜTDF ca. 170 Ortsvereine. Sie nennen sich „Idealistenverein“ („Ülkü Ocağı“) oder „Türkischer Kulturverein“ und sind vor allem auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen und Baden-Württemberg verteilt.

Im Gegensatz zu den anderen hier genannten extremistischen Milieus aus dem Bereich „Ausländerextremismus“ setzen nationalistische Türken weniger auf öffentlichkeitswirksame Handlungsmuster wie beispielsweise das Durchführen von eigenen Demonstrationen. Allerdings nehmen Personen aus dem Ülkücü-Spektrum immer öfter an Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen von Anhängern der „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ („Adalet ve Kalkınma Partisi“, AKP) teil. Das hat seinen Grund in dem neuerlichen Bündnis zwischen der AKP und ihrer eigenen Partei, der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ („Milliyetçi Hareket Partisi“, MHP) in der Türkei; daher vermischt sich zum Teil das Klientel beider Parteien auch hier in Deutschland. Die türkischen „Idealistenvereine“ sind gerne – wie auch die PKK-nahen kurdischen Vereine – auf örtlichen Stadtfesten mit eigenen Ständen vertreten. Im Vordergrund stehen dann jedoch weniger die Verbreitung politischer Botschaften, sondern der Verkauf von Kulinarischem. Bei genauerem Hinsehen kann man aber die eindeutige Symbolik der Vereine erkennen, für die eine derartige Teilnahme jedoch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat, kommt sie doch der Akzeptanz in der Mitte der Gesellschaft gleich.



Emblem der türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP

Die Mitglieder der ADÜTDF sehen sich als eine einzige große Familie und legen daher Wert darauf, viel Zeit miteinander zu verbringen. Sie treffen sich dafür in den jeweiligen Vereinsräumlichkeiten oder in angemieteten Festsälen zu unterschiedlichen Anlässen. Das können sowohl türkische oder muslimische Feiertage, Familienfeiern aber auch der Geburts- oder Todestag des Gründers ihrer Partei, Alparslan Türkes, sein. Um ihn wird auch heute noch, mehr als zwanzig Jahre nach seinem Ableben, ein absoluter Personenkult betrieben. Seine ideologischen Thesen gehören zum Schulungsprogramm für nachkommende Generationen. In Seminaren, die auch mehrtägig sein können, werden Jugendliche mit Alparslan Türkes und seinen Weggefährten, wie zum Beispiel dem bekennenden Rassisten

Nihal Atsız, vertraut gemacht. In der Regel handelt es sich dabei um Kinder von Vereinsmitgliedern, denn im Ülkücü-Milieu ist die familiäre Bindung an die Partei noch stark ausgeprägt.

Korankurse, Theatergruppen und Fußballmannschaften runden das Angebot für Kinder und Jugendliche ab und tragen dazu bei, dass die Vereine zu wichtigen Bezugsorten werden. Nicht ohne Grund spricht man von der Ülkücü-Bewegung als einer stark identitätsstiftenden Bewegung, die den Heranwachsenden neben einer klaren Identität auch ein einfaches Weltbild vermittelt. Darin spielt die glorifizierte Türkei mit ihren Helden der Vergangenheit und der Gegenwart die Hauptrolle.

Türkisch-linksextremistische Organisationen

Auch wenn die Anhängerzahlen der türkisch-linksextremistischen Organisationen überschaubar sind, haben sie in Deutschland mehrere Verbände und Vereine gegründet, die bereits seit vielen Jahren existieren. Zwar sind TKP/ML und MLKP hierzulande nicht verboten, dennoch haben sie über die Jahre ein Netz sogenannter Umfeldorganisationen aufbauen können, die den

Hauptorganisationen inhaltlich sehr nahestehen und in ihrem Sinne Aktivitäten entfalten. Die verbotene DHKP-C ist dagegen auf sogenannte Tarnorganisationen, bei denen es sich wie bei den Umfeldorganisationen um legale, eingetragene Vereine handelt, angewiesen.

Die TKPM/ML wird in der Öffentlichkeit vor allem von der „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland“ („Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu“, ATIF) bzw. von der europäischen Dachorganisation „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa“ („Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu“, ATIK) und von der „Neuen Demokratischen Jugend“ („Yeni Demokrat Gençlik“, YDG) vertreten. Die gängigen Handlungsmuster dieser Organisationen sind das Betreiben von Informationsständen, die Teilnahme an Demonstrationen und das Durchführen von Gedenkveranstaltungen zu Ehren des Parteigründers der TKP/ML, Ibrahim Kaypakkaya. Aber auch das Gedenken an TKP/ML-Kämpferinnen und -kämpfer, die bei Gefechten mit türkischen Sicherheitskräften den Tod gefunden haben, und Solidaritätsveranstaltungen für in Deutschland inhaftierte TKP/ML-Aktivistinnen und Aktivisten.



Emblem der ATIF

Die MLKP wird von der „Föderation der Arbeitsimmigrant/innen in Deutschland e. V.“ („Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu“, AGIF) bzw. der europäischen Dachorganisation „Konföderation der unterdrückten Immigranten in Europa“ („Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu“, AvEG-KON) unterstützt.



Emblem der AGIF

Besonders aktiv ist die ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierung „Young Struggle“. Sie gilt als Jugendorganisation der MLKP, die sich wie folgt selbst darstellt:

„Young Struggle wurde im Herbst 2010 durch einen Europakongress gegründet. Die zuvor als Aveg-Kon-Jugend agierende Jugendorganisation organisierte sich während dieses Kongresses zu Young Struggle. Mit diesem Schritt wurde eine europaweite Struktur für den gemeinsamen, revolutionären Kampf der einheimischen und migrantischen Jugendlichen aus den jeweiligen Ländern geschaffen. Dies war nicht nur eine Namensänderung, vielmehr ein notwendiger Schritt im revolutionären Kampf um Jugendliche zu politisieren und zu organisieren für eine bessere und gerechtere Gesellschaft.“¹⁷

Zu den Hauptaktivitäten von „Young Struggle“ gehören die Teilnahmen an Demonstrationen und anderen Protestaktionen. So beteiligten sich ihre Mitglieder an den Protesten gegen das im Juli 2017 in Hamburg stattgefundenen jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs der „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt“ (G20). Zum Schutz des G20-Gipfels waren mehr als 20.000 Polizeibeamte im Einsatz gewesen; damit handelte es sich um den größten Polizeieinsatz in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Unter den vielen Demonstranten, die in der Gipfelwoche gegen die Veranstaltung protestierten, befanden sich nämlich circa 8.000 Gewaltorientierte. Es kam unter anderem zu massiven Konfrontationen mit Polizeikräften und zu erheblichen Sachschäden – eingeschlagene Scheiben an Polizeifahrzeugen, Ladenlokalen und Verwaltungsgebäuden, angezündete Müllcontainer und zerstörte Straßen.



Logo der Gruppe Young Struggle

Ein weiteres Aktionsfeld von Young Struggle ist das Durchführen von Festivals und Jugendcamps, die mit relativ harmlos klingenden Worten beworben werden:

¹⁷ Young Struggle Duisburg.

„Jedes Jahr kommen Jugendliche aus ganz Europa zusammen, um solidarisch zusammen zu lernen, Zeit miteinander zu verbringen oder einfach ein bisschen Spaß zu haben. Das Camp wird von Jugendlichen für Jugendliche organisiert und der Fokus liegt dabei darauf, ein bisschen Abstand von unserem stressigen Alltag in einem System zu bekommen, das uns jeden Tag so einiges abfordert. Deshalb ist es für uns die oberste Priorität, dass wir genossenschaftlich miteinander umgehen und aufeinander achtgeben. Jeden Tag gibt es verschiedene Vorträge, Diskussionen, Workshops und Freizeitaktivitäten, an denen jede*r teilnehmen kann.“¹⁸

Diese Selbstdarstellung zeigt jedoch nur das eine Gesicht der MLKP-nahen Szene. Wie bereits erwähnt mobilisierte die MLKP nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges im Jahr 2011 offen für den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ und gründete sogar eigene Kampfeinheiten zur Unterstützung des militärischen Arms der PKK in Nordsyrien und im Nordirak. Durch die Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg hat die MLKP auch Tote aus ihren Reihen zu beklagen. Diese werden bei speziellen Gedenkfeiern für die in Rojava – so die kurdische Bezeichnung Nordsyriens – Gefallenen geehrt. Prominentestes Beispiel ist Ivana H., eine 1995 in Düsseldorf geborene deutsche Staatsbürgerin mit westafrikanischen Wurzeln väterlicherseits. Am 7. März 2015 wurde sie in einem Gefecht gegen bewaffnete Kräfte des „Islamischen Staat“ im syrischen Tell Tamer getötet. Seitdem gilt sie innerhalb der Szene als eine besondere Märtyrerin.

Die Anhängerinnen und Anhänger der DHKP-C sind in der Anatolischen Föderation und ihren Ortsvereinen organisiert, wo ebenfalls ein ausgeprägter Märtyrerkult um Mitglieder der Organisation betrieben wird, die bei terroristischen Aktionen ihr Leben verloren haben. Dafür werden in den Vereinsräumlichkeiten Bildnisse der Verstorbenen ausgelegt und mit Kerzen geschmückt. In diesen Vereinen verkehren mehrere Generationen und somit auch Kinder, die mit diesem Märtyrerkult aufwachsen. So besteht die Gefahr, dass sie diesen Kult nicht mehr hinterfragen, sondern als Selbstverständlichkeit betrachten.

Diese Glorifizierung von sogenannten „Märtyrern“ findet auch in der Zeitschrift „Yürüyüş“ („Marsch“) statt. Als zentrales Publikationsorgan der DHKP-C sind Herstellung und Vertrieb der „Yürüyüş“ ebenfalls vom Verbot der Organisation aus dem Jahr 1998 erfasst. Damit unterliegt der Vertrieb dieser Publikation denselben strafrechtlichen Sanktionen wie alle sonstigen gegen das DHKP-C-Verbot gerichteten Aktivitäten.

Ein weiteres Aktionsfeld für die DHKP-C-Szene ist das Durchführen von Demonstrationen und das Betreiben von Infoständen, um auf die Situation von den in Deutschland, aber auch in der Türkei inhaftierten Personen aus ihren eigenen Reihen aufmerksam zu machen, beispielsweise für den mutmaßlichen Europaleiter. Dessen Festnahme im Dezember 2016 in Hamburg war ein großer Erfolg für die Ermittlungsbehörden und gleichzeitig ein schwerer Schlag für die DHKP-C in Deutschland und Europa. Die Szene rief daraufhin das Motto „Revolutionär zu sein ist kein Verbrechen“ aus. Unter diesem Motto entwickelte sie unterschiedliche Aktivitäten, unter anderem einen „Langen Marsch“, der vom 31. Dezember 2016 bis 18. März 2017 durch verschiedene deutsche Städte und ins benachbarte Ausland führte und von Kundgebungen begleitet war.

¹⁸ Young Struggle.

Fazit

Die Beleuchtung des Phänomenbereichs „Transnationaler Extremismus“ bzw. „Ausländerextremismus“ und der polizeilichen Kategorie „Politisch Motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie“ mit dem Fokus auf die Türkei als Herkunftsregion hat gezeigt, dass es in Deutschland extremistische Milieus gibt, die bereits seit Jahrzehnten existieren und denen es noch immer gelingt, in den nachrückenden Generationen Anhänger zu rekrutieren. Trotz ihrer breiten Präsenz scheinen diese Bereiche von der Extremismusprävention bisher jedoch nur wenig beachtet worden zu sein. Das mag mitunter daran liegen, dass es wie gezeigt unterschiedliche Herangehensweisen an diese transnational-extremistischen Phänomene gibt bzw. dass auf einer deskriptiven Ebene verblieben wird und es an analytischen Arbeiten diesbezüglich mangelt.

Eine eingehende Beschäftigung mit in sich geschlossen wirkenden transnational-extremistischen Migrantenmilieus, auf der dann eine gute Präventionsarbeit aufbauen kann, ist jedoch nötiger denn je; nicht zuletzt, da seit einigen Jahren auch das Konfliktpotenzial zwischen den einzelnen extremistischen Gruppierungen immer explosiver geworden ist. Nicht selten kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängerinnen und Anhängern der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und Personen mit türkischem Migrationshintergrund, wobei beide Lager zu nationalistischen, das Gegenüber abwertenden Einstellungen neigen.¹⁹ Seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges gerieten in Deutschland vereinzelt auch sogenannte Salafistinnen und Salafisten sowie kurdischstämmige Personen aneinander. Damit werden die im Nahen Osten vorherrschenden Konflikte auch in Deutschland ausgetragen – wenn auch nicht mit denselben zerstörerischen Mitteln und in viel geringeren Dimensionen. Dennoch drängen sich hier folgende Fragen auf: Weshalb übernehmen Jugendliche Identitätskonstruktionen extremistischer Organisationen, die ihren Ursprung im Ausland haben? Wie kann eine Sozialisationskette innerhalb transnational-extremistischer Milieus unterbrochen werden? Mit welchen Identitätsangeboten für Jugendliche mit Migrationshintergrund kann Extremismusprävention dauerhaft gelingen?

¹⁹ Vgl. Hanroth 2011.

Literatur

- Arslan, Emre (2009): Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum: Türkische Graue Wölfe in Deutschland. Wiesbaden, VS Verlag.
- Aslan, Fikret/Bozay, Kemal (Hrsg.) (2012): Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland. Münster, Unrast Verlag.
- Bayrak, Sercan/Vidinlioglu, Ilker (2012): 'Ausländerextremismus' im Wandel? in Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutz 1952-2012. Stuttgart, Buderich Verlag.
- Bozay, Kemal (2017): Unter Wölfen?! Rechtsextreme und nationalistische Einstellungen unter Türkeistämmigen in Deutschland. In: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, Springer VS.
- Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.) (2017): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, Springer VS.
- Bozay, Kemal/Mangitay, Orhan (Autoren): Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V. (Hrsg.) (2016): Ich bin stolz, Türke zu sein. Graue Wölfe und türkischer (Rechts-)Nationalismus in Deutschland. Wuppertal, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2009): Aus Politik und Zeitgeschichte: Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, Ausgabe 5/2009. Bonn, BpB.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2011): Aus Politik und Zeitgeschichte: 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei, Ausgabe 43/2011. Bonn, BpB.
- Erben, Sayime (2009): Zwischen Diskriminierung und Straffälligkeit. Diskriminierungserfahrungen strafällig gewordener türkischer Migrant*innen der dritten Generation in Deutschland. München, Utz-Verlag.
- Greuel, Frank/Glaser, Michaela (Hrsg.) (2012): Ethnozentrismus und Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Erscheinungsformen und pädagogische Praxis in der Einwanderungsgesellschaft. Halle, Deutsches Jugendinstitut.
- Hanrath, Jan (2011): Spannungen zwischen Migrantengruppen: Importiert oder hausgemacht? Empfehlungen an kommunale Akteure am Beispiel des türkisch-kurdischen Konflikts. In: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.). Bonn.
- Hanrath, Jan (2012): Transnationale Migrantengruppen und der Transport von Konflikten – Das Beispiel Türken und Kurden in Berlin. Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 105/2012).
- Heinrich Böll Stiftung (Migration Integration Diversity) (2011): Transnationalismus & Migration (Dossier). Berlin, S. 7.
- Heinritz-Fuchs, Werner/Lautmann, Rüdiger/Rammstedt, Otthein/Wienold, Hannes (2007): Guerilla. In: Heinritz-Fuchs, Werner/Lautmann, Rüdiger/Rammstedt, Otthein/Wienold, Hannes (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie. 4. grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 258.
- Hillmann, Karl-Heinz (2007): Kollektivismus. In: Wörterbuch der Soziologie. 5. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart, Alfred Körner Verlag, S. 434.
- Römhild, Regina (2011): Transnationale Migration und soziokulturelle Transformation: Die Kosmopolitisierung der Gesellschaft. In: Heinrich Böll Stiftung (Migration Integration Diversity): Transnationalismus & Migration (Dossier). Berlin, S. 35.
- Schührer, Susanne (2018): Türkeistämmige Personen in Deutschland. Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung ‚Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2015‘ (RAM). Working Paper 81 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Strohmeier, Martin/Yalcin-Heckmann, Lale (2016): Die Kurden. Geschichte Politik Kultur. München, C. H. Beck.
- Tas, Savas (2012): Der ethnische Dominanzanspruch des türkischen Nationalismus. Münster, Westfälische Dampfboot.

Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2011): Die Terrorlisten der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Zur Funktionsweise des Listingverfahrens, Aktenzeichen: WD 11 – 3000 – 11/11.

Quellen

- Bundesamt für Verfassungsschutz (2015): Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Köln.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2017): Kompendium des BfV. Darstellung ausgewählter Arbeitsbereiche und Beobachtungsobjekte. Köln.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2018): Türkische Linksextremisten und ihre Organisationen in Deutschland. Köln.
- Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.) (2012): Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft. Berlin.
- Bundeskriminalamt (2016): Definitionssystem politisch motivierte Kriminalität. Meckenheim. S. 9f.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Mai 2018): Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2017. Bundesweite Fallzahlen. Berlin.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Berlin.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2016): Kollektivismus, online aufrufbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19795/kollektivismus>.
- Landesamt für Verfassungsschutz/Baden-Württemberg: TKP-ML, online aufrufbar unter: http://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Startseite/Arbeitsfelder/TKP_ML.
- Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg (2018): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2017. Stuttgart.
- Young Struggle Duisburg: Selbstverständnis von Young Struggle. <http://ysduisburg.blogspot.com/p/young-struggle.html>.
- Young Struggle. <https://young-struggle.org/?p=210>.

Bildquellen

- Abdullah Öcalan, Gründer der PKK : © picture-alliance/dpa.
- Anhängerinnen und Anhänger der PKK in Berlin: © picture alliance/Wolfgang Minich.
- Der Wolfsgruß türkischer Ultrationalisten: © picture alliance/dpa.
- Emblem der ADÜTDF: Türkischen Föderation in Deutschland, <https://de.wikipedia.org/wiki/Da:tei:2445d-turkfed.jpg>.
- Emblem der AGIF: AGIF - Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu, <https://www.facebook.com/AgifHaber/photos/a.1614446815479156/1617498095174028/?type=1&theater>.
- Emblem der ATIF: ATIF - Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu, <https://de-de.facebook.com/atif1976/photos/a.128310073959817/522010547923099/?type=1&theater>.
- Emblem der DHKP-C-nahen Musikgruppe Grup Yorum: Grup Yorum, <https://www.avrupa-postasi.com/images/upload/yorum%202.jpg>.
- Emblem der NAV-DEM: Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V., <https://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2017/08/20170628-kullanilan-navdemf96b83-image-768x388.jpg>.
- Instrumentalisierung des Victory-Zeichens durch die PKK-Szene: © picture-alliance/dpa.
- Logo der Gruppe Young Struggle: KasimBoran, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Young_Struggle.jpg, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>.
- Personenkult um Abdullah Öcalan: © picture alliance / Boris Roessler/dpa
- Titelbild der Yürüyüş-Ausgabe Nr. 483 (05. April 2015): Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi, Cover Zeitschrift Yürüyüş, April 2015.



Exkurs

Glossar extremistischer Sinnformeln

Wolf-Andreas Liebert mit Stefan Dünker, Jonas Glitz, Eva Heuft, Mathias Linn, Lanxin Liu, Suzana Ramaj und Charlotte Roggenbuck

Einleitung

Entstehung

Das Glossar ist aus dem Seminar „Sprache des politischen Extremismus“ entstanden, das ich im Wintersemester 2017/2018 an der Universität in Koblenz im Anschluss an die Koblenzer Sektionstagung „Kommunikative Praktiken der religiösen Radikalisierung“¹ durchgeführt habe. In diesem Zusammenhang entstanden der Kontakt mit dem Handbuch der Extremismusprävention und die Idee eines „Glossars“ extremistischen Sprachgebrauchs. Im Anschluss an das Seminar hat sich eine Projektgruppe interessierter Studierender gebildet, in der das vorliegende Glossar unter meiner Leitung entstanden ist.

Dabei wurden der Teil zum Rechtsextremismus von Stefan Dünker und Charlotte Roggenbuck, zum Islamismus von Jonas Glitz, Mathias Linn und Lanxin Liu und zum Linksextremismus von Eva Heuft und Suzana Ramaj bearbeitet. Ronja Schilasky hat uns außerdem ihre Hausarbeit zur Verfügung gestellt, in der sie den Diskurs um den G20-Gipfel 2017 in Hamburg aufgearbeitet hat.

Vom Herausgeber wurden Korpusdaten zur Verfügung gestellt, in denen sich die extremistischen Eigengruppen auch als extremistisch zeigen. Hierzu zählen: Propagandavideos, Bekennerschreiben und Manifeste im Zusammenhang mit terroristischen Anschlügen und Vorbereitungen dazu. So stand uns die vollständige Ausgabe der *Interim* zur Verfügung. Die *Interim* ist eine 1988 gegründete Zeitschrift der autonomen Szene, die vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft wird. In dieser Zeitschrift finden sich nicht nur Debatten über Revolten, sondern auch Aufforderungen zum Aufstand mit konkreten Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen. Außerdem wurden in geringem Umfang weitere Korpusdaten erhoben. Alle Angaben sind entweder direkt nach dem Zitat angegeben oder, falls diese aufwendiger zu dokumentieren waren, am Ende eines Abschnitts oder Teilglossars. Fehlen bestimmte Angaben, so handelt es sich um Daten, die

Prof. Dr. Wolf-Andreas Liebert

Sprach- und Kulturwissenschaftler an der Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz, forscht über Sprache in Wissenschaft, Politik und Religion und leitet die Sektion „Sprache und kommunikative Praktiken“ der Kulturwissenschaftlichen Gesellschaft. Begründer der Kulturwissenschaftlichen Zeitschrift und Mitbegründer der „Koblenzer Wochen der Demokratie“

Stefan Dünker, Jonas Glitz, Lanxin Liu und Suzana Ramaj

Studierende im Master Germanistik

Eva Heuft, Mathias Linn und Charlotte Roggenbuck

Studierende im Master Kulturwissenschaft an der Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz.

¹ Hagmann/Kotthoff/Liebert/Potysch 2017.

direkt vom Herausgeber zur Verfügung gestellt wurden und bei denen keine genaueren Daten angegeben werden konnten. Die Rechtschreibung in den Quellenzitaten wurde nicht angepasst, Normabweichungen in der Schreibung finden sich so im Original der Quelle.

Aufbau

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts sind neue Wörterbuchformate aufgetaucht, auf die sich das hier vorliegende Glossar stützen kann, ohne aber einen Anspruch zu erheben, im Entferntesten an sie heranzureichen. Es handelt sich um die folgenden Wörterbücher:

- „Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch.“²
- "Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik."³
- „Vokabular des Nationalsozialismus.“⁴

Diese Wörterbücher greifen den Teil des Wortschatzes auf, der nicht mit einfachen Bedeutungsparaphrasen erklärt werden kann, sondern der schwierig zu verstehen und auch zu erklären ist, da er nur im kulturellen Kontext bestimmter gesellschaftlicher Debatten und Diskurse einen Sinn ergibt. Es ist hier nicht der Raum, die Unterschiede dieser monumentalen lexikographischen Werke differenziert darzustellen, sondern sie lediglich als Tradition und Bezugspunkt zu nennen, von denen die vorliegende Darstellung viel profitiert hat.

Jeder Eintrag im Glossar ist nach einem ähnlichen Schema wie im Wörterbuch „Brisante Wörter“⁵ aufgebaut:

1. Lemma (Stichwort)
2. Standardbedeutung
3. Szenebedeutung
4. Belegbeispiele aus dem Korpus

Lemma (Stichwort): Das Lemma kann – anders als im klassischen Wörterbuch – nicht nur aus einem Wort, sondern auch aus Wortkombinationen, einem Satz, einem Bild oder komplexeren Formen bestehen. Dies ergibt sich aus dem linguistischen Konzept von Sinnformeln.⁶ Zumeist handelt es sich jedoch um Schlüsselwörter, bei denen teilweise auch minimale grammatische Angaben hinzugefügt werden, wenn dies dem besseren Verständnis dient.

Standardbedeutung: Hier wird zunächst die Bedeutung verzeichnet, wie sie in der Standardsprache üblich ist. Es geht darum, den begrifflichen Kern zu erfassen und darzustellen (denotative Bedeutung). Falls weitere Kategorien zur Beschreibung notwendig waren, wurden diese angegeben (z. B. ob es sich um ein Hochwertwort handelt).

2 *Strauß/Haß/Harras 1989.*

3 *Stötzel/Wengeler 1995.*

4 *Schmitz-Berning 2007.*

5 *Ebd.*

6 *Geideck/Liebert 2003.*

Szenebedeutung: „Szenebedeutung“ ist kein etablierter linguistischer Begriff und wurde zusammen mit dem Herausgeber für das Handbuch der Extremismusprävention entwickelt: Als Szenebedeutung eines Stichworts soll seine Verwendung und Sinnhaftigkeit innerhalb der jeweiligen extremistischen Eigengruppe verstanden werden. Es handelt sich also um eine Bedeutungsbeschreibung aus Teilnehmerperspektive (emische Perspektive). Um diese Bedeutung zu erfassen, dient vor allem das Sinnformelkonzept.

Belegbeispiele: Die Bedeutungsbeschreibungen werden durch Beispiele aus dem Korpus belegt, damit die Bedeutung auch in konkreten Sprachgebräuchen überprüft werden kann. Die Anzahl der Beispiele variiert, je nachdem, ob sich dadurch noch bestimmte Bedeutungsfacetten aufzeigen lassen.

Ziele

Angesichts der angeführten zeitlichen und personellen Ressourcen dieses Projekts mussten sowohl die auszuwertenden Datenmengen, also auch der Umfang der lexikographischen Darstellung auf ausgewählte Bereiche und Lemmata, begrenzt werden. Dadurch konnten einige Lemmata nicht aufgenommen werden, obwohl dies inhaltlich naheliegend gewesen wäre. Beispielsweise wäre es sinnvoll gewesen, nicht nur das Lemma „Insurrektionalismus“ zu beschreiben, sondern auch die damit eng zusammenhängenden Ausdrücke „Aufstand“ und „riot“. Ziel der Auswahl war, die Eigenart extremistischer Sprache, aber auch die Unterschiede im Sprachgebrauch der einzelnen Ideologien hervortreten zu lassen.

Aus diesem Glossar und seiner Benutzung können natürlich keine kausal wirksamen Präventionsmechanismen abgeleitet werden, allerdings glauben wir, dass seine Lektüre zu mehr Sprachbewusstheit führen kann: Extremistische Sprache wird häufig mit verletzender Sprache, Kampfrhetorik und allgemein mit verbaler Gewalt gleichgesetzt. Für den Bereich der Prävention sind allerdings die Bedeutungsverschiebungen von auch in der Alltagssprache geläufigen Ausdrücken relevanter als eine offene Kampfrhetorik. Bei einer Bedeutungsverschiebung wird die Bedeutung durch einen entsprechenden Sprachgebrauch so verändert, dass auch Gewalt als Mittel des politischen Kampfes gerechtfertigt erscheint. Neben einigen in der Alltagssprache unbekanntem Stichwörtern finden sich daher auch allgemein bekannte Ausdrücke, die nun aber eine andere Bedeutung erhalten. Das Glossar extremistischer Sinnformeln kann also helfen, Fragen nach der Bedeutung von Wörtern und Sinnformeln zu stellen, von denen wir dachten, ihre Bedeutung sei doch selbstverständlich.

Daher hoffen wir, dass das Glossar von seinen Leserinnen und Lesern auch für den Bereich der Prävention mit Gewinn gelesen werden kann.

Prof. Dr. Wolf-Andreas Liebert

Glossar linksextreme Szene

Aktion

Standardbedeutung

Aktion bedeutet im Standardsprachgebrauch Unternehmung oder Maßnahme, die gemeinschaftlich geplant sein kann (aber nicht muss). Auch Handeln oder Tätigsein wird im Allgemeinen unter *Aktion* verstanden.

Szenebedeutung

Im extrem linken Sprachgebrauch wird die Bedeutung von *Aktion* auf ein „gewalttätiges Vorgehen in politischer Absicht“ verengt. Dieses Vorgehen richtet sich gegen die Feindgruppe, die hier als Kapitalismus bzw. kapitalistischer Staat gesehen wird. Als Ziele einer so verstandenen *Aktion* dienen Dinge, Orte oder Personen, die als repräsentativ für den Kapitalismus angesehen werden. Diese Repräsentativität des konkreten Ziels linker Gewalt muss zugleich mit der *Aktion* vermittelt werden, um diese zu rechtfertigen. Ziel der *Aktion* ist es, den „Feind“ sichtbar zu machen und zu entlarven, weitere Anhänger zu gewinnen sowie Kampfstärke nach innen zu signalisieren. Die Bedeutung von *Aktion* umfasst verschiedene Formen von Blockaden, (gewalttätiger) Demonstrationen bis zum Bau von Barrikaden und Anschlägen. Ein herausstechendes Bedeutungsmerkmal des Ausdrucks *Aktion* ist ihr Zustandekommen: Eine *Aktion* soll von unten, das heißt aus der außerparlamentarischen, nicht-institutionellen, möglichst auch internationalen Bewegung hervorgebracht werden. Im Fokus steht der Solidaritätsgedanke (s. *Solidarität*).

Der Ausdruck *Aktion* bezieht sich auf den Weg zur angestrebten politischen Utopie. *Aktion* ist jedoch mehr als nur der Weg zum Ziel. *Aktion* umfasst auch Selbstaufgabe für die politische Sache, Selbsttranszendenz und Außeralltäglichkeit. *Aktion* nimmt daher unter den linksextremen Sinnformeln eine besondere Stellung ein, so dass *Aktion* als Identitätsformel angesehen werden kann, die mit politischen Theorien wie der „Politik der Tat“ in Verbindung steht.

Belegbeispiele

1. Da wir der Meinung sind, dass der Hauptfeind immer noch im eigenen Land steht, richtet sich diese **Aktion** nicht ausschließlich gegen den Irak-Krieg, sondern gegen imperialistische Kriege im Allgemeinen. (...) Wir sehen unsere **Aktion** als Fortsetzung der militanten Kampagne gegen den G8-Gipfel und deren antimilitaristischen **Aktionen**.⁷
2. Welche **Aktionsformen** gab es? a) Zertrümmern, Plündern und Brandstiftung waren die häufigsten **Aktionsformen**, die die jungen Leute benutzten. (...) b) Es gab Angriffe mit Stöcken, Steinen und Mollies gegen unzählige Banken, Bullenstationen und Bullenautos im ganzen Land. (...) c) Es gab hunderte von symbolischen Besetzungen von verschiedenen öffentlichen Gebäuden. Bürgermeisterämter, Bürgerämter, Theater, Radiostationen, Fernsehstationen und andere Gebäude wurden von Gruppen von 50-70 Leuten besetzt. Außerdem gab es viele symbolische Sabotage- und Blockadeaktionen, wie das blockieren von Straßen, Autobahnen, Büros, Metro-Stationen, Bürgerämtern und so weiter, meistens mit dem Verteilen von tausenden von Flugblättern verbunden. d) Jeden Tag gab es stillen Protest, Kunst-Happening und gewaltfreie **Aktionen** vor dem Parlament und in allen Städten. (...) e) Linke organisierten Konzerte auf öffentlichen Plätzen. (...) f) Die Kommunistische Partei hat kontrollierte Studentinnen Demos organisiert.⁸
3. Du musst mit den Leuten befreundet sein und ihnen 100% trauen, um irgendwas gefährliches zu planen, du musst dir über alles was in der Welt vorgeht im Klaren sein, informiert sein, um entscheiden zu können, was der entsprechende Verlauf einer **Aktion** ist, du musst verrückt und begeistert sein, um zu spüren, dass du unglaubliche Dinge tun kannst - du musst bereit sein dein Leben, deine Zeit, deine Jahre in einem Kampf zu geben, der nie enden wird.⁹

⁷ Interim 658, 6.

⁸ Interim 685, 9-10.

⁹ Ebd., 15.

antifaschistisch, Antifa

Standardbedeutung

Mit *antifaschistisch* werden Haltungen, Bewegungen und Ideologien, die sich gegen Faschismus und Nationalsozialismus richten, bezeichnet. Mit dem Wort *antifaschistisch* wird zudem eine generelle und konzeptionelle Gegnerschaft gegen Faschismus und Nationalsozialismus ausgedrückt, die sich insbesondere auf das deutsche Grundgesetz bezieht, das mit Blick auf die deutsche Geschichte auf eine Verhinderung eines Nationalsozialismus und ähnlicher faschistischer Formen politischer Herrschaft angelegt wurde. Für *Antifa* kann derzeit noch keine Standardbedeutung ausgemacht werden, obwohl dieser Ausdruck zunehmend in den öffentlichen Diskurs als Synonym für *antifaschistisch* oder Antifaschismus eingebracht wird. Derzeit ist der Ausdruck *Antifa* allerdings noch Szenejargon.

Szenebedeutung

Während sich *antifaschistisch* in der Standardbedeutung nicht gegen das Grundgesetz richtet und nicht einmal politisch links sein muss, verschiebt sich die Bedeutung im extrem linken Sprachgebrauch. Der Ausdruck *antifaschistisch* bedeutet dort, dass die im Grundgesetz verankerte Ordnung Faschismus nicht nur nicht verhindern kann, sondern ihn vielmehr aufgrund seiner kapitalistischen Anlage strukturell hervorbringt. Daher heißt hier *antifaschistisch* zugleich gewaltsame Systembekämpfung – als Systemsturz oder zumindest als Systemstörung. Daher bedeutet *antifaschistisch* hier nicht nur Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremistinnen und -extremisten, sondern immer auch Kampf gegen den Staat und seine Vertreter, insbesondere gegen Angehörige der Sicherheitsbehörden (s. *Bullen*).

Die Sinnformel *antifaschistisch* leistet daher sowohl Identitätsbildung (ohne *antifaschistische* Haltung ist keine (extrem) Linke denkbar), Alteritätszuschreibung (*antifaschistisch* ist untrennbar von *antikapitalistisch*) und Situationsdefinition („Wir leben bereits im Faschismus und daher ist auch der gewaltsame Kampf legitim.“). *Antifa* kann sowohl eine Haltung als auch eine bestimmte Gruppierung (dann häufig als Nominalgruppe „Antifa“ + Ortsbezeichnung) bezeichnen. Wie zentral diese Sinnformel ist, zeigt sich auch darin, dass das Kurzwort *Antifa* sowohl als Selbstbeschreibung als auch als rechtspopulistische Fremdzuschreibung (in der Suggestion, die einzelnen *Antifa*-Initiativen seien Teil einer einzigen hochorganisierten, linken Gewaltgruppe) verwendet wird.

Belegbeispiele

1. „Enough is Enough. Gegen Nazis, Staat und Kapital. Freiräume schaffen. (...) **Antifa**-SoLi-Party“.¹⁰
2. „...denn die Strassen gehören uns! Kapitalistische Verhältnisse überwinden! Für die befreite Gesellschaft!“ (...) Die **Antifaschistische** Linke Fürth (ALF) und die Jugend**antifa** Fürth (JAF) rufen zur antikapitalistischen und **antifaschistischen** Vorabenddemo zum 1. Mai auf.“¹¹

¹⁰ Interim 699, 8.

¹¹ Interim 709, 10.

3. „Angriffe auf Hassbrenner wie Schupelius sind so als Akt **antifaschistischer** Notwehr zu sehen. Ein kleiner Rat an Gunni, schreib lieber Backrezepte: Hasspropaganda wird immer für Gegenfeuer sorgen.“¹²

Bullen

Standardbedeutung

Das Wort *Bulle* besitzt viele Bedeutungen, u. a. „männliches Rind“ und metaphorisch „starker Mann“ (vgl. „bullig“). Umgangssprachlich ist es weit verbreitet und wird abwertend für „Polizist“ gebraucht (wahrscheinlich im 19. Jh. aus dem Rotwelschen entstanden). Die Anrufung eines konkreten Polizisten mit dem Ausdruck *Bulle* stellt bis auf spezielle Ausnahmefälle eine Beleidigung dar.

Szenebedeutung

Die Bedeutung von *Bulle* verändert sich im linksextremistischen Sprachgebrauch. So wird auf die Polizei vor allem mit der Pluralform „Bullen“ Bezug genommen. Dadurch wird er zu einem szenebезogenen Pluraletantum, also ein Nomen, das nur in der Mehrzahl benutzt wird. Neue Wortzusammensetzungen sind dennoch möglich (z. B. „Zivi-Greifer-Bullen“, s. u.). Kultursemantisch handelt es sich um eine Ent-Individualisierung, eine Sicht auf Menschen als bloß funktionaler Teil des „kapitalistischen Apparats“. Zugleich kann so der abstrakte Kapitalismusbegriff verkörpert werden, ohne dass gleich ein Individuum mit eigener Persönlichkeit, Geschichte etc. damit in Verbindung gebracht wird. Dabei werden in der Regel Erfahrungen körperlicher Gewalt durch *Bullen* thematisiert, keine Unterstützungshandlungen. Diese stereotype Verwendungsweise hilft, die Polizei kohärent als Feind zu betrachten und stellt damit eine wichtige Orientierung im „Kampf“ gegen das „kapitalistische System“ dar. Eine Kooperation mit der Polizei wäre in dieser Sichtweise „Verrat“. Werden solche Kooperationen auch nur vermutet, werden diese szenepublick angeprangert.

Belegbeispiele

1. In der Nacht auf den heutigen Montag haben wir den Kreisposten und die benachbarte CreditSuisse in Zürich Hottingen mit Farbe, Steinen und Rauch angegriffen. Schon am Nachmittag des 1.Mai mussten einige Zivi-Greifer-**Bullen**, die KriPo, sowie eine Bank schmerzhaft begreifen, dass es niemals genügend **Bullen** geben wird um unseren Widerstand zu brechen. Heute nun bekamen die Vertreter von Staat und Kapital einen weiteren Teil unserer Antwort auf ihre Repression. Doch scheiss auf **Bullen**, Banker und Stadtentwickler! Diese Aktion ist in erster Linie ein feuriger Gruss an all jene, die sich nicht einschüchtern liessen von der erdrückenden blau-schwarzen Präsenz am 1.Mai. An jene die trotz Wasserwerfer, Helikopter und drohender Massenverhaftung auf den Strassen standen, und denen es gelang immer wieder punktuell den Spiess umzudrehen, Besatzer zu Gejagten werden zu lassen und offensive Akzente zu setzen. Das ist der Weg den wir weiter beschreiten müssen und werden!¹³

¹² Interim 759, 27.

¹³ Interim 740, 5.

Gentrifizierung

Standardbedeutung

Der Ausdruck kommt aus der Stadtsoziologie und bezeichnet „den Wechsel von einer statusniedrigeren zu einer statushöheren (finanzkräftigeren) Bewohnerschaft, der oft mit einer baulichen Aufwertung, Veränderungen der Eigentümerstruktur und steigenden Mietpreisen einhergeht.“¹⁴ Der englische Ausdruck „gentrification“ ist im 19. Jahrhundert nachweisbar und wird dort für die damalige Rückkehr des Adels in die Stadt verwendet (englisch „gentry“ bedeutet „niederer Adel“). Die Ursachen der *Gentrifizierung* sind aus Sicht der Stadtsoziologie vielfältig.

Der Ausdruck *Gentrifizierung* wird außerhalb der Stadtsoziologie vor allem im linken Diskurs verwendet, wobei die in der Stadtsoziologie angenommenen vielfältigen Ursachen auf eine Ursache (Kapitalismus) reduziert werden. *Gentrifizierung* erhält dabei eine stark emotionalisierte Bedeutung und dient als sichtbarer und spürbarer Beweis für die Grausamkeit und Kälte des kapitalistischen Systems, in dem sozial schwache Gruppen einer immer weitergehenden Marginalisierung ausgesetzt sind und so in immer prekärere Lebenssituationen geraten. Die deontische Bedeutung von *Gentrifizierung* lässt sich daher mit „verwerflich“ und „muss bekämpft werden“ beschreiben. *Gentrifizierung* ist eine zentrale Sinnformel der gemäßigten Linken geworden und wird zumeist im Zusammenhang mit größeren Immobilieninvestitionen verwendet.

Szenebedeutung

Im linksextremistischen Kontext verschiebt sich die Bedeutung von *Gentrifizierung*. Hierunter wird nun ein existenzbedrohender Angriff verstanden, gegen den man sich auch mit Gewalt gegen Personen und Sachen zur Wehr setzen muss. Das Feindmodell wird dabei extrem ausgeweitet, so dass nicht nur Immobilienfonds unter *Gentrifizierungsverdacht* fallen und damit potenzielles Ziel von Angriffen werden, sondern selbst linksradikale, alternative Wohnprojekte und letztlich alle, die für das Recht auf Privateigentum eintreten. Linguistisch handelt es sich um eine zeitdiagnostische Sinnformel, die ein Gegenwartsproblem benennt und den Verursacher, das kapitalistische System, in seiner offensichtlichen Böswilligkeit vor Augen führt (Evidenzbeweis).

Belegbeispiele

1. „**Gentrifizierung** – nicht akademisch gedacht – ist der neoliberale Angriff auf Unterschichten, Ausgegrenzte, Illegalisierte, Überflüssige in all ihrer Widersprüchlichkeit und gegen alleinerziehende Frauen, Hartz IV-Empfänger_innen, entgarantierte Malocher_innen, Studies, Rentner_innen mit schmalen Zuwendungen. **Gentrifizierung** ist die Durchsetzung neoliberaler Vergesellschaftungsmuster auf Kiezebene. Dazu setzt Euch ins Verhältnis anstatt Baugruppen das Wort zu reden. Privateigentum bleibt scheiße – egal ob Baugruppe oder Immobilienfonds. Radikale Gentrifizierungsgegner_Innen gegen Mieterhöhung und Verdrängung, Immer diese Linken (Antwort auf eine Antwort von felS)“¹⁵

¹⁴ Difu 2011.

¹⁵ Interim 699, 27.

Insurrektionalismus

Standardbedeutung

Insurrektionalismus bedeutet wörtlich „Theorie des Aufstands“. Es handelt sich um eine anarcho-sozialistische Konzeption. Danach liegt die Wurzel der Weltprobleme im kapitalistischen System. Im Gegensatz zum Sozialismus, der auf eine Revolution durch die Arbeiterklasse setzt, geht der *Insurrektionalismus* davon aus, dass sich Anarchismus einerseits als Lebensform in der Gesellschaft zeigen muss, etwa durch das Besetzen von Häusern und das Leben in denselben, und andererseits durch kleinere und größere Unruhen, die auch zu Aufständen werden können. Die zentrale Schrift, die diese Debatte angestoßen hat, ist das zuerst 2007 auf Französisch erschienene Werk „L'insurrection qui vient“. Diese Schrift erschien in deutscher Übersetzung („Der kommende Aufstand“) zuerst als frei zugängliches Internetdokument, später als Buch in der Edition Nautilus.¹⁶

Das Wort ist eine Neu-Entlehnung, wahrscheinlich aus dem Französischen (vgl. Reformgruppe der Reformgruppe Süd-Ost 2009). „Insurrektion“ ist im Deutschen ab dem 18. Jahrhundert nachweisbar und wird heute noch im bildungssprachlichen Kontext verwendet. Die Entlehnung *Insurrektionalismus* fügt sich in den intellektualistischen und bildungssprachlichen Stil der linken Szene ein, der seit der Roten Armee Fraktion in den 1970er Jahren auch für den Linksextremismus typisch ist. Auch hier findet sich gehäuft der Ausdruck „Insurrektion“.¹⁷

Szenebedeutung

Insurrektionalismus ist ein zentrales Schlüsselwort bei der Wiedererfindung der anarchistischen Linken im 21. Jahrhundert. Eine Sinnformel, die zugleich Identität, Programm und Aufruf zum Aufstand (s. *Aktion*) beinhaltet und verschiedene Wortbildungen nach sich gezogen hat wie *Insurrektionalist*, *insurrektionell*. Eng damit zusammen hängen die Ausdrücke „Aufstand“ und „riot“.

Belegbeispiele

1. „Wir brauchen mehr „Autonomia“ im **Insurrektionalismus** der griechischen anarchistische Bewegung, um sie als Paradigma einer neuen Welle sozialen Lebens aufscheinen zu lassen und diese neue Überlebensstrategie in den Metropolen vorzuführen.“¹⁸
2. „Die Träume und Pläne der **Insurrektionalist_innen** wurden wahr: eine grosse Welle der Beteiligung „überspülte“ die Anarchist_innen, und viele chaotische Tage lang reisten und kämpften Leute in der Stadt wie nie zuvor, existierten in einer unbekanntem Art von Zeit und Raum.“ (siehe Fußnote 17)
3. „Was uns, hier, angeht, koordinieren wir mit dem Sprengsatz gegen die Direktorin des Männerknastes von Koridallos unsere Angriffe übers internationale Netz der Verschwörung. Den Anstoss gaben unsere Brüder der **Insurrektionellen** Zelle „Argrou“ in Chile mit ihrem Angriff auf die Nationale Gerängniswärtervereinigung in Santiago am 12. Mai.“¹⁹

¹⁶ Unsichtbares Komitee 2010.

¹⁷ Bakker/Schut 1987, 246; Rosenberg 1977, *passim*.

¹⁸ ratz collective 2009.

¹⁹ Interim 753, 31.

4. „Was also meinen wir, wenn wir von Aufstand sprechen? (...) Vielleicht ist es so simpel, dass viele der Diskussionen, die in autonomen Kreisen früher darüber geführt wurden, nicht mehr bekannt sind, dass auch die Begriffe, die GenossInnen davon hatten, vergessen wurden. Oder, dass sie zur Zeit nur deshalb unter dem Begriff Aufstand die Runde machen, weil diese Debatte in anderen Ländern unter dem Namen des Aufstands, der **Insurrektion**, angestoßen wurde. (...) Dies geschieht, indem die herrschenden Verhältnisse durcheinander gewirbelt und - zumindest vorübergehend - außer Kraft gesetzt werden: Anweisungen nicht befolgt werden, das Gewaltmonopol nicht greift, Abläufe in Produktion und Transport bewusst unterbrochen werden, das reibungslose Funktionieren der Behörden und Verwaltungen blockiert wird, vor allen Dingen aber: Die ALLGEMEINE DISKUSSION über das »Wie Weiter?« endlich mit allen zusammen begonnen und mit allen Mitteln offen gehalten wird. JUST DO IT!“²⁰

Repression

Standardbedeutung

Der bildungssprachliche Ausdruck *Repression* bedeutet die Unterdrückung von Kritik, Widerstand, politischen Bewegungen, von individueller Entfaltung oder Bedürfnissen, welche auch gewaltsam vonstattengehen kann.

Szenebedeutung

Repression als linksextremistische Sinnformel bedeutet „aggressiver Unterdrückungsmechanismus des kapitalistischen Staats, bei dem Gewalt zur Notwehr wird“. *Repression* ist also eine wichtige legitimierende Sinnformel, die Gewalt begründet. Durch diese Sinnformel wird Gewalt als Reaktion auf eine Form von Unterdrückung gesehen und damit immer bis zu einem bestimmten Grad nicht nur legitimiert, sondern sogar eingefordert. *Repression* kann zudem als Teil einer Verschwörungstheorie verstanden werden, in der sich eine linksextremistische Position und der kapitalistische Staat gegenüberstehen. Der Staat ist dabei kein autonomer Akteur, sondern nur Marionette eines globalen, finanzkapitalistischen Netzwerks, das „letztlich die Fäden zieht“ (Monokausalität). *Repression* ist in vielen Wortbildungen wiederzufinden: „Repressionsorgane“ oder „Repressionsarsenal“ umfassen insbesondere den Staat und seine Organe wie „Bullen-/Sondereinheiten“ (s. *Bullen*), „Knäste“, „bürgerliche Rechtsprechung“ und werden als „Verfolgungs- und Bestrafungsapparate“ verstanden. Hier zeichnet sich ein identitätsstiftendes Opfernarrativ ab: Linke Gruppierungen werden Opfer von *Repression* u. a. in Form von polizeilicher Gewalt, wogegen linksextremistische Gewalt legitim ist. Dabei geht es nicht um strafbare Polizeigewalt, sondern um die geltende Rechtsordnung: „Sie muss aufgelöst werden“ (s. u.).

Das Nichtanerkennen des staatlichen Gewaltmonopols wird im linksextremistischen Verständnis mit dem höheren Ziel (Kampf für die unterdrückte Bevölkerung/Arbeiterschaft) legitimiert. *Repression* ist dadurch auch Teil einer Selbstimmunisierung, denn die (nach geltender Rechtsordnung legitimierte) staatliche Gewalt, auch in Form von Verurteilungen, ist augenfälliger Beweis für die grundsätzliche *Repression*.

²⁰ Interim 699, 21-21/2.

Belegbeispiele

1. Der Staat hat sein **Repressionsarsenal** und seinen **Repressionswillen** in seiner ganzen Bedrohlichkeit zur Schau gestellt und in verschiedensten Situationen brutal zum Einsatz gebracht. Bullen- und Sondereinheiten führten mehrmals täglich Körper- und Taschenkontrollen durch, ließen Demonstrierende im Spalier laufen, prügeln, beleidigen und sperrten Leute in Guantanamo ähnlichen Käfigen ein. Sie verletzten mit Knüppeln, Wasserwerfern, Gas und Pfefferspray, schränkten die Bewegungsfreiheit ein, legten Züge und Busse lahm und erfassten massenhaft persönliche Daten.²¹
2. Seit längerem ist die immer schärfer werdende **Repression** gegen linksradikale Aktivist_innen zu beobachten. Neuseeland, Griechenland, Spanien, Frankreich... und auch hier, immer wieder werden Leute mit dem Vorwurf Terroristen zu sein, mit Prozessen überzogen und in Knäste gesteckt.²²
3. In einer freien Assoziation emanzipierter Individuen bleibt kein Platz für eine Gruppe von Menschen, welche per Berufsbeschreibung in ihrem täglichen Handeln Macht und Gewalt über Andere ausüben. Gerade zu den hierarchisch verformten, repressiven und inhumanen Verfolgungs- und Bestrafungsapparaten der Gegenwart müssen emanzipative Alternativen erdacht werden. Die jetzige Kontrollstruktur, gewoben u.a. aus Polizei und bürgerlicher Rechtsprechung, darf nicht ersetzt, sie muss aufgelöst werden. Auf dem langen Weg hin zu diesem Ziel werden AktivistInnen der sozialen Bewegungen, bei der Äusserung von Protest und radikaler Ablehnung, stets mit menschengewordener **Repression** in Form von PolizeibeamtInnen konfrontiert werden.²³

Solidarität

Standardbedeutung

Solidarität ist ein Wort mit starker Appellbedeutung, eine Aufforderung, zusammenzuhalten und dabei auch Interessensunterschiede zugunsten des Gemeinsamen zurückzustellen.

Das Wort *Solidarität* ist eng mit der Geschichte der Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert verbunden und meint hier, Klassenunterschiede bzw. den Gegensatz von Arbeit und Kapital in den Vordergrund zu rücken, damit die Arbeiterklasse auch ohne eigene Produktionsmittel den Kampf gegen die Kapitalistenklasse führen und gewinnen kann. *Solidarität* wird hier also zur zentralen Ressource im Kampf und wird daher manchmal auch als „Waffe“ bezeichnet.

Szenebedeutung

Die linksextremistische Bedeutung von *Solidarität* ist hochgradig selektiv und wird gegenüber von einem Gericht verurteilten Mitkämpfern ausgesprochen oder gegenüber der guten, aber unterdrückten Mehrheit. Diese zu befreiende Mehrheit soll durch *Solidaritätsbekundungen* und -aktionen für die extremistische Sache gewonnen werden. Nachdem die Konturen der Arbeiterklasse in einer veränderten Industrielandschaft im 20. Jahrhundert unklarer geworden sind und diese auch nicht unbedingt für einen gewaltsamen Umsturz gewonnen werden können, wird zunehmend *Solidarität* mit marginalisierten Gruppen geübt. *Solidarität* wird

²¹ Interim 658, 20.

²² Interim 686, 26.

²³ Interim 701, 21.

dabei gezeigt durch Bekundungen, Demonstrationen oder auch Anschläge (s. *Aktion*). *Solidarität* ist eine instrumentale Sinnformel: Sie ist das zentrale Wort dafür, auf welche Weise der Kampf zur Errichtung der eigenen politischen Utopie gewonnen werden soll. Dabei werden insbesondere verurteilte Gewalttäter eingeschlossen, denn deren Taten werden als legitimer politischer Kampf und ihre Verurteilung als nicht rechtens angesehen.

Belegbeispiele

1. Nur mit unserer organisierten **Solidarität** können wir die Kraft entwickeln, die notwendig ist, um diese Probleme zu bekämpfen und zu überwinden.²⁴
2. Unsere **Solidarität** kennt keine Grenzen, konzentrieren wir uns auf das Wesentliche!!! In diesem Sinne viele Grüße, Kraft und Ausdauer für die momentan in Aachen angeklagten Gabriel, Bart, José und Begofia! **Solidarität** mit den Betroffenen der Repressionswelle in Baden-Württemberg und den §129 StGB-Kriminalisierten in Hamburg! **Solidarität** mit den 1. Mai-Verurteilten und allen Gefangenen in europäischer Abschiebehaft! **Solidarität** mit den GenossInnen von Libertad!, die auf Grund einer Online-Demonstration gegen die Abschiebep Praxis der Lufthansa kriminalisiert werden! **Solidarität** mit Thomas Meyer-Falk, Rainer Diettrich, Birgit Hoge Feld, Eva Haule, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und den Verurteilten aus angeblichen RZ-Zusammenhängen! (...) **Solidarität** mit den baskischen GenossInnen, die dieses Jahr unter zahlreichen Massenprozessen zu leiden haben! **Solidarität** mit den Gefangenen der Action Directe in Frankreich und den GenossInnen des 17. November und der ELA in Griechenland.-Grüße und **Solidarität** auch an alle türkischen und kurdischen GenossInnen, die nicht nur in der Türkei, sondern auch in Deutschland einer enorm starken Repression ausgesetzt sind!²⁵
3. „**Solidarität** ist wirklich eine Waffe!“²⁶
4. „Als Ausdruck unserer aktiven **Solidarität** mit den Gefangenen des G20 in Hamburg, als Gruß an Lisa in der JVA Köln wegen vermeintlichem Bankraub, als Gruß an Nero in der JVA Moabit wegen angeblichem Hubschrauber blenden und für alle Gefangenen des sozialen Krieges, haben wir am 3. Oktober in der Trautenaustraße in Wilmersdorf die Scheiben der dortigen Filiale des BWK eingeschlagen und gleich auch die des gegenüber liegenden SPD Büros.“²⁷

Glossar neurechter Extremismus

Ethnopluralismus

Standardbedeutung

Das Kompositum *Ethnopluralismus* ist vor Einführung durch die Neue Rechte in den 1990er Jahren in den gängigen Referenzkorpora der deutschen Sprache nicht nachweisbar. *Ethnopluralismus* stellt vermutlich eine Neubildung im Deutschen über eine Entlehnung aus dem Französischen dar. Eine Standardbedeutung existiert daher nicht.

²⁴ Interim, 737, 19.

²⁵ Interim 614, 13.

²⁶ Interim 686, 21.

²⁷ Interim 790, 33.

Szenebedeutung

Der Ausdruck *Ethnopluralismus* ist Teil einer neurechten Ideologie, die versucht, ohne Elemente des deutschen Nationalsozialismus auszukommen und die im Anschluss an Alain de Benoist eine „konservative Kulturrevolution“ einläuten will. Im Ausdruck *Ethnopluralismus* kommt das Wort *Rasse* zwar nicht vor, jedoch verbirgt sich hinter dem Präfixoid „Ethno-“ ein rassistischer Volksbegriff (s. *Volk, Nation*). Dadurch kann im *Ethnopluralismus* der gleiche Ausgrenzungsmechanismus wie im herkömmlichen Rassismus in Gang gesetzt werden, ohne dass der Vorwurf des Rassismus sofort greift. Vor dem Rassismusvorwurf schützen auch die akademische Latinisierung und der Einbezug des Hochwertworts *Pluralismus*. *Pluralismus* bedeutet zunächst eine Vielfalt von Akteuren, Kräften oder Strömungen. Das Präfixoid *Ethno-* steht zunächst allgemein für „Volksgruppe“ (z. B. in *Ethnie, Ethnologie* oder *Ethnolekt*). Insbesondere der Pluralismusbegriff wird umgedeutet: *Ethnopluralismus* in der Neuen Rechten bedeutet in etwa: „Für die Vielfalt der Völker, solange und nur solange sie getrennt sind“. Wie im faschistischen Reinheitsdenken soll die „eigene Kultur“ von „fremden Einflüssen“ „reingehalten“ werden, weshalb spezifischen Kulturen auch spezifische Räume, *Kulturräume*, zugeteilt werden. Die Grenzen zwischen diesen Räumen müssen eingehalten werden, ein Austausch unter den Kulturen würde zu einem „ethnischen Zusammenbruch“ führen (s. *Der Große Austausch*). Diese legitimierende Sinnformel nimmt den Status eines universalen Menschenrechts ein: Aus dem Recht jeder „Ethnie“, ihre „Identität zu bewahren“, wird ein Widerstandsrecht abgeleitet (s. *Reconquista*), wobei das Bedrohungsszenario für die „kulturelle Identität“ der jeweiligen europäischen Nation (z. B. für ‚die Deutschen‘) durch einen Vergleich mit der kolonialen Unterdrückung und der Auslöschung indigener Völker ins Extreme gesteigert wird (dafür wird sogar der Ausdruck *Genozid*, z. B. als *white genocide*, herangezogen).

Belegbeispiele

1. „Unter **Ethnopluralismus** verstehen wir die Vielfalt der Völker, wie sie sich über Jahrtausende entwickelt hat. Wir setzen diesen Begriff bewusst als positiven Gegenentwurf zur heutigen One-World-Doktrin ein, um zu verdeutlichen, dass eine rücksichtslose globalistische Entgrenzung diese Vielfalt bedroht. Es gibt ein Recht auf Verschiedenheit. Jede Ethnie hat das Recht, ihre Kultur, ihre Bräuche und Traditionen, also ihre ethnokulturelle Identität, zu erhalten. Wir treten für diesen Erhalt ein, hierzulande und in der Welt. Immer wieder wird der Begriff **Ethnopluralismus** fälschlicherweise als weltweite Apartheid ausgelegt. Das ist ungefähr so richtig, als wenn man den amerikanischen Ureinwohnern Rassismus vorwerfen wollte, weil sie sich gegen die Landnahme der Europäer wehrten. **Ethnopluralismus** bedeutet lediglich: bewahren, nicht zerstören; Unterschiede wertschätzen, nicht nivellieren.“²⁸

Der Große Austausch

Standardbedeutung

Es handelt sich bei dieser Sinnformel um eine Neubildung, für die es keine Standardbedeutung im Deutschen gibt. Ein zumindest teilweise synonymes Wort ist *Umvolkung*, ein Wort, das im Nationalsozialismus für die Germanisierung erobelter Gebiete verwendet

²⁸ *Identitäre Bewegung Deutschland a.*

wurde. Das Wort *Umvolkung* findet sich heutzutage hauptsächlich in Online-Medien, da dort für die Verwendung von Nazi-Sprache nur geringe Sanktionen drohen. Neu gebildet erscheint das Verb *umvolken*, das sich vor allem in Blogs findet. Eine weitere Variante ist der Ausdruck *Bevölkerungstausch*, der ebenfalls aus der Nazi-Zeit stammt und für ein Programm verwendet wurde, Minderheiten von Nachbarländern wechselseitig in ihre „ursprüngliche Heimat“ zu migrieren. Der Ausdruck wird heute in der Neuen Rechten synonym zu *Der Große Austausch* verwendet.

Szenebedeutung

Die Phrase *Der Große Austausch* stellt eine der wichtigsten Sinnformeln der gemäßigten wie der extremen Neuen Rechten dar, mit der sie ihr teilweise aggressives und militantes Verhalten rechtfertigt. Wird diese legitimierende Sinnformel akzeptiert, so lässt sich die weitere rechte Ideologie einschließlich der „Rückeroberung“ (s. *Reconquista*) daraus plausibel entwickeln, auch mit dem Einsatz von Waffengewalt und Terror, wie Bekenner-schreiben der Anschläge von Utøya und Christchurch gezeigt haben. Die Bedeutung der Phrase *Der Große Austausch* kann beschrieben werden als „erzwungene Mischung von Ethnien und Kulturgemeinschaften und Austausch der heimisch angestammten Bevölkerung durch außereuropäische Einwanderer, die zu einer Auflösung kultureller Unterschiede und einer Zerstörung der europäischen Kultur führt“. „Helfer der Invasoren“ sind Vertreter des *Kulturmarxismus* (s. *Kulturmarxismus*), die durch ihre „linke Multikulti-Ideologie“ das *Volk* (s. *Volk, Nation*) „manipuliert“ haben, so dass das *Volk* (s. *Volk, Nation*) den ‚heimlichen Plan‘ *Des Großen Austauschs* nicht bemerkt. *Der Große Austausch* ist durch die Annahme einer unbemerkten Manipulation der Bevölkerung durch „Kulturmarxisten“ in der Regel mit einer Verschwörungstheorie gekoppelt, wobei die „letzlichen Drahtzieher“ variieren können. Dies reicht von abstrusen Annahmen wie „außerirdischen Reptiloiden“ bis hin zu faschistischen Annahmen eines „Weltjudentums“ oder auch zur aktuellen deutschen Regierung, insbesondere zur derzeitigen Bundeskanzlerin.

Belegbeispiele

1. „**Der Große Austausch** bezeichnet einen schrittweisen Prozess, durch den die heimisch angestammte Bevölkerung durch außereuropäische Einwanderer verdrängt und ausgetauscht wird.“⁴²⁹
2. „Wir treten an gegen **den großen Austausch**.“⁴³⁰
3. „In jeder gottverdammten scheiß Stadt seh’n wir, was passiert: **Der Große Austausch**. Doch wir stehen ja noch hier. Wir werden uns’re Fahnen tragend in den Heldenkampf marschieren. Reconquista der Heimat in jedem Stadtbezirk.“⁴³¹

Kulturmarxismus

Standardbedeutung

Es kann keine Standardbedeutung angegeben werden, da es sich um eine Neubildung handelt. Der Ausdruck *Kulturmarxismus* ist als Entlehnung aus dem Englischen von

29 *Identitäre Bewegung Deutschland b.*

30 *Identitäre Bewegung Deutschland 2016.*

31 *Komplott: Europa.*

cultural marxism nach den rechtsterroristischen Anschlägen von Utøya im Jahr 2011 in deutschen Referenzkorpora nachweisbar. Er stellt die zentrale Sinnformel in den beiden Bekennerschreiben dar und ist seitdem fester Bestandteil der Sprache der neurechten Szene. Dort finden sich auch Alternativausdrücke wie die Kompositionen *rotgrün* oder *linksgrün* in Kombination mit abwertenden Vokabeln.

Szenebedeutung

In den beiden Bekennerdokumenten des rechtsextremen Attentäters von Utøya, einer animierten, multimodalen Folienpräsentation und einem ca. 1500 Seiten langen digitalen Word-Dokument, spielt der Ausdruck *Cultural Marxism*, der in den deutschen Medien mit *Kulturmarxismus* übersetzt wird, eine zentrale Rolle: Dort wird insbesondere mit Bezug auf den rechtsradikalen Blogger Fjordman eine Verschwörungstheorie entwickelt, wonach sich der Marxismus von einem ökonomischen zu einem kulturellen gewandelt habe. Die Agentur sei das Institut für Sozialforschung bzw. die Frankfurter Schule und ihre „Epigonen“, die „68er“. Diese wollten auf globaler Ebene eine Nivellierung kultureller Unterschiede und dabei die Nationalstaaten auflösen. Der Ausdruck *Kulturmarxismus* wird in metonymischer Weise mit den Ausdrücken *Multikulti* und *Politische Korrektheit* synonym verwendet. Mit der Sinnformel *Kulturmarxismus* wird der Kern, die „Ursache aller Probleme“ erfasst: Eine Elite (s. *Elite*) von Kulturmarxisten um Adorno, Fromm, Marcuse, Gramsci und Derrida hätten über die Infiltration öffentlicher Einrichtungen wie Schulen, Universitäten und Medien eine „hegemoniale Mentalität“ von „Politischer Korrektheit“, „Feminismus“ und „Multikulturalismus“ aufgebaut, die das Männliche als autoritär und schädlich abwerte und zu einer „Feminisierung“ und „Verweichlichung“ der Gesellschaft führe. Dies unterstütze die „Islamisierung“ und diene dem finalen Ziel, dem *Großen Austausch* (s. *Der Große Austausch*).

Von der Sinnformel des *Kulturmarxismus* wird ein polarisierendes Hassdenken, insbesondere gegen die sogenannten *Eliten* (s. *Elite*) und gegen Migrantinnen und Migranten aufgebaut und in ein Sezessionsdenken kanalisiert: gegen die liberale Demokratie, Europa und alles, was auch nur im weitesten Sinne mit „Politischer Korrektheit“, „Gender“, „Multikulturalität“, „Feminismus“ angesprochen werden kann. Für dieses Sezessionsdenken wird etwa in den Bekennerschreiben Breiviks, des Attentäters von Utøya, die Sinnformel *Konservative Revolution* artikuliert, deren Konsequenz in einem Bürgerkrieg bestehen müsse. Attentäter wie Breivik und seine Nachfolger in München oder Christchurch verstehen sich daher auch als Wegbereiter eines solchen Bürgerkriegs. Die Gesellschaft soll durch eine Vielzahl von Aktionen wie die Beobachtung und Anprangerung von „Linken“ in Schulen und Universitäten gespalten und in eine bewaffnete Auseinandersetzung, einen Bürgerkrieg, getrieben werden. Nur dies könne „die europäischen Völker“ (wozu auch US-Amerikaner, Buren, Kanadier, Australier und Neuseeländer gezählt werden) vor ihrem „Genozid“ (dieser Ausdruck wird häufiger verwendet) bewahren.

Der Ausdruck *Kulturmarxismus* dient also auch dazu, den „Feind“ durch eine äußerst vage Methode zu identifizieren: nämlich als alles, was im weitesten Sinne als „links“ oder „liberal“ ausgemacht werden kann, alles, was nicht bekenntend patriotisch oder national im Sinne der Neuen Rechten ist, und alles, was diese Verschwörungstheorie in Frage stellt. Dies genügt, um Personen zu definieren, die dann Hassangriffen, Morddrohungen oder auch konkreten Attentaten ausgesetzt werden.

Belegbeispiele

1. „The name of the devil: **cultural Marxism**, multiculturalism, globalism, feminism, emotionalism, suicidal humanism, egalitarianism - a recipe for disaster“.³²
2. „Political Correctness is in fact **cultural Marxism** (Cultural Communism) – Marxism translated from economic into cultural terms. (...) In 1923, in Germany, a group of Marxists founded an institute devoted to making the transition, the Institute of Social Research (later known as the Frankfurt School). (...) The Frankfurt School gained profound influence in European and American universities after many of its leading lights fled and spread all over Europe and even to the United States in the 1930s to escape National Socialism in Germany. In Western Europe it gained influence in universities from 1945. The Frankfurt School blended Marx with Freud, and later influences (some Fascist as well as Marxist) added linguistics to create ‚Critical Theory‘ and ‚deconstruction.‘ These in turn greatly influenced education theory, and through institutions of higher education gave birth to what we now call ‚Political Correctness.‘ The lineage is clear, and it is traceable right back to Karl Marx.“³³
3. „Unserem Otto haben wir heute die Augen verbunden, damit der Vater der Nation den täglichen Wahnsinn aus **Kulturmarxismus** und Islamisierung nicht mehr sehen muss.“³⁴
4. „In der Tradition des 17. Juni dem Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR will die IBD durch ihre Demonstration erneut ein Zeichen gegen eine von oben verordnete, freiheitsfeindliche Globalisierung, den von den Altparteien geförderten Bevölkerungsaustausch und gegen den **Kulturmarxismus** der Gegenwart setzen.“³⁵

Reconquista

Standardbedeutung

Reconquista ist eine Entlehnung aus dem Portugiesischen oder Spanischen und bedeutet „Rückeroberung“. Das Wort hat sich als historischer Terminus für den „Kampf Spaniens gegen die arabische Herrschaft im Mittelalter“ etabliert und ist im Deutschen seit dem 19. Jahrhundert nachweisbar.

Szenebedeutung

Im Extremismus der Neuen Rechten wird der Ausdruck *Reconquista* mit Bezug auf die historische Situation im Mittelalter auf die Gegenwart übertragen und in der Bedeutung verwendet: „Besetzung Europas durch muslimisch-arabische Invasoren, die es mit Waffengewalt zu vertreiben gilt, ähnlich wie es das christliche Spanien im Mittelalter erfolgreich vorgemacht hat“.

Diese Bedeutung von *Reconquista* wird etwa im Manifest von Anders Breivik deutlich beschrieben. „Helfer der Invasoren“ sind Vertreter des *Kulturmarxismus*, die durch ihre „linke“ Meinungsführerschaft das Volk (s. *Volk*, *Nation*) mit „politischer Korrektheit“, „Genderismus“, „liberaler Demokratie“, „Menschenrechten“ und „Feminismus“ so „ma-

³² Fjordman 2011.

³³ public intelligence 2011.

³⁴ Identitäre Bewegung c.

³⁵ EinProzent. Deutschlands größtes patriotisches Bürgernetzwerk.

nipuliert" haben, dass das Volk (s. Volk, Nation) den „heimlichen Plan" *Des Großen Austauschs* (s. *Der Große Austausch*) nicht bemerkt. Die hauptsächlichen Träger sind die „68er“ und ihre „Nachfolger“, Vertreter der „Frankfurter Schule“, sowie alles, was im weitesten Sinn mit staatlichen Einrichtungen (die ja „infiltriert“ sind), mit liberaler Demokratie oder einem demokratischen Europa zu tun hat. *Reconquista* bedeutet bei der Identitären Bewegung daher auch „Rückeroberung kulturmarxistisch besetzter Diskursräume“, in denen wieder die „wahren Werte“ wie „Patriotismus“ etabliert werden müssen. Seit der Bundestagswahl 2017 trat ein Netzwerk von Neuen Rechten in Erscheinung, die unter dem Namen *Reconquista Germanica* als selbsternannte Satire mit gezielten Social Media Kampagnen versucht haben, politische Diskurse „zurückzuerobern“, insbesondere, um die AfD im Wahlkampf zu unterstützen. *Reconquista Germanica* wurde vom Verfassungsschutz beobachtet und hat mittlerweile ihre Auflösung bekannt gegeben. Ein Slogan mit ähnlicher Bedeutung wie *Reconquista* ist „Wir holen uns unser Land zurück.“

Belegbeispiele

1. „Campaign one – **reconquista** of Europe (West/East) (...) When a large part of Western Europe (and the Balkans) is liberated from cultural Marxism, wait for the rest of the nations to join the alliance. The US will implode eventually and no measures should be taken (depending on several factors) against Turkey and the liberation of our Middle Eastern Christian cousins before the US civil war P2 or P3 starts.³⁶
2. „The Progress Party is now a part of the problem as they continuously give the Norwegian people false hope and thus contributes to pacify them. They should rather be honest and admit that all hopes for the democratical change of the society is futile and rather encourage all patriotic Norwegians to resist the multiculturalist regime through armed resistance. Their unwillingness to do this makes them a central part of the problem and in fact an obstacle to the liberation of and the **reconquista** of Norway.“³⁷
3. „Der Begriff der **Reconquista** („Rückeroberung“) ist an das historische Ereignis der schrittweisen Rückeroberung der iberischen Halbinseln durch die westgotischen Reichsnachfolger, die zuvor durch muslimische Eroberer besetzt gehalten wurden. Gewiss stehen wir heute in keiner unmittelbaren militärischen Konfrontation und dennoch dominiert der Zeitgeist der Selbstabschaffung durch die Ideologie von Multikulti. Es ist also vornehmlich ein Kampf um Ideen, Begriffe und politische Positionen. Als Identitäre Bewegung wollen wir uns die gesellschaftlichen Diskursräume zurückerobern, die zuvor von einer linksliberalen Hegemonie dominiert wurden. Wir sind die laute patriotische Stimme, die offen Gesicht zeigt und den Werten von Heimatliebe und Tradition wieder Gestalt und gesellschaftlichen Raum verleiht. Die Liebe zum Eigenen und das Bewusstsein für unsere ethnokulturelle Identität sind Selbstverständlichkeiten für die wir uns nicht schämen müssen. Wir wollen dass der Patriotismus zu einem gesellschaftlichen Leitwert wird und eine echte Meinungsfreiheit, die auch unseren inhaltlichen Positionen einen legitimen Artikulationsraum ermöglicht. Dies fordern wir ein und dafür gehen wir jeden Tag auf die Straße und bilden die Phalanx für die **Reconquista**.“³⁸

³⁶ public intelligence 2011, 1.321.

³⁷ Ebd., 1.400.

³⁸ Identitäre Bewegung Deutschland d.

Glossar neofaschistische Szene

Elite, die Eliten

Standardbedeutung

Die gebräuchliche Bedeutung von *Elite* lautet „Auslese“, „Auswahl der Besten“. Das Wort *Elite* hat im Wandel der Zeit verschiedene Konnotationen angenommen und ist emotional sowohl positiv wie negativ besetzt. Es ist damit Ausdruck eines semantischen Kampfes. Die negative Konnotation kann durch ironisch-distanzierende Zusätze wie „sozusagen“ oder Anführungszeichen (Die „Elite“) oder entsprechende Attribute explizit kenntlich gemacht werden. In den späten 1960er und in den 1970er Jahren erhielt *Elite* in kritischer Absicht die Bedeutung „einflussreiche Oberschicht, die am Erhalt der eigenen Privilegien interessiert ist“. Als Konkurrenzdruck tauchte in dieser Zeit die Entlehnung „Establishment“ auf, ein Wort, das ausschließlich negativ besetzt ist.

Szenebedeutung

Die Bedeutung von *Elite* ist im neofaschistischen Sprachgebrauch ausschließlich negativ konnotiert. Der pluralische Gebrauch als *Eliten* suggeriert die Existenz eines undurchschaubaren, aber organisierten Netzwerks einflussreicher Personen vor allem aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Netzwerk gemeinschaftlich handelt und hierbei eine „Agenda“ verfolgt, die gegen die „gute Mehrheit“ gerichtet ist. Ziel der *Eliten* ist die unbemerkte Kontrolle der „guten Mehrheit“. Häufig wird angenommen, dass dieses Netzwerk geheimbundartig organisiert ist und von einer bestimmten Gruppe kontrolliert wird, beziehungsweise in deren Interesse handelt. Welche Gruppe genau hier vor den Augen der Weltöffentlichkeit verborgen agieren soll, ist unter Anhängern solcher Verschwörungstheorien grundsätzlich umstritten. In neofaschistischen Denkmodellen wird meist eine Art von „jüdisch-zionistischer Weltverschwörung“ angenommen (s. *Juden, Zionismus*). *Elite* und *Eliten* stellen Alteritätsformeln dar: Die Abgrenzung von den *Eliten* ist identitätsstiftend und -stabilisierend. Der Widerstand gegen *Eliten* erscheint in dieser Sicht als Teil eines sinnvollen Lebens im Kampf um das „eigene Volk“ (s. *Volk*).

Belegbeispiele

4. „Ich mein, wo man sich einig sein kann - gerade wenn der ‚IS‘ a.k.a ‚ISIS‘ a.k.a ‚Israeli Secret Intelligence Service‘ sich dazu bekennt - dass der Anschlag in die Agenda der, ich nenn sie mal, der **Eliten**‘ passt.“³⁹
5. „Warum jetzt dieser grausame Anschlag, an diesem Tag? Nun ich denke, die **Elite** möchte nun dieses Programm, dieses liberal-liberalistische Programm, langsam auslaufen lassen. Darum wurden auch gewisse Bilder in die Öffentlichkeit gebracht (...)“⁴⁰.
6. „(...) Der Grund für d. Verbot dieses Buch, welches übrigens gar nicht aus der NS-Zeit stammte, sondern älter ist, liegt einfach darin begründet, dass es Herrschaftswissen enthält und dieses soll nach dem Willen d. okkulten Funktionse**lite** dem „gemeinen Volk“ gar nicht erst zugänglich gemacht werden. Denn Wissen ist Macht! Und das Un-

39 NSChrist 2016b, 00:01:58-00:02:17.

40 Ebd., 00:10:20-00:10:40.

wissen des Volkes macht deren Macht aus. Gute Idee jedenfalls das Buch als Hörbuch zugänglich zu machen!⁴¹

7. „Was mir bei den Infokriegern um A. Benesch absolut nicht gefällt, ist daß sie ihr Augenmerk auf verschiedene **Eliten** lenken, OHNE den jüdischen Hintergrund derselben zu nennen. Entweder haben sie Angst vor der zugegebenermaßen gern geschwungenen Antisemitismuskeule oder aber ... man muß ihnen selbst mißtrauen. – Hier gibt’s jedenfalls die Infos über diese jüdischen Hintergründe: phumph.com/ pgorg.com/⁴²

Goyim (alternative Schreibweise: Gojim)

Standardbedeutung

Goyim bzw. *Gojim* ist der Plural des jiddischen Wortes „Goi/Goj“ [גוי]. Dieses Wort stellt eine Entlehnung aus dem Hebräischen [גוי] dar. Das hebräische Wort bedeutete ursprünglich zumeist in etwa „Volk“ oder „Nation“ und ist hierin mit mehreren anderen hebräischen Wörtern teilsynonym, wobei es tendenziell – jedoch nicht ausschließlich – für die Bezeichnung anderer, nicht-jüdischer Völker oder Nationen im Ausland verwendet wurde. Im Tanach (im Christentum als „Altes Testament“ bezeichnet) wird es, teilweise auch negativ konnotiert, metaphorisch als „Heuschreckenschwarm“ oder „alle Arten von Bestien“ verwendet. Im modernen Hebräisch wird das Wort meist relativ wertneutral als generelle Bezeichnung für „Nichtjuden“ oder in seiner ursprünglichen Bedeutung im Sinne von „Volk“ oder „Nation“ gebraucht. Im Jiddischen ist das entlehnte Wort „Goi/Goj“ oder das abgeleitete Adjektiv „gojisch“ [גויִש] auch als pejorative Bezeichnung sowohl für Nichtjuden als auch gelegentlich für Juden, die sich nicht an die Vorschriften des jüdischen Glaubens halten, gebräuchlich.

In der deutschen Gegenwartssprache ist der Ausdruck *Goyim* kaum gebräuchlich, auch wenn die Verwendung in speziellen Kontexten wie Blogs zunimmt. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert ist dagegen in antisemitischen und später auch faschistischen Kreisen ein Gebrauch nachzuweisen (hier zumeist in der Schreibung *Gojim*), der der heutigen neofaschistischen Verwendung ähnlich ist (s. u.).

Szenebedeutung

Der Neofaschismus greift die antisemitische Tradition der Verwendung von *Goyim/Gojim* auf. Die Kaperung dieses hebräischen Wortes wird dabei zu einer Alteritätsformel aus der Lebenswelt der Feindgruppe (um-)interpretiert und damit zu einem „Beleg“ für die „jüdische Ausgrenzung“ von Nichtjuden. Die Kaperung fremdsprachiger Ausdrücke ist ein Verfahren, das auch aus der rechtspopulistischen Koranexegese bekannt ist, die mit dem Kuffarbegriff als „Beweis“ für den gewalttätigen Charakter des Islam argumentiert (s. *Kāfir*). Die neofaschistische Verwendung von *Goyim/Gojim* stützt deren Ideologie, in der Jüdinnen und Juden als eine der treibenden Kräfte hinter einer vermuteten „Weltverschwörung“ (s. *Zionismus*) stigmatisiert werden, die nur durch deren geheime politische, wirtschaftliche und mediale Einflussnahme gelinge und daher aufgedeckt werden müsse. Als *Goyim/Gojim* werden in neofaschistischen Texten daher zumeist Menschen bezeichnet, die „unwissende Opfer der jüdischen Weltverschwörung“ sind. Diese sollen

⁴¹ Kommentar von Max Maverick.

⁴² Kommentar von Fackel322.

über die wahren Hintergründe der „Weltverschwörung“ aufgeklärt und zum (auch gewalttätigen) Widerstand aufgefordert werden. Gelegentlich wird der Begriff auch identifikationssteigernd als Bezeichnung der Eigengruppe verwandt. In letzterem Falle sehen sich die Neofaschisten als Teil der Gruppe, denen „die Juden“ feindlich gesinnt sind. Diese Selbststigmatisierung wird dann umgedeutet in eine Gruppe von „Vorkämpfern“, die die „wahren Hintergründe der Weltverschwörung erkannt“ haben. Die zentrale ideologische Funktion des Ausdrucks *Goyim/Gojim* stellt somit ein identitätsstiftendes Moment dar, das Neofaschisten und alle Nichtjuden als potenziell Ausgegrenzte der suggerierten „jüdischen Weltverschwörung“ vereint und diese suggerierte Ausgrenzung durch die bloße Existenz des Wortes *Goyim/Gojim* unmittelbar zu bestätigen versucht. Der Ausdruck *Goyim/Gojim* wird im neofaschistischen Sprachgebrauch teilweise grammatikalisch inkorrekt als Singular, d. h. als Bezeichnung für ein einzelnes Mitglied der vorgenannten Gruppen, gebraucht.

Belegbeispiele

1. „Killerspiele‘ sind übrigens auch ganz böse, **Goyim!**“⁴³
2. „Das Problem an law-and-order ist, dass dieses law-and-order meistens die einheimische Bevölkerung betrifft. Es geht um unsere Überwachung. Es geht um Niederschlagen von Aufständen, die von nationalistischer Seite vielleicht erwartet werden und darauf wird die **Goyim**-Masse jetzt eingestimmt.“⁴⁴
3. „Es gibt ja das Sprichwort, auch bei sag ich mal so Verleumdungen von Personen in der Öffentlichkeit: Wirf mit viel Scheiße, es bleibt immer irgendetwas hängen. Selbst wenn rauskommt, dass das komplett erstunken und erlogen war, bleibt es in der **Goyim**-Masse immer noch hängen.“⁴⁵
4. „Wo der Jude seine Hände drin hat kommt für den **Gojin** [sic!] nichts gutes raus.“⁴⁶

Jude

Standardbedeutung

Im Standardsprachgebrauch bezeichnet der Ausdruck *Jude* die Angehörigen eines semitischen Volkes, welches eine religiös beziehungsweise ethnisch zusammengehörende Gemeinschaft darstellt. Teilweise synonym wird der Ausdruck *Israeli* verwendet, obwohl dieser mit „Bürger des Staates Israel“ eine engere Bedeutung hat. In der langen Geschichte des Antisemitismus wurde auf Juden meist generisch mit *der Jude* oder mit dem unechten Pluralwort *die Juden* Bezug genommen. Insbesondere im Nationalsozialismus wurde der Ausdruck *die Juden* als Kollektivsubjektiv stigmatisierend gebraucht und stellte die zentrale Alteritätsformel dar. Im Deutschland der Nachkriegszeit finden sich daher auch umschreibende Formulierungen wie *Menschen jüdischen Glaubens*.

⁴³ NSChrist 2016a.

⁴⁴ NSChrist 2016b, 00:11:41-00:12:13.

⁴⁵ NSChrist 2016a, 00:05:04-00:05:21.

⁴⁶ Kommentar von Hugo Topu.

Szenebedeutung

Der neofaschistische Sprachgebrauch setzt die stark abwertende, stigmatisierende Verwendungstradition des Nationalsozialismus fort: Das feindliche Andere, das hinter jedem Übel der Welt ausgemacht wird, sind *die Juden*. Mit dieser Alteritätsformel artikulieren Neofaschisten ihr zentrales Feindbild. Das grundlegende rassistische Denken im Neofaschismus (s. *Volk, Nation*) ignoriert sämtliche modernen, wissenschaftlichen Erkenntnisse über Rasetheorien und hält unvermindert am Rassegedanken fest. Unter Neofaschisten relativ populär, jedoch nicht unumstritten, ist die Theorie, dass *die Juden* der Neuzeit nicht mit dem Judentum des Alten Testaments identisch seien, sondern größtenteils „vom zentralasiatischen Turkvolk der Chasaren“ abstammen sollen. Diese ebenfalls wissenschaftlich widerlegte Theorie basiert ebenso auf Thesen antisemitischer Rasetheoretiker des 19. Jahrhunderts wie beispielsweise Emil Theodor Fritsche. *Die Juden* werden darüber hinaus als wichtigste Träger einer angenommenen „jüdisch-zionistischen Weltverschwörung“ betrachtet, die auf eine verdeckte Erlangung der Weltherrschaft ausgerichtet sein soll (s. *Zionismus*). Sie werden auch in Verbindung mit einer Reihe weiterer, teils diffuser Verschwörungstheorien gesehen. *Die Juden* werden zudem häufig mit der Praktizierung von Satanismus in Verbindung gebracht, wobei der Satanismusvorwurf nicht ausschließlich gegen *Juden*, sondern auch gegen Muslime oder Freimaurer gebraucht wird. Im neofaschistischen Sprachgebrauch werden zahlreiche pejorative Ausdrücke als Synonyme für *die Juden* verwendet. Unter diesen Ausdrücken fällt die Bezeichnung als *Bastarde* auf. Dieses Wort ist mehr als eine Beschimpfung, da ihm eine Funktion in der faschistischen Ideologie zukommt. Mit dem Ausdruck *Bastardisierung* bezeichnen Neofaschisten die angenommene Unterwanderung und „rassische Vermischung“ angeblich „höherwertiger Rassen“ (wie dem deutschen Volk) mit angeblich „minderwertigen“ wie *den Juden*. Die *Bastardisierung* als angebliche biopolitische Strategie von *Juden* ist eine legitimierende Sinnformel für die massive, gewalttätige Ausgrenzung von *Juden* und stärkt die Identität und die Berechtigung des Neofaschismus und dessen „Widerstand“.

Belegbeispiele

1. „Mit der ‚Globalisierung‘ haben **die Juden** die Weltherrschaft errungen. - Dank NSA können sie jeden bespitzeln. - Geld und Wissen = Macht.“⁴⁷
2. „Soso, das Hakennäschen propagiert (mal wieder) Rassenvermischung zwischen Weißen und Schwarzen (nur **der Jude** soll ‚reinrassig‘ bleiben, weil ... auserwähltes Volk und so ...).“⁴⁸
3. „Richtig. Jesus war kein Jude. Und die Aussage, dass das Judentum lediglich eine Religion ohne ethnische Zugehörigkeit sein soll, ist - mit Verlaub gesagt - Bullshit. Hausaufgaben machen, Leute! Wahr ist hingegen, dass die meisten heute lebenden **Juden** nur Nachkommen khasarischer Konvertiten sind und somit keine Semiten.“⁴⁹
4. „Wenn die Besatzer denn wenigstens **Juden** wären... Es handelt sich bei ihnen nicht um die **Juden**, die in der Bibel erwähnt werden, sondern um Betrüger! Sie sind die ‚Synagoge Satans!‘“⁵⁰

47 Kommentar von Max Mustermann.

48 Kommentar von LillyMai.

49 Kommentar von boakonstrukteur.

50 Kommentar von Sturmgeist.

5. „Bastarde= **Juden**. Kapiert?“⁵¹
6. „Wir lehnen die Judenmission in Deutschland ab, solange **die Juden** das Staatsbürgerrecht besitzen und damit die Gefahr der Rassenverschleierung und BASTARDISIERUNG besteht.“⁵²
7. „**Saujuden**. Den Holocaust hat es niemals gegeben! **Die Juden** sind die Pest der Menschheit, sie haben alle Religionen erfunden, sowie den Kommunismus und die Atom-bombe. Alles erfindungen gegen die Menschheit. Ihr **Juden** verreckt doch alle!“⁵³

Kanake

Standardbedeutung

Der Ausdruck *Kanake* stellt eine Entlehnung aus dem Polynesischen von *kanaka* „Mensch“ dar und bezeichnet die indigene Bevölkerung Polynesiens und der Südseeinseln.

Seit den 1960er Jahren wird das Wort *Kanake* im Deutschen auch als diskriminierendes Schimpfwort gegen Menschen mit Migrationshintergrund verwendet, heute vor allem mit Bezug auf arabische, türkische oder aus dem Nahen Osten stammende Migrantinnen und Migranten. Seit den 1990er Jahren zeichnet sich zudem eine weitere Bedeutungsverschiebung durch Selbststigmatisierung ab: Das Wort *Kanake* wird zunehmend als positiv konnotierte Eigenbezeichnung, vor allem durch jugendliche Migrantinnen und Migranten oder andere Gruppen, die sich selbst als gesellschaftlich-sozial diskriminiert betrachten, verwendet.

Szenebedeutung

Der Begriff „Kanake“ wird im neofaschistischen Sprachgebrauch als stark abwertende Bezeichnung für Menschen mit im weitesten Sinne „nichtdeutschem Aussehen“ gebraucht. Er bedeutet im neofaschistischen Denken in etwa „parasitärer Angehöriger einer minderwertigen Rasse, der in Deutschland kein Lebensrecht besitzt“. Es handelt sich also um eine legitimierende Alteritätsformel, mit der sich die Sprecher durch den Akt des Bezeichnens einer Person oder Gruppe als *Kanaken* auch zugleich zu jedweder Gewaltausübung an dieser ermächtigen. Im Gegensatz zu den meisten anderen neofaschistischen abwertenden Begriffen oder Feindbildbezeichnungen scheint das Wort *Kanake* auf den ersten Blick weniger an die nationalsozialistische Ideologie anzuschließen. Es wird allerdings auch mit Verschwörungstheorien etwa eines Anders Breivik in Verbindung gebracht und ist damit beispielsweise anschlussfähig an die Verschwörungstheorie vom Aussterben der Deutschen bzw. vom „Bevölkerungstausch“ (s. *Großer Austausch*). *Kanaken* sind neben den *Juden* (s. *Jude*) eine der Stigmagruppen der Neofaschisten.

Belegbeispiele

1. „Deshalb haben ja alle Angst vor den ‚gewaltbereiten Nazis‘ und nicht vor kriminellen **Kankaen**. Wenn ‚Nazis‘ wirklich so gefährlich wären, warum traut sich dann jede Neuntklässlerin auf eine Gegendemo? Traut sie sich auch nach Bremen zum ‚Miri Clan‘?“⁵⁴

51 NSChrist: *NS Botschaft der Berufung durch den HERRN a.*

52 NSChrist: *NS Botschaft der Berufung durch den HERRN b.*

53 Kommentar von Zambac1.

54 NSChrist: *Die geheime Welt der Neonazis.*

2. „Würde man alle muslimische **Kanaken** durch katholische Mexikaner austauschen, hätten wir hier ähnliche Probleme, was die Kriminalität angeht.“⁵⁵

Volk, Nation

Standardbedeutung

Der Ausdruck *Volk* bezeichnet im allgemeinen Sprachgebrauch vor allem eine große Gemeinschaft von Menschen, die durch eine gemeinsame Kultur, Geschichte und Sprache verbunden sind, oder die Masse der Angehörigen einer Gesellschaft bzw. der Bevölkerung eines Landes oder Staatsgebietes. Er kann auch die sozioökonomisch mittleren bis unteren Schichten einer Gesellschaft bezeichnen oder umgangssprachlich synonym für eine spezifische oder unspezifische Menschenmenge stehen. Daneben existieren auch verschiedene fachsprachliche Bedeutungsvarianten (Bienenvolk etc.).

Der Ausdruck *Nation* bezeichnet im allgemeinen Sprachgebrauch eine große, meist geschlossen siedelnde Gemeinschaft von Menschen mit gleicher Geschichte, Sprache und Kultur, die ein politisches Staatswesen bilden. Er kann auch einen Staat oder ein Staatswesen bezeichnen. Umgangssprachlich wird er häufig synonym zum Ausdruck *Volk* verwendet.

Szenebedeutung

Die Ausdrücke *Volk* und *Nation* stellen innerhalb des neofaschistischen Sprachgebrauchs die präferierten Bezeichnungen für die eigene Gruppe dar und sind somit Identitätsformeln, die eine ähnliche Bedeutung haben. Sie sind stark positiv konnotiert und werden oft in einem emotionalisierenden Zusammenhang genutzt. Im Gegensatz zur standard-sprachlichen Bedeutung treten die staatsrechtlichen/staatpolitischen Bedeutungsaspekte der Begriffe stark in den Hintergrund. Sowohl das *Volk* als auch die *Nation* werden teilweise zwar auch als historische, sprachliche und kulturelle Gemeinschaft von Menschen verstanden, primär jedoch rassistisch als eine Abstammungsgemeinschaft (im Sinne des nationalsozialistischen Konzepts der *Volksgemeinschaft*). Die Bedeutungen der Ausdrücke *Volk* und *Nation* werden damit synonym mit „Rasse“; damit setzt der neofaschistische Sprachgebrauch die rassistische Tradition der Nationalsozialisten fort. Der im heutigen Sprachgebrauch stark negativ konnotierte Ausdruck *Rasse* findet zwar gelegentlich auch im Neofaschismus Verwendung. In der Regel wird er jedoch durch die weniger stigmatisierten Ausdrücke *Volk* und *Nation* substituiert. Insofern dienen die Sinnformeln *Volk* und *Nation* der verschleierte Ausbildung einer rassistischen Identität, welche durch den *Zionismus* bedroht sei (s. *Zionismus*).

Belegbeispiele

1. „Zitat: ‚Der kostbarste Besitz auf dieser Welt aber, ist das eigene **Volk** und für dieses **Volk** und um dieses **Volk** Wollen wir ringen und wollen wir kämpfen! und niemals erlahmen! und niemals ermüden! und niemals verzagen! und niemals verzweifeln!‘ Adolf Hitler! Das war ein **Volksvertreter**. (...)“⁵⁶

⁵⁵ NSChrist 2016b, 00:14:35.

⁵⁶ Kommentar von Speerschiff.

2. „Respekt, dazu gehört Mut, über diese sehr gefährlichen Leute. Die sind nur deshalb so mächtig, weil es zu viele kleine Nrstscheißer gibt, die ihr eigenes **Volk** für solch ein krankes Gesindel verraten.“⁵⁷
3. „Rothschild, die Baumeister der Neuen Weltordnung. Auch in ihren Weltkriegen gegen die deutsche **Nation** immer eifrig am Drücker: (...).“⁵⁸
4. „Orwell, du machst erstklassige Videos, aber mit der innereuropäischen Rassenkunde, musst du dich noch etwas beschäftigen. Die west- und ostlawischen **Völker** sind vorwiegend blond, rund und breitköpfig, die südlawischen dunkelhaarig und kurzköpfig (dinarisch). Die Germanischen **Völker** vorwiegend blond, schmalgesichtig und langköpfig. Wirklich wissenschaftliche Forschung zu dieser Thematik hat Hans F.K. Günther in den 1930er Jahren betrieben. Die **Völker** weißer/arischer Rasse, also auch alle slawischen **Völker**, haben alle den selben rassischen Ursprung. Es gibt innerhalb der arischen Rasse 6 Untergruppen. Nicht umsonst gab es im NS-Staat die Bezeichnung „Deutschen und artverwandten Blutes.“ Arischer Abstammung (Deutschblütig) ist demnach derjenige Mensch, der frei von einem, vom Deutschen **Volke** aus gesehen, fremden Bluteseinschläge ist[...]während z.B ein Engländer oder Schwede, ein Franzose oder Tscheche, ein Pole oder Italiener, wenn er selbst frei von Solchen, auch ihm fremden Bluteseinschlägen ist, als arisch gelten muß“ (aus Ariernachweis). „Als fremd gilt hier vorallem das Blut der auch im europäischen Siedlungsraume lebenden Juden und Zigeuner, dass der afrikanischen und asiatischen Rassen und der Ureinwohner Australiens und Amerikas (Indianer).“⁵⁹

Zionismus

Standardbedeutung

Mit dem Ausdruck *Zionismus* wird eine Ende des 19. Jahrhunderts entstandene politische Strömung bezeichnet, die die Schaffung eines jüdischen Nationalstaats anstrebte.

Im Antisemitismus des 19. Jahrhunderts, später dann im Nationalsozialismus wurde der Ausdruck *Zionismus* der jüdischen Bewegung in feindlicher Absicht übernommen und synonym mit „jüdischer Weltverschwörung“ verwendet. Damit wurde *Zionismus* eine legitimierende Sinnformel für die gewaltsame Ausgrenzung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Nach 1945 bezogen sich verschiedene Positionen auf den *Zionismus*, um den 1948 gegründeten Staat Israel zu rechtfertigen und zu bewahren. Das Kompositum enthält den Ausdruck *Zion*, den Eigennamen des Tempelbergs in Jerusalem.

Szenebedeutung

Der neofaschistische Sprachgebrauch von *Zionismus* unterscheidet sich kaum von dem der Nationalsozialisten. Alles, was an Grauen auf der Welt passiert, liegt in der Verantwortung „der Juden“, dient der „jüdischen Weltverschwörung“, selbst wenn es sich um die Anschläge des sogenannten Islamischen Staats handelt. Der *Zionismus* leiste dies mittels geheimbündlerischer Aktivitäten (häufig genannt werden die „Freimaurer“), Unterwanderung und Ähnlichem. Sein Ziel sei die politische, wirtschaftliche und mediale „Beherrschung der Welt“

⁵⁷ Kommentar von Thomas Press.

⁵⁸ Kommentar von Erhardt Klaus.

⁵⁹ Kommentar von Luca Wolf.

sowie die Schaffung eines jüdisch-zionistisches Großreiches (hierfür wird fälschlicherweise der Ausdruck „Eretz-Israel“ verwendet). Den *Eliten* (s. *Eliten*) wird dabei eine Beteiligung aus opportunistischen und egoistischen Motiven unterstellt. Als Evidenzbeweise werden verschiedene, dieser globalen Verschwörungstheorie untergeordnete Verschwörungstheorien angeführt, beispielsweise die fiktionalen antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“. Deren Fiktionalität ist in neofaschistischen Kreisen zwar bekannt und weitgehend akzeptiert, die darin getroffenen Aussagen des Pamphlets werden jedoch dessen ungeachtet als der Wahrheit entsprechend angenommen. Insofern stellt der Ausdruck *Zionismus* und hiervon abgeleitete Ausdrücke wie *zionistisch*, *Zionisten* etc. innerhalb des neofaschistischen Sprachgebrauchs eine stigmatisierende Alteritätsformel dar, die ein in sich widersprüchliches Wissen enthält: das Wissen, dass die „Protokolle der Weisen von Zion“ falsch sind, und zugleich die Gewissheit, dass deren Inhalte wahr seien.

Belegbeispiele

1. „Die Juden benutzen ISIS um dem **zionistischen** Ziel von Eretz Israel (Groß-Israel) näherzukommen.“⁶⁰
2. „[...] DAS AMERIKA VOLLSTÄNDIG VON DEN **ZIONISTEN** KONTROLLIERT WIRD, IST HINLÄNGLICH BEKANT. DER ENTSCHEIDENDE FEHLER; DER ALLGEMEIN GEMACHT WIRD; IST ANZUNEHMEN; DAS RUSSLAND EIN GEGENGEWICHT ZUM ZIONISMUS SEIN KÖNNTE: TATSÄCHLICH IST DAS LAND SEIT 1917 UNTER KONTROLLE DER RABBI MAFIA: DAS FÜHRT logisch IN DEN 3. WELTKRIEG, DENN: DIE **ZIONISTEN** HABEN DURCH BEIDE WELTKRIEGE IHR ZIEL NOCH NICHT ERREICHT: DIE BESETZUNG DES TEMPELS VON JERUSALEM UND ALLER GEBIETE VON HERTZELS ERETZ. SICH DAMIT ABFINDEN HEISST AUF EINEN KRIEG WARTEN DER DIESMAL NOCH MEHR OPFERN FORDERN KÖNNTE.“⁶¹
3. „Die **Zionisten** und ihre Verbuendeten und Sympatisanten haben alle wichtige Stellen unterwandert. Es wird schwer sein, diese Inzuchtsbrut auszuschalten, da diese Bastarde global zu finden sind.“⁶²

Glossar islamistische Szene

Allah (arabisch: الله)

Standardbedeutung

Allah ist die arabische Bezeichnung für das höchste transzendente Wesen („der Gott“). Der Islam ist eine monotheistische Religion, das heißt, *Allah* wird als einziger Gott betrachtet, der im Kontrast zur christlichen Dreifaltigkeit unteilbar ist. Der Begriff *Allah* wird gleichermaßen von arabischsprachigen Juden und Christen zur Benennung Gottes verwendet, sodass die Bezeichnung auch in arabischen Bibelübersetzungen zu finden ist. In der westlichen Welt wird die Bezeichnung *Allah* grundsätzlich mit der islamischen Gottesvorstellung in Verbindung gebracht. Der Begriff *Allah* stellt in seiner Standardbedeutung einen neutralen religiösen Terminus dar. *Allah* ist für alle Moslems die zentrale Sinnformel zur Begründung ihrer Existenz

⁶⁰ NSChrist: ISISrael.

⁶¹ Kommentar von isran6.

⁶² Kommentar von Heinz-Juergen Pucher.

und des Sinns ihres Daseins. Die religiöse Heimat, die religiöse Gemeinschaft und das religiöse Alltagsleben speisen sich alle aus dem Glauben an und der Verehrung von *Allah*. Im Islam ist *Allah* Ausdruck von Barmherzigkeit.

Szenebedeutung

Allah ist in der extremistischen Szene die entscheidende Sinnformel, um ihr gewaltsames Handeln zu legitimieren und ihre terroristischen Handlungen als die Ausführung der Befehle *Allahs* darzustellen. In der extremistischen Sicht bedeutet *Allah* so viel wie „oberstes transzendentes Wesen, das Ungläubige (*Kuffar*) durch Konversion oder Vernichtung bekämpfen will und das Hass und Angriffe auf Ungläubige belohnt, auch mit wundersamen Wohltaten im Jenseits“. Die Sinnformel *Allah* in extremistischer Bedeutung dient auch der Rechtfertigung der Bekämpfung der Demokratie, denn in extremistischer Sichtweise gilt die *Scharia* (s. *Scharia*) und deren Einhaltung als unabänderlicher Wille *Allahs*. Ein extremistisches Verständnis von *Allah* kann daher keinen Staat akzeptieren, der nicht auf der Grundlage der *Scharia* organisiert ist. Dies betrifft insbesondere Demokratien, die sich durch eine säkulare Volkssouveränität begründen. Da Demokratien sich durch das Volk und nicht durch *Allah* konstituieren, besitzen sie für die extremistische Szene weder Legitimität noch rechtliche Gültigkeit. Personen, insbesondere gemäßigte Muslime, die sich gegen diese extremistische Bedeutungsverschiebung von *Allah* wenden, werden als ungläubig und als Verräter *Allahs* betrachtet (s. *Kāfir*).

Belegbeispiele

1. „Wir leben hier in einem Land der Nichtmuslime. Und der Kampf gegen den Islam auf der gesamten Welt ist so deutlich wie die Sonne am helllichten Tag. **Allah** hat bestimmt, dass die Muslime seit je und immer bekämpft werden (...). Und sie werden euch so lange bekämpfen, **Allah** hat diese Sache nicht zeitlich eingeschränkt, sie werden euch so lange bekämpfen, oh ihr Muslime, bis sie euch von eurer Religion wegbringen. Hast du gehört, was ihr Ziel ist? **Allah**, er sagt dir, dass ihr Ziel, das Ziel der Kuffar, nur ein einziges ist, uns von der Religion wegzubringen. Das sollte dich eigentlich stolzer machen, dass du weißt, du hast es mit Leuten zu tun, die dich nur hassen, weil du einen edlen Glauben hast, weil du einen wahrhaftigen Glauben hast, weil du einen Glauben besitzt, oh Diener **Allahs**, auf den die Kuffar neidisch sind.“⁶³
2. „Wie kann **Allah** dein Herr sein und du machst was anderes, als **Allah** dir befiehlt? Wie kann das sein, oh Diener **Allahs**? Bist du wirklich ein ergebener Diener? Daher versteht diese Sache, wir verleugnen euch, bis zu dem Tag, an dem ihr an **Allah** (...) einzig und allein glaubt.“⁶⁴
3. „An euch Feinde **Allah**, wo bleiben eure Truppen? Wir können euch kaum erwarten. Vernichte sie, **Allah**! Lass uns über sie siegen. Nimm von unseren Ehren. Nimm von unsrem Blut.“⁶⁵
4. „Rache für den Gesandten und für unsre Schwestern, für unsre edlen Brüder und alle Shuhada, Laster voll mit Sprengstoff, liebevoller Abschied, Mutter sei nicht traurig, dein Sohn darf zu **Allah**!“⁶⁶

⁶³ *As-Sirat Berlin* 2016a.

⁶⁴ *As-Sirat Berlin* 2016b.

⁶⁵ *Alhayat Media Center*, 00:08-00:19.

⁶⁶ *Ebd.*, 01:33-01:44.

5. „Schwarze Maskenmänner, [...] scharf wie Messer, Köpfe sind am Rollen, wir schlachten für **Allah**, Gesichter sind verstümmelt, blutverspritzte Wände, Gewinsel und Geheule, der Terror er ist da!“⁶⁷

Allahu akbar (arabisch: اللهُ أَكْبَرُ)

Standardbedeutung

Allahu akbar ist eine arabische Phrase für „Gott ist groß“/ „Gott ist allmächtig“. Diese Formel findet bei Muslimen und auch arabischsprachigen Christen eine alltägliche, regelmäßige Verwendung zu verschiedenen Anlässen. Der Ausdruck *Allahu akbar* stellt einen Teil des Rufes dar, mit dem ein Muezzin die Gläubigen zum Gebet auffordert. Auch innerhalb von Gebeten verwenden gläubige Muslime die Formel mehrmals. Des Weiteren kann mit dem Ausdruck zudem Dank, Erstaunen, Begeisterung oder Bestürzung ausgedrückt werden. Der Ausdruck wird in ähnlichen Kontexten wie die Formel *al-Hamdu li-Lläh* verwendet. In ihrer Standardbedeutung steht die Formel *Allahu akbar* nicht in Verbindung mit Extremismus oder Terrorismus. Mehrere arabische Staaten, darunter Irak, Iran und Afghanistan, haben sie auf ihrer Nationalflagge festgehalten. Für diese Staaten stellt sie also eine Sinnformel ihrer Identität dar.

Szenebedeutung

Aufgrund der seit einigen Jahren bestehenden medialen Präsenz des islamistisch begründeten Extremismus und Terrorismus ist die Formel *Allahu akbar* vor allem in der westlichen Welt mit Gewalt und Terror konnotiert. Denn islamistisch motivierte Attentäter, insbesondere Selbstmordattentäter, die nach der Gesinnung von Extremisten als Märtyrer verstanden werden, gebrauchen den Ausruf häufig vor oder während ihrer Tat. Mit dem Ausruf dieser Formel wird ein Gewaltakt zu einer Ausführung des göttlichen Willens überhöht. Die Sinnformel *Allah* hat in der extremistischen Szene eine besondere Bedeutung als Legitimierungsinanz für Gewalttaten (s. *Allah*). Durch den Ausruf *Allahu akbar* werden die Gewalttaten vom Attentäter oder von der Attentäterin nicht nur gerechtfertigt, sondern als höchstmoralisch geadelt, denn sie werden ja im Namen und auf Weisung des höchsten transzendenten Wesens, das im Islam angenommen wird, ausgeführt.

Belegbeispiele

1. Es gibt viele Berichte über das Ausrufen von **Allahu akbar** kurz vor oder während Anschlügen.⁶⁸
2. „Wir verleugnen euch bis zu dem Tag, an dem ihr an Allah (...) einzig und allein glaubt. Wenn ihr aber glaubt, so kommen wir zu euch und wir küssen euch auf die Stirn, obwohl ihr vorher Allah gehasst habt, **Allahu akbar**!“⁶⁹

⁶⁷ Ebd., 01:02-01:12.

⁶⁸ Röther 2017.

⁶⁹ *As-Sirat Berlin* 2016a.

Al-Walā' wa-l-barā' (arabisch: الولاء و البراء)

Standardbedeutung

Al-Walā' wa-l-barā' ist eine Paarformel, die mit „Loyalität und Lossagung“ übersetzt werden kann. Gemeint sind die Loyalität zum Herrscher und die Lossagung von ihm, falls er vom Glauben abweichen sollte. In der Alltagssprache von Musliminnen und Muslimen spielt der Ausdruck *Al-Walā' wa-l-barā'* keine Rolle. Daher kann auch keine Standardbedeutung angegeben werden. In verschiedenen salafistischen Strömungen ist der Ausdruck jedoch gebräuchlich.⁷⁰

Szenebedeutung

Mit *Al-Walā' wa-l-barā'* wird ein auf Transzendenz ausgerichtetes Sozialverhalten eingefordert: Freundschaft und Loyalität (*walā'*) sollen ausschließlich zu „wahren“ Musliminnen und Muslimen unterhalten werden, während allen anderen Menschen gegenüber Lossagung und Meidung (*barā'*) geübt werden soll. Innerhalb der extremistischen Szene wird die Formel *Al-Walā' wa-l-barā'* zu einem stark exkludierenden Loyalitätsgebot. Es bedeutet hier, sich gegenüber „wahren“ Musliminnen und Muslimen ausnahmslos loyal zu verhalten und „Ungläubige“ nicht nur zu meiden und sich von ihnen zu distanzieren, sondern diese auch unter Anwendung physischer Gewalt zu bekämpfen. Nur wer sich zur extremistischen Konzeption von *Allah* (s. *Allah*) bekennt, kann die Bedeutung von *Al-Walā' wa-l-barā'* verstehen. Die extremistische Auffassung des Islams versteht diese Sinnformel der Gemeinschaft (s. *Umma*), in der, egal unter welchen Umständen, zusammengehalten werden muss, als hartes Selektionsinstrument, das keine Zwischenstufen zulässt: Das extremistische *Al-Walā' wa-l-barā'* kennt nur die Subjektpositionen Mitkämpfer, Feinde oder Verräter. Kontakte zu Personen, die als „Ungläubige“ (s. *Kāfir*) angesehen werden, sind nur gestattet, um diese zu missionieren. Sofern dies erfolglos bleibt, sind diese „Ungläubigen“ zu meiden. Die extremistische Bedeutung von *Al-Walā' wa-l-barā'* meint eine Loyalität, die sie über das Gesetz demokratischer Staaten stellt: *Al-Walā' wa-l-barā'* besitzt eine starke deontische Komponente, eine massive Loyalitätsverpflichtung, die auch gegenüber verurteilten, islamistischen Straftätern zu wahren ist. Dies schließt auch ein, diese zu unterstützen und zu befreien.

Belegbeispiele

1. „Meine lieben Geschwister! Wie oft haben wir über das Thema ‚gefangene Muslime‘ gesprochen und gehört? Wie oft haben wir über **Al-Walā' wa-l-barā'** gehört? Und leider kümmern wir uns immer noch nicht um die Angelegenheiten der gefangenen Muslime. Es schmerzt zu hören, dass sich nicht um die Familien der Gefangenen gekümmert wird oder nur wenige das tun. Hören wir nicht den Hadith, in dem der Gesandte Allahs sagte: (...) Befreit die Gefangenen“.⁷¹
2. „Er hat ihm gesagt: ‚Vallahi, wenn du dich nur einen Schritt näherst, dann werde ich mich mit meinem Cousin (...) vereinen und dich bekämpfen, bis wir dich vertreiben.‘ Das ist **Al-Walā' wa-l-barā'**. Das ist die Liebe für Allah und der Hass für Allah“.⁷²

⁷⁰ Damir-Geilsdorf et al.

⁷¹ Wacht Auf! 2016, 00:34-01:05.

⁷² Ebd., 02:54-03:09.

3. „Das Feuer ist entzündet, wir werden euch verbrennen, erschlagen und ersticken. **Al-Walā' wa-l-barā'**. Gekommen, um zu schlachten, beseitigen Kuffar. Bomben fallen auf uns, das stärkt unsern Imam“.⁷³

Jihad (arabisch: جهاد)

Standardbedeutung

Jihad ist die arabische Bezeichnung für Anstrengung, Kampf, Bemühung. Im Islam wird damit die Anstrengung oder der Kampf bezeichnet, den der Weg Gottes beziehungsweise die korrekte Glaubensausübung für jede Muslimin und jeden Muslim darstellt. Dabei wird zwischen *al-Jihad al-kabir*, dem *großen Jihad*, und *al-Jihad al-saghir*, dem *kleinen Jihad*, differenziert: Der *große Jihad* bezeichnet das geistig-spirituelle Streben der Musliminnen und Muslime mit dem Ziel, das richtige moralische Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen anzunehmen und ein getreues religiöses Leben zu führen. Der *kleine Jihad* bezieht sich hingegen auf den gewaltsamen Kampf, also eine kriegerische Auseinandersetzung mit den Feinden des Islams.

Szenebedeutung

Die extremistische Bedeutung von *Jihad* wird ausschließlich in die kriegerische Auseinandersetzung verschoben. *Jihad* ist hier Schlüsselwort für die Situationsdefinition („Wir sind im Krieg mit Ungläubigen.“) und zugleich Legitimationsformel („Dieser Krieg ist heilig, von Allah gewollt.“): Nach extremistischer Auffassung stellt der *Jihad* die religiöse Legitimation für die gewaltsame Bekämpfung der Ungläubigen, der Kuffar (s. *Kāfir*), dar. Die Bezeichnung *Jihad* meint aus extremistischer Sicht den „Heiligen Krieg“ beziehungsweise Glaubenskampf, in dessen Namen immer wieder terroristische Anschläge und andere Gewalttaten verübt werden. Die moralische Integrität des gewaltsamen Kriegs im Namen Allahs (s. *Allah*) wird auch durch das Versprechen unterstützt, dass der Attentäter in einer transzendenten Welt („Paradies“) von Allah belohnt wird. Je schockierender der Anschlag, je mehr Tote, desto größer der Sieg im *Jihad* und desto größer die Belohnung für den Attentäter im Jenseits.

Das Schlüsselwort *Jihad* wird mit hoher moralischer Integrität aufgeladen und wird nicht als Angriffskrieg verstanden, sondern als eine Verteidigung des eigenen Glaubens. Der Islam ist in dieser Sichtweise durch westliche, demokratische Regierungssysteme bedroht, die den Islam vernichten wollen. *Jihad* wird dabei wie in vielen Extremismen mit einer historischen Einmaligkeit und Bedeutsamkeit aufgeladen: *Jihad* ist nach extremistischer Auffassung gleichbedeutend mit „letzter und entscheidender Endkampf zwischen Muslimen und Nichtmuslimen“.

Die Berufung auf den *Jihad* stellt ein typisches Instrument extremistischer Propaganda dar. Die gewaltsame Bekämpfung der „Ungläubigen“ wird durch diese Bedeutung von *Jihad* als eine erstrebenswerte Aufgabe und eine Pflicht eines gläubigen Muslims angesehen.

Belegbeispiele

1. „Und wie Muhammad alayhi wa salam es gesagt hat, ist tatsächlich der **Jihad** der Urlaub für uns“.⁷⁴

⁷³ Alhayat Media Center, 00:51-01:02.

⁷⁴ Mahmoud 2015.

2. „Allah hat euch gerufen, kein Weg geht mehr nach draußen, Tank ist voll Benzin, also Bruder gebe Gas, der Nachbar ist ein Kāfir, beleidigt den Gesandten, nimm ein großes Messer, gib ihm sein (...). Bruder sei nicht traurig, aber ich, ich musste gehen. Auch wenn du in Europa bist, mache deinen **Jihad**. Allah wird dich belohnen, setz den Dreckigen ein Ende“.⁷⁵
3. „Meine lieben Geschwister, (...) ich lade euch ein zum **Jihad** (...). Folgt der Karawane, schließt euch der Karawane an, auf dass Allah auch für euch eine von einhundert Stufen für die Mudschahedin vorbereitet“.⁷⁶

Kāfir (arabisch: كافر)

Standardbedeutung

Kāfir (Plural: *Kuffar*) ist die arabische Bezeichnung für Gottesleugner/Ungläubiger.

Szenebedeutung

In der extremistischen Szene werden diejenigen Personen als *Kāfir* bezeichnet, die nicht deren Glauben und Werte teilen und die ihr Handeln nicht nach der extremistischen Auffassung von *Allah* und der *Scharia* ausrichten. Wer sich auch auf Nachfrage nicht zum Islam bekennt, ist ein „Ungläubiger“, ein Feind des Islam und kann und soll auch mit Gewalt bekämpft werden. Die Standardbedeutung von *Kāfir* wird auf diese Weise extremisiert zu „Nichtmuslim, der gehasst und umgebracht werden darf und muss“. *Kāfir* bzw. *Kuffar* wird somit zum Stigmawort und zur zentralen Alteritätsformel. Durch diese extremistische Bedeutungsverengung kann die Formel des *Kāfir* zu einer Segregation genutzt werden: Hass und Aggression gegen den als *Kāfir* Identifizierten, Liebe, Freundschaft und Loyalität für die Mitglieder der extremistischen Szene (s. *Al-Walā‘ wa-l-barā‘*). Durch die extremistische Zuspitzung werden auch die meisten Musliminnen und Muslime zu *kuffar* und „Verräterinnen und Verrätern“.

Belegbeispiele

1. „Geschwister kommen ins Gefängnis und manche Brüder sagen: Geschieht ihm recht! (...) Geschieht ihm recht? Geschieht ihm recht, dass er in den Händen der **Kuffar** fällt und vielleicht sogar verführt wird und von seinem Din abfallen kann? Was geschieht ihm recht? Wünschst du dir das?“⁷⁷
2. „Wie ist deine Haltung gegenüber den **Kuffar**? Wir verleugnen euch, für uns ganz klar, für uns ist ganz klar, liebe Geschwister, dass jeder, der kein Muslim ist, ein **Kāfir** ist und dass er, solange er ein **Kāfir** ist, niemals unsere Liebe erreichen kann. Ich meine die religiöse Liebe. Ich rede nicht von einem Sohn, der seinen Vater liebt auf natürliche Art und Weise, wenn der Vater auch ein **Kāfir** ist. Ich rede über die religiöse Liebe. Für uns Muslime ist klar, dass wir niemals jemanden lieben dürfen, den Allah (...) nicht liebt“.⁷⁸

⁷⁵ Alhayat Media Center, 01:55-02:12.

⁷⁶ IS-Propaganda-Video ohne Vf. (o. J.).

⁷⁷ Wacht Auf! 2016, 1:45-02:02.

⁷⁸ As-Sirat Berlin 2016a.

3. „Wenn du nicht die Nichtmuslime vom Islam ausschließt, wenn du die Nichtmuslime nicht zu **Kuffar** erklärst, bist du selber ein **Kāfir**“.⁷⁹
4. „Unser Glaube ist, jeder, der kein Muslim ist, ist ein **Kāfir** und damit hat er nicht die Liebe von uns verdient, bis er zu Allahs Religion zurückkehrt. (...) Wir verleugnen euch und zwischen uns und euch ist Feindschaft und Hass entstanden, bis zu dem Tag, an dem ihr zu Allah, weil wir nur Allah lieben, weil wir alles lieben, was Allah (...) liebt und weil wir niemals als Muslime etwas tun oder lieben, was Allah nicht liebt. Das ist unsere Religion. Alhamdulillah“.⁸⁰
5. „Allah hat euch gerufen, kein Weg geht mehr nach draußen, Tank ist voll Benzin, also Bruder gebe Gas, der Nachbar ist ein **Kāfir**, beleidigt den Gesandten, nimm ein großes Messer, gib ihm sein (...). Bruder sei nicht traurig, aber ich, ich musste gehen. Auch wenn du in Europa bist, mache deinen Jihad. Allah wird dich belohnen, setz den Drechkigen ein Ende“.⁸¹

Paradies

Standardbedeutung

Der Ausdruck *Paradies* bezeichnet einen Ort, der durch seine Gegebenheiten, seine Schönheit und seine guten Lebensbedingungen die Grundvoraussetzungen für eine schöne, glückliche und friedliche Existenz gewährleistet. Im religiösen Sinne meint *Paradies* den Aufenthaltsort Gottes, der oftmals mit dem Himmel gleichgesetzt wird, in den die Seligen nach dem Tod aufgenommen werden. Religionen, die eine Paradiesvorstellung besitzen, verfügen auch meist über ein Konzept der „Hölle“. Das *Paradies* (oder der Himmel) arbeitet dann wie ein Segregationsapparat: Nur ein „richtiges Leben“ im Diesseits führt nach dem Tod in ein paradiesisches Jenseits, andernfalls drohen Höllenqualen. Nach islamischem Verständnis ist das Leben auf der Erde eine Prüfung, deren Ergebnis dann im jenseitigen *Paradies*/Hölle-Urteil erfahren wird. Diese Vorstellung bildet die Grundlage religiöser Ethik und Politik, die Handlungsanweisungen für ein „richtiges Leben“ bieten.

Szenebedeutung

Das jenseitige *Paradies*-oder-Hölle-Urteil wird im Extremismus zugespitzt: *Allah* (s. *Allah*) prüft nach dem Tod, ob sich jemand dem bewaffneten Kampf im *Jihad* (s. *Jihad*) gegen die *Kuffar* (s. *Kāfir*) angeschlossen hat oder nicht. Beim „Jüngsten Gericht“ wertet *Allah* (s. *Allah*) jeden Menschen hinsichtlich seines (extremistischen) Glaubens und seiner Taten: „Sünder“ sind die Feinde (s. *Kāfir*) und die Verräter (Moslems, die sich nicht den Extremistinnen und Extremisten angeschlossen haben). Sie werden in der „Hölle“ von *Allah* bestraft. Die „Frommen“ (d. h. extremistische Gewalttäter und ihre Unterstützer) werden von *Allah* im *Paradies* belohnt. Attentäterinnen und Attentäter sowie Terroristinnen und Terroristen sind in der extremistischen Szene die „wahren Gläubigen“ und dürfen für ewig in das *Paradies*, in die „Gärten der Wonne“ oder in die „Gärten von Eden“ einziehen. *Paradies* ist somit nicht nur Legitimitäts- sondern auch Motivationsformel.

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ *Alhayat Media Center, 01:55-02:12.*

Belegbeispiele

1. „Wir wollen, dass die Menschen ins **Paradies** gehen. Wir wollen nicht, dass sie für immer verloren gehen. Wir wollen nicht, dass sie für immer in die Hölle gehen.“⁸²
2. „Er sagt dir und mir: Viele Leute der Schriftbesitzer, Juden und Christen, wollen euch von eurer Religion wegbringen, nachdem Allah euch mit dieser Religion begünstigt hat. (...) Viele Leute der Schriftbesitzer wollen euch von eurer Religion wegbringen, weil es ist das Edelste. Sie wissen es, sie verstehen es und sie wissen, du kommst mit dieser Religion in das **Paradies**. Sie wissen es. Umso schlimmer, umso schlimmer ist ihr Kampf gegen den Islam“.⁸³
3. „Ist denn der Lohn von einem Gutestueden nicht nur das **Paradies**? Und demzufolge, wer Schlechtes macht, so wird er von Allah (...) bestraft werden“.⁸⁴

Scharia (arabisch: شريعة)

Standardbedeutung

Unter der Bezeichnung *Scharia* werden im Islam die religiösen Gesetze und Normen gefasst, die aus dem Koran und der Sunna hervorgehen. Entsprechend bildet die *Scharia* die konkreten Pflichten und Verbote, die das Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft prägen. Die *Scharia* wird heutzutage unterschiedlich angewandt, je nach Land oder Region unterscheidet sich ihre Ausprägung. In Saudi-Arabien gilt die *Scharia* beispielsweise noch umfänglich, jedoch wurde sie in der Türkei mit der Verfassung vom 20. April 1924 abgeschafft.

Szenebedeutung

In der extremistischen Szene wird die Bedeutung von *Scharia* verabsolutiert und dient als Legitimation für das Überschreiten demokratisch-rechtsstaatlicher Praktiken oder für gewaltsames Handeln.⁸⁵ Die *Scharia* besitzt in dieser Auffassung eine höhere Legitimation, da sie auf einer islamischen Quelle der Gesetzgebung basiert (Koran als Wort *Allahs* und Sunna als Auslieferungen des Propheten). Aufgrund ihrer religiösen Legitimation ist sie für Extremisten nicht verhandelbar oder veränderbar und muss von den Muslimen befolgt werden. Im extremistischen Denken muss die *Scharia* wörtlich und unverfälscht befolgt werden. Was die Ausdrücke „wörtlich“ und „unverfälscht“ bedeuten, darf nur eine festgelegte religiöse Autorität bestimmen, die somit über das alleinige Interpretationsrecht verfügt. Auf diese Weise gibt es nur eine einzige, die „wahre“ Lesart, mit der sämtliche Lebensbereiche gegen jeden Widerspruch auch mit Gewalt geregelt werden.

Belegbeispiele

1. „Ein Muslim ist, wer Allahs Gesetze ohne Wenn und Aber befolgt. Die **Scharia** ist unser Gesetz, es bedarf keiner Interpretation und keiner von Menschen gemachten Gesetze“.⁸⁶

⁸² Lau 2010.

⁸³ *As-Sirat Berlin* 2016a.

⁸⁴ *Ebd.*

⁸⁵ LTO 2019.

⁸⁶ *Kazim* 2014.

2. „Als Nächstes kommt hoffentlich die Türkei. Wenn die Türken sich nicht widersetzen, wird die **Scharia** eingeführt. Ohne Stress und ohne Killen. Und dann geht es weiter ins nächste Land“.⁸⁷

Umma (arabisch: أمة)

Standardbedeutung

Das arabische Wort *Umma* bedeutet übersetzt Volk, Gemeinschaft. Im engeren Sinne meint *Umma* die religiös fundierte Gemeinschaft der Muslime, unabhängig davon, in welchem Land sie leben.

Szenebedeutung

Auch in der extremistischen Szene bedeutet *Umma* die Gemeinschaft aller Muslime. Hier kann es allerdings auch mit geographischer Einigung oder Landnahme einhergehen, die durch Gewaltanwendung erreicht werden soll. Da die Mitglieder der *Umma* in der heutigen Zeit in verschiedenen Staaten beziehungsweise Staatswesen vertreten sind, ist die *Umma* staatspolitisch nicht repräsentiert. In der extremistischen Szene wird daher eine territoriale und/oder politische Struktur gefordert, die die ursprüngliche *Umma* zur Zeit des Propheten Mohammeds und ihre Expansionen durch die ihm folgenden Kalifen wiederherstellen soll. Nur so könne nach islamistischer Auffassung der „wahre Islam“ seine volle Kraft entfalten. Muslime, die sich nach westlichen Werten richten, gelten dabei als Verräter und Gefahr für die *Umma*.

Belegbeispiele

1. „Die zweite Kategorie von Menschen, die wir in der **Umma** haben, sind Leute, die was verändern wollen, die Hoffnung haben auf den Sieg von Allah, weil Allah ja auch verspricht (...), es ist unsere Pflicht, den Gläubigen zum Sieg zu verhelfen“.⁸⁸
2. „Wir Muslime sagen, wir sind alle eine Nation, wir sind eine **Umma**. Wir nennen uns auf Arabisch eine **Umma**, eine Nation“.⁸⁹
3. Heute schlachten die Kuffar ungescholten unsere Geschwister im Irak ab. Was müssen die Kuffar noch unternehmen, damit wir erkennen, dass sie die muslimische **Umma** zerstören wollen? Wie lange werden wir noch ruhig zusehen, wie die Kuffar systematisch unsere Gesellschaften zerstören? Haben wir nicht eine Verantwortung vor Allah (s.w.t.), Seinem Gesandten (s.a.w.) und unseren nachfolgenden Generationen? (...) Das Kalifat wird den Islam als eine Lebensordnung implementieren und wird einen rechtmäßigen und engagierten Führer für die muslimische **Umma** einsetzen.⁹⁰

⁸⁷ Delhaes/Obermaier 2014.

⁸⁸ Habibiflo Dawah Production 2016.

⁸⁹ Im Auftrag des Islam TV 2016.

⁹⁰ Kalifat.com 2015.

Der Westen, westlich

Standardbedeutung

Die Sinnformeln *Der Westen* und *westlich* beziehen sich auf die Staaten in Europa und Nordamerika bzw. ihre gemeinsamen Norm- und Wertevorstellungen. Dazu zählen insbesondere die Bürger- und Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Toleranz, (weltliche) Rechtsstaatlichkeit und ein weltliches, liberal-demokratisches Staatswesen.

Szenebedeutung

In der extremistischen Szene ist der Ausdruck *der Westen* extrem negativ konnotiert: Die europäische und nordamerikanische Kultur und Lebensweise stellen das zentrale Feindbild dar, das oftmals auch als das letztlich Böse oder Teuflische identifiziert wird, als Hauptrepräsentant für Ungläubigkeit (s. *Kāfir*). *Westliche* Werte werden entschieden abgelehnt, sie dienen als Negativfolie, um einen extremistischen Islam gewaltsam zu etablieren, einen islamischen Staat, in dem die Scharia (s. *Scharia*) als allgemeingültiges Gesetz akzeptiert wird (s. *Umma*). *Der Westen* und *westlich* stellen damit stigmatisierende Alteritätsformeln dar.

Belegbeispiele

1. „Die letzten, die von Gerechtigkeit reden, sind die **westlichen** Regierungen. Die letzten, die von Menschenrechten reden, sind diese Leute. Alle Kriege auf der ganzen Welt werden von ihnen gesteuert. Alle Probleme, die wir haben, sind von ihnen gesteuert. Sag mir ein Problem, in den letzten 100 Jahren, dass die Amis nicht dabei waren. Sag mir nur ein Land, wo die Amis reingekommen sind und dass sie dieses Land nicht kaputt gemacht haben und zerstört haben“⁹¹
2. **Der Westen** weiß allzu genau, dass nur der Islam und die Muslime ihre weltweite Unterdrückungs- und Ausbeutungsmaschinerie aufhalten können. (...) So versuchen einerseits in einigen Ländern, wie z.B. dem Irak, mittels ihrer Panzer und Raketen die Muslime zu kontrollieren, während sie anderswo durch das Einführen ihrer falschen politischen Politik, ihrer oberflächlichen Konzepte und ihrer dekadenten Kultur die Muslime verwirren wollen. Ihr Materialismus, Säkularismus, die sogenannten persönlichen Freiheiten und das freizügige Geschlechterverhalten werden überall propagiert, so dass der Islam auf die fünf Säulen reduziert werden soll und niemals eine Rückkehr ins Leben, in die Gesellschaft und auf die Staatsebene erlangen darf.⁹²

91 *FlaggeDerSunna* 2016.

92 *Kalifat.com*, o. V. 2015.

Literatur

- Bakker Schut, Pieter H. (1987) (Hrsg.): das Info. Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973-1977. Kiel, Neuer Malik Verlag.
- Damir-Geilsdorf, Sabine/Menzfeld, Mira/Hedider, Yasmina (2019): Interpretations of al-wala' wa-l-bara' in Everyday Lives of Salafis in Germany. In: Religions, 10(2), S. 1-18. <http://dx.doi.org/10.3390/rel10020124>.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2011): Difu-Berichte 4/2011 - Was ist eigentlich Gentrifizierung? Quelle: <https://difu.de/publikationen/difu-berichte-42011/was-ist-eigentlich-gentrifizierung.html>, letzter Zugriff: 04.03.2020.
- Geideck, Susan/Liebert, Wolf-Andreas (2003) (Hrsg.): Sinnformeln. Linguistische und soziologische Analysen von Leitbildern, Metaphern und anderen kollektiven Orientierungsmustern. Berlin, New York, de Gruyter.
- Hagmann, Hannah/Kotthoff, Helga/Liebert, Wolf-Andreas/Potysch, Nicolas (2017): Kommunikative Praktiken der religiösen Radikalisierung – Tagung der KWG-Sektion „Sprache und kommunikative Praktiken“. In: Kulturwissenschaftliche Zeitschrift, 2(1), S. 88-93.
- Röther, Christian (2017): „Der Täter rief Allahu Akbar“. Deutungskampf im Islam. Deutschlandfunk, 15.3.2017. Quelle: https://www.deutschlandfunk.de/deutungskampf-im-islam-der-taeter-rief-allahu-akbar.886.de.html?dram:article_id=380831. Letzter Zugriff: 25. 11. 2019.
- Schmitz-Berning, Cornelia (2000): Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin, New York, de Gruyter.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, New York, de Gruyter.
- Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela (1989): Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin, New York, de Gruyter.
- Unsichtbares Komitee (2010): Der kommende Aufstand. Quelle: <https://edition-nautilus.de/autorinnen/unsichtbares-komitee>. Hamburg, Edition Nautilus.

Quellen

- Alhayat Media Center (o. J.): Propagandavideo der Terrormiliz ‚Islamischer Staat‘. BKA-Korpus.
- As-Sirat Berlin (2016a): Das Übel wenn man nicht versteht wie man als Muslim mit Nichtmuslimen umgeht. 05.08.2016. Online unter www.youtube.com. BKA-Korpus.
- As-Sirat Berlin (2016b): Ist es ungerecht, dass die Kuffar bestraft werden? Höre was sie selber sagen werden! 09.07.2016. Online unter www.youtube.com. BKA-Korpus.
- Delhaes, Marie/Obermaier Frederik (2014): Ich glaub, das steht irgendwo im Koran. 14.01.2018. Online unter www.szmagazin.sueddeutsche.de, letzter Zugriff: 14.11.2017.
- EinProzent. Deutschlands größtes patriotisches Bürgernetzwerk: Identitärer Demomathon: Paris, Wien, Berlin (08.06.2016). Quelle: <https://einprozent.de/identitaerer-demomathon-paris-wien-berlin/> letzter Zugriff: 04.03.2020.
- Fjordman (2011): zit. in: public intelligence (Hrsg.) (2011): Anders Behring Breivik's Complete Manifesto "2083 – A European Declaration of Independence" July 28, 2011. Quelle: <https://info.publicintelligence.net/AndersBehringBreivikManifesto.pdf>, letzter Zugriff: 04.03.2020. o. S., PDF-Seite 350.
- FlaggeDerSunna (2016): Das Leben in Kufr-Ländern: Wie sollte sich der Muslim verhalten? (Scheich Hassan Dabbagh). 03.08.2016. Online unter www.youtube.com: <https://www.youtube.com/watch?v=KcXk4592k>, 01:13-01:45, letzter Zugriff: 29.05.2018.
- Habibiflo Dawah Production (2016): Pierre Vogel Statement zum Sieg von Island über England. 28.06.2016. Online unter www.youtube.com. 04:53-05:06. BKA-Korpus.
- Identitäre Bewegung Deutschland (2016): Quelle: <https://youtu.be/Xcrr3PawjY0> (00:00:16), 05.09.2016, letzter Zugriff: 04.03.2020.

- Identitäre Bewegung Deutschland (a): Was ist unter dem Begriff „Ethnopluralismus“ zu verstehen? Quelle: <https://www.identitaere-bewegung.de/forderungen/o.j.>, letzter Zugriff: 04.03.2020.
- Identitäre Bewegung Deutschland (b): Was meint der Begriff „Großer Austausch“ und wer ist schuld daran? Quelle: <https://www.identitaere-bewegung.de/faq/was-meint-der-begriff-grosser-austausch-und-wer-ist-schuld-daran/o.j.>, letzter Zugriff: 04.03.2020.
- Identitäre Bewegung Deutschland (c): Der Blog der Identitären: Mannheimer Bismarck-Statue ästhetisch ergänzt (20.04.2018). Quelle: <http://blog.identitaere-bewegung.de/mannheimer-bismarck-statue-aesthetisch-ergaenzt/>, letzter Zugriff: 04.03.2020.
- Identitäre Bewegung Deutschland (d): Was bedeutet der Begriff „Reconquista“? o.J. Quelle: <https://www.identitaere-bewegung.de/faq/was-bedeutet-der-begriff-reconquista/>, letzter Zugriff: 30.12.2019.
- Im Auftrag des Islam TV (2016): Die Anschläge in Frankreich. Kommentar von Yasin El Hanefi. 28.07.2016. Online unter www.youtube.com. 04:14-04:19. BKA-Korpus.
- Interim 614, S. 13, N.N., 21.04.2005.
- Interim 658
- Interim 685, S. 9-10, crinethInc Ex-Workers Collective aus infoshop.org rausübersetzt von RAdical Transal-tionZ Collective, 13.02.2009.
- Interim 685, S. 15, N.N., 13.02.2009.
- Interim 686, S. 21, N.N., 27.02.2009.
- Interim 686, S. 26, Anarchistischer Aufbruch Nord, 27.02.2009.
- Interim 699, S. 8, Veranstaltungshinweis, 06.11.2009.
- Interim 699, Reformgruppe der Reformgruppe Süd-Ost, Diskussionspapier für einen neuen Aufbruch in die Fröste der Freiheit, 06.11.2009, 21-21.1.
- Interim 699, S. 27, 06.11.2009.
- Interim 701, S. 21, N.N., 11.12.2009.
- Interim 709, S. 10, 30.04.2010.
- Interim, 737, S. 19, N.N., 02.03.2012.
- Interim 740, 25.05.2012, S. 5.
- Interim 753, Federazione Anarchica Informale (FAI), Projekt Phönix. Freiheit für die italienischen Anarchisten der Praxis, 10/2013, S. 31.
- Interim 759, S. 27, April 2014.
- Interim 790, S. 33, November 2017.
- IS-Propaganda-Video ohne Vf. (o. J.): 00:59-01:17.
- Kalifat.com (2015): Nur das Kalifat kann die muslimische Umma vereinen. In: Kalifat.com. Für ein islamisch-politisches Bewusstsein. 05.01.2015. <http://kalifat.com/artikel/89-nur-das-kalifat-kann-die-muslimische-umma-vereinen/>, letzter Zugriff: 29.11.2019.
- Kazim, Hasnain (2014): Rekrutierer des „Islamischen Staats“ im Interview. „Demokratie ist etwas für Ungläubige“. Spiegel online, Ressort Politik. 23.10.2014 – 15:18 Uhr. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/is-islamischer-staat-streitgesprach-mit-einem-islamisten-a-998720.html>, letzter Zugriff: 14.01.2018.
- Kommentar von Max Maverick zu Epochenwechsel: Freimaurerei und Judentum, 16.04.2012.
- Kommentar von Fackel322 zu Epochenwechsel: Freimaurerei und Judentum, 16.04.2012, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=IGWKwrvbaGM>).
- Kommentar von Hugo Iopu zu DerOstmärker2: Der Anglo – jüdische Raubstaat, 31.08.2017, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=MNtUf7Hu7ow&index=2&list=PLhrOas50Ra2BHNNeuSxdCb-PN48LbxdcU>).
- Kommentar von Max Mustermann zu Chuldini: Freimaurerei und Zionismus – Der Masterplan zur Weltherrschaft Deutsch Synchronisiert, 10.08.2012, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=PzHTvKvkhj0>).

- Kommentar von LillyMai zu Orwellzeit: Es gibt keine RASSEN!, 27.04.2018, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=8h0qDzuz44k>.
- Kommentar von boakonstrukteur zu Prophet Mikhael Massa Deutschland wach auf: 99 % der Hebräer sind heidnische Khasaren!, 05.09.2017, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=C4tzxH8NAcs&t=130s>.
- Kommentar von Sturmgeist zu Orwellzeit: Juden-HASS in Deutschland!, 19.05.2018, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=K2p1ILK6hwY&index=68&list=PLhrOas50Ra2BHNNEuSxdCb-PN48LbxdcU>.
- Kommentar von Zambac1 zu Chuldini: Freimaurerei und Zionismus – Der Masterplan zur Weltherrschaft Deutsch Synchronisiert, 10.08.2012, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=PzHTvKvkhj0>.
- Kommentar von Speerschiff zu Political Channel: Rothschild, Zionismus, Illuminaten, Satanismus, EU, Kommunismus, Nazis, 12.05.2018, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=nsnnMpfT5o0>.
- Kommentar von Thomas Press zu Political Channel: Rothschild, Zionismus, Illuminaten, Satanismus, EU, Kommunismus, Nazis, 12.05.2018, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=nsnnMpfT5o0>.
- Kommentar von Erhardt Klaus zu Der Volkslehrer: Auf Besuch bei der Wiege der BRD – die Villa Rothschild im Taunus, 22.05.2018, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=vzQBa5WrcMY>.
- Kommentar von Luca Wolf zu Orwellzeit: Meine Rasse?!!, 13.05.2018, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=eBBR8YHiEc>.
- Kommentar von isran6 zu Chuldini: Freimaurerei und Zionismus – Der Masterplan zur Weltherrschaft Deutsch Synchronisiert, 10.08.2012, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=PzHTvKvkhj0>.
- Kommentar von Heinz-Juergen Pucher zu Political Channel: Rothschild, Zionismus, Illuminaten, Satanismus, EU, Kommunismus, Nazis, 12.05.2018, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=nsnnMpfT5o0>.
- Komplott: Europa. Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=nmPGguKbixY> (00:02:30), 31.5.2016, letzter Zugriff: 06.06.2018, Video deaktiviert.
- Lau, Sven (2010): Islam ist die beste Integration. 02.11.2010. Online unter www.youtube.com: <https://www.youtube.com/watch?v=OLenoFLUKKa>, 1:40-1:42, letzter Zugriff: 08.12.2017.
- LTO/Legal Tribune Online (2019): LG Wuppertal verurteilt „Scharia-Polizisten“ zu Geldstrafen. Auf den Aufdruck kommt es an. Online unter: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/lg-wuppertal-26kls2018-scharia-polizei-uniform-verbot-salafisten-geldstrafen-verurteilt/>, letzter Zugriff: 26.11.2019.
- Mahmoud 2015, online (YouTube): 01:56.
- NSChrist: Die geheime Welt der Neonazis, 00:02:18.
- NSChrist: ISISrael, 00:02:02.
- NSChrist: NS Botschaft der Berufung durch den HERRN.
- NSChrist (2016a): Gelaber zum Attentat in München, YouTube.
- NSChrist (2016b): le hoax oder kein hoax? Kommentar zu Nizza, YouTube.
- public intelligence (Hrsg.) (2011): Anders Behring Breivik's Complete Manifesto "2083 A European Declaration of Independence" July 28, 2011. Quelle: <https://info.publicintelligence.net/AndersBehringBreivik-Manifesto.pdf>, letzter Zugriff: 04.03.2020.
- ratz collective (2009): vom organisieren eines aufstands. Quelle: <https://de.indymedia.org/2009/01/238314.shtml>, letzter Zugriff: 03.03.2020.
- Rosenberg, Per A. (Tarnname) aka Internationales Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen in Westeuropa - Sektion BRD, Stuttgart (Hrsg.) (1977): Karlek med förhinder (Tarnitel). Texte: der RAF. Malmö: Bo Cavefors.
- Unsichtbares Komitee (2010): Der kommende Aufstand. Quelle: <https://edition-nautilus.de/autorinnen/unsichtbares-komitee/> Hamburg, Edition Nautilus.
- Wacht Auf! (2016): Gefangene Muslime. 29.07.2016. Online unter www.youtube.com: <https://www.youtube.com/watch?v=4QzLl695tcE>. Letzter Zugriff: 22.05.2018. BKA-Korpus.